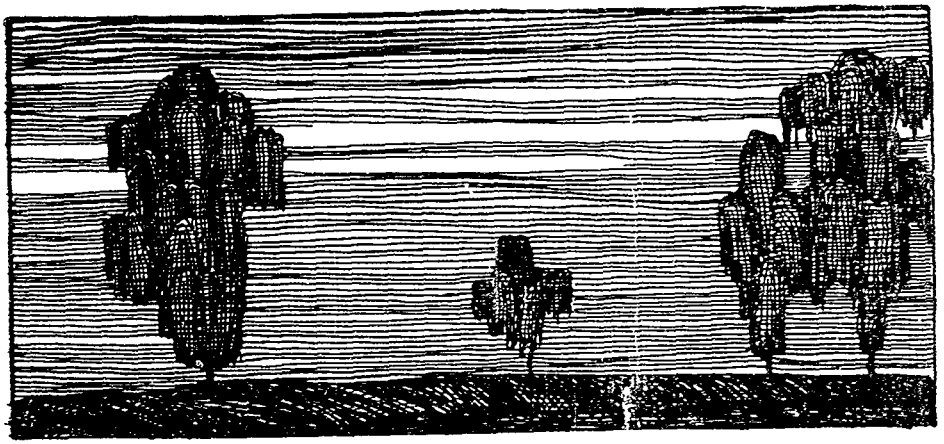

1° HEFT / JANUAR 1907

EDUARD BERNSTEIN · DAS NEUE PLEBISZIT

ZUM drittenmal im Laufe von zwanzig Jahren ist der deutsche Reichstag im Streit über eine Militärforderung aufgelöst worden. Und zum zweitenmal hat das vom Reichstag der in Frage stehenden Militärforderung bereitete Schicksal nur den Anlass zur Auflösung geliefert, ohne als deren Grund angesehen werden zu können.

Als Bismarck am 14. Januar 1887 den Reichstag auflöste, hatte die damalige bürgerliche Opposition für die geforderte Erhöhung der Friedenspräsenzstärke der Armee *jeden Mann und jeden Groschen* bewilligt. Was sie ablehnte, war die Festlegung dieser Erhöhung auf 7 Jahre. Und auch das nur aus budgetrechtlichen Gründen. Denn dass die einmal bewilligte Erhöhung der Truppenstärke im Laufe der folgenden 7 Jahre wieder aufgehoben werden sollte, war ausgeschlossen. Die aus dem Zentrum und den Freisinnigen bestehende bürgerliche Opposition wollte nur nicht das Budgetrecht des Reichstags gleich auf 7 Jahre aus der Hand geben. Die Freisinnigen, damals noch 66 Mann stark, waren sogar bereit, die Erhöhung immerhin auf 3 Jahre festzulegen. Von irgend einer Preisgabe dessen, was von der Heeresleitung als für die Sicherheit des Landes notwendig erklärt worden war, konnte also keine Rede sein. Nichtsdestoweniger löste Bismarck den Reichstag auf und gab für den Wahlkampf die Parole *Das Vaterland in Gefahr! Hier Kaiser und Reich, dort Reichsfeinde und Reichsnörgler!* aus. Und mit Hilfe von Schreckensbildern und gefälschten Karten über Frankreichs Rüstungen wurden die Wähler bearbeitet, dass ihnen Hören und Sehen verging. Das Plebiszit — denn jede Wahl unter solchen Umständen ist ein Plebiszit — ergab einen Reichstag, in dem die sogenannten *nationalen Parteien*, Konservative, Reichspartei, Nationalliberale, die unbestrittene Mehrheit, 220 gegen 177 Stimmen, hatten.

Am 13. Dezember 1906 hat es sich nicht um die heimische Wehrmacht gehandelt, sondern um die Truppen im südafrikanischen Schutzgebiet Deutschlands. Auch ist es nicht ein blosses Kriegsgespenst, für das Truppen verlangt wurden: es sind wirklich dort kämpfende Gegner im Felde: 300 bis 500 Hottentotten bedrohen Ansiedlungen und Verkehrsstrassen im Süden der Kolonie. Keine

der bürgerlichen Parteien lehnte sich dagegen auf, dass der Niederwerfungskampf gegen diese Hottentotten fortgesetzt werde. Keine von ihnen verweigerte der Heeresleitung in Südwestafrika grundsätzlich das von dieser als für den Kampf unerlässlich bezeichnete Truppenkontingent. Mit der Erläuterung, die Herr Spahn ihm am 13. Dezember gab, war selbst der auf eine bestimmte Reduktion der Schutztruppe abzielende Zentrumsantrag durchaus nicht radikaler, als der von der Regierung schliesslich für diskutabel erklärte Antrag der Freisinnigen. Er war nur etwas weniger logisch, als jener. Er nannte zwar, im Gegensatz zu jenem, eine bestimmte Kopfzahl (2500), auf welche die Schutztruppe verringert werden sollte, und sprach sogar von einem bestimmten Datum, aber das bezog sich, wie bei jenem, nur auf die Vorbereitung der Verringerung und machte, genau wie er, deren Verwirklichung von dem Verlauf der im Gange befindlichen Operationen der Truppen abhängig; er enthält, was Herr Spahn noch ausdrücklich hervorhob, nicht die Spur einer Zeitbestimmung für die wirkliche Reduktion. Statt von deren Ausführung in 4 Monaten, sprach Herr Spahn denn auch gleich von 8 und 9 Monaten als der wirklichen Frist, und selbst das nur bedingt. Er betonte ausdrücklich: alle Beschlüsse des Reichstags würden gefasst unter der Voraussetzung, dass die Verhältnisse so blieben, wie sie zur Zeit der Beschlussfassung liegen. Danach hatte die Festsetzung des 31. März als Termin, bis zu dem die Vorbereitungen für die Heimsendung der Truppen getroffen sein sollten, praktisch jede Bedeutung verloren. Hätte der Reichstag dem Zentrumsantrag zugestimmt, und die Regierung erklärt, sie wolle sehen, was sich machen lasse, so wären diejenigen, die die Terminbestimmung für bare Münze genommen hätten, einfach in den April geschickt gewesen. Sie verpflichtete zu keinem Deut mehr, als der Antrag der Freisinnigen, der da verlangt, eine »sehr erhebliche weitere Verminderung der Schutztruppe entsprechend der fortschreitenden Beruhigung des Schutzgebietes« vorzubereiten. Akzeptierte also die Regierung diesen, so hätte sie auch zur Not den Zentrumsantrag annehmen können, wenn es ihr nur auf die Freiheit des gegenwärtigen Truppenführers, des Obersten von Deimling, bei seinen militärischen Operationen in Südwestafrika angekommen wäre. Auch wäre ihr das Zentrum zweifelsohne im äussersten Falle noch weiter entgegengekommen, wenn es nicht durch Herrn Dernburg, den neuen Kolonialdirektor, geradezu demonstrativ dazu provoziert worden wäre, sich auf die Hinterfüsse zu stellen. Noch im letzten Moment fuhr Herr Dernburg, auf eine überaus zahme Selbstverteidigung des Herrn Roeren hin, diesen und damit auch dessen Partei mit einer Vehemenz an, dass für sie, sofern sie nur ein wenig Rückgrat hatten, ein Zurückweichen nicht mehr möglich war. Kein Zweifel, am Regierungstisch wollte man den Konflikt. Und statt überschüssiger Truppen ward die *Bande* nach Hause geschickt.

Von der Rechten und der Linken des Reichstags tönte dem Kanzler, als er das bereit gehaltene Auflösungsdekret verlas, stürmischer Beifall entgegen. Die Sozialdemokratie auf der Linken applaudierte ironisch, ihr Händeklatschen war eine Kampfdemonstration gegen die auflösende Regierung und hiess um so energischere Betonung des Rechts der Volksvertretung. Wenn aber die Nationalliberalen und Konservativen applaudierten, so schmähten sie damit das Recht der Volksvertretung. In jedem parlamentarisch regierten Lande hat, wenn die Regierung in der Volksvertretung für eine von ihr als Lebensfrage

erklärte Forderung keine Mehrheit findet, die Regierung zu gehen, und nicht die Volksvertretung. Auflösung findet erst statt, wenn innerhalb der Volksvertretung selbst keine Mehrheit zu stande gebracht werden kann. Indem die Regierung auflöste, ohne jeden solchen Versuch zu machen, ohne selbst nur die Abstimmung über den Zentrumsantrag abzuwarten, behandelte sie den Reichstag — ob das vielgenannte Stichwort nun telegraphiert worden ist oder nicht — in der Tat als *Bande*, und in einem Parlament, das sich selbst achtet, hätte einmütiger Protest die Antwort sein müssen. Es gibt Fälle, wo das Unrecht, das meinem grössten Gegner geschieht, immer noch auch mir selbst zugefügtes Unrecht ist, und ein solcher Fall lag hier vor. Als der Reichskanzler im Kommandoton dem Reichstag zurief, die Parteien könnten Forderungen annehmen oder ablehnen, denn sie trügen keine Verantwortung, die Regierung aber sei verantwortlich und dürfe daher, wo die höchsten nationalen Interessen in Frage kämen, nicht den Interessen und Beschlüssen von Parteien weichen, griff er alle Parteien an und nicht bloss die, gegen die er sich im Moment wandte.

Nicht, dass jeder Unterschied zwischen der Verantwortlichkeit von Regierungen und der Verantwortlichkeit von Parteien hier geleugnet werden soll. Aus der Verschiedenheit der Aufgaben von Partei und Regierung ergibt sich ganz naturgemäss eine Verschiedenheit von Art und Grad der Verantwortlichkeit. Aber keine Regierung steht so über der Nation, keine verkörpert so in sich das Gesamtwesen der Nation, dass sie das Recht hätte, zu sagen: was ich für das höchste Interesse der Nation erkläre, das ist auch unter allen Umständen ihr höchstes Interesse. Darüber hat vielmehr die Nation selbst zu entscheiden, und das Organ, durch das diese ihren Willen kundgibt, ist, wo nicht die direkte Volksabstimmung besteht, die Körperschaft der gewählten Volksvertreter. Die sind, so gut wie der Kanzler, ihrem Gewissen, sie sind ausserdem aber ihren Wählern verantwortlich, sowohl für die Gesetze, die sie beschliessen, als auch für das *Nein*, durch welches sie Gesetzesvorschläge zu Fall bringen. Das Mittelglied bildet hier die Partei als Organisation der Wähler, und ihr Verantwortlichkeitsgefühl wird um so stärker sein, je grösser die Macht der Volksvertretung ist. Ohne Macht keine Verantwortlichkeit, und wer einer Volksvertretung die Macht vorenthält, die Grundsätze der Regierungspolitik zu bestimmen, hat schön ausrufen: ihr habt keine Verantwortung! Er konstatiert damit nur die Schuld und den usurpatorischen Charakter des Systems, dessen Träger er ist.

Das sind nur Elementarsätze des Verfassungswesens. Aber wie wenig werden sie noch bei uns begriffen und empfunden! Bis in bürgerlich-demokratische Kreise hinein hat man das Bülowsche Pronunciamento daraufhin bejubelt, dass es *das Zentrum traf*, und ein liberaler Journalist machte ziemlich erstaunte Augen, als ich ihm erklärte, ich sähe, wenn einmal eine konservativ-klerikale Reichstagsmehrheit da sei, durchaus kein Unglück darin, dass sie alsdann auch die Regierung übernähme. Sind nicht die Zentrumsleute eine reaktionäre Gesellschaft? Ganz gewiss. Aber es ist viel weniger Reaktion, wenn diese Reaktionspartei gelegentlich verfassungsmässig ans Ruder kommt, als wenn das ganze Verfassungsleben der Nation dadurch verfälscht wird, dass die wirklich herrschenden Parteien bloss hintenherum ihre Macht ausüben. Letzteres ist bei uns der Fall, und darum hat das jetzt so lärmend zu den Wahlen ausge-

gebene Geschrei über *Hintertreppenpolitik* im Munde der Nationalliberalen und ihrer Verbündeten so wenig Sinn oder vielmehr so viel Unwahrhaftigkeit. Nicht, dass das Zentrum von solcher gar so rein sei. Der Fall Roeren hat es in diesem Punkt arg blossgestellt. Nur konnte die Enthüllung keinen überraschen, der etwas vom Wesen der Bureaukratie in Ländern mit halbparlamentarischen Einrichtungen kennt. Dass in den Kolonieen die Missionen gern eine Art Nebenregierung bilden, dass es infolgedessen da zwischen Missionshaus und Regierungsgebäude viel Reibungen und Zwischenträgereien gibt, wusste man schon längst, und das Zentrum müsste nicht die stärkste der auf dem Boden der gegebenen Gesellschaftsordnung stehenden Parteien Deutschlands sein, wenn es nicht suchen sollte, bei Streitfällen solcher Art seinen Einfluss auch in den Ministerien zur Geltung zu bringen. Aber darüber können sich diejenigen Parteien zu allerletzt beklagen, die ein System aufrechterhalten, das den höheren Verwaltungsdienst daheim und in den Kolonieen zum Monopol ganz bestimmter privilegierter und ihnen verbundener Gesellschaftsklassen macht — ein System, an dem im Wesen damit noch gar nichts geändert ist, dass einmal zwischen die Bureaukraten ein Bankokrat mit etwas weniger geglätteten Manieren gesetzt ward. Das Programm, das Herr Dernburg in der Reichstagssitzung vom 3. Dezember 1906 hinsichtlich seiner Stellung zu den Missionen entwickelt hat, ist tatsächlich nur ein Programm von Kompromissen hinter den Kulissen. Wörtlich hiess es dort:

»Die Förderung von Missionen ist eine unserer Hauptaufgaben, und wir freuen uns, dass dieser Togofall ein vereinzelter ist. Wir freuen uns, dass in Kamerun anständige Zustände sind. Dort sitzen Missionare im Gouvernementsrate. Das selbe ist in Ostafrika der Fall; auch in Südwestafrika werden sie zugezogen. Überall haben wir Konventionen zwischen den Behörden und den Missionaren, und wir kommen überall gut aus.«

Wenn dem aber so ist, welchen Sinn hat da das Geschrei von Beseitigung der Nebenregierung der Missionen? Wohl möglich, dass die Mission von Togo über die Schnur gehauen hat. So sehr man geneigt ist, dort, wo die Behandlung der Eingeborenen in Frage kommt, den Missionaren mehr zu glauben, als den Verwaltungsbeamten, da es unter den ersteren jedenfalls einen grösseren Prozentsatz von Leuten gibt, die um einer Idee willen, und nicht um Karriere oder Geld zu machen, ihren Beruf ergriffen haben, und dem Verwaltungsbeamten das Bedürfnis, den Herrn zu zeigen, obenan zu stehen pflegt, so wird man darum doch noch nicht schlechtweg jede Anklage von Missionaren gegen Beamte für bare Münze nehmen. Denn da kann, sintemalen der Rock nirgends den Charakter macht und selbst die Bibel nicht vor Klatschsucht schützt, auch sehr hässliches Zelotentum mitspielen, wie ja im Mittelsmann der Togomissionare, Herrn Roeren, sicher ein Stück vom Zeloten steckt. Herr Roeren erinnert in seinem Gebaren stark an die englischen Nonconformisten, die ein gewisses demokratisches Empfinden mit einer gehörigen Dosis Muckerei verbinden. Wer im Reichstag Zeuge gewesen ist, wie harte Züge sein Gesicht annahm, und wie verbissen seine Worte klangen, wenn er von irgend einer Person sprach, gegen die er etwas hatte, der wird es durchaus für wahrscheinlich halten, dass er seinerzeit bei den Verhandlungen im Kolonialamt die Drohungen ausgesprochen hat, die dann hinter seinem Rücken zu Protokoll genommen und von Herrn Dernburg im Reichstag verlesen wurden. Diese Drohungen belasten seine bürgerliche Ehre nicht, er verlangte ja nichts für sich selbst; aber der öffentliche Charakter des P o l i t i k e r s wird durch sie doch schwer belastet, denn

sie gingen weit über diejenige Pression hinaus, die auszuüben der Politiker ein Recht hat. Herr Roeren wollte die Hand dazu bieten, dass Handlungen von Beamten, die sich nach seiner eigenen Darstellung als schwere Verbrechen qualifizierten, vertuscht würden, wenn verschiedene Beamte versetzt und der nach seiner Ansicht zu Unrecht gemassregelte Beamte Wistuba wieder eingesetzt oder befördert würde. Er ist erst öffentlich als Ankläger aufgetreten, als seinem Verlangen nicht entsprochen worden war. Diesem Verhalten gegenüber konnte Herr Dernburg mit einem gewissen Recht ausrufen: Sie haben vertuscht, nicht ich! Indes wäre man ja im Kolonialamt zum Vertuschen von Herzen bereit gewesen, man fand nur den Preis zu hoch, den Herr Roeren verlangt hatte, ein Streit, der darum auch als solcher gar kein politisches Interesse hatte, so wichtig er als Symptom ist, und so verhängnisvoll er dadurch wurde, dass er der Regierung bei ihrer Kriegserklärung an das Zentrum eine gute Parole zum Einfangen des liberalen Philisteriums lieferte. Wenn noch ein Zweifel daran bestand, worum es sich für die Regierung dem Zentrum gegenüber in Wirklichkeit handelt, so haben ihn die unter dem Titel *Rückblicke* veröffentlichten Abrechnungsartikel der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* dem Blindesten gegenüber beseitigt. Da wird mit dürren Worten erklärt, dass der Kampf der Regierung gegen das Zentrum sich nicht gegen dieses als konfessionelle Partei richtet, sondern dass das Zentrum jetzt bekämpft wird, weil es den Beruf,

»als Mehrheitspartei die Regierung, ohne zu markten und zu feilschen und ohne für sich, sein Ansehen und seine Macht einen Extraprofit herauszuschlagen, in allen das Wohl und Wehe unseres Vaterlandes tief und nahe berührenden Fragen zu unterstützen,«

nicht mehr erfüllte, sondern mit seiner ausschlaggebenden Stellung im Reichstage »Missbrauch« getrieben habe, indem es versucht habe, »sich als Situationsretter aufzuspielen«. Aus diesem Satze geht hervor, was die deutsche Reichsregierung unter einer *Regierungspartei* versteht, er legt das ganze Elend des deutschen Reichsparlamentarismus bloss. Verantwortung ohne Macht, das soll die Aufgabe der Regierungsmehrheit im deutschen Reichstage sein. Wenn die Regierung glaubt, mit diesem Programm den Begriff *Regierungspartei* in Deutschland populär zu machen, so dürfte der Ausfall der ausgeschriebenen Wahl sie eines anderen belehren. An diesem Motto ist seinerzeit der Nationalliberalismus zum Bankrott gekommen, an ihm laboriert jetzt der Freisinn. Im übrigen wird sich niemand darüber täuschen, dass in dem Programm zugleich die Grundlinien eines späteren Kompromisses der Regierung mit dem Zentrum vorgezeichnet sind. Denn Regierung und Zentrum werden sich wieder zusammenfinden, weil sie sich zusammenfinden müssen. Als halb Feudalpartei und halb Partei des nach mittelstandsretterischer Staatshilfe verlangenden Kleinbauern- und Kleinbürgertums ist das Zentrum der natürliche politische Alliierte des preussischen Junkertums, mit dem das Hohenzollernhaus viel zu eng verbunden ist, um je prinzipiell mit ihm zu brechen. In allen grossen Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik der letzten Jahrzehnte hat sich diese innere Verwandtschaft gezeigt, und es gehört die ganze Verblendung unserer kulturkämpfenden Freisinnigen dazu, von einem etwaigen Sieg der Regierung im jetzigen Kampf gegen das Zentrum so etwas wie eine liberale Ära zu erhoffen. Dieser Kampf hat nur den Zweck, das Zentrum gefügig zu machen. An ein Aufreiben des Zentrums denkt die Regierung nicht. Weder ist sie Träumerin genug, es für möglich zu halten, noch unpolitisch genug, es zu wünschen. Sie

kann vernünftigerweise nur eines wünschen und hoffen, nämlich, dass das Zentrum numerisch und moralisch ein wenig — nicht allzusehr — geschwächt in den neuen Reichstag einzieht.

Das mag nun wohl in Erfüllung gehen. Aber nicht die Nationalliberalen und die Freisinnigen werden das Werk vollbringen, sondern der Angriff von links her wird dem Zentrum die Wunden schlagen, die ihm für seine parlamentarischen und ausserparlamentarischen Sünden gebühren. An der Ostgrenze, wo das Zentrum lange Zeit die Doppelrolle erfüllte, Anwalt der polnischsprechenden Bevölkerung gegenüber der Regierung und Anwalt des Deutschtums gegenüber dem Nationalpolonismus zu spielen, hat die preussische Ostmarkenpolitik die Fortsetzung dieser Mission unmöglich gemacht. Die polnische Bewegung ist der zügelnden Hand des Zentrums entwachsen, etliche Zentrumsmandate werden an die Polen übergehen. Im Westen aber und in Mitteldeutschland wird die Sozialdemokratie mit dem Zentrum Abrechnung halten, nicht zum wenigsten auch ob der Rolle, die es im Verein mit der Regierung bei der sogenannten *Finanzreform* gespielt hat. Was in den rheinisch-westfälischen Industriebezirken, was am Main dem Zentrum verloren geht, das wird ebenso der Sozialdemokratie anheimfallen, wie eine Anzahl nationalliberaler Mandate, die bei den Wahlen von 1903 nur mit Hilfe des Zentrums der Sozialdemokratie abgenommen respektive von ihm *gerettet* werden konnten. Es ist undenkbar, dass man in Regierungskreisen sich das nicht selbst gesagt haben sollte. Man muss dort mit der Wahrscheinlichkeit, wenn nicht Gewissheit rechnen, dass die Sozialdemokratie in den neuen Reichstag erheblich verstärkt einziehen wird. An eine Wiederholung von 1887 ist keinesfalls zu denken. Das Bülowsche Plebiszit kann höchstens eine Verringerung der Zentrumssitze zur Folge haben, die Mehrheitskombination *Zentrum, Sozialdemokraten, Polen* wird es n i c h t verhindern. Darin liegt aber schon eingeschlossen, dass es, was immer die Regierung gewollt hat, schwerlich der letzte Akt der eingeleiteten Aktion sein wird.

In dieser Voraussicht zieht die Sozialdemokratie in den Wahlkampf. Sie hat die von der Regierung ausgegebene Wahlparole nicht zu fürchten. Fürst Bülow erklärte in der Reichstagssitzung vom 13. Dezember, Deutschlands Ansehen in der Welt stehe auf dem Spiel, wenn der Aufstand in Südwestafrika nicht in der Weise bekämpft und niedergeschlagen werde, wie es das Regierungsprogramm verlangt. Aber die Welt, die er dabei im Auge hat, ist nur ein kleiner Teil der wirklichen Welt, nur ein kleiner Teil vor allem der uns umgebenden Kulturwelt. Welches Bild bietet uns diese? In den beiden westlichen Grossstaaten Europas, England und Frankreich, vollzieht sich vor unseren Augen ein gewaltiger Aufschwung der sozialistischen Demokratie; in beiden Staaten kommen Grundsätze in der Politik zum Durchbruch, die sich von denen, die Fürst Bülow vertritt, himmelweit unterscheiden. In Frankreich ist man jetzt daran, den Staat völlig zu entkirchlichen, statt eine konfessionelle Partei zur Regierungspartei zu e r z i e h e n , e n t z i e h t man ihr die Vorbedingungen, kraft deren sie einst Regierungspartei war. In England ist der Mann heute leitender Minister, der mitten im Burenkrieg, noch ehe die Buren niedergeschlagen waren, einem billigen Frieden mit ihnen das Wort zu reden den Mut fand, und Englands Politik den Schwarzen Afrikas gegenüber ist eine durchaus andere, als die Deutschlands. Grundsätze, wie sie Herr Dernburg

von der Tribüne des Bundesrates herab hinsichtlich der Nichtbeachtung der Zeugenaussagen von Schwarzen kundgab, würden in England einen Sturm der Entrüstung zur Folge gehabt haben. Unser Nachbarstaat im Süden, Österreich, ist im Begriff, sich mittels des allgemeinen Wahlrechts zu demokratisieren, was, wie in England und Frankreich, notwendig auch auf die Grundsätze seiner auswärtigen Politik einwirken muss. Im Osten sehen wir Russland in einer Umwälzung, deren Werk wohl zeitweilig unterbrochen werden kann, an deren dauernde Niederhaltung aber der Zar und seine Leute selbst nicht glauben, und die jedenfalls eine ganz neue, demokratisch gerichtete öffentliche Meinung in diesem Lande erzeugt hat. Im Norden sehen wir in den skandinavischen Ländern die Arbeiterdemokratie zu immer stärkerer Geltung gelangen. Und diese Welt, die Welt der schaffenden Kräfte der Nationen, sie sehen unsere Staatsmänner nicht, an sie denken sie nicht, wenn sie davon sprechen, dass Deutschlands Ansehen in der Welt auf dem Spiele stehe. Sie denken nur an die Kreise, denen sie selbst entstammen. Diese kleine Welt, das ist die ihrige: trotz aller Macht, die sie noch ausübt, eine untergehende Welt.

Die Regierungsparole *Nebenregierung oder nicht?* ist eine Scheinparole. Solange das heutige Regierungssystem besteht, werden wir immer in Deutschland Nebenregierung haben. Ob der jeweilige Kaiser sie ausübt, oder sonst jemand, was ändert es im Wesen? Die wirkliche Parole heisst *Selbstregierung oder Scheinparlamentarismus?* Sie steht im Vordergrund des grossen Kampfes, der alle Kulturländer durchzieht, und für ihre Beantwortung im Sinne der Demokratie kämpft mit allen Konsequenzen dieser Antwort in Deutschland heute allein die Sozialdemokratie. So stellt sie die Wahlfrage, und am 25. Januar wird es sich zeigen, welcher Teil des deutschen Volkes ihr zustimmt.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

ADOLPH VON ELM · DER SOZIALPOLITISCHE KURS UND DIE REICHSTAGSWAHL

UNSERE Regierung hat mit ihrem Gesetzentwurf über die gewerblichen Berufsvereine den urkundlichen Beweis dafür erbracht, dass sie der grossen wirtschaftlichen Bewegung der Arbeiter — die nach der letzten statistischen Zusammenstellung Ende 1905 schon über 1 800 000 Mitglieder umfasste, wovon auf die freien Gewerkschaften allein 1,3 Millionen entfielen — nicht nur völlig verständnislos, sondern direkt feindlich gegenübersteht. Mit der Reichstagsauflösung ist auch dieser Entwurf in den Papierkorb gewandert, aber anzunehmen ist wohl, dass er nach dem Zusammentritt des neuen Reichstags wieder auferstehn. Deshalb dürfte es sich für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Schattierungen dringend empfehlen, die Kandidaten, die sich bei der kommenden Wahl um die Gunst der Wähler bewerben, darüber zu interpellieren, wie sie sich zu den bei der Erörterung des Entwurfs im Reichstage aufgerollten Kardinalfragen stellen.

Die wichtigste Frage ist die des Koalitionsrechts überhaupt. Den Landarbeitern, Seeleuten, Eisenbahnern, sowie allen Staats- und Gemeindearbeitern will die Regierung nicht das Recht der Vereinigung gewähren, ja,

sie will sogar die übrigen gewerblichen Arbeiter verhindern, sofern es ihr gelingt, sie unter das Joch des geplanten Gesetzes zu zwingen, berechtigte Arbeitseinstellungen dieser Arbeiterkategorieen zu unterstützen. Nach dem famosen § 20 soll einem Verein die Rechtsfähigkeit entzogen werden, wenn er solche Arbeiterausstände f ö r d e r t. Das Koalitionsrecht steht bei uns in Deutschland vielfach nur auf dem Papier, den Gewerkschaftern bietet sich bei der Wahl eine passende Gelegenheit, diese Frage mit in den Vordergrund des öffentlichen Interesses zu rücken.

Dann die zweite Frage, zu der jetzt Stellung genommen werden muss: Soll § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der da lautet:

»Der Verein ist für den Schaden verantwortlich, den der Vorstand, ein Mitglied des Vorstandes oder ein anderer verfassungsmässig berufener Vertreter durch eine in Ausführung der ihm zustehenden Verrichtungen begangene, zum Schadensersatze verpflichtende Handlung einem dritten zufügt«

auch auf Gewerkschaften, eingetragene oder nicht eingetragene, Anwendung finden dürfen? Wer diese Frage mit *Ja* oder mit Ausflüchten beantwortet, ist entweder ein Feind der Gewerkschaften oder besitzt kein Verständnis für ihre kulturellen Aufgaben und darf die Stimme eines Arbeiters nicht erhalten. Die Regierung will den Gewerkschaften die Schadensersatzpflicht aufzwingen, um sie dadurch kampfunfähig zu machen. Der Staat hat sich bis heute noch immer gesträubt, die Haftung für Schäden zu übernehmen, die seine Beamten anrichten, die Gewerkschaften aber, die keine Disziplinargewalt über ihre Bevollmächtigten, Vertreter oder Beauftragte besitzen, sollen für deren Handlungen verantwortlich gemacht werden.

Von welcher enormen Bedeutung diese Frage ist, beweist uns das Beispiel der e n g l i s c h e n Gewerkschaften.

Im Jahre 1871 wurde den englischen Gewerkschaften das Recht der juristischen Person eingeräumt; während mehr als dreissig Jahre dachte kein Mensch daran, die Gewerkschaften mit ihren vielen Mitgliedern als eine juristische Einzelperson zu behandeln und sie schadensersatzpflichtig für die Handlungen ihrer Mitglieder zu machen. Hätte im Jahre 1871 oder 1876, als das Gesetz amendiert wurde, im englischen Parlament jemand die Frage der Schadensersatzpflicht angeregt, so wäre sie damals, wie von den noch lebenden Personen, die das Gesetz ausarbeiteten, kürzlich erklärt wurde, wahrscheinlich einstimmig verneint worden. Im Jahre 1903 jedoch strengte plötzlich eine Eisenbahngesellschaft einen Prozess gegen den Eisenbahnerverband an, weil bei einem Streik seiner Mitglieder in Cardiff einige vor der Eisenbahnstation Streikposten gestanden hätten. In der ersten Instanz siegte die Gewerkschaft, der oberste Gerichtshof dagegen hob das Urteil wieder auf und erkannte, dass die Gewerkschaft für die Handlungen ihrer Mitglieder verantwortlich zu machen sei. Der Eisenbahnerverband wurde verurteilt, der Eisenbahnergesellschaft eine Entschädigung von 460 000 Mark zu zahlen. In einem zweiten Fall wurde der Bergarbeiterverband von Südwales zur Zahlung von 1 140 000 Mark verurteilt, weil er seine Mitglieder aufgefordert hatte, unter Bruch des Arbeitsvertrages an bestimmten Tagen die Arbeit einzustellen. Auch in zwei weiteren Fällen wurden Verbände zum Schadensersatz verurteilt.

Dies veranlasste die englischen Gewerkschaften, mit aller Energie vom Parlament eine Änderung des Gewerkschaftsgesetzes zu verlangen. Der Kampf dauerte mehrere Jahre, endigte aber schliesslich mit einem vollen Siege der

Gewerkschaften. Das Parlament nahm mit grosser Mehrheit eine Vorlage an, in der den Wünschen der organisierten Arbeiter in jeder Beziehung Rechnung getragen wurde. Und zwar wurde das bestehende Gesetz, wie folgt, abgeändert: »In Abänderung des *Conspiracy and Protection of Property Act* von 1875 wird bestimmt: a) Eine Handlung, die in Verfolg eines Abkommens oder einer Vereinigung von zwei oder mehr Personen begangen wird, ist, wenn sie in Sachen oder zu gunsten eines Arbeitsstreits (Streik oder Aussperrung) geschieht, nicht klagbar, es sei denn, dass sie, auch ohne solches Abkommen oder solche Vereinigung begangen, klagbar ist. b) Personen, die für sich selbst oder für einen Berufsverein oder für einen einzelnen Unternehmer oder eine Firma in Sachen oder zu gunsten eines Arbeitsstreits handeln, haben das Recht, an oder nahe einem Hause oder Platz, wo eine Person wohnt oder arbeitet oder beschäftigt ist oder sich zufällig befindet, sich aufzuhalten, wenn sie damit lediglich bezwecken, auf friedlichem Wege Nachrichten zu erhalten und zu bringen oder auf friedlichem Wege jemand zu überreden, zu arbeiten oder sich der Arbeit zu enthalten.
Zum *Trades Unions Act* von 1871 und 1876 wird bestimmt: a) Eine Handlung, die in Sachen oder zu gunsten eines Arbeitsstreits begangen wird, ist nur aus dem Grunde, dass dadurch eine andere Person veranlasst wird, einen Arbeitsvertrag zu brechen, oder weil eine Störung in Betrieb, Verkehr oder Beschäftigung irgend einer andern Person herbeigeführt wird oder auch im Rechte eines andern, über sein Vermögen oder seine Arbeit nach Belieben zu verfügen, nicht klagbar. b) Gegen einen Berufsverein der Arbeiter respektive Arbeitgeber oder gegen Mitglieder oder Beamte des Vereins darf eine Klage, die diese selbst oder alle anderen Mitglieder betrifft, wegen irgend einer schädlichen [tortions] Handlung, die angeblich vom Berufsverein oder für ihn begangen ist, vor keinem Gerichtshof zugelassen werden. c) Die Haftbarkeit des Vorstandes eines Berufsvereins, so weit er in den durch den *Trades Unions Act* von 1871, Abschnitt 9, vorgesehenen Fällen belangt werden kann, bleibt durch diese Bestimmungen unberührt, abgesehen eben von irgend einer schädlichen Handlung, die von einem Berufsverein oder für ihn in Sachen oder zu gunsten eines Arbeitsstreits begangen ist.«

Die deutsche Regierung war über die Wandlung der Dinge in England unterrichtet, bevor sie ihren Entwurf über die gewerblichen Berufsvereine dem Reichstag unterbreitete. Schon in der Aprilnummer des *Reichsarbeitsblatts* wurde mitgeteilt, der englische Ministerpräsident habe erklärt, dass die Regierung bereit sei, die von den Gewerkvereinen vorgeschlagenen Bestimmungen in ihren Entwurf aufzunehmen, worauf das Unterhaus den dementsprechend abgeänderten Regierungsentwurf annahm. Es steht also fest, dass in den Jahren 1871 und 1876 kein Parlamentsmitglied und kein Regierungsvertreter in England auch nur daran dachte, die Gewerkschaften schadensersatzpflichtig zu machen; es steht ferner fest, dass in einem Zeitraum von mehr als dreissig Jahren ein solcher Versuch nicht unternommen wurde, und es ist endlich die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, dass, nachdem wider den Willen des Parlaments das Obergericht die Schadensersatzpflicht den Gewerkschaften aufbürden wollte, das Parlament Remedur schaffte, indem es die vorgeschlagenen Abänderungsanträge der Gewerkschaften annahm. Der deutschen Regierung war das alles bekannt, sie fand trotzdem den Mut, dem Reichstag im Jahre 1906 einen Entwurf zu unterbreiten, den 1871 das englische Parlament, wenn dort die Regierung ähnliches gewagt hätte, ohne viel Federlesens in erster Lesung einmütig zurückgewiesen hätte. »Deutschland in der Welt voran!« sagte Graf Bülow. Jawohl, voran in der Missachtung der Volksvertretung und in der Unterdrückung der Arbeiter.

Auch ohne dieses am grünen Tisch ausgeheckte Gesetz zur Erdrosselung der Gewerkschaftsbewegung haben sich in Deutschland schon Richter gefunden, die die bestehenden Gesetze in der gewünschten Weise ausgelegt haben; wenn

das neue Ausnahmegesetz vom Reichstag angenommen werden würde, würden bei uns in Deutschland keine dreissig Jahre, sondern kaum dreissig Tage vergehen, bis die Erdrosselungsparagraphen praktisch zur Anwendung kämen. Das eben ist der gewaltige Unterschied zwischen Deutschland und England: In England seit jeher Berücksichtigung der Wünsche des Volkes, bei uns der brutale *Herren*standpunkt auf Schritt und Tritt.

In Deutschland fehlt es sowohl bei der Regierung und ihren Organen, als auch bei vielen Parlamentariern an jeglichem Verständnis für vernünftige Rechtsbegriffe, sobald die arbeitenden Klassen in Frage kommen. Eine selbstverständliche Voraussetzung für eine Verantwortlichkeit einer Gewerkschaft für die Handlungen ihrer Beamten und Mitglieder müsste doch die sein, dass man ihr auch die Macht gibt, die Durchführung ihrer Beschlüsse von den Mitgliedern erzwingen zu können. Der ganze Zwangsapparat der bestehenden Gesellschaft müsste den Gewerkschaften zur Verfügung gestellt werden, um die Mitglieder zur Arbeitseinstellung oder zur Wiederaufnahme der Arbeit anhalten zu können. Solange die Gewerkschaften freie Vereinigungen sind, denen die Arbeiter freiwillig beitreten, und aus denen sie, wann es ihnen beliebt, wieder ausscheiden können, ist es ein logischer Unsinn, sie für Handlungen verantwortlich machen zu wollen, auf die sie immer nur einen moralischen, niemals einen zwingenden Einfluss ausüben können. Dass unsere Regierung, sofern andere Gesellschaftsschichten, als die der Arbeiter, in Frage kommen, deren Berufsvereine mit ganz anderer Machtvollkommenheit auszustatten versteht, beweist das Handwerkergesetz. Im Reichstage behauptete Graf Posadowsky: »Alle Kautelen, die in diesem [dem Arbeiterberufvereins-] Gesetz enthalten sind, entstammen entweder dem Bürgerlichen Gesetzbuch, oder sie lehnen sich an das Gesetz über die Erwerbs- und Berufsgenossenschaften an. Ich meine, wir hätten doch ein Recht dazu, uns an das Gesetz über die Erwerbs- und Berufsgenossenschaften anzuschliessen, da diese ihrer inneren Natur nach unzweifelhaft den eingetragenen Berufsvereinen am nächsten stehen.«
Das letztere ist total falsch. Die Gewerkschaften sind keine Erwerbsgenossenschaften, befassen sich nicht mit Kauf und Verkauf oder mit der Herstellung von Waren; der Erwerb von Grundbesitz seitens der Gewerkschaften wird immer nur in dem Umfange stattfinden, als er zur Förderung ihrer Zwecke absolut erforderlich ist. Zum Zweck des Wohnungsbaus zum Beispiel werden Gewerkschaften Grundbesitz nie erwerben. Ich will an dieser Stelle nicht näher darauf eingehen, dass die Behauptung des Staatssekretärs über die Anlehnung an das Gesetz über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in wesentlichen Punkten ebenfalls nicht zutrifft, ich meine jedoch, die Anlehnung an ein schon bestehendes Gesetz über Berufsvereine, an das Gesetz über die Innungen, hätte viel näher gelegen. Weshalb zog die Regierung dieses Gesetz nicht zum Vergleich heran? Gleiches Recht für alle, was den Handwerkern recht ist, muss den Arbeitern billig sein!

Einige Vergleiche werden zeigen, welch gewaltige Unterschiede in der Tendenz zwischen Handwerker- und Arbeitergesetzgebung in Deutschland bestehen.

Nach § 3 Absatz 2 des Entwurf müssten Mitglieder, die zu einem andern Beruf übergehen, aus dem Arbeiterberufsverein ausscheiden; § 87 der Gewerbeordnung bestimmt nun allerdings auch, dass einer Innung nur die in Frage kommenden Handwerker oder Werkmeister des betreffenden Gewerbes beitreten

können — aber zum Schluss heisst es dann: »Andere Personen können als Ehrenmitglieder aufgenommen werden«. Die Regierung scheint also Wert darauf gelegt zu haben, dass tüchtige agitatorische und organisatorische Kräfte der Innung erhalten werden können; bei den Arbeitervereinen wäre das Gegenteil der Fall. Dieser Standpunkt befindet sich in merkwürdiger Übereinstimmung mit dem von den Verbänden der Arbeitgeber für deren Arbeitsnachweise aufgestellten Grundsatz *Agitatoren sind rücksichtslos und dauernd aus dem Gewerbe herauszudrängen!* Der Innungsvorstand kann Ordnungsstrafen (§ 92 c) über seine Mtglieder verhängen. Nach § 89 Absatz 3 werden solche Ordnungsstrafen, sowie Beiträge und Gebühren für die Innung auf Antrag »auf dem für die Beitreibung der Gemeindeabgaben landesrechtlich vorgesehenen Wege zwangsweise eingezogen«. Warum nicht auch den Arbeitervereinen ein solches Recht einräumen? Dann die ungemein wichtigen Bestimmungen über die Bildung von Zwangsinnungen (§§ 100 ff.). Sobald die Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden so beschliesst, tritt der Beitrittszwang für alle Gewerbetreibenden, welche das gleiche Handwerk oder verwandte Handwerke ausüben, ein. In der ersten Lesung des Gesetzentwurfs über die gewerblichen Berufsvereine sprach der Herr Staatssekretär wiederholt über den *Schutz der Minoritäten,* den das Gesetz enthalte, das heisst, er will einem einzelnen Mitgliede das Recht einräumen, die Ausführung der von der Mehrheit gefassten Beschlüsse zu hintertreiben. Für die Handwerkerberufsvereine gilt dieser Grundsatz nicht. Ganz im Gegenteil. Auch diejenigen, die der Innung gar nicht angehören wollen, ihre Bestrebungen nicht billigen, werden durch den Exekutor gezwungen, Beiträge, Gebühren, Ordnungsstrafen für diese zu zahlen.

Weiter! Den Arbeiterberufsverein will die Regierung auf die sachliche Vertretung seiner berechtigten Interessen beschränken, nur in deren Rahmen darf er sich auch sozialpolitisch betätigen; eine Vereinigung mehrerer Berufsvereine zu einem Verband, ein Zusammenschluss sämtlicher Gewerkschaften zur Wahrung ihrer Interessen ist nach dem Gesetz ganz ausgeschlossen. An Gewerkschaftskongressen teilzunehmen, wo sozialpolitische Fragen im Interesse aller Arbeiter erörtert werden, wäre für Vertreter der eingetragenen Berufsvereine wenig ratsam, da eine solche Tätigkeit die Entziehung der Rechtsfähigkeit und die Beschlagnahme des Vermögens auf ein Jahr zur Folge haben könnte. Kein Zweifel, der Regierungsentwurf bezweckte, die Gewerkschaftsbewegung zu dezentralisieren, das Zusammenwirken der Arbeiter auf sozialpolitischem Gebiet für die gemeinsamen Interessen aller Arbeiter unmöglich zu machen. Auch hier wieder die Parole *Teile und herrsche!* Bei dem Handwerkergesetz dagegen die direkt entgegengesetzte Tendenz. Die Zwangsinnungen können auf einen grösseren Bezirk oder auf verwandte Gewerbszweige ausgedehnt werden. Zur Vertretung der Interessen des Handwerks sind Handwerkskammern zu errichten; die Wahlen hierzu erfolgten durch die Innungen. Die Handwerkskammer soll (§ 103e) in allen wichtigen, die Gesamtinteressen des Handwerks berührenden Angelegenheiten gehört werden. Nach § 104 können die Innungen zu Verbänden zusammentreten, denen ausdrücklich zur Aufgabe gemacht wird, die Handwerkskammern in der Verfolgung ihrer gesetzlichen Aufgaben, sowie die Behörden durch Vorschläge und Anregungen zu unterstützen.

Die Vergleiche liessen sich noch in manchen Punkten fortführen, doch werden

die vorstehenden vollauf genügen, um jeden objektiv Urteilenden davon zu überzeugen, dass es der Regierung bei der Vorlage ihres Entwurfes über die gewerblichen Berufsvereine nicht darum zu tun war, den Arbeitern weitere Rechte einzuräumen; mit dem Linsengericht der Rechtsfähigkeit will man den Berufsvereinen ihre Selbständigkeit nehmen, sie völlig in die Zwangsjacke behördlicher Bevormundung hineinpassen. Man fragt sich verwundert: wozu nur die Bevormundung bei der inneren Organisation der Gewerkschaften? »Das einzelne Mitglied muss gegen Willkür des Vereinsvorstandes geschützt sein«, erklärte Graf Posadowsky. Schön. Aber in welcher Gewerkschaft ist das heute nicht der Fall? Unsere Gewerkschaften sind demokratische Institutionen, ein selbstherrliches Regiment, der Absolutismus findet keinen Boden in Arbeiterorganisationen.

Hätte unsere Regierung etwas Verständnis für die seit zwei Jahrzehnten unter ihren Augen sich vollziehende organische Entwickelung der Berufsvereine gehabt, sie hätte ohne weiteres die Bestimmungen des Berufsvereinsgesetzes der Vereinigten Staaten von Amerika akzeptiert, welche, wie folgt, lauten:

»§ 3. Jeder eingetragene Berufsverein hat die Machtvollkommenheit, so viele Statuten, Regeln und Nebengesetze zu machen, als er für notwendig hält, um seine gesetzlichen Zwecke zur Ausführung zu bringen, und diese zu ändern, zu amendieren, Bestimmungen hinzuzufügen oder aufzuheben, ganz nach Bedarf.

§ 4. Ein eingetragener Berufsverein hat das Recht, nach eigenem Ermessen die Pflichten und Rechte seiner Beamten, den Modus ihrer Wahl, die Dauer ihrer Amtsperiode festzusetzen, sowie Zweigvereine und Unterabteilungen in jedem Gebiet der Vereinigten Staaten zu errichten.«

Das ganze Gesetz hat überhaupt nur 5 Paragraphen. In § 1 wird der Begriff *Berufsverein* festgelegt, in § 2 den Berufsvereinen die Rechtsfähigkeit eingeräumt, unter der einzigen selbstverständlichen Bedingung, dass sie sich eintragen lassen. Das ist alles — und trotzdem haben sich die amerikanischen Gewerkschaften nicht eintragen lassen. Weshalb nicht? Sie haben kein Vertrauen zu ihren Richtern, sie wissen, dass auch diese im Dienst des Gottes Mammon stehen, und sie befürchten, dass man aus dem Abschluss von Tarifverträgen eine Kollektivverantwortlichkeit für die Handlungen einzelner folgern könnte, und die Gewerkschaften durch Schadensersatzurteile ruiniert werden würden. Übrigens haben sich in Amerika auch die grossen Unternehmerverbände nicht eintragen lassen, auch Fonds- und Warenbörsen haben sich einer Eintragung gegenüber stets ablehnend verhalten.

Wenn nun aber schon in Amerika bei einem derartig einfachen Gesetz die Arbeiter fürchten, durch Schadensersatzklagen ruiniert zu werden, wie würde es erst den deutschen Gewerkschaften ergehen, wenn ihnen die Schlinge des neuen Gesetzes um den Hals gelegt würde? In Amerika können die Arbeiter in einer Beziehung allerdings völlig beruhigt sein: es denkt kein Mensch daran, sie zu zwingen, sich eintragen zu lassen. Das Koalitionsrecht, die Vereins- und Versammlungsfreiheit ist dort völlig gesichert. Anders bei uns in Deutschland. Wird dieser oder ein ähnlicher Entwurf Gesetz, so wird von oben herab darauf hingearbeitet werden, dass er auch den beabsichtigten Zweck erfüllt. Die Vereinsgesetze der Einzelstaaten, namentlich das Preussens, wird man zu verschlechtern versuchen, und wenn das nicht gelingen sollte, wird man die Gewerkschaften auf Grund der bestehenden Gesetze drangsalieren und chikanieren, um sie so mit der Zeit mürbe zu machen. Zuckerbrot und Peitsche! Die deutsche Regierung hält es im grossen und ganzen mehr mit der Peitsche,

und das vermeintliche Zuckerbrot wird den Arbeitern im Munde ebenfalls immer gallenbitter. Was beabsichtigt ist, hat der Staatssekretär klar genug gesagt: »Das Bestreben staatserhaltender Regierungen muss sein, die tieferen Unterschiede, die sich innerhalb der Arbeiterbewegung finden, zu erkennen und diejenigen Elemente, die Neigung dazu bekunden oder die sogar bewusst auf der Grundlage der bestehenden Staatsordnung stehen, zu schützen und zu stärken, diese Richtung auszubauen; mit anderen Worten, die Arbeiterbewegung dahin e i n z u d ä m m e n, dass sie die politischen nebelhaften Träume eines Zukunftsstaates, die unklaren Pläne des Umbaus der ganzen Gesellschaft fallen lassen und sich lediglich beschränken auf die sachliche Vertretung ihrer berechtigten Berufsinteressen.«

Was die nebelhaften Träume und unklaren Pläne anlangt, so haben sich die Gewerkschaften auf ihren Kongressen damit nie befasst, sondern nur mit praktischer Sozialpolitik, und gerade diese ist es gewesen, die bei der Regierung und ihren Organen stets Anstoss erregte. Kein Gewerkschaftskongress hat an die Regierung jemals das Ansinnen gestellt, den Zukunftsstaat zu verwirklichen, wohl aber recht praktische Forderungen zum Schutze der Arbeit. Die Regierung hat auch die bescheidensten Wünsche der deutschen Arbeiter nicht erfüllt; wie kann sie erwarten, dass diese nun ihrem Ruf folgen, wo sie ihnen bislang nur Steine statt Brot geboten hat? Hunderttausende deutscher Arbeiter hungern — man denke nur an das entsetzliche Elend der Heimarbeiter, die Hälfte ihrer Kinder erreicht nicht das erste Lebensjahr! —, diesem ständigen Morden zu steuern, lehnt die Regierung beharrlich ab. Auf dem Schlachtfelde der Arbeit in Deutschland werden jährlich mehr Leben vernichtet, als in dem Kriege von 1870-1871 gefallen sind. Man spare sich die Redewendungen von der Ehre des deutschen Vaterlandes draussen in der Welt, dessen Ehre erfordert in erster Linie: Wandlung der Dinge drinnen in Deutschland! Die Arbeiterklasse ruft den Regierenden zu: Heraus mit dem Koalitionsrecht für a l l e Arbeiter, mit dem Arbeiterschutz für a l l e Kategorieen, und fort mit Gesetzen und Projekten, die die Organisationen der Arbeiter erdrosseln sollen!

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

OTTO HUE · ARBEITERAUSSCHÜSSE ALS ARBEITERVERTRETUNGEN

I

ES gibt Sozialpolitiker, die jeden Gesetzentwurf, der auch nur irgend eine arbeiterpolitische Frage anschneidet, als einen *Fortschritt* begrüssen und sich dann eifrig bemühen, *etwas zu stande zu bringen.* Diese voreiligen Sozialreformer haben auch dem Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine Sympathie entgegengebracht. Die guten Menschen meinen wirklich, der Arbeiterschaft einen Gefallen zu tun, wenn sie wenigstens *etwas* zu wege bringen. In Wahrheit hat aber gerade solche gesetzgeberische Flickschusterei verschuldet, dass sich selbst Juristen und erfahrene Gewerkschaftsleiter in dem Rattenkönig von allen möglichen Gesetzen, Gesetzesnovellen, Verordnungen und Ausführungsbestimmungen nur nach langem Studium zurechtfinden, während alle diese Dinge doch für das Volk gemacht sind, das sich in dem entsetzlichen Wirrwarr der Paragraphen überhaupt nicht auskennt. Die unbezähmbare Sucht sozialpolitischer Reformer, unter allen Umständen den Arbeitern ein neues Gesetz zu schenken, ist auch eine Ursache der unklaren, verschwommenen Fassung vieler

Bestimmungen; müssen sie doch mit einer ganzen Reihe noch nicht aufgehobener, ja geflissentlich konservierter, längst unzeitgemässer Gesetze in Beziehung gebracht werden; zum Beispiel hätte man eine ganze Bibliothek von Gesetzbüchern und Kommentaren nötig, um nur das Gesetz über die Berufsvereine genau beachten zu können, falls der Entwurf Gesetzeskraft erhalten hätte. Von jenen Gesetzgebern, die mit Bedacht eine kautschukartige Form wählen, um den Behörden und Gerichten die tollsten Auslegungen zu ermöglichen, soll jetzt nicht gesprochen werden. Wir wenden uns nur an jene Politiker, die vom bürgerlichen Standpunkt aus unser Arbeiterrecht fortbilden wollen, in dem Bewusstsein, so am ehesten den Interessenkämpfen alle unnötigen Schärfen zu nehmen. Die Erfahrung mit den letzten preussischen Berggesetz*reformen* muss auch den ernsthaften bürgerlichen Sozialreformern zu denken geben.

Ehe die Berggesetznovelle vom 14. Juli 1905 in der verunstalteten Form vom Landtage verabschiedet wurde, verwiesen wir schon auf die gefährliche Dehnbarkeit selbst der Paragraphen, zu denen ein Optimist die Arbeiterschaft beglückwünschen konnte[1]); von den direkt arbeiterschädigenden Verstümmelungen der Regierungsvorlage ganz zu schweigen. Aber unsere Vorstellungen wurden nicht beachtet. Nachdem das Gesetz beschlossen, bemühte sich vielmehr unter anderen Herr Dr. Hitze lebhaft, den Bergleuten das Gesetz als einen *Vorteil* schmackhaft zu machen; selbst dieser erfahrene Sozialpolitiker verschloss sich den Einwendungen, die auch von ihm nahestehenden Gewerkvereinlern gegen den schlimmen Charakter des Gesetzes erhoben wurden. Herr Hitze ist kein Grubeninteressent, ihm ist auch Verständnis für Arbeiterfragen nicht abzustreiten. Wenn schon ein solcher Mann die praktischen Konsequenzen einer immerhin kleinen Gesetzesnovelle nicht übersehen konnte, wieviel mehr muss man da auf der Forderung bestehen: ein Gesetz, das Arbeiterrechte regeln soll, darf nicht im Widerspruch mit den Arbeitern beschlossen werden, und vor allen Dingen darf kein Gesetz verabschiedet werden, das von seinen Urhebern offenbar absichtlich unklar, kautschukartig abgefasst ist! Im Sommer 1905, bei der Essener Reichstagsnachwahl, setzte das Zentrum alle Agitationskräfte in Bewegung, um den Bergleuten die Novelle zum Berggesetz als einen sozialpolitischen Fortschritt erscheinen zu lassen. Wer das bestritt, wurde *Hetzer* und *Verleumder* genannt. Und schon im christlichen *Zentralblatt* vom 7. Mai 1906 führt der Gewerkvereinssekretär Effert aus, die Auslegung der Berggesetznovelle durch die Werksbesitzer und Behörden sei nicht angetan, ihn optimistisch zu stimmen. Wörtlich schreibt er: »Damals haben auch wir auf alle die Türchen zum Durchschlüpfen aufmerksam gemacht, Widerspruch erfahren, und doch sind die schlimmsten Befürchtungen eingetroffen! Eine Anzahl Bergleute wurde erst ruhig, als die Grubenbesitzer erklärten: wir lassen alles beim alten!« Damit bestätigt Effert nicht nur vollauf, was wir über den Charakter der Novelle damals sagten und schrieben, er gesteht auch ein, dass das neue Gesetz unter dem Schein einer arbeiterfreundlichen Reform sogar Verschlechterungen für die Arbeiter gebracht habe. Das Gefühl der berechtigten Genugtuung, das uns angesichts dieses Eingeständnisses erfasst, wird aber erstickt von dem zornerregenden Gedanken, dass nunmehr durch diese sozialpolitische Kurpfuscherei auf wer

[1]) Vergl. auch meine Artikel *Berggesetzgebung und Zentrumspolitik* in den *Sozialistischen Monatsheften* 1905, 2 Bd., pag. 777 ff. und *Ein neues Arbeiterrecht für den Bergbau*, ibid., pag. 999 ff.

weiss wie lange Zeit die berggesetzliche Reformarbeit verrammelt ist. Das Schundwerk haben wir nun einmal; ehe es sich nach Ansicht der guten Seelen in der Regierung *erprobt* hat, werden Jahrzehnte vergehen, wenn nicht schon früher ein neuer gewaltiger Grubenarbeiterkampf der Gesetzgebungsmaschine einen entscheidenden Ruck gibt. Ein Jahr nach Inkrafttreten der Novelle fasste die Konferenz der organisierten Bergleute aller Richtungen einstimmig den Beschluss, den Reichstag um Hilfe gegen die den Bergleuten durch den preussischen Landtag geschenkten *Vorteile* anzurufen. Schlimmer kann gesetzgeberische Kurpfuscherei nicht charakterisiert werden.

II

AUF die gewichtigsten Einwände der enttäuschten und empörten Bergleute gegen die totale Unzulänglichkeit der Novelle vom 14. Juli 1905 verwiesen ihre Verteidiger (vom Zentrum) auf die *grosse Errungenschaft* der obligatorischen Arbeiterausschüsse. Das sei ein *prinzipielles Anerkenntnis* der Arbeiterwünsche von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Nunmehr hätten die Arbeiter eine geordnete Vertretung, das Eis sei gebrochen usw. Da auch jetzt beim Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine bei seinen klerikal-konservativ-antisemitischen Freunden die Redensart von dem *prinzipiellen Anerkenntnis* (der Gleichberechtigung des Arbeiters) wiederkehrte, wird es sich lohnen, die eigentliche Bedeutung der den Bergleuten durch die preussische Berggesetznovelle geschenkten *geordneten Vertretung* und ihre prinzipielle Anerkennung zu beleuchten.

Es soll hier nicht auf den Streit der Meinungen innerhalb der Bergarbeiterschaft über den Wert von Arbeiterausschüssen eingegangen werden. Nur darauf sei verwiesen, dass auch die *sozialdemokratischen Gewerkschaften* für Arbeiterausschüsse votierten (auf dem ersten preussischen Bergarbeitertag /1905/), dass auch wir den Wert von Arbeiterausschüssen anerkennen, die mit wirklichen Befugnissen ausgestattet sind; in diesem Sinne kam auf jenem Bergarbeitertag ein einstimmiger Beschluss zu stande. Was aber die Berggesetznovelle wirklich bot, kennzeichnete am 3. Juni 1905 der christliche *Bergknappe* mit den Worten: solche Ausschüsse seien keine Arbeitervertretungen, sondern Unternehmerschutztruppen; »anständige Charaktere werden es sich überlegen, ehe sie solche Ämter annehmen«. Derart beurteilten dem Zentrum sehr nahestehende Gewerkvereinler die Arbeiterausschüsse der Berggesetznovelle, auf deren Einführung die Zentrumssozialpolitiker ausserordentliches Gewicht legten. Wie dann später der christliche Gewerkvereinsvorstand es fertig brachte, im Gegensatz zu den übrigen Gewerkschaftsleitern, trotz kühnster Auslegungskünste der Ruhrgrubenbesitzer in ihrem Regulativ über die Arbeiterausschüsse, ihre Wahl emsig zu betreiben, ist für unser Thema unwesentlich. Dass das Zentrum ein hohes parteipolitisches Interesse daran besass, seine *grosse Errungenschaft* nicht auch von den der Partei sehr nahestehenden Gewerkvereinsführern missachtet zu sehen, ist klar. Hatte doch vorher der *Bergknappe* in einer Polemik gegen die Herren Hitze und Brust geschrieben, nur »wenn man die Parteibrille aufsetze«, könne man an der Novelle Vorteile für die Arbeiter entdecken. Doch das nur nebenbei. Genug, im Dezember 1905 gingen die Ausschusswahlen unter sehr schwacher Beteiligung — nicht nur im Ruhrgebiet — von statten. Auch die gewaltige

Mehrheit der christlichen Gewerkvereinler blieb der Urne fern. Für diese Ausschüsse war und ist n i r g e n d s Stimmung vorhanden. Den mit den Gesetzesvorschriften und den Regulativen bekannt gewordenen Belegschaften blieb der wesentlich dekorative Charakter dieser *Vertretung* nicht verborgen. Von Hunderten und Tausenden von Belegschaftsmitgliedern erschienen nur wenige Dutzend zur Wahl, auf manchen Gruben kein Mann. Die Arbeiter protestierten gegen dies Geschenk durch Wahlenthaltung, obgleich die Zentrumspresse sich alle Mühe gab, eine starke Wahlbeteiligung zu inszenieren. Übrigens war ja auch sehr vielen Bergleuten durch das Gesetz (einjährige Beschäftigung auf dem selben Werk) das aktive Wahlrecht genommen und auf einer Reihe Ruhrzechen konnten nur Streikbrecher gewählt werden, da für die Ausschussmitglieder dreijährige, ununterbrochene Beschäftigung auf dem selben Werke Vorschrift ist, wodurch den am vorjährigen Generalstreik beteiligten Belegschaftsmitgliedern das passive, wie das aktive Wahlrecht überall da entzogen war, wo die Verwaltungen die Streikbeteiligung als eine Arbeitsunterbrechung buchten. So trat vielfach die *geordnete Arbeitervertretung* in Wirksamkeit durch *Arbeitswillige,* denen natürlich die Belegschaften kein Vertrauen schenken konnten. Diese Vorgänge waren für die Zentrumspartei eine bittere Enttäuschung. Sie sollte nicht die einzige bleiben.

Drei Viertel aller Differenzen zwischen Belegschaft und Grubenverwaltung betreffen Lohnstreitigkeiten, Gedingebemessung, womit auch die Streitigkeiten über Zuteilung von Hilfsarbeitern, Belastung mit unbezahlten Nebenarbeiten, zum Beispiel Sicherung der Arbeitsstätten durch sorgfältiges Verbauen und Verzimmern, zusammenhängen. Soll die Unfallverhütung im Bergbau intensiv angestrebt werden, dann muss nicht zuletzt, sondern zuerst bei der Lohnregulierung eingesetzt werden. Aus allen diesen Gründen verlangte der preussische Bergarbeitertag einstimmig für die Arbeiterausschüsse auch das Recht zur Mitwirkung bei der Lohnregelung etc. Indessen übertrug das Gesetz den obligatorischen Arbeiterausschüssen (§ 80 ff.) nur 1. die Wahl des Vertrauensmannes, der im Auftrage der Arbeiter, von diesen bezahlt, die Abnahme der Förderwagen überwachen darf; 2. Beteiligung an der Verwaltung der überwiegend durch Strafgelder fundierten Zechenunterstützungskassen; 3. Zustimmung bei Vorschriften über Benutzung der Wohlfahrtseinrichtungen; 4. das unwirksame Recht der Äusserung über die Arbeitsordnung. »Ausserdem hat der Arbeiterausschuss Anträge, Wünsche und Beschwerden der Belegschaft [!], die sich auf die Betriebs- und Arbeitsverhältnisse des [!] Bergwerks beziehen, zur Kenntnis des Bergwerksbesitzers zu bringen und sich darüber zu äussern.« Die Regierungsvorlage hatte wenigstens vorgeschlagen, »gutachtlich« zu äussern, welch bessere Form die Landboten ablehnten. Der springende Punkt ist, dass der Arbeiterausschuss gerade da keine Rechte hat, wo er, seiner ihm zugeschobenen Aufgabe gemäss, am besten das *gute Einvernehmen* zwischen Arbeiter und Unternehmer behüten respektive herstellen könnte, nämlich in der Lohnfrage. Eine arbeiterfreundliche Gesetzesauslegung würde den Arbeiterausschüssen immerhin die *Äusserung* auch über Lohnfragen zugestanden haben. Aber als im Frühjahr 1906 der christliche Gewerkverein die Ausschüsse beauftragte, eine Lohneingabe zu vertreten, erhob die grosse Mehrzahl der Ruhrzechenleiter den Kompetenzeinwand und verhandelte mit den Ausschüssen überhaupt nicht. Das war die zweite bittere Enttäuschung der Schwärmer für Arbeiterausschüsse dieser Art. Im Mai 1906

konstatierte der christliche *Bergknappe* allgemein, es habe sich nichts gebessert auf den Zechen, die Klagen der Arbeiter würden immer lauter. Ein Beweis dafür, dass auch an den anderen misslichen Werkszuständen diese *geordnete Arbeitervertretung* nichts ändern konnte. Wir sehen ganz ab von der intellektuellen und moralischen Befähigung mancher Ausschüsse, im Sinne der Arbeiter zu wirken; das trifft nicht den Kern der Sache. Wesentlich ist vielmehr, dass auch das beste Ausschussmitglied im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen und der von den Werksbesitzern erlassenen Ausführungsvorschriften in der Hauptsache nur eine Dekoration bleibt.

Anlässlich der jüngsten, noch nicht abgeschlossenen Lohnbewegung der Bergleute hat sich dann der von uns vorausgesagte direkt reaktionäre Charakter dieser Arbeiterausschüsse sinnfällig herausgestellt. Auf die von der Gesamtvertretung der Bergarbeitergewerkschaften am 8. Oktober 1906 bei allen deutschen Grubenverwaltungen und ihren Verbänden eingereichte Forderung nach 15 % Lohnerhöhung fassten die vereinigten Werksverbände den Beschluss, die Forderung abzulehnen, die Siebenerkommission überhaupt nicht als Arbeitervertretung anzuerkennen — und den Werksverwaltungen zu empfehlen, nur mit den Arbeiterausschüssen über die Lohnfrage zu *verhandeln*. Grosser Jubel bei den Vätern und Freunden der Arbeiterausschüsse: jetzt zeige sich doch der grosse Vorteil der Berggesetznovelle für die Arbeiter: der *alte* Verband habe eine schwere Niederlage erlitten. So leicht lassen sich sozialpolitische Dilettanten von sogenannten *Zugeständnissen* dupieren — wir nehmen immer den guten Glauben an. Schon die plötzliche Bereitwilligkeit der Zechenherren, nun mit den Arbeiterausschüssen die Lohnfrage zu verhandeln, musste nach dem Vorgegangenen verdächtig erscheinen. War es den Zechenbesitzern ums Bewilligen zu tun, brauchten sie keine Winkelzüge zu machen. Die Siebenerkommission, die in einigen Revieren bis 60 % der eigentlichen Bergleute (organisiert) vertritt, wurde wegen angeblich fehlender Legitimation zurückgewiesen; aber die Ausschüsse, von nicht einmal 10 % der Belegschaften anerkannt, waren legitimiert. Dieser Vorgang ist besonders bezeichnend, weil der Antrag des Abgeordneten Wolff-Lissa, der den Arbeiterausschüssen das Vertretungsrecht »in allen das Arbeitsverhältnis betreffenden gemeinsamen Fragen«, also auch in Lohnangelegenheiten, geben wollte, von der Berggesetzkommission des Landtags auf Betreiben der Werksinteressenten abgelehnt wurde. Auch das Zentrum erklärte sich dagegen! Mit Recht folgert der Abgeordnete Gothein daraus, mit dieser Ablehnung werde dokumentiert, dass die Ausschüsse eine wirkliche Arbeitervertretung nicht sein sollten.[2]) Warum nun auf einmal die werksseitige Anerkennung der Ausschüsse in Lohnfragen?

Rasch demaskierten sich die Unternehmer. In der *Kölnischen Zeitung* liessen sie erklären, den Arbeiterausschüssen sollte durch Lohnlisten, graphische Darstellungen etc. das »fortwährende Steigen der Löhne nachgewiesen« werden, dann wäre die »Ungerechtigkeit« der Lohnforderung klargestellt. Also, um die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen auszuschalten, um die *Unberechtigung* und *Überflüssigkeit* der wirtschaftlichen Bergarbeiterverbände zu demonstrieren, anerkannten nun die Werksbesitzer die Arbeiterausschüsse als legale Vertretung der Belegschaften auch in der Lohnfrage. Nicht, um sie

[2]) Vergl. Georg Gothein *Die preussischen Berggesetznovellen* im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 21. Bd., pag. 185.

im arbeiterfreundlichen Sinne zu lösen, sondern, um die Lohnbewegung in den Arbeiterausschüssen zu begraben. Diese Anerkennung der Arbeiterausschüsse ist gleichbedeutend mit der Nichtanerkennung des Arbeitervereinigungsrechtes, also ein Danaergeschenk allerschlimmster Art. Um so mehr, als nach ausdrücklicher Erklärung von Regierungsseite die Belegschaft eines Bergwerks als abgeschlossene Einheit zu betrachten ist, deren Ausschuss mit den Ausschüssen der anderen Belegschaften nicht zusammen beraten darf, wenn er der Gefahr der Aufsösung und einjähriger Suspendierung entgehen will. Darin liegt nämlich das Raffinement der Vorschriften über Zusammensetzung, Tätigkeitsgebiet und Wirksamkeit der Bergarbeiterausschüsse in Preussen, dass die Arbeiterschaft eines Reviers in so viele *Interessentengruppen* künstlich geteilt ist, wie Schächte respektive Belegschaftsgruppen vorhanden sind. Statt die Schaffung einheitlicher Betriebszustände zu fördern, wodurch auch der grosse Belegschaftswechsel eingedämmt würde, verbietet die Berggesetznovelle das Zusammenwirken der Arbeiterausschüsse eines Reviers, sie will natürliche Bande nach dem Grundsatz *Teile und herrsche!* zerreissen. Will ein Arbeiterausschuss im Allgemeininteresse der Arbeiter durch kollegiale Verständigung mit anderen Ausschüssen einheitliche Werksverhältnisse anstreben, so wird er wegen Kompetenzüberschreitung aufgelöst; zeigt er sich anhaltend renitent, auf ein Jahr suspendiert. Diese in jedem Betracht reaktionäre Fundierung der Arbeiterausschüsse ist jetzt für alle Kameradschaften in die Erscheinung getreten. Die Siebenerkommission ging klugerweise auf den Bescheid der Unternehmer insofern ein, als sie den Arbeiterausschüssen empfahl, sich zu Verhandlungen zur Verfügung zu stellen. Das Ergebnis war pure Ablehnung oder Hinhaltung der Lohnforderung. Dadurch gewannen auch die Ausschussfreunde unter den Bergleuten die unschätzbare Erkenntnis, dass den Arbeiterausschüssen, wie sie jetzt gesetzlich festgelegt sind, die Vertretung der Arbeiterinteressen übertragen so viel hiesse, wie Selbstmord der Arbeitergewerkschaft, unendliche Zersplitterung der Arbeiterkraft, Auslieferung des Arbeiters an die stark organisierten Werksbesitzer. Diese Arbeiterausschüsse sind infolge mangelnder gesetzlicher Befugnisse nicht nur selber keine wirksamen Arbeitervertretungen, sie haben nach dem Willen ihrer Väter noch den Zweck, die derzeitigen eigentlichen Arbeiterorganisationen, die Gewerkschaften, bei der Regelung des Arbeitsvertrages auszuschalten. Haben die Sozialpolitiker des Zentrums dies nicht erkannt?

Wenn noch etwas gefehlt hätte, um den durch die angeblichen Vorteile dieser *geordneten Vertretung* anfangs getäuschten Knappen die Augen zu öffnen über den gewerkschaftsfeindlichen Charakter dieser Institution, dann folgendes: Die *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* brachte einen sensationellen Artikel, der die Lohnforderung der Bergleute als berechtigt anerkannte, den Werksbesitzern riet, von ihrem veralteten *Herren*standpunkt abzugehen und mit der Siebenerkommission der Bergarbeiterorganisationen zu verhandeln. Darüber ungeheure Aufregung in Werkskreisen, kategorisches Verlangen, den Namen des Verfassers jenes Artikels zu nennen, Drohungen gegen diesen *Verbrecher*. Einige Tage später eine Erklärung des Regierungsblattes: die Arbeit sei »nur redaktionell«, und kurz darauf ein zweiter Artikel, der sich vollkommen auf den *Herren*standpunkt der Werksbesitzer stellte, ihnen empfahl, nur — mit den Arbeiterausschüssen zu verkehren! Der letzte Artikel wurde als Meinung der preussischen Regierung deklariert, der

selben Regierung, von der das Essener Zentrumsblatt dann am 25. Oktober 1906 erklärte, sie sei »reaktionär bis auf die Knochen«. Eine neue Enttäuschung der Sozialreformer! Der arbeiterfreundliche, in der Reichsregierung vermutete Verfasser des ersten Artikels empfiehlt die gewerkschaftliche Siebenerkommission als Arbeitervertretung; der die Meinung der reaktionären preussischen Regierung wiedergebende zweite Artikel anerkennt nur die Arbeiterausschüsse. Wodurch dieser *Errungenschaft*, diesem *prinzipiellen Anerkenntnis* als wirkliche Arbeitervertretung das Todesurteil gesprochen war. Hier haben wir ein Musterbeispiel sozialpolitischer Scheinreformen. Was, rein äusserlich betrachtet, einem sozialpolitischen Fortschritt gleicht, wird praktisch eine Waffe in der Hand der Kapitalisten gegen die gewerkschaftlichen Organisationsbestrebungen der Arbeiter, wenn diese sich von dem Schein blenden lassen, der so manchen gelehrten Sozialreformer hypnotisiert.

Noch etwas zur Illustrierung der *grossen Errungenschaft*. Die Arbeiterausschüsse sollen den sozialen Frieden fördern, natürlich, ohne irgendwelche Befugnisse zur wirksamen Arbeitervertretung zu besitzen. Wenn nach Ablehnung der Lohnforderung die Arbeiterausschüsse allein, wie es Regierung und Werksherren wollen, vor die Belegschaften getreten wären, um ihnen das Verhalten der Werksverwaltungen zu schildern, dann hätten wir mindestens partielle Bergarbeiterstreiks in fast allen Revieren gehabt. Die Arbeiterausschüsse besitzen infolge ihrer gekünstelten Zusammensetzung gar keinen Einfluss auf die Belegschaften, die bekanntlich in ihren Bestandteilen ausserordentlich stark wechseln. Gesetzlich und tatsächlich bleiben sie ohne Einfluss auf die Arbeitermassen, deren gewerkschaftliche Organisierung und Schulung gerade durch die Bewilligung der Ausschüsse hintertrieben werden sollte. Hätte die Siebenerkommission den Arbeiterausschüssen die Berichterstattung an die Belegschaften überlassen, dann wären Belegschaftsstreiks so sicher gewesen, wie das Amen in der Kirche. Im Bergrevier ist aber ein Einzelstreik sehr oft das Signal zur allgemeinen Arbeitseinstellung. Und so haben wir denn die sozialpolitisch hochwichtige Tatsache zu verzeichnen, dass, wenn die verantwortlichen Gewerkschaftsleiter schwerwiegende Erschütterungen des Wirtschaftslebens vermeiden wollen, sie die Arbeiterausschüsse als allein legitimierte Arbeitervertretung bei seite schieben, die Entscheidung über Krieg und Frieden, wie früher, den allgemeinen Revierkonferenzen übertragen müssen. Also liegen die Verhältnisse; und nun fragen wir: welchen Wert haben solche Arbeitervertretungen für die Arbeiterwohlfahrt, für die Wahrung der Allgemeininteressen? So, wie sie heute eingerichtet sind, bilden sie geradezu eine Gefahr für die Industrie. Darum handelten die Gewerkschaftsleiter im wohlverstandenen öffentlichen Interesse, als sie nach der ablehnenden Unternehmerantwort die Arbeiterausschüsse nur als beauftragte Funktionäre der Gewerkschaft wirken liessen. Allerdings verstösst das gegen das Gesetz, aber es lag im Allgemeininteresse.

III

ARBEITERAUSSCHÜSSE können nur wirksame Arbeitervertretungen sein, wenn sie hinter sich straff organisierte Werksbelegschaften haben; ohne diesen Rückhalt werden auch die weitestgehenden gesetzlichen Befugnisse dem Arbeiterausschuss wenig nützen. Der Arbeiterausschuss kann nur so weit eine vermittelnde Rolle spielen, wie die Stärke der hinter ihm stehenden Arbeiterorganisation es dem Unter-

nehmer geraten sein lässt, den puren *Herren im Hause*-Standpunkt nicht zu betonen. Mit anderen Worten: Arbeiterausschüsse müssen Organe der gewerkschaftlichen Berufsvereine sein. Sie dürfen nicht — nach dem preussischen Berggesetzmuster — die Arbeiterorganisation verdrängen wollen, sondern müssen sie ergänzen. Man lese die Auslassungen der Gewerbe- und Fabrikinspektionen über die Lebensfähigkeit der von Werksherren als *Wohlfahrtseinrichtung* genehmigten Arbeiterausschüsse! Diese künstlichen Gebilde sind Totgeburten. Dagegen studiere man in dem im reichsstatistischen Amt bearbeiteten Werke *Der Tarifvertrag im Deutschen Reiche* die im dritten Band zusammengestellten Tarifverträge, wenn man aus der lebendigen Volksbewegung entstandene, darum lebensfähige Arbeitervertretungen kennen lernen will. Diese Tarifkommissionen sind paritätisch zusammengesetzt, aber ihre Mitglieder sind im fortwährenden Kontakt mit ihren organisierten Auftraggebern, können nicht ohne deren Zustimmung handeln. Dagegen hat es die preussische Berggesetznovelle gerade darauf abgesehen, die Bande der Arbeiterorganisation zu lösen. Wie dem auch Leute zustimmen konnten, denen eine bedeutende sozialpolitische Kenntnis eignet, ist uns unverständlich. In seiner *Arbeiterfrage* sagt Dr. Hitze, die Arbeiterausschüsse sollten die Gewerkvereine nicht ersetzen, sondern jene sollten diesen einen »starken Rückhalt gewähren«.[3]) Wir sahen aber, dass die vom Zentrum mitbeschlossenen und gerühmten Bergarbeiterausschüsse die Gewerkschaften ausschliessen sollen. Wenn das den Sozialpolitikern des Zentrums nicht bewusst gewesen ist, so wird es Zeit, dass sie aufhören mit ihrer sogenannten *führenden Sozialreform.*

Allerdings ist die Stellung Dr. Hitzes und seiner Freunde erklärt durch ihre Befangenheit in der Beurteilung des Verhältnisses zwischen Arbeiter und Unternehmer. Herr Hitze sagt nämlich an der schon zitierten Stelle auch, die Wirksamkeit der Arbeiterausschüsse sei »in erster Linie bestimmt durch den Arbeitgeber«. Nichts kann falscher sein. Die Wirksamkeit der Arbeiterausschüsse wird in erster Linie bestimmt durch die Macht der hinter ihr stehenden Arbeiterorganisation. Die Tarifverträge zwischen Arbeiter- und Unternehmerorganisation sind fast ausschliesslich der Initiative der Arbeitergewerkschaften zu danken, in der Regel haben die Arbeiter dem Unternehmer den Tarifvertrag sowohl, wie die zu seiner Uberwachung eingesetzten Organisationsausschüsse abringen müssen.[4]) Keine gewerkschaftliche Richtung in Deutschland geht in den Kampf um des Kampfes willen, uns allen ist ein Erfolg der Arbeiter ohne Streik am genehmsten. Aber keine gewerkschaftliche Richtung glaubt heute mehr an die alles versüssende Harmonie zwischen Arbeit und Kapital, kein Gewerkschafter rechnet mehr mit einem Unternehmertum, das, wie Dr. Hitze meint, den Arbeiterausschüssen im Arbeiterinteresse Leben einflösst. Die auch von Herrn Hitze mitgeschaffenen christlichen Gewerkvereine proklamierten sich anfangs als *Nichtkampfvereine.* Herr Kaplan Dr. Müller-München-Gladbach muss aber zugeben, dass innerhalb der christlichen Gewerk-

[3]) Vergl. Franz Hitze *Die Arbeiterfrage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung* [Berlin 1905] pag. 60.
[4]) Interessant ist, dass in dem schon erwähnten, vom kaiserlich statistischen Amt bearbeiteten Werke *Der Tarifvertrag im Deutschen Reiche* [Berlin 1906] gesagt wird, eine reelle Innehaltung der Tarifabmachungen sei am besten durch »grosse Organisationen« gewährleistet (vergl. 1. Bd., pag. 70). Der Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine hatte aber die Tendenz, die grossen Organisationen zu zerschlagen, seine Bestimmungen waren zugeschnitten am ehesten auf lokale Fachvereine. Eine sonderbare soziale Gesetzgebung, die sogar *dem sozialen Frieden dienende Einrichtungen*, wie die Tarifgemeinschaften, in die höchste Gefahr bringt!

vereinsbewegung die Anschauung von der Interessengemeinschaft zwischen Arbeiter und Unternehmer »durch die Erfahrung in den Hintergrund gedrängt wurde«.[5]) Wieder sind die praktischen Gewerkschafter zu einer anderen Erkenntnis gekommen, als die theoretisierenden Sozialpolitiker. Das sollte endlich die Herren veranlassen, die Dinge zu nehmen, wie sie sind, und dementsprechende gesetzgeberische Arbeit zu leisten.

Jene Sozialpolitiker sind noch immer in wirtschaftlichen Anschauungen befangen, die den Unternehmer mehr oder weniger als einen Patriarchen darstellen, dem man nur die Arbeiterwünsche sachlich vorzutragen habe, um auf Entgegenkommen zu rechnen. Gewiss ist diese Anschauung kein Zeichen unedler Gesinnung, aber sie ist im Zeitalter der Syndikate und Trusts einfach kindlich. Als Ergebnis dieser, die Tatsachen völlig verkennenden Ansicht sind uns auch die Bergarbeiterausschüsse von bürgerlichen Sozialpolitikern empfohlen worden, werden auch die paritätischen Arbeitskammern statt der reinen Arbeiterkammern befürwortet. Dem Trugschluss, die Arbeitskammern wurden bessere Institutionen für die Arbeiter sein, als die Arbeiterkammern, sind auch sozialdemokratische Politiker zum Opfer gefallen. Wir verweisen nur auf die Darlegungen des Professors Mataja[6]) und ganz besonders auf das, was Professor Herkner über den geringen sozialen Wert der Arbeitskammern sagt.[7]) Diese bürgerlichen Autoren verweisen die Lehre von der natürlichen Interessengemeinschaft zwischen Kapitalisten und Arbeiter in das Reich der Fabel, verlangen reine Arbeitervertretungen, getragen von dem Vertrauen der Berufsgenossen. Darum kann ausserdem noch eine paritätische Vertretung geschaffen werden, gewissermassen als Schlichtungsorgan, ähnlich, wie sie das österreichische Gesetz über die Genossenschaften beim Bergbau vom 14. August 1896 vorsieht. Dieses ist in seiner Tendenz viel arbeiterfreundlicher, als die preussische Berggesetznovelle vom 14. Juli 1905. Das österreichische Gesetz führte Zechenausschüsse (Lokalausschüsse) ein für die Vertretung der einzelnen Belegschaften. Die Lokalausschüsse sind nicht gehindert, sich mit den anderen zu verständigen, vielmehr sollen sie in der nur aus Arbeitern bestehenden zweiten Abteilung der Reviergenossenschaft sich ein höheres Organ wählen, dem bedeutend wichtigere Befugnisse gegeben sind — zum Beispiel auch Mitwirkung in Lohnstreitigkeiten —, als unseren preussischen Bergarbeiterausschüssen. Keine Beengung auf den Einzelbetrieb, kein Verbot der Verbindung der Lokalausschüsse, keine Negation der gewerkschaftlichen Organisation! Diese Arbeiterkammern beraten und beschliessen separat; dann treten die Delegierten der Arbeiter mit denen der Werksabteilung zur gemeinsamen Beratung und Beschlussfassung zusammen. Wir sehen hier eine organische Verbindung von lokalen Arbeiterausschüssen, Arbeiterkammern und paritätischer Einigungsinstanz, der noch viele Mängel anhaften, die sich aber doch turmhoch erhebt über unsere Institution der Arbeiterausschüsse im Bergbau, welche nicht zur Arbeitersolidarität tendiert, sondern die Arbeiterschaft zerreissen soll. Vom selben Geiste der Arbeiterzersplitterung war auch der — jetzt mit der Auflösung des Reichstags glücklich begrabene — Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine beseelt. Statt die imponierenden, sittlich erhebenden Lebensäusserungen der Arbeitersolidarität als Grundlage für ein grosszügiges Gesetz zu benutzen,

[5]) Vergl. Otto Müller *Die christliche Gewerkvereinsbewegung in Deutschland* Karlsruhe 1905, pag. 110.
[6]) Vergl den von Victor Mataja bearbeiteten Artikel *Arbeiterkammern* im *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, 1. Bd. (Jena 1898), pag. 401 ff.
[7]) Vergl. Heinrich Herkner *Die Arbeiterfrage* (Berlin 1905), pag. 440 ff.

das, aufräumend mit Urväter Hausrat ein einheitliches, freies Vereins- und Versammlungsrecht schafft, die aus dem unabweisbaren wirtschaftlichen Bedürfnissen herausgewachsenen Gewerkschaften, Tarifgemeinschaften, freien Schlichtungskommissionen rechtlich anerkennt, die Grundsteine legt für eine Arbeitervertretung durch Arbeiterausschüsse und Arbeiterkammern, statt ein solches Denkmal zeitgemässer Sozialgesetzgebung zu errichten, wurde den Berufsvereinen ein aus allerhand tödlichen Kräutern zusammengebrautes Tränklein vorgesetzt unter täuschender Etikette.

Die Spuren der Berggesetz*reform* schrecken. Unter dem blendenden Vorwand legaler Arbeitervertretung ist eine Institution geschaffen, die als Arbeiterausschuss machtlos, in ihrer von den Urhebern gewollten Konsequenz die gewerkschaftliche Arbeitervertretung ausschalten soll. Für solche Geschenke bedankt sich die Arbeiterschaft ganz entschieden. Und wer, gewitzigt durch die Erfahrungen im Bergbau, den Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine betrachtete, der brauchte nicht einmal die vernichtende Kritik der Linksparteien im Reichstage zu hören, er wusste ohnedies, dass abermals eine soziale Tat à la preussisches Berggesetz geplant war. Wollen Regierung und Mehrheitsparteien kein klares, fortschrittliches Arbeiterrecht legalisieren, dann lieber gar nichts, nur keine neue gewerkschaftsfeindliche Scheinreform!

××

MAX SCHIPPEL · STÄDTISCHE LEBENSMITTELVERTEUERER

I

DER Ausfall der Reichstagswahlen dürfte auch endgültig über den Fortbestand oder die Aufhebung der zahlreichen kommunalen Brot- und Fleischabgaben in Deutschland entscheiden. Vorläufig ist bekanntlich die Frage geregelt durch § 13 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902:

»Für Rechnung von Kommunen oder Korporationen dürfen vom 1. April 1910 ab Abgaben auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und andere Mühlenfabrikate, desgleichen auf Backware, Vieh, Fleisch, Fleischwaren und Fett nicht erhoben werden.«

Aber schon beim ersten Auftauchen des Antrages in der Zollkommission des Reichstags protestierten nicht wenige, zum Teil recht angesehene Stadtverwaltungen durch Eingaben an Regierungen und Reichstag. Als Wortführer der gefährdeten kommunalen Finanzinteressen traten vor allem der preussische Minister des Innern und der bayerische Bundesratsbevollmächtigte auf; das Reichsamt des Innern beschränkte sich mehr auf *pflichtgemässe* verfassungsrechtliche Bedenken und Einwände.

In Altpreussen bestanden, nach den damaligen Darlegungen des Freiherrn von Rheinbaben, noch 6 Städte mit Fleischauflagen; sie erhoben für Gemeinderechnung die ehemalige Staatsschlachtsteuer fort, bedurften dazu aller 3 Jahre eines erneuten Antrags beim Ministerium, auf Grund eines Mehrheitsvotums der Gemeindevertretungen; »fast durchweg« sei der notwendige Gemeindebeschluss »mit überwiegender Mehrheit gefasst«, und die Genehmigung von der Regierung »auf erneute Prüfung der Verhältnisse hin« anstandslos erteilt worden. Neben diesen 6 Stadtgemeinden Breslau, Posen, Gnesen, Potsdam, Coblenz-Ehrenbreitstein, Aachen standen in Preussen alsdann noch

einige hannoversche Städte, vor allem jedoch 90 Gemeinden der Provinz Hessen-Nassau mit Fleischsteuern. So erzielte aus dieser einen Einnahmequelle im Etatsjahre 1900 respektive 1901
Cassel 356 824, Wiesbaden 278 048, Hanau 66 713, Bockenheim 49 371, Fulda 34 469, Marburg 33 600, Eschwege 31 869, Hersfeld 23 211, Biebrich 17 392 Mark.
Wegen der Schwierigkeit der Ersatzfindung, und da alle aufstrebenden Kommunen schon jetzt sich in lebhaften Klagen ergingen
»über eine zu enge Begrenzung ihres Steuerungsgebiets gegenüber den auf den Gebieten der Volksschule, des Wegebaus, der Entwässerung, der Trinkwasserversorgung, der Beleuchtung, der Beamtenfürsorge, der Armenpflege usw. stark gestiegenen Bedürfnissen, . . . würde zu besorgen sein, dass mit der reichsgesetzlichen weiteren Beschränkung der Steuerquellen unmittelbar die Befriedigung der Kulturaufgaben leiden könnte. Vom Standpunkte dieser Erwägungen aus stehen der Annahme des Antrages für die preussische Monarchie erhebliche Bedenken entgegen.«

In Bayern ist zweifellos die Oktroiwirtschaft noch viel fester eingewurzelt, auch auf dem flachen Lande. Beinahe der vierte Teil aller bayerischen Gemeinden erhebt örtliche Verbrauchssteuern; viele dieser 1950 Verwaltungen begnügen sich allerdings mit der Erhebung einer Bierabgabe, fallen also nicht unter die neue Reichsvorschrift; zahlreiche Gemeinden besteuern jedoch zugleich das Brot und das Fleisch. Für manche Gemeinden, berichtete der bayerische Regierungsvertreter vor der Zollkommission, seien diese Abgaben die einzige oder doch wenigstens die Haupteinnahmequelle; der Antrag sei ferner ein Eingriff in die kommunale Selbständigkeit und Selbstverwaltung, in das einzelstaatliche Gesetzgebungsrecht; erfahrungsgemäss habe nicht einmal der Konsument den Vorteil einer Preisermässigung von solchen Abgabenaufhebungen; die Mehl- und Brotpreise »seien nicht selten in den Städten ohne örtliche Abgabe höher gewesen, als in Städten mit einer solchen Abgabe«.

Sachsen fürchtete vor allem für die Finanzen Dresdens, das seit langer Zeit von Mehl und Backwerk, von Eiern, Wildpret, Geflügel und Fischen, von Schlachtvieh, Fleisch und Fleischwaren um so erklecklichere Einnahmen erzielt, je mehr es seine Grundbesitzerklasse schont und verhätschelt: zur Zeit der Reichstagsberatungen erhob es in dieser Weise rund 2 Millionen Mark im Jahre. Erst vor 15 Jahren hatte Dresden seine Verzehrungsabgaben verdoppelt, so dass nach dem Tarif vom 1. Januar 1887 von nicht weniger, als 514 Artikeln, städtische Abgaben erhoben wurden, nämlich von
Roggenmehl aufs Kilo 1 Pfennig, Roggenbrot 0.9 Pfennig, Weizenmehl aufs Kilo 2,4 Pfennig, Weizenbrot aufs Kilo 1,8 Pfennig, frischem Fleisch und Fisch aufs Kilo 4 Pfennig, geräuchertem Fleisch aufs Kilo 6 Pf., Ochsen über 150 Kilo schwer 10 Mark, Kühe über 150 Kilo schwer 8 Mark, Kälber 1 bis 2 Mark, Hammel 50 Pfennig das Stück; Fette aller Art, also Schmalz, Margarine usw. zahlen 4 Pfennig auf 1 Kilo, einfaches Bier zahlt für den Hektoliter 25 Pfennig, schwereres Bier 60 Pfennig für den Hektoliter.
In der Tat steht bis zum heutigen Tage Dresden mit an der Spitze derjenigen Stadtverwaltungen, welche die Wiederabschaffung des § 13 des Zolltarifgesetzes gar nicht erwarten können.

Leider muss man jedoch hinzufügen, dass die übrigen, unbeteiligten Städte nichts tun, um ihre rein fiskalisch Fleisch- und Brotwucher treibenden Kolleginnen zur Preisgabe einer auf die Dauer ganz unhaltbaren Stellung zu bewegen. Vielmehr steifen sie dem Brot- und Fleischwucher geradezu den Rücken durch Unterstützung aller nur möglichen, wenn auch noch so kurz-

sichtigen Forderungen und Wünsche der Nächstinteressierten. Genosse Hugo Lindemann hat in der Rubrik *Soziale Kommunalpolitik* der Rundschau dieser Zeitschrift mehrfach die Ergebnisse dieses unklugen, verständnislosen Treibens erwähnt.[1]) Es heisst in der Tat einfach den Spott und Hohn der Agrarier herausfordern, wenn man die Reichsverwaltung um schleunigste Massnahmen zur Herabsetzung der Fleischpreise bestürmt, während man selber in einem Agitationsausschuss der deutschen Oktroistädte sitzt und die Vertagung der ganzen Streitfrage bis zum Ablauf der Handelsverträge — also bis zum Jahre 1917! — verlangt oder, noch lieber, gleich die gänzliche Abschaffung des § 13, wie das im Anfang der kommunalen Oppositionsbewegung unverhohlen geschah und heute nur aus taktischen Rücksichten nicht mehr verfochten wird.

II

Besonders die Fleischer und die Konsumenten haben sich von jeher gegen die kommunale Lebensmittelbesteuerung gewandt. Erst später haben sich ihnen zahlreiche Landwirte zugesellt, teils, um auch einmal in der dankbaren Rolle der Brot- und Fleischverbilliger aufzutreten, teils, weil sie durch die städtischen Schlagbäume zweifellos recht oft in ihrem Absatz geschädigt werden.

So schilderten in einer Reichstagpetition, der vom 10. Oktober 1902, die Potsdamer Fleischer in drastischer, vielleicht allzu drastischer Weise den Widersinn und die Scherereien des ihnen auferlegten *Systems*. Die Steuersätze in Potsdam waren zum Teil verblüffend hoch, nämlich für einen Ochsen 31,50 Mark, für eine Kuh 20,25 Mark, für ein Schwein 9 Mark, für einen Hammel 1,68 Mark, für ein Kalb 2,25 Mark. Die Fremden müssen sich deshalb gleich beim Betreten der Stadt, um *Grenzschmuggel* zu verhüten, eine Visitation der Koffer, der Wäsche und des sonstigen Reisegepäcks von seiten der Steuerbeamten gefallen lassen; auf der Post werden sämtliche Pakete durch die Steuerbehörde geprüft, »selbst der vom Urlaub kommende Soldat muss sein bisschen Essware versteuern, das selbe muss er mit den aus der Heimat gesandten Paketen tun«. ‚Nun helfen sich allerdings viele Einwohner dadurch, dass sie von der *Freieinfuhr* kleinerer Gewichtsmengen (bis zu 1 Kilo) Gebrauch machen; sie holen sich ihren Bedarf aus den unmittelbar an Potsdam angrenzenden schlachtsteuerfreien Ortschaften Nowawes, Neuendorf, Klein-Glienicke, Bornstedt. Entsprechend verkleinert sich jedoch das normale Absatzgebiet, die erzielte Verkaufsmenge für das *einheimische* Fleischergewerbe. Auch erscheint es, zum mindesten für manche Fälle, nicht unglaubhaft, dass die Wahl zwischen Stücksatz- oder Gewichtsversteuerung vielfach zu Ungerechtigkeiten, abermals vorwiegend gegen die einheimischen Konkurrenten, ausschlägt:

»Ein weiterer Beweis, dass wir Potsdamer gegenüber Auswärtigen, welche nach hier Fleisch einführen, im Nachteil sind, ist der, dass die Auswärtigen minderwertige Teile, als Köpfe, Beine, Talg, Liesen etc. nicht zur Versteuerung mitzubringen brauchen, die die Potsdamer mit versteuern müssen. Die Wursthändler zahlen für die fertige Wurst nicht mehr Steuer, als wir für das Fleisch mit Talg, Sehnen und Knochen und Abgang; rechnet man dazu das Austrocknen der Wurst, so kostet das Pfund 20 Pfennig Steuer, die Händler dagegen zahlen nur 6 Pfennig für das Pfund. Dadurch, dass die selben die Wurst auswärts billiger beziehen, kaufen die selben ihre gesamte Ware auswärts. Selbst für beanstandete Tiere, welche gekocht und auf der Freibank

[1]) Vergl. zuletzt wieder *Sozialistische Monatshefte*, 1906, 2. Bd, pag. 1057.

verkauft werden, müssen wir die volle Steuer entrichten; so kommt es vor, dass Tiere die beim Einkauf 300 Mark gekostet haben, auf der Freibank 50 bis 60 Mark einbringen, doch hierfür die volle Steuer mit 31 Mark 50 Pfennig erhoben wird.«

Der allgemeine Widerstand der Fleischer trat wohl im April 1902 auf dem ausserordentlichen Delegiertentag des *Deutschen Fleischerverbandes* am eindrucksvollsten zu tage. Wir erwähnen drei Redner aus den verschiedensten Ecken des Reiches. Lautz-Darmstadt betonte, dass seine Gemeinde für 621 000 Mark Oktroieinahme nicht weniger als 121 000 Mark Verwaltungskosten zu tragen habe. Die ganze Bevölkerung empfinde die genaue Torkontrolle als überaus lästig; jeder Fremde werde mit seinem Koffer oder Korb von dem Aufseher angehalten und müsse sich bei Wind und Wetter gefallen lassen, dass seine Sachen bis auf den Grund durchsucht würden. Oft traten ganz künstliche Geschäftsverschiebungen ein: so wegen der Verweigerung jeder Rückvergütung für wiederausgeführtes Fleisch, zum Beispiel nach nahen Luftkurorten, im Gegensatz zu Hasen und anderen Artikeln, wegen der ungleichen Heranziehung oder der gänzlichen Steuerfreiheit konkurrierender Artikel, zum Beispiel feiner Fische. Das Resultat des ganzen Systems sei, dass die Beamtenbevölkerung der Residenz über hohe Lebensmittelpreise schimpfe und auf dem Lande oder in der benachbarten Grossstadt Frankfurt kaufe. So käme zu dem einen Schaden der andere. In dem Bericht heisst es weiter wörtlich für Breslau und für Aachen:

Obermeister Becker-Breslau: »Breslau ist die einzige Stadt Schlesiens, die noch Schlachtsteuer erhebt, deren Ertrag beläuft sich auf nahezu 2 Millionen Mark. Wir haben wohl die höchsten Sätze, ausserdem aber bei dem sehr teuer gebauten Schlachthofe eine Menge anderer Gebühren, die uns schwer drücken. Ausserdem ist es unmöglich, die Steuer gerecht zu verteilen; die gutsituierten Kreise gehen das Jahr über längere Zeit auf Reisen, entziehen sich also der Steuer. Die ärmere und mittlere Klasse dagegen, welche durch ihren Erwerb an die Stadt gebunden ist, muss jahrein, jahraus die Abgabe tragen. Die modernen Verkehrsmittel erleichtern überdies noch die Umgehung der Abgabe bei der pfundweisen Einfuhr durch Private. Die freisinnige Partei schreit bei den Sätzen des Zolltarifs von Brot- und Fleischwucher, die Stadt Breslau aber, deren Magistrat vorwiegend freisinnig ist, erhebt Binnenzölle, die jeder Bezeichnung spotten. . . .«

Fleischermeister Esser-Aachen: »Bei uns liegen die Verhältnisse besonders schwer, weil wir nahe an der Grenze wohnen. Bei uns wird von einem Ochsen sage und schreibe 32,70 Mark, für jede Kuh 22,50 Mark, für jedes Kalb über 200 Pfund der selbe Satz erhoben. Der Umstand, dass der Händler diese Beiträge beim Eintritt in das Marktgebiet zu entrichten hat, bewirkt, dass der hiesige Viehmarkt gegen die in Köln und Neuss nicht aufkommen kann. Wir sind also gezwungen, dort zu kaufen und noch Transportspesen zu tragen. Wiederholt, zuletzt 1901, haben wir bei der Stadt darum petitioniert, die Schlachtsteuer aufzuheben, bis dahin aber wenigstens für das ausgeführte Fleisch Rückvergütung zu gewähren. Der Magistrat hat nicht nur beides abgelehnt, sondern auch sofort nach dem Beschlusse der Zolltarifkommission eine Eingabe an den Reichstag gelangen lassen, diesem Beschlusse die Zustimmung zu versagen. Wir haben sofort eine Gegeneingabe an den Reichstag gerichtet, in der wir feststellen konnten, dass die Begründung des Magistrats grösstenteils nicht stichhaltig ist. Die ganze Bevolkerung steht auf dem Boden unserer Anträge; die von dem Magistrat aufgestellte Preisstatistik ist nicht richtig und nicht umfassend; vor allem aber bildet der jetzige Zustand in sanitärer Hinsicht eine grosse Gefahr für die Stadt und deren Bevölkerung. Der Magistrat weist selbst darauf hin, dass Fleisch unter 1 Kilo steuerfrei eingeführt werden könne, und sei es festgestellt, dass wöchentlich 5000 bis 6000 Kilo, das ist jährlich zirka 300 000 Kilo, ohne Steuer zur Einfuhr gelangen. Er gibt also zu, dass diese Menge (bei einem Durchschnittsgewicht von 400 Kilo zirka 750 Ochsen) dem Geschäftsverkehr der in Aachen ansässigen und steuerpflichtigen Fleischer entzogen wird. Doch ganz abgesehen hiervon wird dieses Verhältnis dadurch illustriert,

dass diese steuerfrei eingeführte Menge von der ärmeren Bevölkerung in den zirka 2 Kilometer entfernten Nachbarorten Forst und Aaren geholt wird. In diesen Orten aber werden nach einer öffentlichen Erklärung eines Vertreters der Landwirtschaft alle krankheitsverdächtigen Tiere am leichtesten verwertet, weil dort kein Schlachthof, mithin keine sanitäre Kontrolle besteht. Die ärmere Bevölkerung wird also gezwungen, entweder durch die Steuer verteuertes Fleisch zu kaufen oder 2 Kilometer weit zu laufen, um billigeres Fleisch zu holen, für das keine Gewähr vorhanden ist, ob es gesundheitsschädlich ist oder nicht, ungerechnet die Belästigung, der sie beim Eingang durch überpeinliche Untersuchung ausgesetzt ist. Diese Feststellung allein sollte genügen, um die Steuer abzuschaffen.«

Die Petition des Vorstandes an den Reichstag, unterzeichnet Karl Marx, wird noch anzüglicher und deutlicher:

»Die ärmere Bevölkerung in den Städten ist es, welche schwer betroffen wird, dies insbesondere in Zeiten, in welchen sie hart zu kämpfen hat ... Als Verzehrungssteuer, für welche allein die Rücksicht auf die fiskalische Einträglichkeit massgebend ist, bietet die Fleischverbrauchsabgabe kein Moment der Abschwächung in ihrer Wirkung auf die Minderbemittelten, sie wirkt progressiv nach unten. Da will der Entwurf eines neuen deutschen Zolltarifes den Preis für einen Ochsen um zirka 80 Mark verteuern, und ausserdem sorgen zum Beispiel Aachen auch für eine Verteuerung um 32,70 Mark, Breslau um 27 Mark, Coblenz nur um 26 Mark, Darmstadt um 20 Mark! ... Welch ein Widerspruch in dem Verhalten der Stadtverwaltungen, welche heute ihre Vertreter nach Berlin entsenden, um auszusprechen, dass gegen jede Verteuerung von notwendigen Lebensmitteln durch Zollerhöhungen Widerspruch zu erheben sei, morgen aber die selben Vertreter die Achsel zucken lassen, wenn es heisst, dass die die notwendigen Lebensmittel ebenso verteuernden Binnenzölle auf Fleisch und Fleischwaren aufgehoben werden möchten, und dass der Einnahmeausfall durch eine Mehrbelastung der in den Kommunalverwaltungen massgebenden wohlhabenden Wählerkreise reichlich und überreichlich gedeckt werden könnte!«

III

DER Konsument bildet naturgemäss die geduldigste, weil am wenigsten einheitlich organisierte Streitpartei. Doch hat gerade der Dresdener Magistrat eine sehr rege Gegnerschaft in dem *Allgemeinen Mietbewohnerverein* gefunden. So hatte der Magistrat ganz nach berühmten Mustern behauptet, es sei für die Verbraucher noch niemals etwas von einer Verteuerung der notwendigen Lebensmittel in Dresden zu spüren gewesen. Dagegen führt der Mietervorstand an, dass der Konsumverein *Vorwärts* und der *Görlitzer Wareneinkaufsverein* beide sowohl in Dresden, wie in einzelnen, damals noch nicht eingemeindeten Vororten Verkaufsstellen besitzen, für die gleichen Qualitäten Brot, Mehl, Schmalz, Margarine, aber mit recht fühlbaren und nur aus der Steuerdifferenz erklärbaren Preisunterschieden. So stellen sich die Preise (in Pfennig):

beim Konsumverein *Vorwärts:*

für 1 Kilo	in Dresden	in Plauen
Kaiserauszugsmehl	38	36
Grieslerauszugsmehl	34	32
Roggenbrot	22	21

beim *Görlitzer Wareneinkaufsverein:*

für 1 Kilo	in Dresden	in Plauen
Kaiserauszugsmehl	38	36
Grieslerauszugsmehl	34	32
Roggenbrot	24, 22, 19	23, 21, 18
Schmalz	150	146
Margarine	156, 144	152, 140

Hinzugefügt wird, dass die Preise der beiden grossen Verkaufsorganisationen ganz gut als Anhalt für das durchschnittliche Preisniveau dienen könnten;

überall komme also, verschleiert oder offen, die städtische Abgabenbelastung zum Ausdruck. Schon 1890 habe der Geheime Regierungsrat von Bosse für eine sechsköpfige Dresdener Familie mit 900 bis 1100 Mark Jahreseinkommen — bei einem jährlichen Verzehr von 1300 Kilo Brot, 104 Kilo Mehl, 156 Kilo Fleisch, 26 Kilo geräucherter Fleischwaren und 13 Kilo Wurstwaren — 21,80 Mark Belastung mit städtischen Konsumsteuern herausgerechnet. Unter 1100 Mark Einkommen standen jedoch 1898 fast genau zwei Drittel (65,3 %) aller zur städtischen Einkommensteuer eingeschätzten Personen! Der inzwischen verstorbene zweite Bürgermeister Dresdens gestand selber zu, dass den Verzehrungsabgaben »vom Standpunkte des Steuerrechts wohl kaum noch eine Berechtigung zuerkannt werden könnte«.

IV

VIELLEICHT wäre es in diesem Zusammenhange weiter noch angebracht, die mitunter recht seltsame Blüten treibende Plusmacherei bei der Benutzung der kommunalen Schlachthäuser, bei der Festsetzung der kommunalen Fleischbeschau- und Untersuchungsgebühren kurz zu kennzeichnen. Doch kommt diese fiskalische Interessenpolitik vieler unserer Grossgemeinden, dieser gemeinschädliche Missbrauch des Schlachthausmonopols, einstweilen bei den Reichstagswahlen nicht in Frage. Zur Entscheidung steht jedoch, ob die kleine Gegenleistung, die man 1902 den konsumierenden Massen — ähnlich, wie den Arbeitern die Witwen- und Waisenversicherung — glaubte in Aussicht stellen zu sollen, zuletzt wieder in nichts zerfliessen wird. Denn die Aufhebung der kommunalen Brot- und Fleischabgaben bis zum Jahre 1917 vertagen — wie es einflussreiche Grossstadtverwaltungen unumwunden als ihr Gegenwartsprogramm verkünden — das hiesse in der Tat, in dieser Richtung noch hinter den Standpunkt der Zolltarifmehrheit von 1902 zurückgeworfen werden.

Möge man beim Wahlkampfe diese Seite der Lebensmittelpolitik gleichfalls nicht übersehen und auch von vermeintlich liberalen und freisinnigen Gegnern klare Stellungnahme zu den Kommunalaufschlägen verlangen!

××

ROBERT SCHMIDT · DIE VERTRAGSPOLITIK DER GEWERKSCHAFTEN

NOCH vor zehn Jahren waren Tarifverträge in der deutschen Gewerkschaftsbewegung kaum bekannt; heute schätzt das reichsstatistische Amt deren Anzahl auf 3- bis 4000.[1]) Schon diese Zahl deutet darauf hin, dass der entschiedene Widerspruch gegen dies System, der im Anschluss an den Buchdruckertarif im Jahre 1897 seitens des Leip-

[1]) Das kaiserliche statistische Amt hat als Nr. 3, 4 und 5 der *Beiträge zur Arbeiterstatistik* unter dem Titel *Der Tarifvertrag im Deutschen Reich* in 3 stattlichen Bänden ein interessantes Material veröffentlicht, das mit Unterstützung der *Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands*, der übrigen Gruppen der Gewerkschaftsverbände und der Unternehmerorganisationen gesammelt wurde. Das Werk bringt im 1. Bande, der vom Regierungsrat Dr. Leo verfasst ist, einen geschichtlichen Überblick über die Entwickelung des Tarifvertrags, eine Besprechung der Rechtslage und eine Darstellung der Rechtsverhältnisse im Ausland; im 2. Bande, vom wissenschaftlichen Hilfsarbeiter Dr. Sydow bearbeitet, werden die Tarife nach Berufsgruppen geordnet und die Ergebnisse, soweit es bei der Eigenart des Materials möglich ist, statistisch zusammengestellt, der 3. Band endlich enthält die wichtigsten Verträge *in extenso*. Wer sich über die wichtige Tätigkeit der Gewerkschaften auf diesem Gebiet unterrichten will, wird in der sehr beachtenswerten Publikation, die objektiv die Entwickelung der Tarifvereinbarungen würdigt eine treffliche Information und eine ausgezeichnete Übersicht gewinnen.

ziger Gewerkschaftskartells erhoben wurde, heute kaum noch einen Widerhall findet. In einer verhältnismässig kurzen Zeit haben die freien Gewerkschaften die Vertragspolitik zu einer Ausdehnung gebracht, die die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, die auf eine gleich lange Zeit der Entwickelung zurückblicken, nicht im stande waren herbeizuführen, obwohl es ihnen an grundsätzlicher Zustimmung zu dieser Vertragspolitik nie mangelte. Die Änderung in der Haltung der freien Gewerkschaften ist auf die Erstarkung der Organisationen zurückzuführen und nicht minder auf die anhaltend günstige wirtschaftliche Konjunktur in den letzten zehn Jahren, die den Widerstand der Unternehmer zurückdrängte.

Tarifverträge können nur abgeschlossen werden, wenn die Bedingung erfüllt ist, die der Gewerkschaftskongress ganz zutreffend im Jahre 1899 festlegte, indem er sagte, Tarifvereinbarungen seien in den Berufen erstrebenswert, in denen eine starke Organisation sowohl der Unternehmer, wie auch der Arbeiter vorhanden ist, welche beide eine Gewähr für die Aufrechterhaltung und Durchführung des Vereinbarten bieten. Der korporative Arbeitsvertrag ist in der Regel ein Kompromiss zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, seltener wird er eine bedingungslose Unterwerfung des einen oder andern Kontrahenten sein. In wirtschaftlichen Kämpfen ist eine dauernde Unterdrückung des einen oder andern Teils unmöglich. Die Arbeiter, die den Streik erfolglos aufgeben, erscheinen nach einer kürzern oder längern Pause wieder mit der gleichen Anforderung, ohne durch die letzte Niederlage abgeschreckt zu sein. Ebenso werden die Unternehmer nach einer schweren Niederlage den Widerstand planmässig organisieren. Es hat in der Gewerkschaftsbewegung eine Zeit gegeben, wo ein Verhandeln mit den Unternehmern vor dem Beginn des Streiks abgelehnt wurde. Dabei hat es nicht an grundsätzlichen Bedenken gefehlt, die dahin gingen, dass die Arbeiter bei den Verhandlungen mit den Unternehmern nachgiebiger gestimmt würden, dass es besser sei, sie blieben unberührt von der Verführung. Es sind das die gleichen Bedenken, die im politischen Leben auftauchen und in der Befürchtung gipfeln, dass im Parlament durch die Berührung mit bürgerlichen Parteien, durch ein Verhandeln der Gegner in den Kommissionen die Festigkeit der Anschauung leide und die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit vertuscht werden. Die Gewerkschaft hat es vielleicht weniger nötig, solche Befürchtung zu hegen, da sie immer darauf vertrauen kann, dass die wirtschaftlichen Gegensätze, die gerade im Kampfe um die Arbeitsbedingungen sehr scharf zu Tage kommen, ein Aufheben der Klassengegensätze unmöglich machen.

Gleichwohl spielt die bange Furcht, die Taktik der Gewerkschaften befinde sich nicht mehr auf dem Boden des Klassenkampfes, bei einigen Leuten immer noch eine Rolle. Sie beruht auf einer irrigen Auffassung seines Wesens. Nicht die Arbeiterbewegung ruft künstlich den Klassenkampf hervor, sondern dieser ist nur ein Zeichen dessen, dass gewisse Klassengegensätze in der Gesellschaft vorhanden sind. Wir verstehen gewisse Vorgänge und Erscheinungen des politischen Lebens nur aus den Klassengegensätzen. Grosse Umwälzungen politischer Art sind Kämpfe einer nach Herrschaft strebenden Klasse, die an Macht gewonnen und ihren Rückhalt in der Formung der wirtschaftlichen Grundlagen gefunden hat. Die Klassengegensätze in der kapitalistischen Gesellschaft treten wirtschaftlich in die Erscheinung durch die Anhäufung des

Kapitals auf der einen, das Anwachsen des Proletariats auf der andern Seite. Diese Gegensätze finden ihren Ausdruck in der Organisation der Unternehmer- und Arbeiterklasse. Ein Leugnen der Gegensätze würde zu nichts führen, die kapitalistische Entwickelung muss sie immer wieder zum Vorschein bringen, sie stösst besonders die Arbeiter immer wieder auf die Bahn zurück, wenn sie Neigung zeigen, abseits den Weg zu nehmen. Politisch können die Klassengegensätze sich bemerkbar machen durch scharfe Massnahmen in der Gesetzgebung und Verwaltung, durch Einseitigkeit in der Rechtsprechung, Mittel, um die Macht der Herrschenden zu festigen. Derartige reaktionäre Attentate deuten auf eine Verschärfung der Klassengegensätze hin, sie können als Vorboten einer Epoche gedeutet werden, in der nach Marx die Gegensätze unhaltbar werden und der Zusammenbruch eintritt. Zur Verschärfung der Klassengegensätze werden zunächst die herrschenden Klassen selbst und die wirtschaftliche Entwickelung beitragen. Nicht ohne Einfluss kann unter Umständen die Stellung der Arbeiterklasse, die heftige Form des Angriffs und die Stärke ihrer Organisationen sein. Es entsteht dann jene Wechselwirkung, dass sich die besitzende Klasse in Unsicherheit fühlt und stärkeren Anreiz zu politischen Unterdrückungsmassregeln gewinnt, damit wieder umgekehrt den Gegendruck der Arbeiter lebhaft entfacht. Der Klassenkampf ist nur der objektive Ausdruck der treibenden Kräfte, die in das politische und wirtschaftliche Leben bestimmend eingreifen. Man kann deshalb nicht die Frage stellen, ob eine Aktion auf dem Boden des Klassenkampfes sich bewegt, sondern man hat nur zu fragen, ob die Interessen der Arbeiterklasse bei dieser oder jener Aktion nachhaltig vertreten wurden. Ein Streik, der sich ganz auf dem Boden des Klassenkampfes abspielt, kann, zur unrechten Zeit begonnen, die Interessen der Arbeiterklasse ganz ausser acht lassen. Der Streik ist für eine leistungsfähige Organisation kein Propagandamittel, sondern er soll die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter durch Erringung besserer Arbeitsbedingungen stärken. Zahl und Umfang der Streiks geben nicht den Gradmesser des Klassenkampfes ab. Es kann der stille, nach aussen ganz unmerkliche Druck der Organisation ein stärkerer Ausdruck der Klassengegensätze sein, als ein plötzlich losbrechender Streik. Die Erfolge des Streiks hängen keineswegs stets vom Kräfteverhältnis der kämpfenden Parteien ab. Es können da Vorgänge eine ausschlaggebende Bedeutung haben, die sich auf einem ganz andern Boden abspielen, die mit dem Objekt des Streites nichts zu tun haben, ja, weit entfernt, in den Gegensätzen der streitenden Teile als Klassen, vielmehr in einem gemeinsamen Interesse beider ihren Ursprung haben. Deshalb ist es ganz und gar verfehlt, auf die sprunghaften Erfolge der russischen Gewerkschaften hinzuweisen. Gerade hier spielten die politischen Vorgänge, spielte die Solidarität der Klassen in dem Streben nach Niederwerfung des Absolutismus eine bedeutendere Rolle, als die Kämpfe der Klassen mit einander. Ein Vergleich mit den deutschen Verhältnissen ist schon aus diesem Grunde unmöglich. Sprunghafte Erfolge beweisen nie etwas. Die sprunghafte Taktik hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung zu Beginn ihrer Organisationstätigkeit befolgt, sie hat da auch manchen Erfolg zu verzeichnen gehabt. Aber alle diese Errungenschaften waren nur Seifenblasen, von dauerndem Bestand war keine. Es gehört deshalb kein grosser Scharfblick dazu, um im gewerkschaftlichen Kampf sofort diese Taktik über Bord zu werfen, sobald die Möglichkeit einer gefestigten stabilen Entwickelung sich bot. Für Russland war die dort einge-

schlagene Taktik in dem gegebenen historischen Moment die richtige; aber auch nur in dem Moment, der unvermeidliche Rückgang ist mittlerweile längst erfolgt. Für Deutschland sind wir über diese Sprünge hinaus. Wir können nicht einmal den Franzosen, die auf eine ältere Arbeiterbewegung zurückblicken, die Sprünge nachmachen, die sie mit ihrer *direkten Aktion* und der Phantasterei über den Generalstreik betreiben. Diese Taktik hat die französischen Arbeiter bei aller Anerkennung ihrer sonstigen Vorzüge in der Gewerkschaftsbewegung um keinen Schritt vorwärts gebracht.

Wir müssen also beim Tarifvertrag prüfen, ob er ein Mittel ist, die Widerstandskraft der Arbeiter im politischen und wirtschaftlichen Leben zu heben. Der Tarifvertrag hat zunächst aufgeräumt mit der Anschauung der Unternehmer, dass sie unumschränkte *Herren im Hause* seien. Es ist in den zehn Jahren, soweit Tarifverträge abgeschlossen sind, eine vollständige Verschiebung der Rechtslage eingetreten. Während früher der einzelne Arbeiter zu dem einzelnen Unternehmer, steht jetzt die Gewerkschaft zu der Unternehmerorganisation im Vertragsverhältnis. Damit soll nicht gesagt sein, dass der Unternehmer im Arbeitsvertrag nicht noch weitgehende Befugnisse hat. Nicht jeder Tarifvertrag wird im gleichen Umfange die Verschiebung der Machtverhältnisse zum Austrag bringen. Die Tarifpolitik der Gewerkschaften befindet sich erst im Anfangsstadium, der weitere Ausbau wird die Position der Arbeiter stärken und von selbst das Unhaltbare und Ungesunde ausmerzen.

Mit dieser Tarifpolitik ist natürlich für die Gewerkschaften eine ganze Reihe wichtiger Fragen aufgetaucht, die heute noch verschieden beurteilt werden. Es lässt sich nicht verkennen, dass diese Tarifpolitik nach manchen Seiten bedenkliche Erscheinungen zeitigt. Diese Gefahren können um so bedeutsamer werden, wenn von grossen Organisationen Fehlgriffe gemacht werden. So muss man zum Beispiel die Frage aufwerfen, welches Interesse die Gewerkschaften daran haben, in Tarifen Preiskonventionen für die zu produzierenden Waren zu unterstützen. Man wird hier den Standpunkt einnehmen müssen, dass die direkte Beeinflussung der Preisbildung auf dem Warenmarkte nicht Sache der Arbeiter ist, vielmehr Aufgabe der Unternehmerorganisation bleiben sollte. Wir müssen uns von dem Wege fernhalten, den die englischen Gewerkschaften mit der gleitenden Lohnskala beschritten haben, eine Vereinbarung, die dahin geht, dass bei einer gewissen Preishöhe der Ware auch entsprechend ein Lohnaufschlag eintritt. Damit gewinnen schliesslich die Arbeiter selbst ein Interesse daran, dass eine Steigerung der Warenpreise eintritt. Solche Preiskonventionen sind in deutschen Tarifen selten gewesen. Die Nürnberger Feingoldschläger haben diese Vereinbarung wieder aufgeben müssen, weil sie bei dem Niedergang des Gewerbes unhaltbar wurde. Mit mehr Nachdruck haben sich die Chemigraphen der Sache gewidmet. Für beide Gewerbe kamen aber ausserordentlich ungünstige Geschäftsverhältnisse in Betracht. Für die Chemigraphen war die Preiskonvention der Angelpunkt des Tarifabschlusses, ohne sie waren die Fabrikanten nicht zu gewinnen. Wahrscheinlich wird sich für die Zukunft von selbst diese Bestimmung des Vertrages als überflüssig erweisen, da die Unternehmer die Verfolgung dieser Zwecke ganz in ihre Organisation verlegen werden. Die Organisation der Gehilfen ist überhaupt nur in sehr wenigen Fällen in Aktion getreten.

Der Organisationszwang, der in einigen Tarifen eingeführt ist, und auf den

vor allem in letzter Zeit der Buchdruckertarif die Aufmerksamkeit gelenkt hat, lässt sich in seiner Wirkung noch nicht sicher bewerten. Auch hier kann der Einwand erhoben werden, dass es nicht Aufgabe der Arbeiter sei, die Organisation der Unternehmer zu stärken; aber es darf nicht unbeachtet bleiben, dass auf der anderen Seite die Arbeiter einen nicht minder bedeutsamen Vorteil erlangen. Der Chemigraphenvertrag weist einige Jahre der Erfahrung auf, und diese ergaben, dass im Jahre 1903 zu Beginn des Vertrages 696 Gehilfen organisiert waren, während im Jahre 1905 nach dem letzten Geschäftsbericht 1595 Gehilfen der Organisation angehörten, so dass gegenwärtig ausserhalb der Organisation nur 4 % der Gehilfen stehen. Auf der letzten Konferenz der Gehilfenvertreter im August 1906 ist ohne Ausnahme von allen Vertretern erklärt worden, dass dieser Zwang zur Organisation von Nutzen für die Gewerkschaft war. Es wurde bemerkt, dass man sehr viele unklare und der Arbeiterbewegung fern stehende Leute in die Organisation hineinbekommen hätte, dass aber durch regen Besuch der Versammlungen auch die Aufklärung nicht ausgeblieben wäre. Die Parkettbodenleger in Berlin und Hannover haben seinerzeit in ihrem Vertrage den Organisationszwang eingeführt; es ist nicht bekannt geworden, dass sie schlechte Erfahrungen damit gemacht haben. In diesen Fällen handelt es sich freilich um kleinere Berufe. Welche Erfahrungen die Buchdruckerorganisation machen wird, die sicherlich hier den Prüfstein abgibt, muss der Zukunft vorbehalten bleiben.

Für die Innehaltung des Vertrages sind heute die Garantieen sehr unsicher. Nachdem das Reichsgericht sich auf den Standpunkt gestellt hat, dass diese Verträge unter die Bestimmungen des § 152 und 153 der Gewerbeordnung fallen, mithin es jedermann erlaubt ist, von dem Vertrag zurückzutreten, ohne dass Massregeln ergriffen werden können, ihn zur Erfüllung der vertraglichen Bestimmungen anzuhalten, schwebt der Vertrag in der Luft. Zum Teil resultiert daraus das Verlangen, die Organisationen für die Innehaltung des Vertrages schadensersatzpflichtig zu machen. Nach den Veröffentlichungen des reichsstatistischen Amtes haben von den Tarifen, welche diesem Amte zur Bearbeitung zur Verfügung standen, 10 die Schadensersatzpflicht aufgenommen. Diese Verpflichtungen sind verschiedener Art. Einige Verbände verfügen den Ausschluss der Mitglieder bei Tarifbruch und verpflichten sich, keine Unterstützung in diesem Falle an das Mitglied auszuzahlen. Andere haben in beschränktem Umfange die Schadensersatzpflicht anerkannt, wie es auch im Vertrage der Buchdrucker nunmehr stipuliert ist. Die Anerkennung der Schadensersatzpflicht ist eine ungleiche Belastung. Die Unternehmerorganisation wird im gegebenen Falle leichter den Schadensersatz von dem vertragsbrüchigen Unternehmer einfordern können, als die Arbeiterorganisation von dem Arbeiter. Der Tarifbruch wird bei dem Arbeiter in der Regel ja auch nur dann eintreten, wenn er ohne Kündigung die Stellung verlässt. Will der Unternehmer eine solche schnelle Lösung des Arbeitsverhältnisses verhindern, so mag er Kündigung vereinbaren und bei Nichteinhaltung der Frist den Arbeiter zur Einhaltung der Vertragsbestimmungen anhalten. Im übrigen wird die Bedeutung dieser Bestimmung vielfach überschätzt. Die Erfahrung hat bisher bestätigt, dass die Unternehmer viel eher geneigt sind, Tarife zu brechen, als die Arbeiter. Die Maurer haben seinerzeit einen sehr ausgedehnten Kampf gegen den Tarifbruch der Baugewerbetreibenden in Halle geführt, ohne einen Erfolg zu verzeichnen; die Steinsetzer wissen zu berichten, dass einer ihrer

Unternehmer zu einer Strafe von 500 Mark wegen Tarifbruchs verurteilt wurde, von welchem Betrag 250 Mark in die Streikkasse flossen. Man wird auch hier die Erfahrungen abwarten müssen. So viel ist sicher, dass bei einem wirtschaftlichen Niedergang die Neigung der Unternehmer, lästige Tarife loszuwerden, sehr stark hervortreten dürfte, und dann erst für die Gewerkschaften die Unsicherheit der heutigen Rechtslage sich bemerkbar machen wird.

Viel angefeindet ist der Abschluss von Akkordtarifen. Man glaubt, dass vor allen Dingen da, wo bereits Lohnarbeit durchgeführt ist, eine Rückkehr zur Akkordarbeit ein schweres prinzipielles Vergehen sei. Die Akkordarbeit ist eine Begleiterscheinung unserer kapitalistischen Produktionsweise und wird kaum durch die Gewerkschaften beseitigt werden. Die Gewerkschaften werden in vielen Fällen darauf bedacht sein müssen, die Übel der Akkordarbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit, gute sanitäre Einrichtungen in Fabriken etc. auszugleichen. Sehr übertrieben ist aber auch das Lob der Lohnarbeit; denn auch sie hat mehr oder weniger alle Mängel der Akkordarbeit. Der Lohn ist in einem Berufe selten gleich. Der Befähigte wird vorgezogen oder, was schlimmer ist, derjenige, der sich dem Unternehmer am angenehmsten bemerkbar machen kann, und nicht zuletzt der, der durch übermässige Leistungen sich die Anerkennung des Unternehmers durch höheren Lohn erringen will. In der Lohnarbeit selbst liegt auch ein Anreiz zum Streben nach immer grösserer Leistungsfähigkeit. Dazu gesellt sich dann ein oft raffiniertes System der Beobachtung und des Antreibens zur Arbeit. Wenn in einigen Berufen ein Stundenlohn, aber eine Mindestleistung vereinbart wird, so gestehen die Arbeiter damit zu, dass sie nicht eine willkürliche Leistung in der Lohnarbeit bieten können, sondern ein bestimmtes Quantum von Arbeit liefern. Nicht in jedem Beruf ist zugleich die Mehrleistung über den Durchschnitt eine Aufwendung grösserer physischer Kraft, sondern es kommt bei qualifizierter Arbeit die Geschicklichkeit des Arbeiters in Betracht. Deshalb darf auch die Akkordarbeit nicht in jedem Berufe gleich beurteilt werden. Wohl aber werden die Arbeiter mit Entschiedenheit alle die Versuche abweisen müssen, die etwa das Prämienlohnsystem, wie es in der Textilindustrie üblich ist, festlegen wollen. Übrigens sind auch die englischen Arbeiter immer mehr von dem System der gleitenden Skala abgerückt; es hat sich hier eine Reaktion gezeigt, die aus den Tarifvereinbarungen Dinge ausmerzte, die eine höhere sozialpolitische Einsicht vermissen liessen.

Einige Kritiker glauben, in den Tarifverträgen vielfach Neigung zu einem Zünftlertum erblicken zu müssen. Dieses Zünftlertum soll sich in dem Ausscheiden ungelernter Arbeiter für gewisse Berufsarbeiten und auch in der Begrenzung der Lehrlingszahl äussern. Unter zünftlerischen Vorurteilen versteht man die alten Einrichtungen der Zünfte, die die Konkurrenz im Gewerbe durch Abgrenzung des Berufes und die Erschwerung des Meisterwerdens unterdrücken wollten. Von den Gesellen darf gesagt werden, dass sie diesen zünftlerischen Neigungen fernstanden. Die gegenwärtigen Bestrebungen in den Tarifen sind von ganz anderen Gesichtspunkten geleitet. Sie haben die Interessen der Arbeiter, und nicht das der Unternehmer, im Auge. Es mag egoistisch klingen, wenn die Buchdrucker für die Setzmaschine nur gelernte Berufsangehörige ausbilden wollen, aber es ist der Selbsterhaltungstrieb, der sie zwingt, solche Massnahmen zu treffen, weil sie, die gut disziplinierte Arbeiter-

schaft, nur so im stande sind, die Löhne zu halten. Würde der Beruf für das Eindringen aller Unorganisierten und weniger widerstandsfähigen Arbeiter freigegeben, so würde damit die ganze soziale Stellung dieser Arbeiterschicht heruntergedrückt werden. Diese Meinung ist auch in anderen Berufen stark ausgeprägt, so dass man auch dort diese Machtmittel nicht verschmähen würde, wenn man dazu die nötige Kraft besässe. Die selben Vorgänge, die sich bei den Buchdruckern abspielen, wiederholen sich bei den Chemigraphen, die auf ihrer letzten Konferenz sich dahin ausgesprochen haben, es müsse mit aller Entschiedenheit darauf gedrungen werden, dass an der ihrem Gewerbe so bedrohlichen Ätzmaschine nur gelernte Berufsangehörige Verwendung finden dürfen. Ohne Widerspruch wurde diese Anschauung von allen Rednern wiederholt, und die Berufsangehörigen wurden ermahnt, man solle sich die schmutzige, schmierige Arbeit nicht verdriessen lassen, den Künstlerstolz zurückstellen, um die Position zu halten, die für die Berufsangehörigen hier in Gefahr kommt. Es wird also, wenn sogenannte *zünftlerische Neigungen*, wie die geschilderten, kritisiert worden, doch hervorzuheben sein, dass immer die gesunde Auffassung zu erkennen ist: die Arbeiter wollen eine Überfüllung des Arbeitsmarktes in ihrem Berufe zurückdrängen, weil sie um so leichter dann ihre Arbeitsbedingungen erhalten können.

Noch weniger darf die Beschränkung der Lehrlingszahl als ein Ausfluss des Zünftlertums der Berufsorganisationen angesehen werden. Wenn der Buchdruckerverband bestimmt, dass in seinem Beruf nur Lehrlinge angelernt werden, die auch eine gewisse Schulbildung mitbringen, so lässt sich dagegen nichts einwenden; das ist für das Fortkommen im Berufe die Vorbedingung. Wenn die Lehrlingszahl in Verhältnis gestellt wird zur Zahl der Gehilfen, so soll damit auch nicht nur ein übermässiger Zuwachs im Berufe zurückgehalten, sondern vor allen Dingen der ungenügenden Ausbildung der Lehrlinge und der Lehrlingszüchterei ein, wenn auch nicht immer wirksames, Mittel entgegengesetzt werden. Die Chemigraphen, die in ihrem Tarif eine Lehrlingsskala einführten, haben das Anwachsen der Lehrlingszahl gar nicht verhindern können. Die Zahl der Lehrlinge ist von 253 im Jahre 1903 auf 324 im Jahre 1905 gestiegen und prozentual im selben Zeitraum zur Zahl der Gehilfen von 3,16 auf 3,88 %.

Wenn wir Bedingungen in einem Tarifvertrag finden, die wir als einen Nachteil für die Arbeiter ansehen, so muss doch vor allen Dingen das eine berücksichtigt werden, dass ein Vertrag nicht nur Vorteile für den einen Kontrahenten enthalten kann. Der Tarifvertrag ist ein Kompromiss, der die Stärke der Vertragschliessenden deutlich zu erkennen gibt. Es geht den Gewerkschaften bei dem Abschluss eines Vertrages, wie der Partei bei der Entscheidung über einen Gesetzentwurf. Sind in dem Entwurf die für die Arbeiter günstigen Bestimmungen so hervorstechend, dass man die Ablehnung schwer verantworten kann, so muss man auch eine Bestimmung in den Kauf nehmen, die man sonst ablehnen würde.

Nicht ganz zutreffend ist es, wenn vielfach der Auffassung Raum gegeben wird, die Geschäftskonjunktur würde für die Arbeiter bei langen Tarifverträgen ganz ohne Einfluss auf den Lohn vorübergehen. In einer günstigen Geschäftskonjunktur werden ganz von selbst die tariflichen Minimallöhne überschritten. Die Arbeiter können, auf ihre Leistungsfähigkeit und Geschicklichkeit ge-

stützt, auch unter einem Tarifvertrage eine Entlohnung über die Minimalgrenze erreichen. In einer wirtschaftlichen Krise wird allerdings dieser Vorteil verschwinden; da wird die Lohngrenze in der Regel beim Minimallohn anlangen.

Die Tarifpolitik der Gewerkschaften wird sich nach festen Grundsätzen kaum regeln lassen. Was für den einen Beruf vorteilhaft ist, kann für den andern ein Rückschritt sein. Mit dem weiteren Erstarken der Gewerkschaften wird ganz von selbst die Vertragspolitik Gebiete erfassen, die bisher unberührt blieben, und auch die Abkommen mehr zu gunsten der Arbeiter mit Ausscheidung aller zweifelhaften Bestimmungen gestalten können. Wir sind erst am Beginn einer Vertragspolitik, die sichere Erfahrungen kaum hinter sich hat, und die Befürchtungen eifriger Kritiker, dass in dieser Bewegung die Zielsicherheit der Gewerkschaftsbewegung stecken bleiben könnte, sind daher recht voreilig. Die deutschen Gewerkschaften befinden sich nicht in einer Situation, dass sie an Widerstandskraft einbüssen, sondern sie betreiben unter Ausnutzung aller ihnen zu Gebote stehenden Mittel die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter. Wieweit diese gegebenen Kräfte in einem Konflikt ausreichen, kann von der Organisation zuweilen irrig beurteilt werden; aber die Organisation wird auch in der Lage sein, die Korrektur selbst vorzunehmen.

××

KURT EISNER · DIE WAHLPAROLE DER INTELLEKTUELLEN

ES handelt sich um Menschen, die es in Deutschland nicht gibt. Danach möchte es scheinen, als ob auch eine Wahlparole der Nichtexistierenden nicht einmal denkbar sei. Das ist eine falsche Schlussfolgerung. Wahlparolen können schöpferisch sein. Sie vermöchten sogar, zu erzeugen, was uns bisher fehlt: Intellektuelle; Mitarbeiter der Kultur; Hirne, die handeln; Wissende, die Arme nicht nur zum Schreiben haben. Die heurige Reichstagsauflösung, die eine moralische Katastrophe eines Geschichte wirkenden vorgeschichtlichen Systems ist, läutet die Geburtstagsglocken für die Bildung deutscher Intellektuellen. Leider genügt es aber nicht, zu läuten, damit etwas geboren werde.

Jedes Adressbuch bezeugt einwandsfrei, dass es auch im Deutschen Reich Leute gibt, die mit dem Kopf arbeiten und bisweilen auch mit dem Kopf verdienen. Wir haben Professoren und Schriftsteller, Ärzte und Advokaten, Techniker und Redakteure, Maler, Bildhauer, Musiker, Schauspieler, Tänzer, Studenten und Erwerbstätige im Militär- und Zivildienst, sowie in den freien Berufen. Diese Erwerbstätigen gehen, wie es in den alten Edikten heisst, zumeist ruhig ihren Geschäften nach und überlassen das übrige der Obrigkeit, die ausersehen ist, die Sterblichen zu regieren. Von Zeit zu Zeit haben die Mitglieder der Gehirngewerbe das seelische Bedürfnis, ins Allgemeine zu schweifen. Man begeistert sich dann für Heinedenkmäler oder das Gegenteil: Bismarcksäulen. Auch die Erhaltung irgend einer Gartenmauer in Weimar setzt gelegentlich die Gemüter in Bewegung, oder die Erhaltung der Heidelberger Ruine. Man liest gern den *Simplicissimus*, feiert Haeckel oder — in den besten Aufschwungsstunden — sammelt für den Schuhmacher Voigt. Sie haben alle ausreichend zu tun, und jeder hat öffentliche Interessen. Bestellt die Krone Bilder bei A. von Werner,

so werden sie unter vier Augen Republikaner. Wird Bruno Paul als Direktor der Kunstgewerbeschule geduldet, so bekehren sie sich zum aufgeklärten, und wird Messel Museumsbaumeister, zum völlig unaufgeklärten Despotismus. Schreiben sie für Zeitungen, so sind sie oben Geheimagenten des Pressbureaus, unten radikal, unabhängig und lehren, dass die Kunst durch Tendenz geschändet werde; das Feuilleton ist ein Toleranzhaus für reglementierte Revolutionäre. Man rettet für Russland Gorkij und für Deutschland Dernburg. Allgemein herrscht das Vorurteil, dass man ein Dichter sein könne, ohne etwas vom Zolltarif zu wissen; und wenn man ihnen sagen würde, im letzten Reichsetat stehe die gewaltigste Tragikomödie, so würden sie es nicht verstehen. Will man sie beisammen haben, so denkt man nicht an ein Parlament, einen Brauereisaal für Volksversammlungen, eine Strasse, auf der Menschen stürmisch ein Grosses begehren, sondern an ein Theater, ein Ballfest, einen Bazar und an einen Bierabend beim Fürsten Bülow. Die Phantasie mancher dieser Persönlichkeiten ist bewunderungswürdig: ich kenne welche, die seit Jahren gute Bücher schreiben und immer noch glauben, sie wirken etwas. Und doch hört jedes klügere Mädchen mit sechzehn Jahren auf, sich ernstlich von der Literatur beeinflussen zu lassen. Alle unsere Erwerbstätigen in freien Berufen haben zwar Sprechstunden für allgemeine Interessen, Poliklinik für die inneren Leiden der Zeit, aber ihr Hauptberuf ist eben nicht die Universität des Zeitbewusstseins. Darum sind sie keine Intellektuellen, die, wie ich meine, immer auf der Barrikade, mitten im glühendsten Gewühl, im Hagel der Geschosse stehen sollten; deren Gedanken Kommandorufe sind, die Heerscharen der Tat lenken. Spezialisten für Kultur sind ein Unding. Es ist keine Kultur, in der das Abiturientenexamen einen Abgrund reisst, in der es eine Kaste von Gebildeten gibt, in der Hirn und Hand sich befehden, in der die Geister unpolitisch, unparteiisch, skeptisch und entfremdet sind. Ihre Kunst redet im Grunde immer Jargon, ihr Wissen und ihre Fertigkeiten sind zünftlerische Fragmente. Wenn sie dann einmal zum Volke reden, müssen sie sich herablassen. Sie sind die Exterritorialen der Gesellschaft. Die Geschichte kann sie wegdenken.

Das politische Elend unserer Hirnarbeiter ist eine Teilerscheinung des politischen Elends unseres deutschen Bürgertums. Ein hinterpommerscher Landarbeiter folgt nicht so blindlings jedem Marktschreier, wie der Mann der freien Berufe. Wenn er sich einmal begeistert, so ist es sicher eine ruchlose Dummheit oder ein gigantischer Schwindel. Schon deshalb darf man sie ohne logischen Zwang nicht wohl *Intellektuelle* nennen. Sie haben die Fähigkeit, jeder öffentlichen Narretei eine Theorie zu erfinden, niemals aber einer ganz gewöhnlichen, handfesten Vernunft. Die deutschen Nichtintellektuellen haben den Klerikalismus, den verheirateten, wie den zölibatären, Jahr für Jahr geduldig ertragen. Sie haben der Landeskirche Steuern entrichtet, vor dem Altar den Meineid der Treue geleistet und ihre Kinder durch Wasser oder Messer in die Sphäre einer dunklen mythologischen Gemeinschaft aufnehmen lassen. Als in Preussen das klerikale Schulgesetz verhandelt wurde, da setzten zwar ein paar hundert ausgezeichnete Männer ihren Namen unter einen würdigen Protest. Aber der Anfang der Tat war schon das Ende. Kein freier Geist schlief schlechter deshalb. Herr Studt triumphierte über alle gebildeten Gehirne; niemand lehnte sich auf, niemand weigerte die Gefolgschaft, und kein Professor legte sein Amt nieder. Aber jetzt, passt auf, wird es anders! Der freie deutsche Geist

wird böig werden. Es wiederholt sich, was sich zu Tuchel bei Konitz einst begab. Als dort ein Extrablatt aus Konitz im Schaufenster vermeldete: »Heute zwischen 4 und 6 Exzesse gegen die Juden«, da hielten es die Tucheler für einen obrigkeitlichen Befehl und exzedierten so gehorsam, wie pünktlich, von 4 bis 6 gegen die Juden. Jetzt hat der deutsche Reichskanzler eingesehen, dass zur Bergung allen Wahnsinns der neudeutschen Politik e i n e parlamentarische Mehrheit nicht mehr genüge. So will er zwei verschiedene Majoritäten haben, eine für die geraden, die andere für die ungeraden Tage. Zu diesem Behuf braucht er eine Mehrung des Liberalismus und eine Schwächung des Zentrums. Also, es geht die Losung *Heute und die folgenden Tage grosser Kampf für Geistesfreiheit!* Hernach wird der Gotteslästerungsparagraph verschärft, die Beherrschung des Katechismus für die eheliche Beiwohnung verlangt, und das apostolische Bekenntnis für die Zulassung zum Studium der drahtlosen Telegraphie erfordert. Ein erstaunlicher Kulturkampf wird über die Lande brausen, und man wird die Wahlurnen stürmen, um freisinnig oder nationalliberal die Pest des Klerikalismus zu ersticken. Ginge es nach unseren Stürmern vom freien Beruf, es gäbe binnen vier Wochen kein Parlament mehr. Wie herrlich, dass es endlich erlaubt ist, ohne Berufsstörung wider die Knechtschaft von Rom zu schwärmen und unter Führung eines erfolgreichen Bankdirektors der deutschen Welt die Freiheit zu votieren!

Unsere Erwerbstätigen, die in anderen Ländern Intellektuelle sind, sind ja auch in ihrem eigentlichen Beruf Unmündige. Die Ingenieure und Chemiker müssen für Notlöhne auch ihre Ideen der Aktiengesellschaft verkaufen, ihre Gehirne selbst sind nur Inventar der Fabrik; die Firma erfindet, nicht der geistige Arbeiter. Der Verleger, der Agent, der Kunsthändler kauft die Dichter, die Musiker, die Maler, die Schauspieler und Schauspielschreiber. Ein einziger Zeitungsbesitzer reitet eine ganze Generation von Gehirnproduzenten für seinen Zirkus ein. Und die beamteten Vertreter der Kopfarbeit gar sind bei lebendigem Leibe paragraphisch verbogen und geschunden. Heil, dass sie alle endlich nun von 4 bis 6 gegen die Pfaffen exzedieren dürfen! Die rat- und tatlos irrenden Kopfarbeiter werden erst dann zu Intellektuellen werden, wenn sie zu denen sich gesellen, zu denen sie gehören: zu den Arbeitern der Hand. Die Trennung der Arbeit verschärft das Martyrium, das sie heute leiden. Die Erlesenen müssen in die Tiefe tauchen, um sich selbst und ihre Höhe zu finden. In und mit dem Proletariat nur wird der Kopf aus einem bemerkten Namen zu einem lebendigen Glied. Alle Arbeit drängt zu einander, alle Arbeiter brauchen einander. Im demokratischen Sozialismus erst wird der Intellektuelle geboren. Längst ist der Bund von Proletariat und Wissenschaft unlöslich geschmiedet. Den tiefsten, verletzendsten Hass hat die bürgerliche Gesellschaft gegen den Intellektuellen, gerade weil er in der Hülle der Verehrung auftritt und doch nur ihn verachtend ausplündert oder in stumpfer Lüsternheit auskostet. Das gerade, grobe, ehrliche Verhältnis, wie es zwischen dem körperlichen und dem geistigen Arbeiter in der Sozialdemokratie herrscht, ist ein Stahlbad für jede Verzärtelung und eine Säure für jeden eitlen Hochmut. Sie finden sich gemeinsam in der Sache, für die sie leben, die ihnen erst Leben schenkt. Das Proletariat der Hand braucht die Spezialisten des Kopfes. Und tausendmal mehr noch bedarf der Hirnarbeiter der innigen Berührung, des gemeinsamen Ringens mit dem Proletariat. So erst vermag er für die Kultur zu wirken, so erst wird er Kämpfer der Menschheit — ein Intellektueller.

Die deutsche Entwickelung drängt sich heute zu einer Wendung, die ein schweres Verhängnis werden kann. Die freien Berufe haben es jetzt in ihrer Wahl, zu der unüberwindlichen Macht von Intellektuellen emporzusteigen. Endlich könnten sie einmal mit entscheiden. Man denke, dass alle, die von menschheitlicher Bildung genossen, für eine Stunde wirklich die Geistesfreiheit wagen und offen sich zur Sozialdemokratie bekennen, dann haben sie eine Tat geleistet, die einwirkte. Getrost! Niemand wird es tun. Dafür werden sie tapfer, mit allerhöchsten Privilegien, den schwarzen Zentrumsturm berennen, der augenblicklich dem absoluten Regiment im Wege steht. Und sie werden nicht einmal den stummen Zettel für die Freiheit werben lassen: verlorene Leute, müssige Köpfe . . . . .

××

FRANZ STAUDINGER · PRAKTISCHES UND PHILOSOPHISCHES ZUM BREMER SCHULSTREIT

WEIT über die Grenzen des Bremer Stadtstaates hinaus hat der Bremer Schulstreit, bei dem es sich um eine Petition der Lehrer behufs Beseitigung des Religionsunterrichtes aus der öffentlichen Schule handelte, seine Wellen ins Land gezogen. Seine Wirkung kam bekanntlich in der allgemeinen deutschen Lehrerversammlung zu München zum Vorschein, wo die Bremer den Antrag stellten, jene Forderung zum allgemeinen Programm der deutschen Lehrerschaft zu machen. Er wurde freilich nach einer Rede des Professors Ziegler aus Strassburg mit grosser Mehrheit abgelehnt. Aber er steht nun auf der Tagesordnung und wird wiederkehren. In Bremen selbst hat die Schuldeputation, der sich der Senat anschloss, zwar die Forderung der Lehrer nicht erfüllt, aber doch den Standpunkt festgehalten, dass der Religionsunterricht in den Schulen »gemäss dem seit langer Zeit in Bremen bestehenden Herkommen von dogmatischer Belehrung frei sein und nur der Pflege echter Religiösität und sittlich religiösen Bildung dienen« solle; bei der beabsichtigten Revision der Lehrpläne werde selbstverständlich an diesem Grundsatze festgehalten werden.

Man weiss nicht, ob man diesen Bescheid als einen kleinen Erfolg der Bremer Lehrer bezeichnen soll, wie es zum Beispiel der *Freidenker* tut, da doch wenigstens ein bisheriger Usus nun offiziell anerkannt ist, oder ob man nur von einer erfolgreichen Abwehr gegen Bestrebungen, den Religionsunterricht dogmatisch zu gestalten, sprechen kann, so dass nunmehr in Bremen Massregelungen wegen Abweichung vom christlichen Glauben, wie sie — mutmasslich auf Veranlassung des dortigen Schulinspektors — stattgefunden haben, fernerhin unterbleiben, oder ob er gar das Gegenteil eines Erfolges darstellt. Denn die Fassung des Bescheids ist ganz unbestimmt und lässt alle möglichen Auslegungen zu. Allein, dass diesem Bescheide die nötige Bestimmtheit fehlt, darf man nicht einmal so scharf aufmutzen, wie es eigentlich geschehen müsste. Denn die Aktion auch der Kämpfer gegen den Konfessionalismus zeigt nicht diejenige scharfe Bestimmtheit, welche notwendig gewesen wäre, um sowohl in Bremen selbst, wie nachher auf dem Lehrertag die Unklaren und Halben zu einer eindeutigen Entscheidung zu zwingen. Das geht auf das deutlichste aus den Diskussionen hervor, welche die Führer der Bremer Lehrer Holzmeier und Gartelmann im Bremer *Roland* und in der *Neuen Pädagogischen Zeitung* und

Gartelmann dann in einer Broschüre *Streitschriften vermischten Inhalts* gegen wirkliche und vermeintliche Gegner ihrer Sache, unter letzteren vor allem gegen Professor Natorp in Marburg, führen. Die praktische und die theoretische Unklarheit, welche da gezeigt wurde, sei im folgenden in einigen Hauptzügen beleuchtet.

Die praktische Grundfrage besteht in Kern und Wesen darin, ob der Staat die Aufgabe hat oder nicht hat, die Kinder des Volkes zu einem religiösen Bekenntnis zu erziehen. *Bekenntnis* aber heisst im religiösen Sinne Anerkennung der Verbindlichkeit, gewisse Geschichten und Lehren auf blosse Autorität hin für wahr zu halten. Derjenige Staat, dessen Gesetze von Herren gegeben werden und von Untertanen blind befolgt werden sollen, kann, ja muss sich solche Aufgabe zweifellos zumessen. Denn die Glaubensverpflichtung hängt in solchem Staate auf das engste mit der Gewissensbildung auch für die moralische Anerkennung der bestehenden Herrengesetze zusammen. Derjenige Staat aber, welcher, wie schon der der Verkehrsgesellschaft, seine Gesetze durch das Volk respektive durch erwählte Vertreter dieses Volkes geben lässt, kann konsequenterweise solche Glaubensverpflichtung von Staats wegen nicht mehr begünstigen; denn eine Wahl ruht ja naturgemäss auf dem Prinzip, dass der einzelne selber zu entscheiden hat, was er als richtig anzusehen hat. Die Fähigkeit zu solch eigener Entscheidung wird offenbar in dem Masse beeinträchtigt, wie bestimmte religiös-sittliche Überzeugungen autoritativ im Gewissen festgelegt worden sind. Darum kann sie von Staats wegen folgerechterweise nicht begünstigt, sondern nur bekämpft werden. Dass heute noch ein Streit darüber möglich ist, ob der Staat eine Bekenntniserziehung zu teil werden lassen soll, dass sogar unsere Staaten noch tatsächlich solche fordern, zeigt klar, auf welch halber Entwickelungsstufe wir noch stehen. Darum muss von jedem ernsthaften Anhänger modernen Staatslebens klar und scharf die Forderung aufgestellt werden: Der Staat hat die Bekenntniserziehung nicht zu begünstigen; das heisst, er hat sie aus der Staatsschule restlos zu entfernen. Er hat es ganz dem freien Ermessen der einzelnen respektive derjenigen Religionsgesellschaft, der diese mit eigenem Willen angehören, zu überlassen, was sie bekennen wollen. Ganz, wie es eben in Frankreich geschehen ist. Hierüber kann für den, welcher auf dem Grundprinzip modernen Staatswesens steht, ob er nun Sozialist oder Anhänger der freien Verkehrsgesellschaft ist, kein Zweifel sein, sobald nur irgend die Grundfrage klar und scharf gestellt ist.

Ist diese Frage gelöst, dann erst kommt die zweite Forderung: einen den modernen Entwickelungen sich anpassenden Sittenunterricht und einen Unterricht in Erkenntnis- und Seelenlehre zu geben, der sich zunächst aus jenen praktischen Gründen an eine religionsgeschichtliche Unterweisung anschliessen wird. Wie die Dinge liegen, würden aber sehr viele Menschen heute selbst dann noch in der Dogmenschale stecken bleiben, wenn der Staat die Bekenntniserziehung beseitigt und dafür den Unterricht in Erkenntnis und Sittenlehre, soweit er dem jugendlichen Alter fassbar ist, an dessen Stelle gesetzt hätte. Die Bekenntniserziehung würde nur aus der Staatsschule gewiesen sein, ihre Anhänger würden aber einstweilen noch mit doppeltem Eifer darauf bedacht sein, die Seelen für die Bekenntnisverpflichtung zu gewinnen, um von da aus den alten Zustand wiederherzustellen. Deshalb bedarf es nicht nur aus theore-

tischem, sondern auch zunächst aus praktischem Interesse, wie Natorp richtig sieht, eines Unterrichts, welcher die verschiedenen dogmatischen Schalen der Hauptreligionen in ihrer Bedeutung darlegt und zugleich nach Möglichkeit erklärt. Ob man diesen Unterricht noch *Religionsunterricht* nennen oder ihm einen anderen Namen geben will, darauf kommt es gar nicht an, sobald man sich einmal genau dessen bewusst ist, worum es sich handelt. Besser freilich ist es, eine nicht der Missdeutung fähige Bezeichnung zu wählen.

Wir haben also zwei Aufgaben zu erledigen. Erstlich war die Grundfrage festzustellen, ob der Bekenntnisunterricht in irgend einer Form in die Staatsschule gehört, und nachdem das hier geschehen ist, wäre die pädagogische Frage, säuberlich von den obigen getrennt, zu erörtern. Wir haben zu fragen, wie nun in der Staatsschule die notwendige Belehrung in Religion und Moral zu geschehen hat. Diese Frage muss aber auch auf die philosophischen, sowohl die erkentnistheoretischen, wie religionsphilosophischen, Grundlagen zurückgehen, von denen aus der Unterricht zu gestalten ist. Je schärfer alle diese Fragen gesondert werden, um so leichter wird man zum Ziele kommen, ihre Vermengung kann nur Unheil bringen.

In der Denkschrift der Bremer Lehrer tritt diese Vermengung nicht sehr hervor. Hier hebt sich das Hauptmoment, die Abschaffung des staatlichen Bekenntnisunterrichts, scharf hervor, wenn auch dafür das mehrdeutige Wort *Abschaffung des Religionsunterrichts* Anlass zu Missdeutungen gegeben hat. Man merkt darin freilich, wie Natorp herausgefühlt hat, einen gewissen »naturalistischen Zug«, aber er tritt keineswegs aufdringlich und ausschliessend hervor. Im Gegenteil, die Denkschrift betont ganz ausdrücklich die Unabhängigkeit der philosophischen Überzeugung. An Stelle des abgeschafften Religionsunterrichts will die Denkschrift Sittenlehre und Unterricht in der Religionsgeschichte setzen. Da trat nun Natorp auf den Plan mit einer Broschüre *Religionsunterricht oder nicht?*, der nach einer heftigen Gegenwehr der Bremer, besonders im *Roland*, das Gespräch *Jemand und ich* folgte, worauf dann Gartelmann leider in seinen *Streitschriften* in einer so verletzenden, die Ehrlichkeit seines Gegners anzweifelnden Weise geantwortet hat, dass Natorp in der *Deutschen Schule* ganz mit Recht erklären konnte, jener dürfe sich nicht wundern, wenn er keine Antwort erhielte. Allerdings konnten die Bremer schon in dem Titel der erstgenannten Schrift, wie auch L. Dreifus im *Freien Wort* fand, einen Angriff auf ihre Grundposition sehen, den freilich Natorp gewiss nicht beabsichtigt hat. Das konnten sie umsomehr, als allerdings Natorp die praktische Frage, welche heute die Hauptsache ist, gar zu nebensächlich behandelt hat.

In seiner Broschüre gegen die Bremer meint Natorp, es sei heute unmöglich, auch die Bekenntnistrennung im Religionsunterricht der Simultanschule zu beseitigen; und in der *Deutschen Schule* bemerkt er gegen Paulsen, der in dem selben Hefte für die Forderung der Bremer eintrat, die politische Frage sei gestellt gewesen *Simultanschule oder Konfessionsschule?*, und nur so, wie sie gestellt, habe man sie zu beantworten. Das ist aber durchaus falsch. Man lässt sich doch vom Gegner nicht auf den Kampfplatz nötigen, den dieser anweist, sondern wählt ihn selber, wie er der Sache gemäss ist. Wenn man in der Mitte eines Schaukelbretts sitzen bleibt, und der Gegner sich ans Ende begibt,

so stemmt man sich vergebens, man wird heruntergezogen. Sogar, wenn man nur die alte Mittelstellung zu behaupten beabsichtigt, muss man schon am andern Ende drücken. Ein zweiter Hauptfehler Natorps war, dass er ohne scharfe Scheidung von der Hauptfrage eine Streitfrage in die Diskussion hineintrug, welche den Blick gänzlich von der brennenden Hauptfrage ablenkte und einen philosophisch-pädagogischen Streit entfachte, der nun, da die Bremer unklug und mit Heftigkeit darauf anbissen, vorläufig den Karren gründlich verfahren hat. Er beginnt in seiner Schrift gegen die Bremer den Streit über die Grundsätze, nach denen der Unterricht in Religion und Sittenlehre gegeben werden soll, stellt da den »naturalistischen« Bremern seine auf Kant ruhende religionsphilosophische Auffassung entgegen und verficht sie, indem er den Namen *Religionsunterricht* beibehalten wissen will, in einer Weise, dass es dem Unkundigen so aussehen mag, als wolle er die Annahme seiner Auffassung zur Bedingung des praktischen Vorgehens machen. Das will er nun freilich nicht, wie schon aus der Bemerkung gegen Paulsen hervorgeht, dass hier »die Geschichte richten« werde. Aber beklagenswert war es doch, dass dieser methodisch-philosophische Streit derart angefacht wurde, wo vor allem die praktisch-politische Frage auf die Nägel brannte. Und noch bedauerlicher ist es, dass die Bremer, statt diese Vermengung zurückzuweisen, auf die philosophische Streitfrage sich einliessen und mit wenig Sachkenntnis auf diesem Gebiete und recht massiver Ausdrucksweise gegen Natorp losfuhren. Mit dadurch wohl wurde auch auf dem Lehrertage die erforderliche Klärung nicht erzielt, und die Blössen, welche sich die Bremer in ihrer philosophischen Polemik gaben, wirkte gewiss mit dahin, dass die Hauptfrage den meisten ganz verdunkelt ward. Gerade sie aber muss auf das schärfste herausgeschält werden.

Hat man die notwendige Trennung zwischen der praktischen Hauptfrage und den philosophischen und pädagogischen Fragen erst einmal unmissverständlich gemacht, so kann es nicht schaden, auch im voraus einmal über diese zu reden. Das mag vielleicht wie eine Diskussion über das Fell des noch unerlegten Bären aussehen, aber es ist doch zur Klärung nicht ganz unnütz. In diesen Fragen kann man nun freilich in keiner Weise auf die Seite der Bremer treten, weder in der zunächst zu behandelnden erkenntniskritischen, noch in der religionsphilosophischen. Die Bremer verstehen nämlich in beiden nicht, was Natorp eigentlich will. Das liegt nicht bloss an dessen zuweilen für den Nichtkantianer etwas schwerer Schreibweise, sondern auch daran, dass sie selbst den Grundgesichtspunkt Kants gar nicht kennen, obwohl Gartelmann ein dickes Buch *Sturz der Metaphysik als Wissenschaft, Kritik des transzendentalen Idealismus Kants* darüber geschrieben hat. Zwar konnte man schon aus Gartelmanns und Holzmeiers verschiedenen Aufsätzen im Bremer *Roland* sehen, dass sie allerdings nur vom naturalistischen, keineswegs aber vom *transzendentalen* oder, besser gesagt, *apperzeptiven* Gesichtspunkt zu schauen verstehen; sie verhalten sich der Lehre Kants gegenüber etwa so, wie jemand, der behaupten wollte, er sähe da oben den Wald an sich, und es für dummes Zeug erklärte, wenn ihn jemand darauf aufmerksam machte, dass er ihn doch nur unter den Gesetzen der Perspektive, nicht in seinem Grundplan sehen könne. Aber um Gartelmann ja nicht Unrecht zu tun, liess ich mir das Buch kommen, und las es — bis Seite 17; da hatte ich genug.

Gleich zu Beginn fand ich, dass Gartelmann das *a priori* Kants als eine Erkenntnis ansieht, die zeitlich den übrigen vorangehe, und dass er aus einem Satze Kants, worin die Fähigkeit (die Rezeptivität) als zeitlich vorangehend bezeichnet wird, jene groteske Behauptung sogar beweisen zu können meint. Vielleicht begreift er besser, als durch lange Erörterungen, was Kant will, wenn ihm eine, auch im übrigen Kants Grundanschauung einigermassen entsprechende, Analogie vor Augen tritt. Die Fähigkeit eines Wasserspiegels, auf Berührungen allerlei Art mit Wellenbewegung zu reagieren, geht jeder wirklichen Reaktion auf solche voran. Und so begreift sich, dass man Wellengesetze feststellen könnte, die für alle wirklichen durch Berührung hervorgebrachten Wellenbewegung *a priori* zu Grunde liegen, obschon die Wellen keineswegs früher, als die Berührung, zu Tage treten. So sind nach Kant Raum, Zeit und Kategorieen die gesetzmässige Art, wie das Bewusstsein auf Eindrücke allerlei Art reagieren muss. Das ist alles. Dass diese Gesetze des Erkennens dann von Kant *Bedingungen der Möglichkeit der Erfahrung* genannt werden, kann dem, welcher obiges verstanden hat, in keiner Weise mehr auffallen. Für Gartelmann geht diese Behauptung »bereits ins Amüsante«, und wenn nun Kant fragt, »wo denn die Erfahrung ihre Gewissheit hernehmen wollte, wenn alle Regeln, nach denen sie fortgeht, empirisch, mithin zufällig wären«, so ist das für Gartelmann ein »Wischiwaschi«. Das ist freilich stark.

Wie das Gesetz der Perspektive für das Sehen, wie die Welle für die Wasserfläche Bedingungen *a priori* sind, so sind nach Kant Raum, Zeit, Kategorieen grundlegende Bedingungen unserer Erfahrung. Wir müssen räumlich und zeitlich gewahren, müssen die doch zerstreut ins Bewusstsein kommenden Bilder substantiell und kausal zusammenbinden. Davon beisst keine Maus einen Faden ab. Bis hierhin ist Kant unwiderlegbar. Und wer daran mäkeln will, der darf sich schliesslich nicht wundern, wenn er ebenso behandelt wird, wie derjenige vom Physiker behandelt werden würde, welcher den Wald an sich, und nicht dessen perspektivisches Bild, zu sehen behauptete. Von hier aus erst kann der Widerspruch gegen Kant beginnen, nicht aber, ehe man wenigstens diese Elemente von Kants Lehre verstanden hat. Nunmehr kann freilich gefragt werden, ob die Gesetzmässigkeiten unseres Erkennens bloss in der Natur unseres Bewusstseins begründet sind, wie die Welle in der Natur der Wasserfläche, oder ob sie auch unabhängig davon Bedeutung haben, wie in unserer anderen Analogie die perspektivischen Gesetze der Lichtstrahlen; denn diese gelten auch, wo sich kein Auge befindet. Es fragt sich also, welche der beiden Analogieen, die wir da herangeholt haben, den Sachverhalt am richtigsten versinnbildlicht. Nach Kants Meinung wäre es zweifellos die Analogie mit den Wasserwellen; aber die stärksten Gründe dürften dafür sprechen, dass die Analogie mit den perspektivischen Gesetzen dem Sachverhalt weit besser entspricht. Raum, Zeit und Kategorieen bleiben darum Grundgesetzlichkeiten, nach denen wir wahrnehmen müssen, wie Kant ganz richtig entdeckt hat; aber sie sind nicht bloss Grundgesetzlichkeiten unseres Bewusstseins, sondern solche, welche auch unabhängig von unserem Bewusstsein einem Universum zukommen. Das hier zu untersuchen, würde freilich zu weit führen. Hier galt es bloss, die völlige Unzulänglichkeit der Kritik Gartelmanns in dieser Hinsicht zu kennzeichnen.

Mit einer erkenntniskritischen Erörterung, die noch auf dem Standpunkt steht, dass das *a priori* nur in der Natur unseres Bewusstseins gründe, hat nun Natorp in *Jemand und ich* eine Beziehung zur Religion als notwendig erweisen wollen. Danach soll dem Gottesbewusstsein von jeher eine Idee zu grunde liegen, welche dauernden Bestand behält, nämlich die Einheitsidee, welche praktisch die Zielidee des Guten ist. Dafür hat nun Gartelmann ebenfalls nur verständnislosen Spott übrig. Er meint, die Kinder müssten dann etwa zur Zielidee beten, statt sie zu verstehen. Aber Natorp ist hier nur ein wenig einseitig und hat vor allem darin unrecht, dass er diese Frage mit einer Wucht betont, als hinge die Lösung der praktischen Hauptfrage davon ab. Betrachten wir die Sache ganz losgelöst von letzterer, so dürften die religiösen Dogmen und Geschichten allerdings in umfassendem Masse Vergegenständlichungen von inneren Lebensbeziehungen sein, welche teils durch Natureindrücke, teils durch soziale Erlebnisse, teils aber durch psychische Reflexe hervorgerufen werden. Das sagt ja auch Marx von den religiösen Vergegenständlichungen: in ihnen »scheinen die Produkte des menschlichen Kopfes mit eignem Leben begabt, unter einander und mit den Menschen in Verhältnis stehende selbständige Gestalten«. Wenn man diese Gestalten dann auf ihre Bedeutung zurückführt, so kann man sagen, sie seien die durch den jeweiligen Kulturzustand bedingten Sprachformen des religiösen Innenlebens. In ähnlichem Lichte sahen sie ja auch schon Lessing und Herder, und eine gar nicht mehr unbeträchtliche Reihe moderner Theologen sucht, die Religion, indem sie den äussern Inhalt der religiösen Geschichten und Lehren restlos der wissenschaftlichen Forschung anheimstellt, nur in diesen Innenbeziehungen aufzubauen.

Wie kommt wohl ein naiver Mensch dazu, zu erzählen, dass jemand über das Meer hingegangen sei, oder dass er die stürmischen Wogen beruhigt, oder dass er Brot und Fisch Tausenden gereicht und nachher mehr Brosamen gesammelt habe, als zuvor Speise da war? Ohne den überwältigenden Eindruck einer hohen Persönlichkeit, welche Stürme in einer Menschenmasse oder einer einzelnen Menschenseele in wunderbarer Weise zu beruhigen versteht, würde sich die erste Geschichte schwerlich gebildet haben. Ohne das Staunen über eine Seelenstärke, welche allen Anfechtungen gegenüber die innere Ruhe nicht verliert, hätte man wohl ein Nachtgespenst, aber schwerlich einen Mann über das Meer wandeln lassen, und ohne die Wahrnehmung, dass eine Tausenden mitgeteilte geistige Speise sich nicht mindert, sondern durch eigenes Denken und Reden der nach ihr hungernden Hörer sich mehren kann, wäre die letztere Wundergeschichte gewiss nicht entstanden. Und schwerlich hätte man ein, äusserlich betrachtet, so sinnleeres Dogma geschaffen, wie das der Dreieinigkeit, wenn da nicht unterbewusst die Erfahrung mitgearbeitet hätte, dass der aus den Tiefen der Seele wundersam entspringende Gedanke sich zum Wort verdichtet und dann von Mund zu Mund in die Welt geht, dass also hier tatsächlich drei Gestalten des Gedankens nur eins sind. Da ja Gott Geist ist, liegt es da nicht nahe, ihm unter dem Einflusse dieses Bewusstseins drei Gestalten zu geben? In unseren höheren, den sozialen und daher zugleich von Moral durchtränkten Religionen wird sodann mit Gott in erster Linie auch der Gedanke der Vollkommenheit verknüpft; und in dem Spruch *Ihr sollt vollkommen sein, wie euer Vater im Himmel vollkommen ist,* wird dieser Gott

beigelegte Begriff direkt zu einer Idee, und zwar einer praktischen Zielidee. Gartelmanns Spott ist wirklich übel angebracht.

Es ist gewiss nicht immer leicht, die den Religionsformen entsprechenden Gedanken herauszufinden, zumal auch die ursprünglichen lebensvollen Bedeutungen oft rasch verblassen und, wie bei den Worten der Sprache, oft nur die Hülse übrig bleibt, zumal auch die Bedeutungen und die Formen selber sich umbilden. Aber dass diese Bedeutungen so weit, wie möglich, dem Verständnis erschlossen und den Schülern nahe gebracht werden, ist doch wohl eine Forderung, der sich auch Gartelmann nicht verschliessen wird. Denn durch solches Verstehen wird jedenfalls das Spukhafte an den Religionsgeschichten und Lehren auf das einfachste und gründlichste beseitigt. Natorp dürfte sich also auch hier gegenüber Gartelmann entschieden im Vorteil befinden, wenngleich der Nachdruck, mit dem er gerade die Zielidee in den Vordergrund drängt, etwas einseitig erscheinen muss. Wenn Paulsen Freiheit fordert, Natorp aber in dieser Forderung den Individualismus wittert, während seine Zielidee sozialistisch sei und wohl die tieferen Wurzeln in unserm gegenwärtigen Leben habe, so dürfte er da über das Ziel schiessen. Die wirklich sozialistische Zielidee ruht auf realer Lebenspraxis. Doch darüber mag die Geschichte richten, ebenso wie über die Frage, wie all das pädagogisch nutzbar zu machen sei.

Das wären kurz die Gesichtspunkte, die in diesem Streite zusammengeworfen sind, und die auseinanderzuscheiden die Aufgabe war. Wie der erkenntniskritische, der religionsphilosophische und der pädagogische Gesichtspunkt auszugestalten sind, das kann diskutiert werden. Was aber nicht mehr diskutiert werden, sondern nur mit *Ja* oder *Nein* beantwortet werden kann, ist die Grundfrage: hat der moderne Staat Bekenntniserziehung in seinen Schulen zu geben? Wer sie, wie wir, mit *Nein* beantwortet, der muss aber auch die Konsequenz ziehen: Hinaus mit jeder Bekenntnistrennung aus der Schule, gleichviel ob diese Trennung in der Simultanschule bloss im Bekenntnisunterricht selbst, oder in der Konfessionsschule im Gesamtunterrichte stattfindet, hinaus mit allem Bekenntnisunterricht!

××

LOUIS DE BROUCKÈRE · ÜBER DEN MENSCHEN ELISÉE RECLUS

IN den wenigen Seiten, die ich hier Elisée Reclus widme, beabsichtige ich nicht, seine sozialen Leistungen zu bewerten. Es wäre übereilt, das zu tun; denn seinem System kann man unmöglich Gerechtigkeit widerfahren lassen, wenn man nur die während der kurzen Mussestunden zwischen seinen geographischen Arbeiten abgefassten Artikel oder den dünnen Band über *Evolution, Revolution und das anarchistische Ideal* in Betracht zieht, der nur einen kaum überarbeiteten Vortrag enthält. Man muss erst die vollständige Veröffentlichung seines grossen nachgelassenen Werkes *Der Mensch und die Erde* abwarten, von dessen 5 Bänden bisher 2 erschienen sind. Dieses wissenschaftliche Testament wird es erst ermöglichen, sein ganzes Gedankengebäude zu überblicken und dessen Einheit und Geschlossenheit zu würdigen.

Es ist in der Tat nicht genügend beachtet worden, dass Reclus' ganze geographische Arbeit, so wertvoll und umfangreich sie auch sei, nur etwas Vorbereitendes ist. Sogar die *Universalgeographie* wurde von ihm als eine allgemeine Einführung in das Hauptwerk aufgefasst, das er sein ganzes Leben hindurch zu schreiben die Absicht hatte, und dessen Abfassung er seine letzten Kräfte weihte. Er hat das Bild der Erde mit so peinlicher Genauigkeit gezeichnet nicht nur, weil es ihm Freude machte, sie zu verherrlichen, sondern auch, weil er die feste Überzeugung hatte, dass durch die Kenntnis der kosmischen Umgebung allein in die Geschichte ein Sinn hineingebracht und das Ideal des Menschen festgestellt werden kann. Demzufolge ist eine endgültige Würdigung seiner wissenschaftlichen Leistungen im eigentlichen Sinne des Wortes heute ebenso verfrüht, wie ein Urteil über seine sozialen Ideen.

Worüber bleibt mir also zu reden übrig? Über den Menschen. Ich habe hier nicht die Absicht, eine wohlbekannte Biographie zu wiederholen; ich will nur die hervorstechendsten Charakterzüge des Meisters näher beleuchten. Niemand war, wie er, so ganz er selbst in seinen Büchern, und für denjenigen, welcher sich die Gestalt dieses Schriftstellers zurückruft, erhalten seine Schriften ein ganz besonderes Leben. So wird diese Studie, wenn auch nicht eine Kritik, so doch einige nützliche Winke für solche bieten, die sie später schreiben werden.

S war in Irland, auf dem Gipfel eines Hügels, von dem aus man die Strudel des Shannon, seine unter dem Ansturm der Wellen zitternden Inselchen und den dunklen, von Bäumen gebildeten Engpass übersehen konnte, in den der Fluss sich nach einer scharfen Biegung verliert. Auf dem Grase liegend, neben einer verfallenen Mauer, die ehemals ein festes Schloss war, und die grausame Gewächse Stein für Stein zerstört hatten, empfand ich wonnevoll das unendliche Leben der Dinge durch das Rauschen der Bäume und das Plätschern des sich an dem Felsen brechenden Wassers. Dort, an diesem anmutigen Orte, tauchte in mir zum erstenmal der Gedanke auf, das Phänomen der Erde zu beschreiben, und sofort notierte ich mit einem Bleistift mir den Plan meines Werkes.«

So erzählt Reclus in der Vorrede zu seiner *Geographie*. Ich führe diese Zeilen an, weil sie in bewunderungswürdiger Weise eine der wesentlichsten Seiten seiner Persönlichkeit kennzeichnen. Sie zeigen, wie er die Natur geliebt hat. Er hat sie geliebt, wie Jean Jacques Rousseau, aber mit grösserer Beständigkeit und Diskretion. Wie er in seinen Büchern die Erde gründlich studiert hat, so war er auch im Leben mit ihr vertraut. Schon als Kind machte es ihm das grösste Vergnügen, die Felsen von Castècarbe zu erklimmen, die versteckteten Winkel der schönen Nachbarschaft zu durchforschen; Strom und Bach, die er später verherrlichen sollte, waren die Lieblingsgefährten seiner ersten Kindheit. Später war er ein kühner, entschlossener Alpinist und bestieg hohe Gipfel. Fast alle Teile der Erde hat er durchstreift, meist zu Fuss, manchmal im Wagen, ein Wanderer, der im tiefen Walde oder am Abhange eines Hügels rastet, an der Quelle sein Brot mit den Früchten des Waldes verzehrt, den Fluss durchschwimmt und überall da verweilt, wo die Erde ihm etwas von ihrer Schönheit offenbart. Im Jahre 1848 durchstreifte er so die Cevennen mit seinem Bruder Elie, im Jahre 1851, ebenfalls mit ihm, ganz Frankreich. In der selben Weise bereiste er die Savoyer Alpen, für die er im Auftrage des Verlags Hachette den ersten gründlichen Führer lieferte, Irland, wo er zweimal war, Neugranada und viele andere Gegenden. Seine geographischen Beschreibungen haben dadurch einen ganz besonderen Reiz

erhalten. Sie stammen von einem Manne, der den Anblick des Hügels, der Bucht oder des Flusses ebenso empfindet, wie versteht. Den natürlichen Reiz der Dinge fühlte er so tief, dass die unkorrekten Umrisse einer Karte ebenso sehr seinen ästhetischen Sinn, wie sein Gefühl der Genauigkeit verletzten. Diese Genauigkeit, nach der er mit allen Kräften seines Wesens strebte, war bei ihm gleichbedeutend mit Schönheit.

Es genügte, den Blick des merkwürdigen Greises zu beobachten, der mit 75 Jahren die detailliertesten Karten ohne Brille las, um in ihm den vollendeten Typus eines Menschen der Anschauung zu erkennen. Sein Blick war durch ein seltsames Zusammentreffen entgegengesetzter Eigenschaften glänzend, durchdringend und zugleich sanft. Es war nicht der eines sich im Unendlichen verlierenden Träumers, sondern eher der eines an ferne Horizonte gewöhnten Bergbewohners, der leicht von der Betrachtung eines weiten Ganzen zum aufmerksamen Studium eines nähern oder fernern Details übergeht. Dieser Blick erinnerte mich an den einiger Alpenführer, nur dass er bedeutend geistvoller war und besondere Güte ausstrahlte. Es war der Blick eines Beobachters, den eine mächtige innere Flamme erleuchtete, ohne ihn zu blenden oder irgendwie zu trüben, ein Blick, der die Poesie der Dinge schaute, ohne dass ihre Umrisse weniger klar wurden oder ihre Einzelheiten sich verwischten. Sein ganzes Leben hindurch hat er, als Gelehrter und als Künstler, beobachtet. Nie versäumte er eine Gelegenheit, zu s e h e n. Bei dem kürzesten Spaziergange wie auf der weitesten Reise wählte er nur dann den selben Weg zur Rückkehr, wenn er absolut unvermeidlich war, und von dem ersten bis zum letzten Augenblick der Reise hörten seine Augen nicht auf, dem Geiste neue Wissenselemente zu liefern. Er gebrauchte sie mit wunderbarer Leichtigkeit und Lebhaftigkeit, indem er alles in sich aufnahm, alles ordnete und nie etwas vergass. Die kleinste Flächenfalte erschien ihm ebenso beachtens- und behaltenswert, wie das majestätische Relief der Alpen.

Der visuelle Charakter seines Geistes tritt so recht in seinen Beschreibungen hervor, die klar und kräftig, wie Gemälde von Meisterhand, wirken. Er zeigt sich besonders in seinen kartographischen Studien, denen er einen grossen Teil seiner Zeit widmete, besonders während der zwölf Jahre, die er nach der Vollendung seiner *Universalgeographie* in Brüssel verlebte. Die Karten, wie man sie gewöhnlich zeichnet, hatte er immer nur als einen Notbehelf angesehen. Wenn man einen Teil der Erdkugel auf die ebene Fläche eines Blattes Papier aufträgt, so erhält man nur eine abstrakte Darstellung, aber nicht eine Reproduktion des Anblicks. Sie kann die Anschauung nicht befriedigen, die hier nicht die Erscheinungen der Natur wiederfinden kann. Reclus verlangte daher, dass man Karten auf Kugelkalotten drucke, damit die geographischen Objekte ihre genauen Formen bewahrten, und liess mit seltener Zähigkeit so lange Versuche in dieser Richtung unter seiner Leitung machen, bis alle technischen Schwierigkeiten, die sich der Verwirklichung seines Projekts entgegenstellten, — und sie waren nicht gering — endlich überwunden waren. Heute existieren mehrere dieser sphärischen Karten, besonders für den Schulgebrauch. Die sphärischen Karten sind jedoch auch noch unvollkommen, weil sie die Unebenheiten des Bodens nicht wiedergeben. Sie müssen also zugleich Reliefkarten sein. Schon vor Reclus hatte man viele Reliefs konstruiert, aber fast immer auf eine so konventionelle Art, dass sie einem so überzeugten Anschau-

ungsmenschen, wie Reclus, unannehmbar erscheinen mussten. Der Massstab der Erhebungen ist gewöhnlich 10-, 20mal höher, als er sein sollte, sonst wären die Vertiefungen so wenig merkbar, dass man sie kaum ausführen könnte, und die Niveauverschiedenheiten würden dem Auge unsichtbar bleiben. Reclus meinte aber, dass diese Erwägungen vor dem Streben nach visueller Genauigkeit zurückstehen müssten. Auch auf diesem Gebiete war er der Initiator wichtiger technischer Fortschritte, die das materielle Problem in genügender Weise lösen. Die Schwierigkeit, das natürliche Relief zu lesen, fasste er als eine der Natur der Dinge innewohnende Schwierigkeit auf, als eines der Elemente der Darstellung und Auffassung des Weltalls überhaupt.

Ein Atlas mit sphärischen Karten im natürlichen Relief verwirklichte indes immer noch nicht sein kartographisches Ideal. Um der Wahrheit ganz nahe zu kommen, müsste auch die Zusammenstellung der Blätter der natürlichen Ordnung gemäss erfolgen. Demzufolge müsste man sie auf einer die genaue Form der Erdkugel reproduzierenden Unterlage ordnen. Sein Traum war, in der Nähe einer jener grossen Städte, in denen das Leben der Erde sich konzentriert, eine solche Erdkugel im Massstab 1 : 100 000 aufgerichtet zu sehen. Sie wäre so hoch gewesen, wie ein Turm. Ein System von Treppen, Brücken und Aufzügen hätte es dem Studierenden ermöglicht, alle Teile dieser wunderbaren Karte durchzugehen. Sie hätte über die ganze Erde so ausführliche Angaben geliefert, wie wir sie jetzt nur für die gründlichst studierten Länder haben, und ihre Farben wären denen der aus der Ferne gesehenen Erde ähnlich gewesen. Die Verwirklichung dieses kolossalen Projektes, das die Mitarbeit eines Heeres von Topographen, Kartographen und Ingenieuren erfordert hätte, würde natürlich ungeheure Summen gekostet haben. Reclus dachte nie daran, irgend eine Regierung darum zu bitten, aber er sammelte geduldig Material zu diesem gigantischen Werke. Wenigstens einige Bruchstücke wollte er vollenden, in der Hoffnung, dass der Tag der Errichtung dieses Bauwerks kommen, und das von ihm vorbereitete Material dann verwertet werden würde.

SO viel über Reclus, den Verehrer der Natur, und Reclus, den konkreten und visuellen Denker. Ich habe jetzt seinen Charakter zu behandeln, und der Leser wird sehen, dass das, was ich bis jetzt von seiner Persönlichkeit gezeigt, zu dessen Verständnis beitragen wird. Taine hat in seinem *Régime moderne* ein Bild von dem innern Weltall in Napoléon entworfen. Wenn ich mir vorzustellen suche, was die hohe Stirn Reclus', die höchste, die ich je gesehen, verbarg, finde ich kein passenderes Bild, als das jener Erdkugel, an die er dachte, aber einer mit Vegetation bedeckten, durch die Bewegung ihrer Bewohner aller Art belebten Erdkugel. Der Mensch war dort sicherlich auch nicht vergessen, aber er figurierte, wie alles übrige, in einem bestimmten Massstab. Reclus war ebensowenig geneigt, den Wert dieses Elements im Weltall zu überschätzen, wie irgend ein anderes; seine Auffassung hatte nichts Anthropozentrisches. Man schliesse nicht daraus, dass Reclus zu jenen Gelehrten gehörte, die die Menschen verachten, weil der Sirius milliardenmal grösser ist, als die ganze Menschheit. Im Gegenteil, er liebte die Menschen, wie er alles liebte, und war sich darüber klar, dass alle seine Studien nur dann einen Sinn hätten, wenn ihr Endziel die Menschheit wäre. Ich möchte am liebsten sagen, dass er die Menschheit in der Natur

liebte, wie der Gläubige sie in Gott liebt. Man findet dieses Gefühl allgemeinen Wohlwollens, das sich in gleicher Weise auf alle Dinge erstreckt, bei vielen aufmerksamen Beobachtern, die sich in die Betrachtung des Weltalls versenkt haben. Für diese sind alle Dinge gleich lebendig. Das kleinste Blümchen offenbart ihrem geübten Auge eine Individualität, eine ebenso starke, ebenso originelle Persönlichkeit, wie der Wald, der Berg, das Meer, wie der herrlichste Mensch. Wenn man dem geringsten Dinge Gewalt antut, wenn man es in seiner Entwickelung stört, es verhindert, sich auszuleben, zu sein, beraubt man das Weltall einer seiner originellen Äusserungen, die durch nichts ersetzt werden kann, man verstümmelt die Welt in nicht wieder gut zu machender Weise.

Reclus besass in seltenem Grade diese skrupulöse Achtung vor allen Individualitäten, welchen Rang sie auch in der Hierarchie der Wesen einnahmen. An dem Tage, da ihm bewiesen wurde, dass man ohne Fleischnahrung leben und arbeiten könnte, wurde er Vegetarier, denn er hielt sich nicht für berechtigt, ohne zwingende Notwendigkeit die Existenz des geringsten seiner tiefer stehenden Brüder zu opfern. Er machte sich ein Gewissen daraus, eine Wiesenblume zu pflücken, und hätte gewollt, dass die Ingenieure bei Ausübung ihrer Kunst die grösste Sorgfalt darauf verwendeten, keine Linie der Landschaft zu ändern. Der selbe Wunsch, der bescheidensten Individualität keine Gewalt anzutun, regelte seine Beziehungen zu den Menschen. Er achtete alle Meinungen und hielt sich nie für berechtigt, jemand in irgend einer Beziehung seinen Willen oder seine Ansichten aufzudrängen. Mit allen ging er absolut wie mit seinesgleichen um, wie gross auch die Verschiedenheit in Alter, Bildung und Begabung war. Ich erwähne schon gar nicht die Verschiedenheit der Stellung, die er überhaupt ignorierte. Er erkannte ebensowenig die Autorität des Lehrers seinem Schüler gegenüber an, wie die des Lehnsherrn seinem Leibeigenen, des Chefs seinem Arbeiter, des Polizisten aller Welt gegenüber. Er hatte neben der *Neuen Universität* in Brüssel ein geographisches Institut eingerichtet. Ich wage nicht, zu sagen, dass er es leitete, denn dieser Ausdruck hätte ihn sicher chokiert. Er arbeitete also dort mit einem Dutzend Mitarbeiter, unter denen einige anerkannt bedeutende Gelehrte, andere ganz junge Studenten waren, die er ohne Vorbehalt aufgenommen hatte, sobald sie den Wunsch ausgesprochen hatten, einzutreten. Wer ihn so beobachtete, wie er mit ihnen zusammenarbeitete, alle Ratschläge und alle Meinungen mit nachgiebiger Aufmerksamkeit anhörte, wie er seine eigene Meinung immer nur höchst reserviert und nur dann aussprach, wenn er darum gebeten wurde, hätte nie geglaubt, dass er einen Gelehrten von Weltruf vor sich hatte, den berühmten Reclus vor seinen Schülern.

WIE ich zu schildern versucht habe, lebte in dem Geiste des grossen Geographen eine Vorstellung der Welt, in der jedes Ding *im Massstab* figurierte. Auch er selbst figurierte dort *im Massstab*. Seiner eigenen Person widmete er durchaus keine besondere Aufmerksamkeit oder Liebe. War seine Moral — seine Tugend, wenn ich mich dieses zu doppelsinnigen Ausdrucks zu bedienen wage — die eines Stoikers, eines Einsiedlers oder eines Christen? Ich will nicht versuchen, dieses heikle Problem zu lösen. Ich konstatiere nur, dass sie vollkommen uneigennützig und bar einer jeden Spur von Egoismus war. Was kommt es im Grunde

auf die theoretische Auffassung an, der sie sich anschloss? Es ist aber für die Geschichte der Ideen interessant, zu konstatieren, dass er sie ausser dem Kosmos, seinem grossen Lehrer, zum grossen Teil den Lehren seiner Eltern verdankte, des guten Pastors und der freundlichen Lehrerin von Castècarbe und Orthez.

Jacques Elisée Reclus entstammte einem Geschlecht protestantischer Pastoren. Sein Vater, dem sowohl wegen seiner Verbindungen, wie wegen seiner Begabung die höchsten Stellen offen standen, zog es vor, sein Leben dem Dienste seines Gottes und der Armen zu widmen. Eine jener freien, vom Staate und den Konsistorien unabhängigen protestantischen Gemeinden, die sich gegen das Ende der Restauration im Süden gebildet hatten, die Gemeinde Castècarbe, wählte ihn im Jahre 1831. Dort blieb er zehn Jahre und ging dann nach Orthez in eine ebensolche Gemeinde. In dieser Umgebung verflossen die ersten Jahre Elisées, der 1830 geboren wurde. Reich war die Familie nicht, und der gute Pastor, wie ihn die Bewohner der Gegend einstimmig nannten, hätte geglaubt, es den Armen zu stehlen, wenn er für den Unterhalt seiner Familie mehr, als unbedingt notwendig war, ausgegeben hätte. Wie hätte er es gewagt, das Geringste zu selbstsüchtigen Genusszwecken zu gebrauchen, wo Jesus, sein Meister, nicht einmal einen Stein gehabt hatte, sein Haupt hinzulegen? Elisées Mutter, eine Verwandte des Herzogs von Caze, unterrichtete die Kinder der Gemeinde und der benachbarten Dörfer, widmete sich ganz ihrem Manne, ihren Kindern, ihren Schülern und lebte in ihrem bescheidenen Kreise, ohne sich je nach der grossen Welt zu sehnen, in der sie hätte glänzen können. Wie ihr Gatte, hatte sie es auf sich genommen, eine edle Aufgabe bescheiden zu erfüllen und ihr ihre Begabung und Mühe zu widmen. So lebten sie als strenge Hugenotten, ohne je von ihrer Pflicht abzuweichen, ohne sich je vor den Grossen der Erde zu beugen, immer bereit, den Verfolgungen zu trotzen, auf deren immerwährende Erneuerung sie gefasst waren.

Und ebenso lebte ihr Sohn, wie sie, in freiwilliger Armut. Seine Werke brachten den Verlegern Millionen ein; er hatte alle möglichen Gelegenheiten, sein Glück zu machen; aber nie streckte er die Hand danach aus. Nie besass er mehr, als die genau ausgerechnete Summe, die zum Unterhalt der Seinen durchaus notwendig war; den ganzen Überschuss widmete er Werken der Befreiung und Notleidenden, die Hilfe verlangten. Den gelehrten Gesellschaften, die ihn durch Verleihung goldener Medaillen zu ehren glaubten, antwortete er stets äusserst höflich, mit jener ausgesuchten Höflichkeit, die ihn nie verliess, aber er bewahrte diese eiteln Trophäen, diese Goldstücke mit den schmeichelhaften Inschriften, nicht auf. Sie wurden geschmolzen und denjenigen gegeben, welche brüderlicher Hilfe bedurften. Er hielt sich nicht einmal für berechtigt, die Bücher, Karten und kostbaren Dokumente, die man ihm von allen Seiten schickte, für seinen eigenen Gebrauch zu behalten. Sobald er sie benutzt hatte, übergab er sie einer Bibliothek, wo sie allen zugänglich wurden. Ebensowenig, wie Geld, sammelte er Schmeicheleien, Lobsprüche oder Titel. Einen Titel irgendwelcher Art trug er überhaupt nie, er gehörte zu keiner Akademie und gab sich nie zu irgend einer prahlerischen Schaustellung her. Als die Londoner *Geographische Gesellschaft* ihm im Jahre 1894 die grosse goldene Medaille verlieh, teilte der Präsident mit, dass der berühmte Geograph der Sitzung beiwohne. Die ganze gelehrte Versammlung bereitete

darauf ganz spontan seinem Namen eine rührende Ovation, aber sehr wenige unter den Anwesenden bemerkten den kleinen Mann mit den glänzenden Augen, der bescheiden ganz am Ende einer der entferntsten Bänke sass.

LOSGELÖST von den Dingen, die meist die Menschen fesseln, entschlossen, sein Brot überall, wohin die Verhältnisse ihn führen würden und welcher Art die Verhältnisse auch seien, zu verdienen, fühlte er sich frei und befolgte mit der ganzen Kraft seiner Fähigkeiten seinen Wahlspruch *Tu, was du willst!*

Die Ereignisse des Jahres 1848 finden ihn, den Achtzehnjährigen, als überzeugten Revolutionär. Die Disziplin des theologischen Gymnasiums in Montpellier drückt ihn, und er durchstreift mit seinem Bruder Elie die Cevennen, um in dem grossen Buche zu studieren, das mehr wert ist, als alle pädagogischen Werke. Der Staatsstreich des Jahres 1851 kann ihn nicht zwingen, sich vor dem Kaiser zu beugen. Er leistet Widerstand und wird verbannt. Darauf ernährt er sich durch Privatstunden in London, bearbeitet den Boden in Irland, durchreist die Welt, besteht tausend, manchmal tragische, Abenteuer, unterwirft sich aber nicht. Im Jahre 1871 wird er Soldat der Commune; bei einem Ausfall wird er gefangen genommen und zur Deportation verurteilt. Weder in dem Todeslager bei Satory, noch im Gefängnis zu Quélern verleugnet sich seine Festigkeit auch nur einen Augenblick. Er liest die Korrekturen seines Werkes dort mit der selben Heiterkeit, wie in seinem Arbeitszimmer. Er organisiert eine Schule für seine Genossen im Gefängnis, er lehrt sie lesen, Geographie, Englisch; andere Gefangene lehren, was sie wissen, und Reclus hört ihnen zu. Das Gefängnis kann ihn nicht unterjochen; er lernt, er teilt sein Wissen mit: er ist frei, indem er tut, was er will, denn die Arbeit war sein Leben.

Nie wieder in der Literaturgeschichte findet sich vielleicht ein so beharrlicher, mehr als sechzig Jahre hindurch ohne Nachlassen fortdauernder Arbeitswille. Man erinnere sich, dass jeder der 19 Bände der *Geographie* mehr als 800 grosse Seiten Text und mehr als 200 Karten enthält, deren Elemente der Verfasser sammelte; und das ist erst der kleinere Teil seines Gesamtwerkes. Er war stets auf dem laufenden, interessierte sich für alles, vernachlässigte nie die unbedeutendste Arbeit. Er fand Zeit, kleine Kinder zu unterrichten, alle Anfragen zu beantworten, eine umfangreiche Korrespondenz zu führen und auf den Artikel, den er für das bescheidenste Blatt schrieb, ebensoviel Sorgfalt zu verwenden, wie auf seine grossen Werke.[1]) Ruhe kannte er nicht. Er arbeitete ebenso eifrig in einem armseligen Hotelzimmer, wie im Eisenbahncoupé, an den Stamm eines Baumes gelehnt, wie am Abhange eines Felsens. Er schrieb sogar im Gehen. Bei Ausflügen oder Berufsgängen verlor er nie eine Minute. Sobald er sich aufhalten oder warten musste, zog er ein Buch oder ein Manuskript aus der Tasche, las eine Seite oder schrieb einige Zeilen. Er arbeitete bis zu seinem Todestage, in den Pausen der Erstickungsanfälle, die ihn peinigten. Man kann sagen, dass er lebte, bis er das, was er sich am Ufer des Shannon vorgenommen, zur Ausführung gebracht hatte. Erst dann durfte

[1]) An dieser Stelle sei auch dankbar des Artikels gedacht, den der greise Gelehrte für den Vorgänger der *Sozialistischen Monatshefte*, den *Sozialistischen Akademiker* (1896, pag. 164 ff.), schrieb; er behandelt das Thema *Brotstudium und Wissenschaft*. Auch dieser kleine Aufsatz — den Reclus übrigens direkt in deutscher Sprache abgefasst hat — gibt ein kleines, aber getreues Spiegelbild seiner Weltanschauung

der Tod über ihn triumphieren. Er hatte getan, was er gewollt, hatte das Versprechen, das er sich gegeben, gehalten.

Mit der selben peinlichen Gewissenhaftigkeit und der selben heroischen Stärke hielt er alle seine Verpflichtungen ein, von den geringsten, die das tägliche Leben mit sich bringt, bis zu den wichtigsten. Es passierte ihm nicht ein einziges Mal im Laufe seines so merkwürdig bewegten Lebens, dass das Erscheinen eines Artikels oder eines Heftes sich auch nur um einen Tag verzögerte. Niemals verschob er eine Lektion aus Bequemlichkeitsgründen. Selbst an dem Tage, als er allein seinen Bruder Elie, den Gefährten seiner finsteren und frohen Stunden, der nicht nur leiblich, sondern auch geistig sein Bruder war, zur letzten Ruhe geleitete, hielt er seine Vorlesung am geographischen Institut. Er sprach mit unterdrücktem Schluchzen, aber er hielt bis zu Ende aus. In seiner Rede in der akademischen Sitzung des Jahres 1895 hatte er gesagt:

»Die Studenten sind berechtigt, von uns vollkommene, einmütige Hingebung zu verlangen. Ebenso. wie Emerson, können sie mit vollem Recht zu uns sagen, dass die Haupteigenschaft eines Menschen, der sich der wissenschaftlichen Wahrheit widmet, Heroismus sein muss.«

An jenem Tage stimmte sein Tun mehr, denn je, mit seinen Lehren überein. In allen Dingen wollte er nur durch sein Beispiel wirken. Seiner Ansicht nach war der Einfluss des Beispiels der einzige, den ein Mensch auf andere auszuüben berechtigt sei. Nie gab er Ratschläge, weil er sie schon als den ersten Grad des Zwanges betrachtete. Er vermied es sogar, Handlungen anderer zu beurteilen, um ihre Freiheit in keiner Beziehung zu beeinträchtigen. Aber er ging mit dem guten Beispiel voran und glaubte an die souveräne Macht dieser Art Propaganda der Tat. In Wahrheit war sein Einfluss auf alle, die ihm nahe traten, sehr gross. Sein absolutes Wohlwollen, die feine Höflichkeit, die allen seinen Beziehungen ihren Stempel aufdrückte, der Duft der Enthaltsamkeit, der von seiner ganzen Person ausströmte, sein schöner Denkerkopf, sein wunderbarer, unvergesslicher Blick, alles das verlieh ihm eine ausserordentliche Anziehungskraft, und viele fühlten sich durch seine Anwesenheit allein geneigt, über sein Beispiel nachzudenken und ihm zu folgen. Manche verehrten ihn wie einen Heiligen. Überall, wo er sich niederliess, scharte sich ein Kreis von Bewunderern und Schülern um ihn, denen noch mehr daran lag, sein Leben nachzuahmen, als sich zu seinen Lehren zu bekennen. Es wäre indiskret, nachzuforschen, ob sie es wirklich in seiner tiefen Schönheit nachahmten, oder ob viele sich nicht damit begnügten, seine Formen, gleichsam seinen äusseren Zuschnitt anzunehmen und die Gewohnheiten eines freien Geistes in Gebräuche strenger Observanz zu verwandeln. Auf allgemeinere und unpersönlichere Weise müsste man prüfen, ob das Beispiel eines schönen Lebens angetan ist, die gesellschaftliche Reform zu fördern, und wie es zu vermeiden wäre, dass dessen Nachahmung seitens der Jünger nicht in heuchlerischen Formalismus ausarte.

Der Meister selbst hatte wenigstens nur die eine Sorge, recht zu tun und an der Aufgabe, die er sich gestellt, in Freiheit zu arbeiten. Was selten ist, sein Tod war die logische Krönung seines Werkes. Er verschwand geräuschlos. Seinem ausdrücklichen Wunsche entsprechend, folgte niemand seinem Sarge. Ein einziger Verwandter konstatierte seine Beerdigung auf dem Friedhof. War denn sein Tod etwas anderes, als ein einfacher Einzelfall der Gesamtent-

wickelung? Wozu also seine Bedeutung durch eine feierliche und geräuschvolle Schaustellung in die Höhe schrauben? Sein Begräbnis war gleichsam der höchste Ausdruck objektiver Wahrheit.

M Eingang meiner Studie sagte ich, dass ich weder die eigentlich wissenschaftlichen, noch die sozialen Leistungen Reclus' kritisieren würde. Ich überlasse es anderen, die Verdienste des Geographen, seine wunderbare Gelehrsamkeit, sein Verständnis der Erde, das Kunstwerk, das er schuf, indem er die Welt nicht nur beschrieb, sondern auch besang, zu preisen. Ich überlasse es auch anderen, zu untersuchen, ob an diesem ungeheuren, bewunderungswürdigen Werke nicht doch etwas fehlt; warum seine so glänzende beschreibende Methode auch fast ausschliesslich beschreibend bleibt; warum, mit anderen Worten, aus so vielen, gewissenhaft kontrollierten und so ingeniös bearbeiteten wissenschaftlichen Tatsachen nicht einmal der Schatten eines wissenschaftlichen Gesetzes abgeleitet wird. Ich mache hier nur oberflächlich auf den interessanten Vergleich aufmerksam, den man in dieser Beziehung zwischen Elisée Reclus und Alexander von Humboldt ziehen könnte. Humboldt sammelte sicherlich weniger zahlreiche und weniger wertvolle Fakta, zog aber viel mehr allgemeine Schlüsse aus ihnen.

Zeigt sich diese Schwierigkeit, abstrakte Schlüsse zu ziehen, eine Schwierigkeit, die vielleicht die Folge seines wesentlich visuellen psychischen Typus ist, auch in seinem sozialen System? Den Anarchismus zu würdigen, wie Reclus ihn verstand, überlasse ich auch und besonders gern anderen. Ich habe schon gesagt, warum. Zweifellos enthalten die noch nicht herausgegebenen Bände des Werkes *Der Mensch und die Erde* Tatsachen, Argumente und Aufklärungen über diesen Punkt, die man erst gerechterweise abwarten muss. Noch ein Grund ist, dass ich diesen Artikel, den ich dem Andenken des grossen Mannes widmen wollte, nicht mit den Beweisführungen eines entschiedenen Gegners schliessen möchte, der gegen seine Ansichten kämpft.

Vergessen wir einen Augenblick diese heute so ernsten Meinungsverschiedenheiten, die die Geschichte sicher mildern wird, wenn nach dem Fieber und den Notwendigkeiten des Kampfes die Stunde objektiven Urteils geschlagen hat. Dann wird man, von allem, was sie trennt, abgesehen, die allen aufrichtigen Revolutionären gemeinsamen Grundideen würdigen können. Und was könnte ich, um den Augenblick des Waffenstillstandes in Erinnerung an den grossen Toten hervorzuheben, Besseres tun, als mit jenen Zeilen zu schliessen, in denen der berühmte Revolutionär jenes uns allen gemeinsame Ideal so herrlich formuliert:

»Schon im Geiste können wir die Fabrik und ihre Umgebung so schauen, wie die Zukunft sie umgestalten wird. Der Park ist grösser geworden, er umfasst jetzt die ganze Fläche; Säulengänge erheben sich mitten im Grün. Wasserstrahlen springen unter Blumen, fröhliche Kinder jagen sich in den Alleen. Die Fabrik ist noch da, mehr, als je, ist sie das grosse Laboratorium des Reichtums; diese Schätze werden aber nicht mehr in zwei Teile geteilt, von denen einer einem einzigen zufällt, während der andere, der der Arbeiter, nur ein schmaler Bissen ist; sie gehören jetzt allen Arbeitern zusammen. Dank der Wissenschaft, die sie die Kraft des Stromes und die anderen Naturkräfte ausnutzen lehrt, sind die Arbeiter nicht mehr die keuchenden Sklaven der eisernen Maschine. Nach der Tagesarbeit haben sie auch Ruhe und Feste, Familienfreuden, die Lehren des Hörsaals, die Erregung der Bühne. Sie sind gleich und frei, sind ihre eigenen Herren, sie sehen sich alle gerade an, keiner trägt das Brandmal der Sklaverei

auf der Stirn. Dieses Bild können wir uns im voraus ausmalen, wenn wir abends am Bache hinwandeln und sehen, wie die untergehende Sonne die aus der Fabrik aufsteigenden Rauchwolken vergoldet. Noch ist es eine Fata Morgana, aber wenn die Gerechtigkeit kein leeres Wort ist, zeigt uns diese Fata Morgana schon die ferne, halb unter dem Horizont verborgene Stadt.«

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

MANUEL UGARTE · DER SOZIALISMUS IN ARGENTINIEN

ES ist nicht schwer, sich vorzustellen, wie die Anfänge des Sozialismus in Argentinien, einem wenig bevölkerten, sehr ausgedehnten Lande, waren, dessen Sitten in einzelnen Gebieten des Innern noch recht primitiv geblieben sind. Er erschien wie ein vages Schattenbild. Die Bourgeois lachten darüber und konnten sich im Spott für die ersten Bannerträger nicht genug tun. Man nannte sie die *lyrischen Dichter,* die *Barfüssler,* und sogar der Gaucho gefiel sich, ungeachtet des Unrechts, das auf ihm lastete, und trotz seiner Vergangenheit des Elends und der Unterdrückung, darin, diese hartnäckigen Männer, die Städte und Land mit der Predigt einer neuen Lehre durchzogen, ins Lächerliche zu ziehen.

Eine merkwürdige Anekdote illustriert die Schwierigkeiten, die der Verbreitung der sozialistischen Lehre entgegenstanden. Unter den ersten Agitatoren befand sich ein naturalisierter Italiener, der alle Kraft daran setzte, nachdem er gezwungen gewesen war, sein Vaterland aus politischen Gründen zu verlassen, in seinem neuen Vaterlande seine Ideen zu verbreiten. In den Städten ging alles ganz gut oder doch beinahe ganz gut. Der Boden war bereits vorbereitet, denn die wachsende Industrie hatte die Entfaltung eines Klassenbewusstseins ermöglicht. Aber auf dem Lande, wo die Tyrannei der grossen Latifundienbesitzer herrschte, wo fast niemand des Lesens kundig war, spielten sich die Dinge ganz anders ab. Unser Italiener musste dort noch ganz andere Enttäuschungen erleben, als in den ersten Tagen der Agitation in Italien. Eines Tages hielt er in Santa Fé, einer ackerbautreibenden Provinz, die damals ganz unter der Herrschaft eines Miniaturtyrannen schmachtete, eine Versammlung ab, und dabei passierte es ihm, dass er während seiner Rede einen Augenblick das volkswirtschaftliche Terrain und die allgemeinen Wendungen der grundsätzlichen Propaganda verliess, um einen unschuldigen Ausflug auf das Gebiet der Lokalpolitik zu machen. Es handelte sich um eine Anspielung auf Unterschlagungen des Gouverneurs. Ein Polizeikommissär, der der Versammlung beiwohnte, unterbrach ihn rauh und liess ihn arretieren. Unser Italiener beunruhigte sich darüber nicht weiter. Er war daran gewöhnt, auf der Polizeiwache zu schlafen. Ja, noch mehr, er rechnete sogar damit und freute sich darüber, weil er auf diese Weise die Kosten seiner Agitation erheblich verminderte. Man machte ihm aber bald begreiflich, dass die Geschichte diesmal viel ernster sei. Der Gouverneur liess ihn sich vorführen. Es war ein klobiger Kerl, halb Bauer, halb Bürger, der ihm starr in die Augen blickte und dann brutal losbrach: »So lange du dich darauf beschränkst, die soziale Revolution zu predigen, wird man dich in Ruhe lassen; denn das ist nicht gefährlich, weil kein Mensch auf dich hört. Aber nimm dich in acht, dass du nicht über die Regierung sprichst und dich in die örtlichen Angelegenheiten einmischst! Dadurch entpuppst du dich als Revolutionär.«

Man sieht, welche Vorstellung man sich anfangs dort unten vom Sozialismus machte, und wie wenig Schrecken er einflösste. Man betrachtete ihn als eine Art *Heilsarmee*. Aber die Zeiten haben sich geändert. In zwanzig Jahren haben wir eine mächtige Partei gebildet, die es verstanden hat, der öffentlichen Meinung zu imponieren. Unser erster Abgeordneter ist in die Kammer eingezogen. Er beginnt bereits, das Gewissen der anderen Gesetzgeber mit seinen in jenem Milieu unerwarteten Erklärungen zu beunruhigen, und man fängt allmählich auch an, einzusehen, dass der Gouverneur von Santa Fé unrecht hatte: Die soziale Revolution ist — revolutionär.

Europäer waren es — und mussten es sein in unserer kosmopolitischen Republik, wo die Auswanderung aus allen Teilen der Welt zusammenströmt —, die die grossen Gedanken der Befreiung zu uns gebracht haben. Der erste Sozialistenverein wurde zu Buenos Aires gebildet, und zwar am 1. Januar 1882 durch die deutschen Parteigenossen Nocke und Mücke. Sie gaben ihm den Namen *Vorwärts*; die Mitgliederzahl belief sich auf 13. Obschon sie ganz auf sich gestellt und umgeben war von ehrgeizigen Bemühungen und Bestrebungen der bürgerlichen Macher, in einem durch häufige und sinnlose Revolutionen verstümmelten Lande, besass die kleine Gruppe doch Vertrauen in die Zukunft. Sie legte ihre Grundsätze dar und erklärte, dass sie entschlossen sei, zu der Verwirklichung des sozialistischen Ideals gemäss dem Programm der deutschen Sozialdemokratie beizutragen.

Der Verein entwickelte sich: im Jahre 1886 erwarb er das Haus, wo er seinen Sitz aufgeschlagen hatte; er besass auch schon ein Organ, nämlich die Wochenschrift *Vorwärts*. Er bildete eine dramatische Abteilung, gründete eine Genossenschaftsbäckerei, verbreitete unter den argentinischen Arbeitern ein in spanischer Sprache verfasstes Manifest; er entfachte zu gunsten der Einbürgerung Fremder eine Bewegung, die nicht ohne Erfolg blieb, und veranstaltete am 1. Mai 1890 seine erste grosse Versammlung: 3000 Menschen nahmen daran teil. Von diesem 1. Mai datiert, wenn man so sagen darf, die Einbürgerung des Sozialismus in Argentinien. In den Provinzen begannen sich Vereine zu bilden, die durch Delegierte mit dem Verein in der Hauptstadt Verbindung aufrechterhielten; im Juni des selben Jahres ging man dazu über, eine Gesamtpartei zu begründen. Im Dezember erschien *El Obrero* in spanischer Sprache, redigiert von dem Genossen Avé Lallemant. Man richtete Petitionen an die öffentlichen Körperschaften, verlangte Arbeiterschutzgesetze und die Einrichtung einer Arbeitsbörse. Im August 1891 wurde der erste nationale Parteitag abgehalten; er zählte zu Mitgliedern Tischler, Buchdrucker und Bäcker.

Im Jahre 1894 ist das jetzige Tageblatt der sozialistischen Partei von Argentinien gegründet worden, die *Vanguardia;* ein Mann von grosser Bedeutung, Juan B. Justo, der sich auch in bürgerlichen Kreisen hohen Ansehens erfreute, und dessen Übergang zur Sozialdemokratie die Anschauungen der guten Leute ein wenig in Verwirrung brachte, leitete die Zeitung. Im selben Jahre gründeten die in Argentinien ansässigen französischen Genossen mit Achille Cambier eine Gruppe mit dem Namen *Les Egaux* und eine Zeitung *L'Egalité*. Auch die Italiener schritten zur Gründung einer Gruppe *Fascio dei lavoratori* und einer Revue mit dem Titel *La Revendicazione*. Gemessen an den besonderen Bedingungen des Landes hatte der Sozialismus bereits einen erheblichen Aufschwung genommen.

Eine Anzahl von Studenten gründete die Gruppe der sozialistischen Akademiker. Man richtete ein Zentralkomitee ein, entwarf ein Minimalprogramm und beteiligte sich im Jahre 1896 zum erstenmal an den Wahlen. Der Erfolg war vorauszusehen. Mit Hilfe eines mangelhaften Wahlgesetzes verhinderten die bürgerlichen Parteien die Wahl eines Sozialisten. Die sozialistische Partei machte nichtsdestoweniger in aller Stille weitere Fortschritte. An ihrem Parteitag vom Jahre 1896 nahmen bereits 10 verschiedene Gruppen teil; an dem von 1903 sogar 30. Heute besitzt die Partei in der Person des Genossen Alfred Palacios einen Vertreter im Parlament. Sie gibt ein Tageblatt, die *Vanguardia,* und 3 Wochenblätter, *La Union Obrera, La Accion Sindicalista* und *Vida Nueva,* heraus. Sie veranstaltet Versammlungen von 15 000 Teilnehmern. Auf die Regierung drückt sie mit einer solchen Gewalt, dass diese sich zum Studium ernsthafter Reformen veranlasst sieht. Die Partei hat in einem gewissen Sinne die geistige Verfassung des Landes modifiziert, indem sie zu einer modernen Lebensauffassung hindrängt.

Die entmutigte Jugend hat die Bedeutungslosigkeit der Kämpfe ohne Ziele, in denen sie sich verzehrte, erkannt. Auch die alten Parteien haben eingesehen, dass sie Stellung nehmen und sich entweder freundlich oder feindlich gegen die Strömung der Neuerer verhalten müssen. Die alten Parteien werden dies allerdings nicht offiziell tun, weil sie, wie etwa die französischen Nationalisten, aus Leuten von allen politischen Himmelsrichtungen zusammengesetzt sind; sie zeigen eben alle Nuancen des Regenbogens. Aber die neuen Forderungen und neuen Ideen, die man unter die Scharen ihrer Anhänger geworfen hat, haben sie zersetzt. Solange es sich nur darum handelte, die Macht entweder zu erobern oder zu verteidigen, waren sie einig; heute aber wirkt schon ein einfacher Gesetzentwurf über die Ehescheidung wie Sprengpulver auf sie. Das geht so weit, dass die Voraussage nicht allzu kühn ist: in absehbarer Zukunft und immer unter dem Drucke der sozialistischen Bewegung werden die alten politischen Gruppen, die keine Existenzberechtigung mehr haben, verschwinden, und neue an ihrer Stelle treten, die auf der Grundlage gleichen Bewusstseins und gleicher politischer Anschauungen aufgebaut sind. Alles deutet wenigstens darauf hin. Wir sehen, dass die Regierung von Chile einen Feldzug gegen die Kongregationen beginnt und von der Trennung von Kirche und Staat spricht. Argentinien seinerseits beginnt mit der Ausarbeitung von Arbeiterschutzgesetzen: daraus ergibt sich, dass die den verschiedenen Parteien angehörigen Leute eine Annäherung an einander in dem Masse fühlen, wie sie an diesen Reformen interessiert sind, und dass die Sozialisten, die diese ganze Verheerung hervorgerufen haben, ihre Scharen in einem für die Bourgeoisie bedenklichem Masse anwachsen sehen. So werden sie einmal zu der Entstehung von Parteien mit klarem Programm, sodann gleichzeitig vielleicht zur Abschaffung der Revolutionen beigetragen haben. Das wird sie darüber hinweg trösten, dass sie damit die Journalisten eines leicht zu bearbeitenden Stoffes und Europa eines traditionellen Schauspiels beraubt haben.

Natürlich ist auch die sozialistische Partei Argentiniens, wie die anderen sozialistischen Parteien in der ganzen Welt, in verschiedene Richtungen gespalten, aber die Einheit ist niemals ernstlich in Frage gestellt worden. Diejenigen, die alles von der parlamentarischen Aktion erwarten, und diejenigen, die ihre Hoffnung auf einen gewerkschaftlichen Kampf setzen, werden bald zu der

Erkenntnis kommen, dass ihre beiden Methoden einander ergänzen, und dass wir keine Revolution durchführen können, es sei denn, dass wir Reformen durchsetzen, was wir hinwiederum auch nur dann können, wenn wir mit der Revolution drohen.

Der ehemalige Präsident der Republik, Herr Quintana, gab in einer offiziellen Rede folgende Erklärung ab:

»Die soziale Frage erfordert heute trotz der Prophezeiungen eines falschen Optimismus die Aufmerksamkeit der öffentlichen Gewalten. Das nationale Arbeiterschutzgesetz, das im Entwurf vorliegt, wird ohne Zweifel dazu beitragen, die Streiks zu mildern und im allgemeinen diese häufigen Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitern zu verhindern, Konflikte, die in gewissen Zeiten sogar die ganze Jahresproduktion des Landes in Frage stellen können. Es genügt indessen nicht allein, die Arbeit zu regeln, sondern wir müssen, wenn wir mit den Tendenzen der heutigen Zivilisation in Einklang bleiben wollen, auch die Steuergesetzgebung und gewisse Bestimmungen des Gemeinderechts reformieren. Das wäre das einzige Mittel, um im Bereiche der Möglichkeit die Ungleichheit des Vermögens und die ungerechte Unterdrückung der Arbeiter durch das Kapital zu korrigieren. Das Minimalprogramm der argentinischen sozialistischen Partei ist zu einem grossen Teil annehmbar und kann durch die öffentlichen Gewalten akzeptiert werden, soweit es sich nicht gegen die Verfassung richtet, und soweit es die Oberherrschaft des Staats anerkennt.«

Aber diese guten Absichten wurden wenige Wochen später unter dem Drucke der reaktionären Parteien durchkreuzt. In Argentinien können wir im Augenblick nicht auf eine fortschrittliche Politik, wie wir sie jetzt in Frankreich sehen, rechnen, wir haben zwar auch Nationalisten und Radikale; aber die Nationalisten nennen sich so, weil sie Anhänger des Föderativsystems sind, im Gegensatz zu den Unitariern, den Anhängern des Einheitsstaates, die die Vorherrschaft der Landeshauptstadt betreiben; und die Radikalen bedienen sich dieses Namens, weil sie die am weitesten fortschrittliche Fraktion einer bürgerlichen Gruppe darstellen, die unter anderen grundsätzlichen Dingen auch das freie Wahlrecht und eine anständige Verwaltung fordert. Aber weder schaffen sich die Nationalisten aus dem Patriotismus eine Fahne, noch denken die Radikalen an eine Trennung von Staat und Kirche.

Persönlich habe ich die lebhafte Propaganda zu gunsten einer gemischten Taktik betrieben, die mir einzig den mannigfachen Anforderungen unserer sehr schwierigen Zeit angepasst zu sein scheint, und ich gedenke, auf diesem Wege fortzufahren. Wir können weder den gewaltsamen Aufstand propagieren, noch können wir uns lediglich auf eine parlamentarische Taktik beschränken. Zwar müssen wir jede Reform annehmen, aber doch auf eine endgültige Umwälzung hinsteuern. Die gewerkschaftliche und politische Aktion gewinnen ihre Stärke lediglich aus dem Zusammenarbeiten. Gleich weit entfernt von intransigenter Übertreibung, wie von einer schädlichen Gleichgültigkeit gegen die parlamentarischen Fragen, kommt es jetzt darauf an, die Einheit unserer revolutionären Lehre hochzuhalten, zu gleicher Zeit aber auch einer grossen Partei, die auf das Leben selbst einwirken will, die notwendige Geschmeidigkeit ihrer Taktik zu bewahren.

Obwohl der Sozialismus überall, nach seinem Auftreten und nach seinen Prinzipien, der selbe ist, so nimmt er doch in jedem Lande besondere Eigenarten an, die das Ergebnis der örtlichen Verschiedenheiten der Sitten und der Überlieferungen sind. Trotz der gemeinsamen Programme und der gleichen Lehre unterscheiden sich zum Beispiel schweizerische Sozialisten von den russischen

Sozialisten. So haben auch die Argentinier ihre Besonderheiten. Unsere Nation, die aus Bruchstücken aller Nationen gebildet ist, hat aus dem Kosmopolitismus eine eigene Physiognomie zu gewinnen gewusst. Wir haben zwar noch kein neues Profil und noch kein bisher unbekanntes Ganzes hervorzubringen gewusst, unterscheiden uns aber doch von jedem anderen Volke. Ebenso hat unser Sozialismus, ohne dass er deshalb aus der unbedingt notwendigen und über die ganze Welt sich erstreckenden Einheit heraustritt, seine besondere Art, die ihn von den sozialistischen Organisationen anderer Länder unterscheidet. Unter dem Einflusse der zahlreichsten Fremdenkolonie hat er ein wenig von dem Wortreichtum und der lebhaften Phantasie der italienischen Partei angenommen. Aber dieser Zug ist wieder gemildert durch die Ruhe und die organisatorische Geschicklichkeit, die ihm seine deutschen Gründer in die Wiege gelegt haben. Das eingeborene Element hat schliesslich die Heftigkeit und Entschlossenheit hinzugefügt, die sozusagen die politische Tradition des Landes sind. Und so hat auf der ersten Grundlage jede Gruppe von Einwanderern ein wenig von ihrer Volksseele dazugefügt, so zwar, dass der argentinische Sozialismus, der sich in seiner grossen Mehrheit aus nationalisierten oder nicht nationalisierten Fremden zusammensetzt, eine Synthese des allgemeinen Sozialismus darstellt. So kommt es, dass der argentinische Sozialismus, als er unter dem Drucke eines bürgerlichen Regimentes, das so weit ging, den Belagerungszustand in den Städten zu proklamieren, um das Streikrecht einzuschränken und beinahe zu unterdrücken, die Freunde in den grossen europäischen Häfen aufforderte, keine Schiffe aus argentinischen Häfen zu löschen, ihnen damit nicht zumutete, sich für fremde und unbekannte Kameraden einzusetzen, sondern das Werk ihrer eigenen ausgewanderten Volksgenossen zu fördern. Heute besteht eben dort unten unsere Partei bis auf wenige Ausnahmen aus Neuangekommenen oder aus solchen Elementen, die immerhin noch nicht lange im Lande sind. An diejenigen Volksschichten, die man eigentlich *eingeborene* nennen kann, sind wir mit unserer Propaganda noch nicht herangekommen.

Wenn wir diese erst einmal gewonnen haben werden, dann wird sich die besondere Art der sozialistischen Partei Argentiniens noch schärfer herausarbeiten. Wir wissen, dass die wenigen Überbleibsel der Indianer, der ersten Ansiedler und jener Schwarzen, die durch die Eroberer in das Land geführt worden sind, um seine natürlichen Reichtümer zu heben, ebenso wie die Mischlingsrassen notwendigerweise zu uns stossen müssen, die wir ihnen alle Freiheiten ohne irgend welche Vorurteile bieten. Diese ausserordentlich grosse Schicht des Proletariats, die sich heute noch weder ihrer Rechte, noch ihrer Stärke bewusst ist, wird bald erwachen. Und nur durch den Sozialismus werden die Enterbten oder ins Elend getriebenen Völker ihr gleiches Recht und ihre nationale Sicherung wiedergewinnen. Aber damit trete ich in die Entwickelung von Ideen ein, die eine lange Auseinandersetzung nötig machen, und die ich demnächst in einem besonderen Buche weiter auszuführen mir vorgenommen habe. Für heute wollen wir die liebenswürdige Gastfreundschaft, die uns die *Sozialistischen Monatshefte* geboten haben, nicht missbrauchen. Was wir gegeben haben, genügt, um wenigstens einen allgemeinen Überblick über die proletarische Bewegung in Argentinien zu gewinnen.

××

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Rückblick auf das Jahr 1906

Die steigende Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes im Jahre 1905 und die kräftige Nachfrage am Weltmarkte während des beendeten Jahres haben für die Entwickelung des wirtschaftlichen Lebens in Deutschland während des Jahres 1906 eine so günstige Grundlage geboten, dass alle Befürchtungen, die an die ungünstigere Gestaltung der Zollverhältnisse, an die Wirkungen der höheren Preise und namentlich der Fleischteuerung geknüpft wurden, sich als unberechtigt erwiesen haben. Das Jahr 1906 hat mit seiner zunehmenden Gunst allen widrigen Einflüssen standgehalten: Die Konjunkturkurve hat ihre aufsteigende Richtung allen Pessimisten zum Trotz innegehalten. Die Produktion nahm ihrem Umfange nach bedeutend, relativ noch mehr ihrem Werte nach zu. Hatte schon 1905 die allgemeine Preishausse am Geld-, Waren- und Arbeitsmarkt eingesetzt, so setzte sie sich mit verstärkter Intensität im verflossenen Jahre fort. Die verschiedenen Interessentengruppen kämpften um die Vergrösserung ihres Anteils am gesamten Produktionsertrage, wozu die Preishausse am Warenmarkt, die für wichtige industrielle Rohstoffe internationaler Natur war, besonders stark anreizte. In Deutschland speziell ging die steigende Bewegung der Warenpreise zunächst von der Landwirtschaft aus, und zwar in doppelter Weise. Einmal hatte eine Reihe guter Ernten bei gleichzeitig befriedigenden Preisen die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung wesentlich gebessert. Der Bedarf an gewerblichen Erzeugnissen, die Bautätigkeit nahm auf dem Lande zu und trug schon von 1903 ab zu einer Erholung der gewerblichen Tätigkeit viel bei. Der Tiefstand der Preise für gewerbliche Erzeugnisse war überwunden, die Aufwärtsbewegung setzte 1904 ein. Sodann aber kam die aussergewöhnliche Futternot im Jahre 1904, die hauptsächlich durch die schlechte Kartoffelernte veranlasst war. Der Viehstand verringerte sich, die Menge schlachtreifen Viehs ging zurück, die Vieh- und Fleischpreise stiegen in den beiden Jahren 1905 und 1906 auf eine ungewöhnliche Höhe. Die Steigerung der Lebensmittelpreise brachte gar frühzeitig die Arbeiter in Bewegung, die unter ihr um so stärker litten, als sie das Lohnniveau aus der vergangenen Hochkonjunkturperiode noch immer nicht erreicht hatten. Noch nie waren in Deutschland die Lohnkämpfe so zahlreich und intensiv, wie gerade in den letzten beiden Jahren. Und die Erfolge waren 1905 auch so beträchtlich, dass die Arbeiter im allgemeinen die Verteuerung der Haushaltskosten nicht nur ausgleichen, sondern auch noch darüber hinaus ihren Verbrauch steigern konnten. Das vermehrte abermals die Nachfrage auf dem Warenmarkt, hatte aber auch eine Erhöhung der Gestehungskosten für die gewerblichen Erzeugnisse zur Voraussetzung. So entbrannte der gegenseitige und in seinen Verästelungen gar nicht übersehbare Preiskampf des Jahres 1906, dessen Resultate noch nicht genügend festzustellen sind. Wie haben die verschiedenen Arten des Kapitals, wie die der Arbeit in diesem noch keineswegs beendeten Kampfe abgeschnitten? Es spricht eine Reihe von gewichtigen Anzeichen dafür, dass die Steigerung der Gesamtlohnsumme nicht in dem Grade zugenommen hat, wie es 1905 im Verhältnis zur Aufwärtsbewegung der Warenpreise der Fall gewesen war. Wenn sich auch noch nirgends eine nennenswerte Ermattung des Konsums gezeigt hat, so scheint doch auf gewissen Gebieten eine Stagnation eintreten zu wollen. So wird namentlich in letzter Zeit vielfach über eine ungenügende Nachfrage nach Bekleidung und Wäsche geklagt. Wenn in der Tat der noch immer steigenden Erzeugung ein Stillstand in der Zunahme des Konsums gegenübertreten sollte, so hatten wir mit der Möglichkeit eines Rückschlages im kommenden Jahre zu rechnen. Mit so optimistischen Aussichten, wie man sie dem Jahre 1906 bei seinem Beginn eröffnen konnte, kann man jedenfalls dem Jahre 1907 nicht mehr entgegengehen. Es zeigte sich ja auch schon am Arbeitsmarkt gegen Jahresschluss eine leichte Depression, deren Ursachen noch nicht hinreichend aufgeklärt sind.

Kartelle

Eine Erschütterung der festgefügtesten Kartelle hat das letzte Jahr gebracht Das rheinisch-westfälische Kohlen

syndikat leidet unter dem Gegensatz der Hüttenzechen und der reinen Zechen. Die Hüttenzechen hatten durch den neuen Syndikatsvertrag an sich schon eine weitgehende Privilegierung erhalten, die sie in einer dem Sinn des Vertrages gänzlich widersprechenden Weise ausgenutzt haben. Lange Zeit glaubte man, durch die Hilfe der Rechtsprechung die Ausnutzung des Privilegs auf ein für die reinen Zechen erträgliches Mass zurückführen zu konnen, aber nach verschiedenen Schwankungen der gerichtlichen Entscheidungen hat das Reichsgericht als letzte Instanz die illoyale Auslegung des Syndikatsvertrages durch die Hüttenzechen gebilligt. Dadurch ist für das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat eine kritische Situation geschaffen worden, die man zunächst dadurch beseitigen will, dass man die Hüttenzechen zu einer freiwilligen Einschränkung in der Ausnutzung der gewährten Privilegien veranlasst. Auch der Stahlwerksverband hat mit ernsten Schwierigkeiten zu kämpfen, damit seine Fortdauer über das Jahr 1907 hinaus ermöglicht wird. So viel ist heute schon sicher, dass der Verband auf der Basis des jetzt gültigen Vertrags nicht verlängert werden wird. Es schweben schon seit längerer Zeit Verhandlungen, um für einen neuen und engeren Zusammenschluss der Eisen- und Stahlwerke eine geeignete Basis zu finden. Dass weiter noch das Kalisyndikat zu den bedrohten Kartellen gehört, ist nicht weiter verwunderlich, da sich dieses Syndikat schon seit Jahren und auch fernerhin fortgesetzt um seine Existenz wehren muss. Das Andrängen der jungen Kaliwerke schafft alljährlich den Syndikatswerken stets neue Sorgen. Muss doch jedesmal unter den Werken der Anteil am Gesamtabsatz neu verteilt werden, wobei die alten Werke Opfer bringen müssen, ohne dass die neu aufgenommenen in ihren Ansprüchen befriedigt werden könnten. Da immer noch mehr neue Werke in Förderung kommen, so hören für das Kalisyndikat die kritischen Zeiten vorläufig noch lange nicht auf. Besser abgeschnitten hat die *Zentrale für Spiritusverwertung*, deren Fortdauer lange Zeit als gefährdet galt, weil die *Ostdeutsche Spritfabrik* sich nicht entschliessen konnte, der Kartellorganisation beizutreten. Vor kurzer Zeit hat nun aber doch noch eine Verständigung stattgefunden.

× ×

Allgemeine Lage Die Rentabilität der Industrie war nach den vorliegenden Dividendenschätzungen im Jahre 1906 kräftig steigend, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass die Lage des Geldmarkts ziemlich angespannt war und Leihgeld einen wesentlich höheren Zinssatz gewährte, als in früheren Jahren. Freilich handelt es sich bei einem Schlusse aus den Dividendenschätzungen nur um Aktiengesellschaften, das heisst um Grossbetriebe. Nicht gleich günstig war in vielen Gewerben die Rentabilität mittlerer und kleiner industrieller Betriebe, die zum Teil mit höheren Rohmaterial- und Brennstoffpreisen, sowie mit steigenden Löhnen zu rechnen hatten, ohne dass der Markt für Fertigerzeugnisse entsprechende Preise bewilligt hätte. Vielfach ungünstig lagen aber die Verhältnisse im Handwerk, wo eine Ausnutzung der Konjunktur aus verschiedenen Umständen gar nicht in Frage kommen konnte. Am ungünstigsten gestalteten sich die Betriebsresultate in der Schlächterei, da hier der Gesamtumsatz der Menge nach zurückging und zahlreiche Betriebe mit direktem Verlust abschlossen.

× ×

Kurze Chronik Die Solinger Federmesserindustrie erhöht von Mitte Januar ab den Preis ihrer Fabrikate um durchschnittlich 10 %. × In Tokio ist eine englisch-japanische Bank eröffnet worden. × Die Personentarifreform auf den deutschen Eisenbahnen soll am 1. Mai 1907 in Kraft treten. × Die deutsche Reichsbank erhöhte am 18. Dezember ihren Diskontsatz von 6 auf 7 %.

× ×

Literatur Eine recht beachtenswerte Monographie *Über den amerikanischen Stahltrust* /Essen, Baedeker/ hat Dr. Julius Gutmann kürzlich veröffentlicht. Der ziemlich eingehende Vergleich der amerikanischen Organisationen mit dem deutschen Stahlwerksverbande weist trotz der abweichenden Ansicht des Verfassers deutlich auf die Überlegenheit der amerikanischen Trusts über unsere Kartellformen hin. × Viel besprochen wurde die Studie Dr. Jüngsts *Arbeitslohn und Unternehmergewinn im rheinisch-westfälischen Bergbau* /Essen, Verlag des *Bergbaulichen Vereins/*. Wenn wir auch den Schlussfolgerungen des Verfassers vielfach nicht folgen können, sondern für 1905 und 1906 auf Grund seiner

Aufstellungen zu wesentlich anderen Ergebnissen gelangen, so ist Dr. Jüngsts Arbeit doch jedenfalls eine ernste wissenschaftliche Studie, die nicht im mindesten den Vorwurf der Tendenzmache im Dienste des Unternehmertums rechtfertigt.

Einen sehr grossen Eifer für die Ausgestaltung der amtlichen Statistik zeigt Japan, dessen *Finanzielles und wirtschaftliches Jahrbuch* im 6. Jahrgang erschienen ist. Der stattliche Band zeigt wesentliche Fortschritte gegen den vorjährigen und gibt unter anderem auch eine sehr instruktive Darstellung des japanischen Finanzwesens. RICHARD CALWER

Politik

Reichstagsauflösung

Weniger, als sonst, bildet diesmal in verschiedenen Ländern der Jahresschluss eine Ruhepause im politischen Leben.

Am 13. Dezember wurde zu allgemeinster Überraschung der deutsche Reichstag im Handumdrehen aufgelöst. Vorausgegangen waren seit der Wiedereröffnung am 13. November durchaus keine grossen grundsätzlichen Zusammenstösse; es war noch nicht einmal eine wirklich endgültige Entscheidung über die verhältnismässig kleine konkrete Streitfrage, über die nächstjährige Truppenverminderung in Südwestafrika, gefallen. Die Abstimmung in zweiter Lesung schlug allerdings infolge der Haltung des Zentrums mit 177 gegen 168 Stimmen (bei 1 Enthaltung) gegen die Regierung aus. Aber die matten Erklärungen Spahns eröffneten geradezu geflissentlich einen Ausblick auf schliessliche Verständigung; das Fehlen der Abgeordneten von Hertling, Müller-Fulda, Burlage, Herold, Osel, am Zehnhoff, Graf Praschma, die Stimmenthaltung von Strombecks, die Zustimmung des Grafen Ballestrem zur Regierungsvorlage sind auch kaum ohne Bedeutung. Unabänderliche Tatsache war nur, dass man sich aus Anlass der Kolonialskandale in eine wachsende gegenseitige Erregung und Empfindlichkeit hineingeredet hatte. Der gepeinigte Herr Dernburg bäumte sich gegen das Joch der von den Missionen in recht wenig zweifelsfreier Weise *informierten* klerikalen Vermittler und Pressionspolitiker auf. Das Zentrum bestand nach der Diskreditierung seines Roeren um so hartnäckiger darauf, die Zusicherung der Regierung, man werde bis zum 1. April weitere 4000 Mann aus dem Schutzgebiet zurückziehen und von da ab nach Möglichkeit in der Truppenverminderung fortschreiten, zu einer bestimmteren Bindung und weitergehenden Verpflichtung für die Zeit nach dem 1. April auszugestalten. Unversehens war dann ein Konflikt da, bei dem alle natürlichen Parteikonstellationen plötzlich wie in einem Hohlspiegel verzerrt erscheinen. Die Freisinnigen, die einstigen unerbittlichen Feinde aller überseeischen Territorialerwerbungen, die begeisterten Verfechter der parlamentarischen Machterweiterung, spreizen sich als Retter und Eroberer deutscher Kolonieen und zugleich als mannhafte Verteidiger der möglichsten Ungebundenheit der Exekutivgewalt. Dr. Barth warnt zwar in seiner *Nation*, »aus dem Hurrapatriotismus Wahlerfolge ziehen zu wollen. Es wäre das dümmste, was der Freisinn tun könnte. . . Wollte er in dieser Krisis irgend einem Teil der Reaktion Handlangerdienste leisten, so hätte er als politische Potenz ausgespielt.« Aber Dr. Barth wird hier erst recht tauben Ohren predigen. Dem Zentrum, der sichersten Stütze der *juste milieu*-Regierung, dem Verbündeten der Konservativen bei Zolltarif und Schulgesetz, wird urplötzlich, wie einer überdemokratischen Umsturzpartei, von oben und von rechts Todfehde geschworen. Dafür erklären sich *brot-* und *fleischwuchernde* Konservative und Nationalliberale bereit, ein Kartell mit der freihändlerischen bürgerlichen Linken zu schliessen, der bis in die letzten Tage hinein die Fleischnot und das persönliche Regiment mit Vorliebe als Agitationsvorspann dienen mussten. Die Regierung freilich kann bei einem solchen Parteidurcheinander kaum etwas verlieren, solange ihr ein Parlament nur dazu gut erscheint, mit Ach und Krach wechselnde Mehrheiten für alle erstrebten Einzelmassnahmen zu liefern. Gerade in kritischen Zeiten hat jedoch ein Parlament nach ganz andere, hohere Aufgaben zu erfüllen, auch für Regierungen. Doch das scheint für Deutschland ein überwundener oder auch unerreichbarer Standpunkt zu sein.

Gleichviel: Die Sozialdemokratie erscheint inmitten dieses sinnverwirrenden Strudels um so mehr als ein fester Fels. Sie wird wahrscheinlich eine reiche Wahlernte halten.

× ×

Frankreich: Kulturkampf

Fast zu gleicher Zeit, wie die deutsche Regierung mit dem Zentrum zusammengeriet, hat sich in Frankreich die Aus-

einandersetzung zwischen Staat und Kirche bis zum offenen Bruch verschärft. Die Republik, die den politischen Einfluss des Klerus, auch für die auswärtigen Beziehungen, aus langer Erfahrung kennt, hatte lange mit grosser und übergrosser Nachgiebigkeit die Umwandlung der Gemeinden in gesetzliche Kultusassoziationen mit weitgehender Autonomie und Unabhängigkeit zu erleichtern gesucht. Sich selbst überlassen, würden die französischen Bischöfe wahrscheinlich den dargebotenen Mittelsweg nicht verschmäht haben. Der Papst schnitt diese Lösung ab, vermutlich, weil man in Rom eine Schwächung der Autorität des Vatikans befürchtete. Nach dem Verzicht auf die Sonderbehandlung blieb immer noch die Unterstellung unter das gemeine Recht, zu der abermals die Mehrheit der Katholiken, Klerus so gut, wie Laien, bereit schien. Briand hatte die Anzeigen, die nach dem Versammlungsgesetze von 1881 notwendig gewesen wären, möglichst zu vereinfachen gesucht, und Kardinal Lecot hatte den Geistlichen auch schon erklärt, dass sie durch die Anzeige wohl eine Verwaltungsformalität erfüllten, aber in keiner Weise ein kirchliches Recht preisgäben oder einen Eingriff von aussen in die Religionsübung duldeten. Abermals schnitt in elfter Stunde das päpstliche Veto diesen Weg ab. Damit ist für die Regierung die rücksichtslose Durchführung des Trennungsgesetzes, ohne neue Kompromissversuche, zur Notwendigkeit geworden. Wie der deutsche Reichskanzler Fürst Bülow, rief auch der französische Ministerpräsident Clemenceau der Deputiertenkammer zu: »Wenn Sie Krieg haben wollen, so beginnt er heute!« Nur handelt es sich hier um wesentlichere Streitgegenstände: um die Abgrenzung von kirchlichem oder weltlichem Eigentum, um Gehälter, Gebühren und Sporteln, die Militärdienstpflicht der jüngeren Geistlichen. Der Pariser Geschäftsträger des Papstes, Monsignore Montagnini, ist bereits ausgewiesen, seine Archive sind mit Beschlag belegt worden, weil er zur Verletzung französischer Gesetze aufgefordert habe. Das Ende des Konflikts ist im Augenblick nicht abzusehen; es wird kaum so bald erreicht sein.

× ×

England: Oberhaus Dagegen hält man in England einen — wenn auch erst später erfolgenden — Kompromiss zwischen Lords und Gemeinen über die Schulfrage und die Abschaffung des Pluralvotums noch immer für das Wahrscheinlichste. Gerade das starke Wachstum einer selbständigen Arbeiterpartei hat in den letzten Monaten der liberalen Unterhausmehrheit manche Sorgen bereitet, die in Reden von Ministern und sonstigen Führern mehrfach offen zum Ausdruck gelangten. Um so gedämpfter ist naturgemäss die Kampfesstimmung gegen das Oberhaus geworden, das man in Zukunft vielleicht selber einmal als willkommene Rückendeckung gegen den Arbeiterradikalismus brauchen kann. Dazu ist der Grund oder Vorwand, unter dem die Lords die Vorlage über das Mehrstimmrecht — das heisst über das Recht, bei mehrfachem Wohnsitz mehr, als einmal, zu wählen — ablehnten, für die Massen eigentlich ganz einleuchtend. Die Lords erklären nämlich, durch die überlebte Abgrenzung der Wahlkreise würden viel schreiendere Ungerechtigkeiten bewirkt; wie bisher noch immer in England, so sei auch diesmal die Wahlrechtsreform mit einer Neueinteilung der Kreise zu verknüpfen — was die Liberalen im Augenblick ganz und gar nicht wünschen und jedenfalls nicht eilig haben. Bei der Umgestaltung der Schulbill zu einer konfessionellen Unterrichtsvorlage im Sinne der Bischöfe berufen sich die Peers wiederum darauf, dass im letzten Wahlkampf ein wesentlich milderes liberales Schulprogramm zur Entscheidung gestellt worden sei, dass deshalb der eingebrachte und im Unterhaus nochmals verschärfte Entwurf dem kundgegebenen Willen der Volksmehrheit nicht entspreche. Ohne Mühe wird sich eine Verständigung unter solchen Umständen freilich kaum vollziehen.

Andrerseits scheint der Entwurf für Gewährung der Selbstregierung an Transvaal keine so tiefen Gegensätze zu entfesseln, wie es nach den erbitterten gegenseitigen Vorwürfen in der Übergangszeit erwartet werden musste.

× ×

Russland: *Duma*wahlen In Russland ist endlich ein bestimmter Termin für die Wahlen zur *Duma* anberaumt worden. Herr Stolypin verwahrte sich schon vorher in der Auslandspresse gegen die Unterstellung, dass er die Zusammenberufung der Volksvertretung möglichst weit hinausschieben oder gar zuguterletzt die *Duma*befugnisse auf den Reichsrat oder noch andere, neu zu schaffende Instanzen übertragen wolle. Offenbar will man das Ausland zum mindesten so

lange nicht abschrecken, bis man in der Finanz- und Anleihefrage klarer sehen kann. Unterdessen wird im Innern das Regierungsansehen noch mehr vermindert durch Korruptionsskandale, wie beim Gurko-Lidwall-Vertrag, durch die Unfähigkeit, den Hungersnöten in weiten Landstrichen auch nur mit dem schwächlichsten Erfolge zu begegnen.

Der hervorragendste Theoretiker der russischen Sozialdemokratie, G. Plechanow, veröffentlichte einen interessanten Brief, in dem er Stellung zu der brennenden Frage der Wahlbündnisse nimmt. Der wichtigste Punkt dieses Schreibens ist die Betonung, dass die gemeinsame Wahlparole der *linken* und *extrem linken* Parteien in den beiden Worten *Vollmächtige Duma!* formuliert werden müsse. Diese Parole fand aber keine günstige Aufnahme, weder bei den *Bolschewiki*, noch bei den *Kadetten*. Die ersteren erblicken darin eine Preisgabe der konstituierenden Versammlung. Die anderen finden, dass die Losung zu allgemein sei: eine *vollmächtige Duma*, wie die Sozialdemokraten sie sich wohl vorstellen, sei ein Ding der Unmöglichkeit, und die *Kadetten* seien nicht im stande, auf dieser Plattform sich mit den Sozialdemokraten zu einigen. Durch diese Absage der *Kadetten* scheint ein gemeinsames Vorgehen der bürgerlichen und sozialen Demokratie im Verlauf der ganzen Wahlkampagne unmöglich geworden zu sein. Beide werden getrennt den Kampf führen; nur im letzten Moment, wenn die Gefahr vorläge, dass ein Reaktionär sich behaupten könnte, würden die Parteien ein Abkommen schliessen. Ob ein solcher Modus unter den russischen Verhältnissen als besonders wünschenswert zu bezeichnen ist, ist zweifelhaft.

× ×

Kurze Chronik Die belgische Kammer machte bis Mitte Dezember wieder einmal eine vieltägige Kongodebatte durch, die der verrufenen kolonialen Selbstherrlichkeit des Königs Leopold einen starken Dämpfer aufsetzte und die Überführung der Kolonie an den belgischen Staat wesentlich näher rückt. Auch das englische Unterhaus beschäftigte sich mit der Kongofrage; die Regierung erklärte, es sei nicht wünschenswert, die Übernahme des Kongostaates durch Belgien durch eine Einmischung in die Angelegenheit jetzt zu beeinträchtigen.

× ×

Literatur Viel Aufsehen in literarischen und politischen Kreisen haben in den letzten beiden Jahren die Schriften eines anonymen *Auslandsdeutschen* gemacht, der sich als ein Schüler Schäffles vorstellt und in der Tat viel Geistesgemeinschaft mit Schäffle zeigt, schon durch die seltsame Mischung von ökonomisch-politischem Radikalismus und Konservatismus, durch die Neigung zur enzyklopädischen Systemmacherei und wiederum zur ganz konkreten Lösung von Tagesfragen aller Art. Unzweifelhaft verfügt der Verfasser über eine erstaunliche Belesenheit, über eine nicht gewöhnliche Erfahrung im Partei- und Presswesen, die jedoch an anderen Stellen wieder zurücktritt hinter einer fast weltfremden Neigung zu sektiererischen Sonderauffassungen. In Deutschland ist man leider wenig gewöhnt, über politische Streitfragen die Schriften von Gegnern zu lesen. Der *Auslandsdeutsche* verdiente das letztere wohl. Sein 3. Teil von *Staatsstreich oder Reformen* behandelt *die deutsche Finanzreform der Zukunft* /Zürich, Zürcher & Furrer/. Vielleicht kommen wir in anderem Zusammenhang auf das Gesamtwerk zurück. × Der umfangreichen Schrift Ernest Seillières *Der demokratische Imperialismus: Rousseau, Proudhon, Karl Marx*, übersetzt von Theodor Schmidt /Berlin, Barsdorf/ werden auch andere nur wenig Geschmack abgewinnen. Imperialismus wird hier in vagster Weise als Wille zur Macht, als Expansions- und Herrschaftsstreben gefasst. Seillière geht nun den entsprechenden oder nur halbwegs ähnlichen Gedankenkeimen bei Macchiavelli, Hobbes, Mandeville, Kant, Rousseau, Proudhon und bei wem sonst noch nach, um schliesslich den proletarischen Klassenimperalismus, das heisst den Marxismus, in solcher Art historisch-philosophisch zu charakterisieren und zu kritisieren! Das alles noch dazu unter Entwickelung eines verwirrenden feuilletonistischen Wortfeuerwerks, unter dem schliesslich alle klaren und festen Gedankenrichtlinien verschwinden.

MAX SCHIPPEL

Sozialpolitik

Arbeiterverhältnisse in Russland Einen guten Einblick in die eigenartigen sozialen Verhältnisse des russischen Industrieproletariats gewährt die Arbeit Dr. Wassilij Leontjews *Die Lage der Baumwollarbeiter in St. Petersburg* /München, Reinhardt/.

In den russischen Industriezweigen herrschte vielfach noch im Beginn des 19. Jahrhunderts die Zwangsarbeit mit Leibeigenen in den sogenannten *Erbguts-* oder *Possessionsfabriken* vor. 1804 waren von 95 202 Arbeitern 45 625 Leibeigene. Den Charakter der unfreien Zwangsarbeit hatten im 18. Jahrhundert die Tuch-, Schreibpapier-, Eisenwaren- und anderen Fabriken. In der Baumwollenindustrie Russlands dagegen tritt als herrschender Typus der Produktion die Lohnarbeiterfabrik auf. Obwohl die russische Baumwollenindustrie mit ihren 170 000 beschäftigten Männern und ihren 150 000 tätigen Frauen ein ausgesprochen kapitalistisches Gepräge hat, so steckt in dem Arbeiter dieser Industrie dennoch der leibhaftige Bauer. Dr. Leontjew hat aus einer durch eigene Initiative und im Privatwege von der Fabrikinspektion gewonnenen Enquete festgestellt, dass von 4888 Männern 4618, das heisst 94 %, Bauern waren. Er meint, im Hinblick auf die formelle Ständeverteilung mögen die schon recht haben, die behaupteten, in Russland existiere kein Arbeiterstand, dort seien nur Bauern vorhanden. Von diesen 4618 Bauern der Fabriken sind noch 3007 Mann oder 65,1 % dieser im Besitz von Gemeindeland. Der Bauer heiratet im 18. bis 20. Jahre, geht in die Stadt zur Fabrikarbeit und lässt seine Frau im Dorfe zurück. Von den 2562 verheirateten Arbeitern der Enquete Leontjews haben 787, das heisst über 30 %, ihre Frauen im Dorfe, von 2819 Frauen haben 216 oder 7,7 % ihre Männer im Dorfe. Der Bildungsgrad der Petersburger Baumwollarbeiter steht auf sehr niedriger Stufe. Unter männlichen Arbeitern gab es 31,4 % Analphabeten, unter weiblichen sogar 70,9 %. Der niedrige Bildungsgrad bedingt niedrige Löhne. Der Analphabet erhielt 90 Kopeken Tagelohn, der nur lesende Arbeiter 96, der lesende und schreibende Arbeiter 98 Kopeken. Aus der Stadt Petersburg stammen nur wenige Arbeiter. Vom Dorfe wandern zuerst einige Dorfgenossen in die Stadt und ziehen dann hinter sich ihre Verwandten und Bekannten aus dem ganzen Bezirk her. In einer Weberei waren von 98 Frauen 47 aus ein und dem selben Dorfe.

Der durchschnittliche Tageslohn der männlichen Arbeiter Petersburgs betrug 95,2 Kopeken = 2,05 M., der der weiblichen 73,2 Kopeken = 1,58 M. Der Petersburger Arbeiter der Baumwollenindustrie, der durchschnittlich 10,21 Stunden schafft, wird sich wohl nicht schlechter, als der westeuropäische, ernähren, er wohnt jedoch unter äusserst schlechten Verhältnissen. Die Arbeiter — selbst die verheirateten — mieteten sich meist eine sogenannte *Ecke*, das heisst ein Viertel eines Zimmers, wo das Bett stehen kann. In vielen Arbeiterwohnungen kommen nur zirka 2,5 cbm Luft auf die Person. In einer typischen Arbeiterwohnung hausten im ersten Zimmer 10 Personen bei 5 Betten, im zweiten 6 bei 3 Betten, in der Küche 7 bei 4 Betten. In Familienwohnungen teilten 2 bis 5 Personen mit einander 1 Bett.

In den Baumwollenfabriken Petersburgs brach im Jahre 1870 ein erster nennenswerter Streik aus. 1877 bis 1879 entstand dort die erste revolutionäre Arbeiterorganisation. Von 1885 bis 1900 trat die Arbeiterbewegung in das Stadium der *Bildungsvereine*. Von 1900 an setzte der politische Kampf ein, und 1905 rückte die Arbeiterschaft offen als selbständige Partei auf die politische Bühne. In der neuesten Zeit gründeten die Textilarbeiter gewerkschaftliche Organisationen und gaben im April 1906 das Gewerkschaftsblatt *Der Weber* heraus.

Die Schrift Dr. Leontjews unterrichtet den Leser über die Entwickelung der russischen Industrie, und vor allem über die russische Fabrikgesetzgebung. Die Fabrikanten sahen in den Fabrikgesetzen vielfach *Gesetze für Narren*. Ein Fabrikdirektor englischer Abkunft zog, als er von einem Inspektor auf die Notwendigkeit der Fabrikgesetze aufmerksam gemacht wurde, eine Peitsche aus der Tasche heraus und rief echt russisch: »Da habe ich die Gesetze!« Den Polizeicharakter der russischen Fabrikgesetzgebung kennzeichnete einmal ein höherer Beamter der Fabrikinspektion zutreffend mit den Worten: »Unsere ganze Fabrikinspektion wurden in allererster Linie durch die Interessen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung diktiert.«

× ×

Frauenarbeit Das Problem der Entlohnung der Frauenarbeit hat deshalb eine so eminente sozialpolitische Bedeutung, weil seine richtige Lösung den Konkurrenzkampf von Mann und Frau auf eine gesunde Basis stellt und eine neue harmonische Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit zwischen beiden Geschlechtern herbeiführt. In den sich überwiegend auf Frauenarbeit gründenden Industrieen müssen die Männer anscheinend zu den

niedrigen, von den Frauen akzeptierten Löhnen arbeiten. In der Textilindustrie findet sich der gleiche Akkordsatz für beide Geschlechter, die Männerlöhne sind auf das übliche Niveau der Frauenlöhne herabgedrückt. Das Problem der niedrigen Wertung der Frauenarbeit auf dem Arbeitsmarkte behandelt Alice Salomon in ihrer Schrift *Die Ursachen der ungleichen Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit* /Leipzig, Duncker & Humblot/. Das Resultat ihrer Untersuchung über die niedrige Entlohnung der Frauenarbeit auf industriellem Gebiet fasst sie in die Worte zusammen: »Nicht das grosse Angebot der ungelernten weiblichen Arbeit an sich ist es, das den Lohn so niedrig hält. Aber dies im Zusammenhange mit der kurzen Dauer der weiblichen Erwerbstätigkeit, der geringen Leistungsfähigeit und Übung in der Arbeit, dem niedrigen Klassenbedarf und dem Mangel an einem Familienbedarf ist es, was für die ungelernte weibliche Arbeit einen anderen Lohnmassstab als für die ungelernte männliche Arbeit herbeiführt.« In der Landwirtschaft sind die Ursachen der ungleichen Entlohnung von Mann und Frau »bis zu einem gewissen Grade den Bestimmungsgründen des industriellen Arbeitslohnes analog«. Im Handelsgewerbe führt Alice Salomon die ungleiche Entlohnung der Verkäuferinnen zum grossen Teil auf geringere Leistungen zurück. Die Verkäuferinnen sind vielfach mangelhaft für ihren Beruf vorgebildet, sie widmen sich diesem nur kurze Zeit, und sie erwerben daher nur eine relativ geringe Berufsgeschicklichkeit. Die Bezahlung ist aber bei älteren Verkäuferinnen unverhältnismässig gering. Bei der höheren Bezahlung der Staatsbeamten ist der Gedanke ausschlaggebend: die Beamten sind so zu stellen, dass sie eine Familie gründen können. Die Staatsbeamtin hat einen geringeren Klassenbedarf, wie der Mann, und vor allem fehlt ihr der Familienbedarf. Die Entlohnung der Lehrerinnen bekundet die durchschlagende Macht des Herkommens, der Sitte, die Frau schlecht zu bezahlen, eben weil sie Frau ist. Im Unterrichtsfache bescheiden sich die Frauen mit geringeren Bedürfnissen, wie der Mann, und das Angebot der Frauen übersteigt in dieser Berufssphäre die Nachfrage nach ihnen. Die Frau beharrt meist kürzere Zeit bei der Lehrtätigkeit, als der Mann. »Der Mangel an einem Familienbedarf, der provisorische Charakter der Frauenarbeit, der den Individualbedarf noch drückt, sind einerseits die Ursachen des besonderen Massstabes der Frauenentlohnung. Aber sie sind ausserdem die Ursachen der minderwertigen oder unzureichenden Berufsbildung, die wiederum die Leistungen der Frau niedrig hält.« Die ungleiche Entlohnung der Frau ist nicht die Folge eines unabänderlichen Naturgesetzes. Wandlungen in der Stellung der Frau im Erwerbsleben und in der Familie modifizieren das Prinzip der ungeteilten Entlohnung der Männer- und Frauenarbeit.

× ×

Tarifverträge Das kaiserliche statistische Amt publizierte unter dem Titel *Der Tarifvertrag im Deutschen Reich* /Berlin, Heymann/ ein 3 bändiges Werk, das 1600 Tarife umfasst. Vor einem Dezennium waren kaum dürftige Ansätze zu Tarifvertragsabschlüssen vorhanden, und heute mag bereits die Zahl der abgeschlossenen Verträge 4000 betragen. Allein die vom statistischen Amte bearbeiteten Verträge regeln die Arbeitsvertragsbedingungen von etwa einer halben Million deutscher Arbeiter, und die Kollektivverträge von 2- bis 300 000 Arbeiter mögen vom Amte noch nicht erfasst sein. Nur im Mittel- und Kleingewerbe hat sich der Tarifvertrag bisher ein Bürgerrecht erworben. Der Herrschaftsbereich des Kollektivvertrags ist vor allem das graphische Gewerbe und dann wohl das Baugewerbe. Ich verweise im übrigen auf den im gleichen Heft dieser Zeitschrift (pag. 29 ff.) enthaltenen Artikel Robert Schmidts *Die Vertragspolitik der Gewerkschaften.*

× ×

Invalidenversicherung Die Landesversicherungsanstalt Westfalen erstreckte nach ihrem Verwaltungsbericht für das Jahr 1905 das Heilverfahren auf 3204 Personen. Von diesen wurden 535 Personen vollständig geheilt, 2169 bis zur Erreichung einer Erwerbsfähigkeit von mehr als ⅓ der regelmässigen gebessert, bei 257 war das Heilverfahren erfolglos. Ende 1905 befanden sich 205 Personen mit einem Jahresaufwande von 84 991,64 M. (415 M. pro Kopf) in Invalidenhauspflege. Die Landesversicherungsanstalt Elsass-Lothringen unterzog im Jahre 1905 868 Personen (gegen 762 im Vorjahr) einem Heilverfahren. Die Landesversicherungsanstalt Oldenburg dehnte im Geschäftsjahr 1905 die Invalidenhauspflege auf 86 Rentenempfänger aus, deren Verpflegung durchschnittlich 269,55 M. kostete. Die Lan-

desversicherungsanstalt Hannover will 1907 die Invalidenhauspflege einführen. Die Landesversicherungsanstalt Brandenburg liess eine Heilbehandlung im Jahre 1905 mit Einschluss der aus dem Vorjahre übernommenen Patienten, 1113 Personen zu teil werden.

× ×

Kurze Chronik Die Gesamtsumme der in den einzelnen Verbänden zusammengeschlossenen Privatangestellten betrug nach der *Sozialen Praxis* 521 033. Unberücksichtigt sind hier einzelne Lokalvereine und die Mitglieder freier Pensionsvereine in etwa 130 Städten. Die Grundlage der Mehrzahl der bestehenden Vereinigungen ist paritätisch. × Am 17. November war ein Vierteljahrhundert seit dem Erscheinen der kaiserlichen Botschaft verflossen, die die Arbeiterversicherungsgesetzgebung in Deutschland einleitete. × Am 23., 24. und 26. November fand im deutschen Reichstage die grosse Abrechnung mit der Reichsregierung über den Gesetzentwurf statt, der angeblich den Berufsvereinen die Rechtsfähigkeit verleihen sollte.

× ×

Literatur In der Flugschriftensammlung *Sozialer Fortschritt* /Leipzig, Dietrich/ erschien aus der Feder Georg Hahns *Ernst Abbe als Sozialpolitiker.* Ein sozialpolitischer Grundgedanke Abbes war: vollkommener Bruch mit der Idee des Brotherrn und Entlastung des Arbeitsvertragsverhältnisses »von allem Beipack von Gefolgschaftspflichten und Vasallendienst«, den der Rechtsgrundsatz des Starken *Denn ich bin gross, und du bist klein* dem schwächeren Teil fast überall noch aufbürdet. × Über *Lohnfrage und Lohnformen* verbreitet sich in der selben Sammlung Professor N. P. Gilman.

Sozialpolitisch recht bemerkenswert ist der von Dr. M. Epstein herausgegebene *Bericht der Kommission für Arbeiterhygiene und -statistik der Abteilung für freie Arztwahl* 1904 bis 1906. Der Bericht enthält eine zum erstenmal von einer ärztlichen Organisation veranstaltete Enquete über die Zustände des Schneidergewerbes in München. PAUL KAMPFFMEYER

Soziale Kommunalpolitik

Städtische Arbeiter Nach langjährigen Verhandlungen zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung war durch einen gemeinsamen Beschluss der städtischen Kollegien Berlins im Jahre 1904 den städtischen Arbeitern ein Sommerurlaub nach 5jähriger Dienstzeit gewährt worden, und zwar von der Dauer einer Woche, unter Fortzahlung des Lohnes. Am 17. August 1906 erliess nun der Magistrat eine Verfügung, welche die Zahl der Urlaubsberechtigten unter den städtischen Arbeitern ganz beträchtlich einschränkte. Er verfügte nämlich, dass den Arbeitern, die in der laufenden Urlaubsperiode bereits wegen Krankheit längere Zeit beurlaubt gewesen waren, ein besonderer Erholungsurlaub nicht gewährt werden solle, wenn die Art der Krankheit, welche die Dienstversäumnis veranlasste, eine Schwächung des körperlichen Befindens nicht zur Folge hatte, sondern, wie bei geringeren körperlichen Verletzungen, bei Katrrhen, Abszessen, Ausschlägen usw. noch eine Erholung gestattete. Es sollte also der Krankenurlaub in gewissen Fällen gegen den Erholungsurlaub aufgerechnet werden. Man kann nicht gerade behaupten, dass eine derartige Einschränkung des Gemeindebeschlusses auf grosses sozialpolitisches Verständnis schliessen lässt. Wenn ein Arbeiter krank ist, so dass er Krankenurlaub nehmen muss, so sind die Krankheiten in der Regel solcher Art, dass sie eine Schwächung des körperlichen Gesamtbefindens mit sich bringen. Andernfalls würde dem städtischen Arbeiter ganz gewiss der Krankenurlaub nicht gewährt worden sein. Neben den sozialpolitischen Einwendungen, die gegen diese Verfügung erhoben werden können, muss auch noch des rechtlichen Einwandes gedacht werden, dass eine solche Verfügung, die einen Gemeindebeschluss abändert, überhaupt nicht vom Magistrat allein, sondern wiederum nur durch einen gemeinsamen Beschluss beider Kollegien erfolgen darf. Auf die Initiative der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hin, wurde die Prüfung der Magistratsverfügung einem Ausschuss zur weiteren Erörterung übergeben. Die allseitige Kritik, die die Verfügung nicht nur im Plenum, sondern auch im Ausschuss der Versammlung fand, veranlasste den Magistrat, die alte Verfügung zurückzuziehen und durch eine neue zu ersetzen. Darin behauptete er, den Erholungsurlaub keineswegs beeinträchtigen zu wollen. Es solle nur verhindert werden, dass von einzelnen Verwaltungsstellen missbräuchlich ein doppelter Erholungsurlaub gewährt

werde. Der Magistrat weist daher alle Verwaltungsstellen an, die Fälle, in denen es zweifelhaft sein kann, ob nicht ein doppelter Urlaub in Frage kommt, weil bereits eine als Erholungsurlaub zu betrachtende Arbeitsunterbrechung stattgefunden habe, fortan ihm zur Entscheidung vorzulegen. Die neue Verfügung änderte im Grunde an der Sachlage nur das eine, dass in Zukunft nicht mehr die Verwaltungsstelle, sondern der Magistrat entscheidet. Im übrigen blieb aber sowohl die Abänderung des Gemeindebeschlusses durch einseitige Magistratsverfügung ebenso bestehen, wie die durchaus verwerfliche Aufrechnung eines Krankheitsurlaubes gegen den Erholungsurlaub, die beide nicht das geringste mit einander zu tun haben. Gegen den Widerspruch der sozialdemokratischen Fraktion war die Mehrheit der Stadtverordneten von diesem Entgegenkommen des Magistrats befriedigt. Die ganze Angelegenheit zeigt, wie kleinlich und wie rückständig die Berliner Stadtverwaltung in sozialpolitischen Dingen ist, und wie sie bestrebt ist, Konzessionen, die sie ihrer Arbeiterschaft endlich machen muss, ihr hinten herum wieder fortzunehmen.

× ×

Wahlrecht Mit zahlreichen anderen deutschen Gemeinderechten teilt auch das bayerische die Eigenschaft, dass seine Bestimmungen über das Gemeindewahlrecht als durchaus veraltet bezeichnet werden müssen. Nach ihnen gelten alle selbständigen, volljährigen Männer, die sich im Besitz des bayerischen Indigenates befinden, in der Gemeinde wohnen und dort mit einer direkten Steuer angelegt sind, als zur Erlangung des Bürgerechts befähigt. Einen Anspruch auf seine Verleihung haben dann die zum Bewerb befähigten Personen, wenn sie entweder in der Gemeinde das Heimatrecht besitzen, oder wenn sie seit 2 Jahren in der Gemeinde wohnen, während dieser Zeit eine dort angelegte direkte Steuer und die sie treffenden Gemeindeabgaben entrichtet haben. Trotz des Fehlens der sonst vorgeschriebenen Befähigung kann das Bürgerrecht — also auch von Frauen — dann erworben werden, wenn der Besitz eines besteuerten Wohnhauses in der Gemeinde oder die Zugehörigkeit zu den Höchstbesteuerten neben dem Besitz der Staatsangehörigkeit nachgewiesen wird. Nach § 20 der Gemeindeordnung sind nun die Gemeinden befugt, für die Aufnahme ins Bürgerrecht eine Aufnahmegebühr zu erheben. Die Maximalsätze der Gebühren betragen für Gemeinden von 1500 oder weniger Seelen 42,86 M., über 1500 bis 5000 Seelen 85,71 M., über 5000 bis 20 000 Seelen 128,57 M., über 20 000 Seelen 171,43 M. Die Sätze sind also sehr hoch gegriffen und bilden ein schweres Hemmnis für den Bürgerrechtserwerb. Infolgedessen ist die Zahl der Bürger im Vergleich zur Bevölkerungszahl eine sehr geringe. Sie bleibt auch weit hinter der Zahl der Personen zurück, die nach der Gemeindeordnung zum Bürgerrechtserwerb befähigt sind. Über die Zahl der tatsächlich vorhandenen Bürger hat Bruno Stern in seinem Beitrag über das Königreich Bayern zur Enquete des *Vereins für Sozialpolitik* über die Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte auf Grund einer Umfrage sehr interessante Angaben gemacht. Danach treffen auf 100 Einwohner in den einzelnen Städten 2,41 bis 15,06 % Bürger. Die geringste Zahl in der Sternschen Statistik hat Amberg mit 2,41, die höchste Fürth mit 15,06. Wir nennen von den grösseren Städten Würzburg mit 4,65, Augsburg mit 4,99, Nürnberg mit 5,55, München mit 5,79 % Bürgern. Selbstverständlich treffen die hohen Aufnahmegebühren in erster Linie die minderbesitzenden Klassen der Bevölkerung, wie das die Verhältnisse in Nürnberg und München recht deutlich zeigen. Schon seit längerer Zeit strebt daher die Sozialdemokratie eine Reform des Gemeindewahlrechts an. Ihre Anträge sind aber bisher stets im Landtage, auch vom Zentrum, abgewiesen worden. In neuerer Zeit machen sich nun aber auch in dieser Partei Bestrebungen in gleicher Richtung geltend. Die Vorschläge gehen dahin, die Wahlberechtigung allen männlichen Gemeindeeinwohnern zu geben, die im Besitze des bayerischen Indigenates, 25 Jahre alt, zu einer direkten Steuer veranlagt, unbescholten und seit wenigstens 2 Jahren in der Gemeinde ansässig sind. Als Wahlsystem wird das Proportionalwahlverfahren vorgeschlagen. Jedenfalls wird der nächste bayerische Landtag sich mit einer Reform des Gemeindewahlrechts zu beschäftigen haben, die, wie auch der Referent des *Vereins für Sozialpolitik* anerkennt, durchaus notwendig ist. Die Trennung von Heimat- und Bürgerrecht wird dabei Vorbedingung sein, da ihre Verbindung bisher

ein wirksames Hemmnis der Reformbestrebungen gewesen ist.

× ×

Kurze Chronik Die Offenbacher Stadtverordneten haben die Verbrauchssteuer auf sämtliche Vieh- und Fleischsorten aufgehoben. Die hessische Regierung hat diesmal unter dem Eindrucke der Fleischteuerung ihre Zustimmung gegeben. × Die Crefelder Stadtverordneten beschlossen, zur besseren Verbindung mit den ländlichen Nachbarorten, die nicht an das Strassenbahnnetz angeschlossen sind, Automobilomnibuslinien in städtischem Betriebe einzurichten. × Die städtischen Strassenbahnen in Dresden haben für das erste Regiejahr einen Reingewinn von 642 958 M. ergeben. Das zweite Regiejahr wird voraussichtlich eine Verzinsung von 5½ % ergeben. × Die Berliner Fleischvernichtungsanstalt ist nunmehr in der Gemarkung Rüdnitz genehmigt worden. Die Gesamtkosten sind auf 1,48 Mill. M. veranschlagt.

× ×

Literatur Wir haben bereits früher Teile der Publikation des *Vereins für Sozialpolitik* über die Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte besprochen. Jetzt ist davon eine Anzahl weiterer Bände erschienen. Zwei beschäftigen sich mit dem Königreiche Preussen. Der erste von ihnen, der auch eine kurze Übersicht über den Plan der Erhebung enthält, bringt zunächst eine allgemeine Abhandlung des Stadtrat Kappelmann-Erfurt über die Verfassung und Verwaltungsorganisation nach der sogenannten *östlichen Städteordnung* von 1853. Daran schliessen sich Einzeldarstellungen, und zwar der Verwaltung Berlins durch Syndikus Dove, Magdeburgs durch Stadtrat Lüddeckens, Breslaus durch Magistratsassessor Glücksmann. Über die rheinische Städteordnung und die Stadt Köln orientiert ein Beitrag des Professors Geffcken. Der andere Band behandelt Schleswig-Holstein mit besonderer Berücksichtigung der Stadt Kiel (Bearbeiter Oberbürgermeister Fuss); Frankfurt a. M. (Dr. Adler); die Provinz Hannover (Bürgermeister P. Troje). Das 3. Heft des 4. Bandes ist dem Grossherzogtum Baden gewidmet. Den allgemeinen Teil hat Bürgermeister Walz verfasst, während die besonderen Verhältnisse Mannheims von Stadtsyndikus Landmann, Freiburgs vom Vorstande des statistischen Amtes, Ehrler, beschrieben werden. Das 4. Heft füllt die oben zitierte, sehr ausführliche Darstellung des bayerischen Gemeinderechtes von Dr. B. Stern, die Verhältnisse der Stadt Fürth hat Dr. F. Morgenstern bearbeitet, München und Nürnberg fehlen leider. Wir werden noch des öfteren auf den Inhalt dieser Publikation zurückzukommen haben und beschränken uns zunächst auf diese allgemeine Anzeige. Die Veröffentlichung enthält ein sehr reiches Material, das allerdings einen einseitigen Charakter trägt. Wie die oben genannten Namen zeigen, sind es Kommunalbeamte, Bürgermeister, Leiter statistischer Ämter, Syndici etc., die die Beiträge geliefert haben. Es ist daher nicht auffällig, dass sie alles im besten Lichte sehen, und die Kritik dabei sehr zu kurz kommt. × Von dem rührigen *Vereinder Bodenreformer* wird seit einiger Zeit ein *Jahrbuch der Bodenreform* /Jena, Gustav Fischer/ herausgegeben. Sein Inhalt ist in 3 Abschnitte gegliedert. Der erste enthält Untersuchungen, Abhandlungen und Vorschläge auf dem Gesamtgebiete der Bodenreform. Wir erwähnen daraus den hübschen Artikel Köppes über die Zuwachssteuer. Im zweiten, wertvolleren Teile werden Dokumente der Bodenreform zum Abdruck gebracht. Hier wird für jeden, der sich mit der Bodenfrage beschäftigt, ein bequemes Hilfsmittel geschaffen, das ihm die eigene Sammeltätigkeit in gewissem Umfange erspart. Der dritte Abschnitt bringt die Literatur. Daran schliesst sich ein kurzer Notizenteil. × Von der Schrift Trimborn-Thissens *Soziale Tätigkeit der Gemeinden* /M.-Gladbach, Zentralstelle des *Volksvereins*/ ist nunmehr die 3. Auflage erschienen, die in der Hauptsache ein Abdruck der 2. Auflage ist. Doch ist an verschiedenen Stellen neues Material hinzugefügt, veraltetes und weniger wichtiges gestrichen worden. Das Büchlein hat dadurch entschieden an Brauchbarkeit gewonnen. Doch hätte dieser Revisionsprozess noch gründlicher durchgeführt werden können, und die neuere Literatur noch besser ausgenützt werden sollen. × Über den *Grundbesitzwechsel in Berlin und seinen Vororten* /Berlin, Reimer/ hat Dr. J. Croner eine statistische Studie veröffentlicht, die das bei den *Ältesten der Kaufmannschaft* in Berlin gesammelte Material bearbeitet. Den Anlass zu der Untersuchung gab ein Beschluss dieser Korporation, die Verhältnisse der städti-

schen Umsatzsteuern für Grundstücke darzustellen. Die Enquete erstreckte sich auf Berlin und Vororte und umfasst die Jahre 1895 bis 1904. Die Zahlen werden für die Monate angegeben, und erstrecken sich auf die Umsätze und die Höhe der Kaufpreise. Die Folgerungen, die Croner aus seinem Material zieht, hat er in dem Schlusskapitel zusammengefasst. Er kommt hier zu dem Resultat, dass die Umsatzsteuer in den kleineren Orten mit stark wachsenden Bodenwerten besonders berechtigt sei, während ihre gleichmässige Erhebung für das grosse Gebiet der Stadt Berlin mit ihren in den einzelnen Bezirken gänzlich verschiedenen Bodenwertbewegungen zu den grössten Ungerechtigkeiten führen müsse. Es wäre also notwendig, Berlin in verschiedene Umsatzsteuerbezirke nach Grundwertklassen zu teilen, und die Umsatzsteuer müsste sich in den Bezirken möglichst nach der in ihnen anzunehmenden Grundwertsteigerung richten. Gegenden ohne Wertsteigerung sollten von jeder Umsatzsteuer verschont bleiben, da sie hier nur eine lästige Verkehrsbesteuerung darstelle. In diesen Ausführungen Croners drückt sich der richtige Gedanke aus, dass die Umsatzsteuer eine Berechtigung nur als Wertzuwachssteuer hat, als Verkehrssteuer dagegen zu verwerfen ist. Dann ist es aber richtiger, auf die Umsatzsteuer überhaupt zu verzichten und sie durch eine Wertzuwachssteuer zu ersetzen. Die Gegenden ohne Wertsteigerungen des Bodens würden dann von jeder Steuer verschont bleiben. HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Reichstagswahlen Am Tage nach der Reichstagsauflösung begann unsere Partei mit der Wahlagitation. Der grosse Vorsprung, den sie vor den übrigen Parteien durch ihre feste und gegliederte Organisation hat, wurde diesmal noch vergrössert durch die Verwirrung, in die der unerwartete Streich der Regierung die meisten Parteien vresetzt hatte. Die Nominierung der Kandidaten, die bei den sich bildenden und wieder rückbildenden Kartellen der bürgerlichen Parteien Schwierigkeiten macht, ging in der Sozialdemokratie in kürzester Zeit und ohne Schwierigkeiten vor sich; jegliche innere Differenz war natürlich mit dem Moment der Auflösung zurückgestellt.

Für die Sozialdemokratie ist die Situation in diesem Wahlkampfe freilich recht einfach. Sie kann ihn lediglich unter dem agitatorischen Gesichtspunkt betrachten und nur auf Mehrung der Stimmen und der Mandate bedacht sein. Die allgemeine Konstellation im künftigen Reichstag braucht sie nicht in Betracht zu ziehen, da sie für diese nicht verantwortlich ist und auch keinen Einfluss darauf auszuüben vermöchte. Von dem allgemeinen Block der Linken mit Einschluss der Sozialdemokratie, den manche als im Bereich der Möglichkeit liegend früher erachtet hatten, konnte nach dem speziellen Anlass der Auflösung für diese Wahlen jedenfalls nicht die Rede sein. Selbst wenn die Sozialdemokratie in der Kolonialfrage eine andere Haltung einnehmen würde, hätte sie doch bei diesen Wahlen in die entschiedenste Opposition treten müssen, da es sich hier um die Wahrung der parlamentarischen Rechte gegenüber absolutistischen Ansprüchen handelt, während die Linksliberalen, vor die gleiche Frage gestellt, der phantastischen Hoffnung zukünftiger Regierungsfähigkeit den Vorzug geben. Auf der andern Seite ist für unsere Partei ein Zusammengehen mit dem Zentrum, das, so verwerflich seine allgemeine Politik sein mag, doch das konstitutionelle Prinzip vertritt, über ganz Deutschland nicht möglich; dazu sind die Gegensätze, die uns vom Zentrum trennen, zu gross, auch ganz abgesehen von allgemeinen Kulturfragen; und es liegt schliesslich auch kein Anlass vor, dem Zentrum wieder zu der Gloriole der Volkspartei zu verhelfen. So zieht denn die Sozialdemokratie in einer glänzenden Isolierung in den Wahlkampf, und sie überlässt es namentlich den liberalen Parteien, denen nach dem ersten Freudenrausch über den vermeintlichen Fall der Nebenregierung doch schon recht unbehaglich geworden ist, und die ein volliges Zusammengehen mit der Rechten für unmöglich erachten, sich aus der Situation herauszufinden. Davon wird natürlich dann die Stichwahltaktik abhängen.

Der Wahlaufruf, den die ehemalige sozialdemokratische Reichstagsfraktion erlassen hat, zeichnet sich durch eine recht ruhige Sprache aus; Überschwenglichkeiten wären in dieser grotesken Situation allerdings auch nicht am Platze. Auch die kurze Proklamation des Parteivorstandes ist von der gleichen besonnenen Siegeszuversicht diktiert. Bemerkenswert ist die Mahnung an die Parteigenossen, den Wahlkampf sachlich zu

führen und von jeder persönlichen Verunglimpfung abzusehen. Die werbende Propaganda und die Geldsammlungen befinden sich in vollem Gange. Am 25. Januar wird man die Ergebnisse sehen.

× ×

Dreesbach † Am Sonntag den 25. November starb Genosse August Dreesbach auf einem Spaziergang durch den Forst bei Treptow. Schon vor dem Mannheimer Parteitag schien sein Herzleiden eine böse Wendung nehmen zu wollen; doch erholte er sich noch durch eine Kur im Schwarzwald, und er konnte zu aller Freude auf dem Parteitag das Präsidium führen. Nachdem dann die Reichstagssession eröffnet war, fand sich auch Dreesbach pflichtgetreu ein. Den jähen Schluss des Reichstages aber hat er nicht mehr erlebt.

Dreesbach gehörte zu den ersten Führern der sozialdemokratischen Partei. Im Reichstag und in den allgemeinen Reichsangelegenheiten ist er allerdings nie besonders hervorgetreten. Der Schwerpunkt dessen, was er leistete, lag in Baden, und gerade seine Selbstbeschränkung zeigte ihn als trefflichen und bewussten Politiker. Der selbe Zug charakterisiert seine ganze Tätigkeit. Sein taktisches Geschick bewährte sich insbesondere im Kampf um das direkte Wahlrecht für den badischen Landtag. Auf Dreesbachs Rat konzentrierte die badische Partei über ein Jahrzehnt lang ihre ganzen Kräfte auf diese Frage, und — was besonders wichtig war — sie belastete sich nicht mit zu weitgehenden prinzipiellen Forderungen. Sie verlangte nur das Erreichbare, dieses aber mit voller Energie. Nur durch diese weitsichtige Haltung war es möglich, den Erfolg endlich zu erringen. In Baden war es wiederum die Stadt Mannheim, der sich Dreesbach besonders widmete. Mannheim zählt jetzt zu dem festesten Besitzstand der Partei, und dies in erster Linie durch das Verdienst Dreesbachs. Als Stadtvertreter waren Dreesbach durch seine unermüdliche Tätigkeit und seine klugberechnende, die gegebenen Grenzen nie ausser acht lassende Taktik manche Erfolge beschieden. Worauf er in erster Linie stets hinarbeitete, war, unsere Partei in eine ausschlaggebende Stellung zu bringen. Das hatte manche Abstimmung zur Folge, die von vielen, namentlich aussenstehenden Genossen nicht verstanden und zum Teil heftig kritisiert wurde. Der Erfolg aber hat Dreesbach recht gegeben. Auch seine Gegner mussten ihm dankbar anerkennen, dass er das Interesse des Ganzen nie aus dem Auge verloren habe; er, der Parteiführer, hat gezeigt, dass Parteiinteresse und Gesamtinteresse nicht einander ausschliessende, sondern einander ergänzende Begriffe seien. Das Beileidsschreiben, das der Mannheimer Oberbürgermeister Beck an die Witwe Dreesbachs gerichtet hat, und in dem er der Verdienste des Vers orbenen gedenkt, ist sicher kein konventioneller Höflichkeitsakt — man lässt die Höflichkeit Sozialdemokraten gegenüber ja oft genug vermissen —, sondern entspricht der Überzeugung eines wirklichen Verlustes, den das Gemeinwesen erlitten. Bemerkenswert für die Gegner unserer Partei ist das Anerkenntnis, »dass der Dahingeschiedene bei aller Entschiedenheit in der Vertretung seiner prinzipiellen Anschauungen zwischen den naturgemäss häufig auftretenden Gegensätzen vielfach mildernd und ausgleichend zu wirken bestrebt war . . .« Dreesbach war sich eben überall, wo er wirkte, seiner Verantwortlichkeit bewusst. Von allen Gesichtspunkten war ihm der des *Alles oder nichts!* sicher der fremdeste.

Wieder ist einer der besten Vertreter der alten Generation dahin, einer, der fest in sich selbst stand und mehr die anderen beeinflusste, als sich von den Strömungen beeinflussen liess. Unter dem jungen Nachwuchs ist diese Art leider nicht sehr zahlreich vertreten. Einen bessern Vertreter wird Mannheim, einen bessern Führer die badische Partei schwerlich bekommen.

Für den Reichstag haben die badischen Genossen an seiner Stelle den Rechtsanwalt Frank, den Begründer der süddeutschen Jugendvereine, aufgestellt.

× ×

Russisch Polen Die Lage in Russisch Polen ist noch verworrener und unübersichtlicher, als im sonstigen Russland. Die Zerrissenheit und gegenseitige Bekampfung der Sozialisten, die ja eine der Hauptursachen des Misserfolgs der russischen sozialistisch-Freiheitsbewegung bildet, ist kurz vor den *Duma*wahlen noch dadurch vermehrt worden, dass auch die *P. P. S.* auf ihrem 9. Parteitag in Krakau sich in 2 oder, besser gesagt, in 3 Flügel gespalten hat. Den Anlass bildeten Meinungsverschiedenheiten und heftige Zwistigkeiten, die sich aus der Stellung der einzelnen

Gruppen zur nationalen Frage ergaben, namentlich aber die Haltung der Partei gegenüber der sogenannten *Kampforganisation*, die, wie die Armee in einem Militärstaat, allmählich eine selbständige und über die zivile Leitung sich erhebende Existenz zu führen begonnen hat. Gleichwohl ist die *P. P. S.* vorläufig noch die stärkste und in der polnischen Bevölkerung populärste sozialistische Partei geblieben. Die *Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens* (*S. D.*), vor der Revolution eine numerisch bedeutungslose Soncerorganisation, ist im Laufe der letzten 1½ Jahre auch bedeutend gewachsen und verfügt jetzt über eine stattliche Anhängerzahl. Allerdings nur an wenigen Punkten und nicht unter den eigentlich polnischen, sondern mehr unter den russisch-jüdischen und deutschen Arbeitern. Die Klippe ihres Einflusses bildet die nationale Frage. Je nachdem, wie sich die Partei in Zukunft zu ihr stellen wird, wird sie ihre Sphäre erweitern können oder zurückgehen.

Wie die Sozialisten bei den *Duma*wahlen abschneiden werden, lässt sich einstweilen nicht voraussehen. Wahrscheinlich ist, dass sie gegen den Block der polnischen Nationalisten (der sogenannten *Nationaldemokraten*), der Konservativen (*Realisten*) und der, übrigens nur sehr schwachen, *Polnischen Fortschrittspartei* nicht aufkommen werden. Eine andere Frage ist, ob sie nicht im stande sind, die Opposition im allgemeinen zu stärken. Bei einer konzentrierten, einheitlichen Taktik wäre das der Fall. Was die jetzige Zerfahrenheit bringen wird, steht dahin.

× ×

Schweden: *Anarchosozialistisches* Auch die schwedische Sozialdemokratie hat ihr *anarchosozialistisches* Zwischenspiel gehabt. Schon vor einigen Jahren setzte bei ganz jugendlichen Elementen eine Bewegung ein, die gegen die Taktik und die Führer der Partei gerichtet war. Es war gewissermassen eine schleichende anarchistelnde Propaganda, der die Partei, durch ihr rasches Wachstum allzu absorbiert, nicht rechtzeitig begegnete. Auf dem Parteitag von 1905 hat diese Opposition, statt offen hervorzutreten und einen Entscheidungskampf zu wagen, die denkbar demütigste Haltung gezeigt, und die Resolution, die sich für den Parlamentarismus und gegen jede Putschtaktik energisch aussprach, gelangte ohne jedweden Widerstand zur Annahme. Der Führer der Opposition, Hinke Bergegren — er nennt sich *revolutionärer Marxist* und predigt vor allem den Generalstreik — nahm gleichwohl unmittelbar nach dem Parteitag seine Propaganda gegen den *Wahlschwindel*, diesen *Verrat* an der Arbeiterklasse, usw. wieder auf. Ebenso erging er sich in den heftigsten Angriffen gegen die Religion, was natürlich von den Gegnern gegen die Partei nach Kräften ausgeschlachtet wurde. Auch im Reichstag machten die Pamphlete derer um Bergegren der sozialdemokratischen Fraktion viel zu schaffen. Zu gleicher Zeit hetzte in Helsingborg C. G. Schröder, ein früherer Parteigenosse, der sich in Stockholm unmöglich gemacht hatte und später eine *unabhängige* Zeitung in der Provinz herausgab, einige junge Leute dazu auf, den Polizeiverboten gegen antimilitaristische Demonstrationen zu trotzen, was ihnen mehrere Jahre schweren Kerkers einbrachte. Diesem Treiben konnte der Parteivorstand schliesslich nicht länger müssig zusehen; er entschloss sich, gegen diese Elemente, die die ganze Bewegung aufs schwerste diskreditierten, energisch vorzugehen. Da in dem Organisationsstatut der schwedischen Partei ein Ausschlussverfahren nicht vorgesehen ist, wurden die beiden Genannten von der Mitgliedschaft in der Partei suspendiert, und zwar bis zum nächsten Parteitag, auf dem dann der Vorstand den Ausschluss beantragen wird. Gleichzeitig stellte der Vorstand die Vertrauensfrage an die Organisationen, ob sie damit einverstanden seien, dass gegen die *anarchosozialistischen* Quertreibereien endlich Front gemacht würde. Die Mehrzahl der Organisationen hat sich bisher nach heftigen Debatten — die sich nur darum drehten, ob es oppurtun ware, jetzt angesichts der Wahlrechtsbewegung sich mit einem inneren Streit abzugeben — für den Parteivorstand ausgesprochen. Die Abstimmung ist indes noch nicht abgeschlossen.

× ×

Norwegen Nach der Tonart des letzten Parteitages (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1906, 1. Bd. pag. 517) konnte es scheinen, als ob die norwegische Sozialdemokratie sich zu einem der *revolutionärsten* Körper des internationalen Sozialismus umgewandelt hätte. In den darauffolgenden *Storthing*wahlen (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1906, 2. Bd., pag.

972-973) wurden aber vorwiegend gemässigte Vertreter gewählt, und wie es nach der Tätigkeit dieser Abgeordneten den Anschein hat, wird die Partei sich ausschliesslich auf die evolutionäre Methode beschränken. Schon am 10. September, während der Wahlkampagne, schrieb das Zentralorgan *Social-Demokraten*: »Das Ziel des Sozialismus ist gross und in weiter Ferne, und da es auf Entwickelung und Erfahrung gegründet ist und auf allmählichem Fortschritt, so ist es evident, dass unsere Politik opportunistisch sein muss. Wir müssen uns mit all unserer Kraft auf den Kampf für kleine Reformen werfen, für die nächsten Aufgaben, da wir wissen, dass sie notwendige Schritte sind, und dass es keinen anderen Weg gibt, als diesen.« Gegen diese *revisionistische* Parole hat sich in ganz Norwegen keine Stimme erhoben, weder in der Presse, noch in Versammlungen. Der Vorsitzende der Partei, Oscar Nissen, legte in einer Rede, die er in der sozialistischen *Storthing*fraktion am 21. Oktober hielt, dar, dass es in der norwegischen Partei zwei Richtungen gebe: die wirkliche Parte und die sogenannten *Jungsozialisten*; letztere, an Zahl sehr unbedeutend, sehen mit Geringschätzung auf den Parlamentarismus herab. Der Vorsitzende der *jungsozialistischen* Organisation erhob gegen diese Behauptung Protest; er bestritt, dass diese in irgend einer Weise mit der Partei in der Auffassung des Parlamentarismus nicht übereinstimme. Danach zu urteilen, wäre also vom *Revolutionarismus* in der norwegischen Sozialdemokratie kein Jota mehr übrig geblieben. Er ist seit dem letzten Parteitag vollständig verschwunden — in 3 bis 4 Monaten! Auch in der Adressdebatte betonten die sozialistischen Abgeordneten, dass sie nur Reformen auf parlamentarischem Wege anstrebten. Infolge dieser Methode macht die Sozialdemokratie in Norwegen rapide Fortschritte und gewinnt einen grossen Einfluss auf alle radikaleren Elemente im Lande. Sie wird in absehbarer Zeit wohl die jetzige Partei der Linken ablösen, und da sie dann auch die rein ländlichen Distrikte für sich gewinnen wird, so ist der Tag, an dem sie die Majorität für sich hat, nicht mehr ganz fern.

× ×

Totenliste Wenigen bekannt, von manchen betrauert, ist am 8. Dezember in Berlin Frau Lina Schultze dahingegangen. Sie war die Witwe des frühern Abgeordneten für Königsberg, Carl Schultze, der noch unter dem Sozialistengesetz, von Berlin ausgewiesen, nach Königsberg kam, und dem der Schreiber dieses stets ein dankbares Andenken bewahren wird, da er ihn, der damals Gymnasiast, und einige Gleichstrebende in seiner schlichten Weise mit der Sozialdemokratie in persönliche Fühlung gebracht hat. Schultze starb 1897 an der Schwindsucht, seine Gattin, die mit 5 Kindern zurückblieb, hat dann noch mehr als 9 schwere Jahre gelebt. Sie war eine gute Genossin, die am Leben unserer Partei nach ihren Kräften teilnahm. Die vielen Leiden, die sie gemeinsam mit ihrem Manne getragen, und die Nahrungssorgen hatten auch ihr die Schwindsucht gebracht. Im 59. Lebensjahre ist auch Adolf Lepp in Zwickau der Proletarierkrankheit erlegen. Von Hause aus war er Zigarrenarbeiter, seinen eigentlichen Beruf aber erblickte er darin, Dichter des Proletariats zu sein. Manchem Parteigenossen ist vielleicht ein Bändchen seiner Gedichte bekannt, das zu Anfang der neunziger Jahre bei Dietz erschien. Der Partei im engeren Sinne, für die er als Kämpfer Verfolgungen und Strafen wacker ertragen hatte, entfremdete er sich später; der sozialistischen Sache blieb er bis an sein Lebensende treu.
Der vieljährige Kassierer des sozialdemokratischen Vereins in München, Georg Beck, ist im November gestorben. Er war seit einem Menschenalter Mitglied unserer Partei.

× ×

Kurze Chronik Der Reichstagswahlen wegen ist der Preussentag, der Ende Dezember stattfinden sollte, auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Hoffentlich kommen die preussischen Angelegenheiten, die auf die Dauer für unsere Partei die wichtigsten sind, darüber nicht auch später zu kurz! × Bei der Landtagsnachwahl in Berlin III erhielt am 27. November der sozialdemokratische Kandidat 1112 Wahlmännerstimmen (gegen 1100 im Jahre 1903); in der Stichwahl *siegte* natürlich der Freisinnige. × Bei den Wahlen zum elsass-lothringischen Landesausschuss verlor unsere Partei ihren einzigen Sitz, Mülhausen. × In Dänemark ist ein sozialdemokratischer Lehrerverband gegründet worden, der das Schul- und Erziehungsprogramm der Partei durchführen helfen will. × Die Sammlungen für

das französische Parteiblatt *L'Humanité* haben vorläufig 25 000 fr. ergeben. × Der italienische Parteivorstand hat die Frage der autonomen Organisationen — hauptsächlich kommt hier Mailand in Betracht — im *reformistischen* Sinne geregelt.

× ×

Literatur

Seit vor 12 Jahren die Broschüre Plechanows *Sozialismus und Anarchismus* erschien — die sich durch eine fanatische, aber nicht überall logische Deduktion auszeichnete —, hat sich, von Zeitschriftenartikeln abgesehen, keine Parteischrift mehr mit diesem Gegenstande beschäftigt. Wohl mit Recht. Denn bei uns in Deutschland fehlen die psychologischen Voraussetzungen des Anarchismus, die den Romanen in so hohem Grade eignen, und auf der anderen Seite auch die Individualitätslosigkeit der Slawen, die sie befähigt, auf Grund einer Doktrin sich blind in eine anarchistische Praxis zu stürzen. Der deutsche Anarchismus war stets nur eine literarischen Spielart. Auf einige Beachtung Anspruch erheben konnte er nur während der kurzen Zeit der sogenannten *anarchosozialistischen* Propaganda unter dem Häuflein der lokalorganisierten Arbeiter. Diese Erscheinung hat den Genossen Wilhelm Herzberg veranlasst, sich in einer kleinen Broschüre *Sozialdemokratie und Anarchismus* /Ludwigshafen a. Rh., Gerisch & Co./ mit ihr auseinanderzusetzen. Der Verfasser beschäftigt sich zunächst mit der allgemeinen Theorie des Anarchismus, allerdings nur in ihren Grundzügen, was für den vorwiegend praktischen Zweck der Schrift ja auch genügt. Auch aus seiner Darstellung kann man schliessen, dass der Anarchismus, rein theoretisch genommen, eine sozialistische Richtung darstellt, die sich nur durch die Inkonsequenz ihrer Argumentation von dem übrigen Sozialismus unterscheidet. Der individualistische Anarchismus führt zu einer Logischen, der kommunistische Anarchismus zu einer praktischen Unmöglichkeit, soweit er nicht mit dem Kommunismus selber übereinstimmt. Ich habe das schon vor Jahren darzulegen versucht und kann mir die ausführliche Wiedergabe der Gedankenreihe hier ersparen. Wäre theoretisch der Gegensatz der Systeme durch die Logik zu überbrücken, so ist er es praktisch ganz und gar nicht; denn in der Praxis ist nicht die Vernunft der entscheidende Faktor. Das geht auch aus den Abschnitten, die Herzberg der Taktik des Anarchisten widmet, mit vollständiger Klarheit hervor. Ich vermisse übrigens in diesem Zusammenhang eine Erwähnung und Behandlung des *Syndikalismus* (in Frankreich, Italien, der Schweiz) mit seiner Methode der *direkten Aktion*, die am 1. Mai 1906 so glänzend Schiffbruch erlitten, und mit seiner Generalstreikphantasie, die ihn gerade unserm *Anarchosozialismus* so überaus ähnlich macht. Wenn ich an der Schrift Herzbergs einige Ausstellungen machen darf, so ist es einmal die, dass der Verfasser der sozialisierenden Rolle der Gewerkschaften nicht völlig gerecht zu werden scheint; er scheint jener Auffassung zuzuneigen, die in unserer Partei auch sonst Anhänger hat, und die die Gewerkschaften in Verkennung ihres Charakters noch erst mit sozialistischem Geist erfüllen zu müssen glaubt, während diese schon selber einen Zweig des Sozialismus darstellen. Das zweite, was zu bemerken wäre, ist: Wie bei manchen Systemen, die in ihrer Gesamtheit hinfällig sind, sich doch eine richtige Grundtendenz zeigen kann, so auch beim Anarchismus; hier ist es das föderalistische Prinzip, das man als einen Vorzug der anarchistischen Anschauungsweise anerkennen sollte, und dessen stärkere Betonung der vorwiegend zentralistischen Sozialdemokratie nicht schaden könnte. Alles in allem ist die Schrift als sehr gute Behandlung der Materie namentlich für sozialdemokratische Diskutierabende zu empfehlen, an denen man sich auch mit etwas anderm, als den nächstliegenden Tagesfragen, beschäftigt. × Über das Proportionalwahlsystem hat Hermann Greulich im zürcherischen Kantonsrat eine Rede gehalten die unter dem Titel *Proporz und Klassenkampf* /Zürich, Verlag des *Grütlivereins*/ als Broschüre erschienen ist. Greulich tritt dem Einwand entgegen, dass die Proportionalwahl eine Zersplitterung der Parteien bewirke, wodurch eine parlamentarische Regierung, die starke Parteien zur Voraussetzung habe, unmöglich werde. Da die wirtschaftliche Schichtung der Gesellschaft die Grundlage der politischen Parteien abgibt, so bietet in der Tat der Proporz die grössere Wahrscheinlichkeit für das Zustandekommen grosser Formationen, als die Majoritätswahl, die von allerhand lokalen etc. Zufälligkeiten bestimmt wird. Die Unsinnigkeit der Majoritätswahl zeigt sich vor allem

darin, dass nahezu die Hälfte aller abgegebenen Stimmen, nämlich die in jedem Wahlkreis unterlegenen, überhaupt *pro nihilo* abgegeben sind. Der deutsche Reichstag bietet uns das beste Beispiel einer parlamentarischen Körperschaft, in der das Majoritätsprinzip streng durchgeführt ist, und die zu einer festen parlamentarischen Majorität doch nicht kommen kann. Möglich ist freilich, dass der Proporz die Wahl nach rein beruflichen Interessen begünstigen würde. Doch kann das denjenigen nicht schrecken, der die wirtschaftlichen Interessen als die primären erkennt. Sehr beachtenswert ist in der Greulichschen Rede der Hinweis darauf, dass der Proporz, der den Klassengegensätzen zu einem deutlicheren Ausdruck verhilft, als der Majorz, doch die Form des Klassenkampfes nicht verschärft, sondern mildert, da er, entgegen dem intransigenten *Alles oder nichts!* des Majorzzwanges, geeignet ist, »Katastrophen zu verhüten, Etappen anzubahnen zu schrittweiser Milderung der nicht zu vermeidenden Kämpfe, so dass das Parallelogramm der Kräfte walten, und die aufstrebende Klasse jeweilen das erreichen kann, was in ihrer Kraft liegt«. Und daher, »obgleich in unserer Partei die Leidenschaft stärker pulst, als in den alten Parteien, . . . wollen wir den Proporz . . ., um bei Wahlen nutzlose Leidenschaft auszuschalten, unnützen Kräfteverbrauch zu vermeiden. Wir haben in der Demokratie noch Wichtigeres zu tun, als zu wählen.« Ich möchte hinzufügen: auch in einem nichtdemokratischem Gemeinwesen; nur, wo es sich in einem speziellen Falle um eine Demonstration, eine Bekräftigung des parlamentarischen Prinzips überhaupt handelt — wie jetzt bei den Reichstagswahlen —, darf das Wählen Selbstzweck sein. Das ausgezeichnete kleine Schriftchen, das vorwiegend freilich nur auf die Schweiz exemplifiziert, hat auch für die deutschen Parteigenossen grosses Interesse, namentlich dort, wo ein Anfang mit dem Proportionalsystem gemacht ist, wie jetzt in Württemberg. JOSEF BLOCH

Gewerkschaftsbewegung

Rückblick auf das Jahr 1906 Auch in dem nun verflossenen Jahre 1906 hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung sich über Erwarten günstig entwickelt. Das zeigt sich vor allem in dem enormen Wachstum der Mitgliederziffern. Die genauen Zahlen darüber liegen natürlich noch nicht vor, doch kann man die Mitgliederentwickelung besonders der grösseren Organisationen aus der Steigerung der Gewerkschaftsorgane ersehen. So stieg die Auflage der *Metallarbeiterzeitung* von 265 300 auf 342 600, also um 77 300 Exemplare; ähnlich günstig, wie der Metallarbeiterverband, hat sich der Maurerverband entwickelt, hat doch der *Grundstein* bereits Mitte des Jahres 1906 die Auflage von 200 000 überschritten, während er Ende 1905 175 000 Auflage zählte. Der Holzarbeiterverband ist im vergangenen Jahre um rund 25 000 Mitglieder gewachsen. Der Bergarbeiterverband dürfte nur wenig an Mitgliedern zugenommen haben, aber der Umstand, dass er bei der im letzten Jahre vorgenommenen erheblichen Beitragserhöhung seine Mitgliederziffer auch nur halten konnte, ist allein schon als ein grosser Gewinn zu verbuchen. Sehr günstig haben sich auch die Verbände der Fabrikarbeiter und Textilarbeiter entwickelt, die beide ihre Mitgliederziffer auf über 100 000 gesteigert haben, ferner die Verbände der Bauhilfsarbeiter und der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Die christlichen Gewerkschaften haben nach dem *Zentralblatt* ihre Mitgliederzahl im Verlaufe des Jahres 1906 um mindestens 60 000 vermehrt, dagegen sind die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine stehen geblieben, wenn nicht gar zurückgegangen. Nach einer von der *Metallarbeiterzeitung* veröffentlichten Übersicht, die von der Gewerkvereinsleitung den Gewerkvereinsfunktionären *vertraulich* mitgeteilt worden war, hatten die Gewerkvereine in den ersten drei Vierteljahren, also von Januar bis September 1906, nur eine Zunahme von 480 Mitgliedern zu verzeichnen. Und zwar hatten die Fabrikarbeiter eine Abnahme um 1638, die Tischler um 1121, die Bergarbeiter um 254 Mitglieder, die Maschinenbauer, Kaufleute, Textilarbeiter und Schneider entsprechende Zunahmen zu verzeichnen. Und da mehrere grosse Gewerkvereine im letzten Vierteljahr 1906 Beitragserhöhungen vorgenommen haben, dürfte das Gesamtbild dieser Organisationen Ende 1906 sich eher ungünstiger gestaltet haben.

× ×

Rechtsfähigkeit der Berufsvereine Der dem Reichstage vorgelegte Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, der von Carl Legien in den *Sozialistischen Monatsheften* (1906,

2. Bd., pag. 989 ff.) schon eingehend gewürdigt worden ist, hat in der gesamten deutschen Gewerkschaftswelt entschiedenen Widerspruch gefunden. Selbstverständlich ist er von allen Organen der modernen Gewerkschaften restlos abgelehnt worden. Unsere Gewerkschaften, die unter fortgesetzten Verfolgungen gross geworden sind, wissen die Bedeutung einer chikanösen Gesetzgebung gut genug zu schätzen, deshalb waren sie über die Wertung dieses Gesetzes, dessen gewerkschaftsfeindliche Tendenz klar zu tage liegt, auch nicht im Zweifel. Aber auch die Hirsch-Dunckerschen und christlichen Gewerkvereine haben gegen diesen Entwurf entschiedene Stellung genommen. Erstere durch Annahme einer Resolution in einer grossen Protestversammlung in Berlin, die vom Reichstage die runde Ablehnung des Gesetzentwurfs fordert; letzterer durch eine Kundgebung des Vorstandes des *Gesamtverbandes* im *Zentralblatt* dieser Organisationen, in der alle Mängel des Gesetzes hervorgehoben werden und ebenfalls betont wird, dass das Gesetz in der Form des Entwurfs für die christlichen Gewerkschaften unannehmbar sei. Die Vorlage ist jetzt durch die Auflösung des Reichstags in der Versenkung verschwunden. Sorge man dafür, dass sie in dieser Gestalt nicht wiederkehrt!

×

Anzahl der organisierten Arbeiter

Das letzte Bulletin des Arbeitsamtes des Staates New York bringt eine interessante Zusammenstellung über die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Von einigen der angeführten Länder (Australien, Italien, Niederlande, Norwegen) sind die Zahlen aus dem Jahre 1904, von den andern Ländern aus dem Jahre 1905 verwendet. Es ergibt sich folgendes Bild:

	Zahl der Gewerkschaften	Zahl der Mitglieder	Mitglieder in % der Bevölkerung
Ver. Staaten von Amerika	—	2 000 000	2,64
Grossbritannien und Irland	10 213	1 896 755	4,30
Deutschland	14 828	1 822 343	3,23
Frankreich	4 625	781 304	2,00
Österreich	3 111	323 000	1,24
Italien	—	260 102	0,80
Belgien	—	128 700	1,92
Schweden	—	105 000	1,92
Australien	—	109 626	2,93
Dänemark	1 156	90 911	3,71
Ungarn	40	71 173	0,37
Spanien	373	50 905	0,31
Schweiz	618	48 000	1,44
Niederlande	—	37 221	0,73
Neuseeland	260	27 714	3,55
Norwegen	—	16 237	0,73

Die angegebenen Gewerkvereinsmitgliederzahlen aus den Vereinigten Staaten sind nur Schätzungszahlen, da zahlreiche Organisationen genaue Angaben über ihr Geschäftsgebaren nicht machen.

Die günstigsten Organisationsziffern weist nach dieser Zusammenstellung England auf, dann folgt Dänemark, Neuseeland, Deutschland, dann die Vereinigten Staaten. Bemerkenswert ist die durchweg günstigere Organisationsziffer der germanischen Länder gegenüber den romanischen und das gewaltige Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und Österreich. Der Bericht stellt denn auch fest, dass, wenn jetzt auch noch den englisch sprechenden Ländern die Führerschaft in der Gewerkschaftsbewegung zukomme, es doch keinem Zweifel unterliege, dass Deutschland auf gewerkschaftlichem Gebiete bald die Führung übernehmen werde.

×

Kurze Chronik

Der *Textilarbeiter*, das Organ des Textilarbeiterverbandes hat eine Auflage von 100 000 Exemplaren erreicht. Das bedeutet im abgelaufenen Jahre eine Mitgliederzunahme von mehr als 25 000. × Die Zahl der christlichen Gewerkschaftskartelle war Anfang November nach dem *Zentralblatt* auf 159 gestiegen. Das ist seit Anfang des Jahres 1906 eine Zunahme um 42 Kartelle. × Im Holzarbeiterverbande wurde Mitte November eine Erhebung über die Höhe der Löhne und der Arbeitszeiten, im Malerverband wird zurzeit eine solche über die Einhaltung der Bleiweissverordnung vorgenommen. × Auf dem 5. elsass-lothringischen Gewerkschaftskongress wurde die Anstellung eines Gewerkschaftssekretärs für das Reichsland beschlossen. × In den spanischen Gewerkschaften waren Mitte des Jahres 1906 rund 35 000 Arbeiter vereinigt. Im Jahre 1905 wurden 141 Streiks geführt, an denen 19 526 Personen beteiligt waren.

×

Literatur

Es verdient besondere Erwähnung, dass der Verlag Dietz in Stuttgart eine 2. Auflage der epochalen Werke Sidney und Beatrice Webbs *Die Geschichte des britischen Tradeunionismus* (deutsch von R. Bernstein, mit Noten versehen von Ed. Bernstein) und *Theorie und Praxis der englischen Gewerkschaften* (deutsch von Hugo Linde-

mann), ferner J. E. Thorold Rogers' *Geschichte der englischen Arbeit* herausgebracht hat. Die Werke der Webbs sind wohl das Beste, was die gewerkschaftliche Literatur aufzuweisen hat. Sie bieten uns nicht nur eine Geschichte des englischen Gewerkschaftswesens, sie machen uns auch mit den Kampfes- und Arbeitsmethoden und ihrer Entwickelung bekannt, sie geben uns ein Bild ihres gesamten Wirkens und ihrer Einrichtungen. Gerade dem deutschen Gewerkschafter, der jahrzehntelang nach englischen Kampfes- und Organisationsmethoden arbeitete, und der immer wieder an der Grösse der englischen Bewegung sich erhob, bieten die Webbschen Arbeiten eine Fülle des Interessanten und Belehrenden. Leider haben diese Werke in den deutschen Gewerkschaften seinerzeit nicht die ihr gebührende Aufnahme gefunden. Deshalb verdient der Dietzsche Verlag für die Edierung der 2. Auflage besonders der Webbschen Arbeiten unseren Dank, das um so mehr, als der Preis der Werke wesentlich herabgesetzt ist. Im Buchhandel kostet der Band 4 M., alle drei Werke also 16 M., bei Massenbezug durch die gewerkschaftlichen Organisationen werden sie noch billiger abgegeben. Es ist im Interesse unserer gewerkschaftlichen Bewegung nur zu wünschen, dass die Werke nunmehr weiteste Verbreitung finden. × Die Veranstaltung der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse gab wohl in der Hauptsache die äussere Veranlassung zu der Herausgabe des *Verzeichnisses der in der deutschen Sprache vorhandenen gewerkschaftlichen Literatur,* im Auftrage der *Generalkommision* zusammengestellt von Johann Sassenbach /Berlin, Verlag der *Generalkommission/.* Mit Bienenfleiss hat Sassenbach, der in den Unterrichtskursen über gewerkschaftliche Literatur dozierte, alle Publikationen von und über Gewerkschaften, soweit sie von allgemeinem Interesse sind, zusammengetragen. Naturgemäss kann dieses Verzeichnis auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen. Wer weiss, wie wenig Wert in früheren Jahren auf eine systematische Sammlung der gewerkschaftlichen Literatur gelegt worden ist, wird diesen Mangel verstehen. Dann aber haben einige Verbandsvorstände es an der notwendigen Unterstützung des Herausgebers fehlen lassen, so dass grosse Organisationen mit einer umfangreichen Literatur in dem Verzeichnis fast gar nicht vertreten sind. Empfehlen würde ich, in einem später zu veröffentlichenden Verzeichnis auch die für die Kenntnis unserer Bewegung wichtigen statistischen Arbeiten der einzelnen Gewerkschaften aufzuführen und mehr, als bisher, die bürgerliche Literatur über die Gewerkschaftsbewegung zu berücksichtigen. Man vermisste da besonders Rudolf Meyers *Emanzipationskampf des vierten Standes,* Bambergers *Arbeiterfrage,* Helds *Deutsche Arbeiterpresse der Gegenwart,* Herkners *Arbeiterfrage,* Gustaf F. Steffens 3bändiges Werk *Studien zur Geschichte der englischen Lohnarbeiter.* In ein späteres Verzeichnis dürfte auch Theodor Leiparts umfangreiche statistische Arbeit über die Lage der Arbeiterschaft in Stuttgart Aufnahme finden. × Ein gutes Buch ist Eduard Bernsteins Bändchen *Der Streik* (in der unter dem Sammelnamen *Die Gesellschaft* von Dr. M. Buber herausgegebenen Sammlung sozialpsychologischer Monographieen /Frankfurt a. M., Rütten & Loening/). In fesselnder Weise und mit grossem Verständnis der gewerkschaftlichen Bewegung und ihrer Kampfbedingungen schildert uns Bernstein den Streik in seinem Wesen, seinem Auftreten, seinem Zweck und seinem Wirken. Im Zusammenhang mit dem gestellten Thema behandelt er das ganze gewerkschaftliche Problem. Einige Streiks von geschichtlicher Bedeutung, so der englische Maschinenbauerstreik des Jahres 1897-1898 werden eingehender geschildert, auch die volkswirtschaftliche Bedeutung des Streiks erfährt eine gute Würdigung. Bernstein weiss dem Thema so manche auch den erfahrenen Gewerkschafter interessiernde Seiten abzugewinnen. Das Büchlein darf in keiner Gewerkschaftsbibliothek fehlen. × In den vom Verlag Dietrich in Leipzig seit zwei Jahren herausgegebenen Flugschriften *Sozialer Fortschritt* erschien eine Abhandlung *Die deutschen Arbeiterfachverbände* von Oskar Neve. Sie enthält eine kurz gefasste Würdigung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die nicht ganz lückenlos ist, und die die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine weit über die ihr zukommende Bedeutung hervorhebt, im übrigen aber recht lesenswert ist. × In der gleichen Sammlung erschien auch eine Abhandlung A. Justs *Die evangelischen Arbeitervereine,* die, angesichts der kürzlich erst angeknüpften engeren Beziehungen zwi-

schen christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereinen, manchem Gewerkschafter gute Dienste leisten dürfte.

ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Allgemeiner Verband deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften

Das Bild, das der vorjährige Jahresbericht des *Allgemeinen Verbandes* gab, ist durch den diesjährigen noch verstärkt worden. Der *Allgemeine Verband* hat keinen Anteil mehr an der genossenschaftlichen Entwickelung; er ist mit seinen hauptsächlich auf die Erhaltung einer rückständigen Wirtschaftsweise zugeschnittenen Vereinen zum Stillstand, wenn nicht zum Rückgang, verdammt. Die Zahl der ihm angeschlossenen Genossenschaften hat sich im vergangenen Jahre nur um 2, nämlich von 1417 auf 1419 vermehrt, die der zur Statistik berichtenden, unter denen jedoch eine Anzahl nicht zum Verband gehöriger sich befindet, von 1332 auf 1356, während die Mitgliederzahl dieser Vereine sogar von 824 439 auf 818 609 zurückgegangen ist. Hierbei ist jedoch die im letzten Jahr infolge Reichsgerichtsentscheidung zum erstenmal zur Anwendung kommende neue Zählmethode in Betracht zu ziehen, nach der die am Jahresschluss ausscheidenden Mitglieder nicht mehr zum Bestand mitgerechnet werden dürfen.

Das mächtige Wachstum der deutschen Konsumvereinsbewegung hat dem Verband nur 3 neue Vereine geschenkt. Er zählt jetzt 276 Genossenschaften dieser Art, von denen 266 berichtende, 238 097 Mitglieder, einen Umsatz von rund 58 Mill. M. und einen Reinüberschuss von 6¼ Mill. M. aufwiesen. Der *Allgemeine Verband* ist mit diesen Zahlen weit hinter denen des jungen *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* zurückgeblieben, der im letzten Jahre 827 Konsumvereine, darunter 787 berichtende mit 715 929 Mitgliedern, einem Umsatz von 188 Mill. M. und einem Überschuss von 18 Mill. M., umfasste.

Nicht einmal die kreditgenossenschaftliche Gruppe, das verhätschelte Schosskind des Verbandsanwalts Crüger, weist noch einen Fortschritt auf. Es gehörten dem Verband Ende 1905 963 Kreditgenossenschaften (meist Handwerkergenossenschaften) gegen 966 Ende 1904 an, also sogar 3 weniger. Und nur dem Umstand, dass diesmal 13 Vereine mehr zur Statistik berichteten, ist eine scheinbare Steigerung des Mitgliederbestandes um 16 574 auf 539 993, der gewährten Kredite um 231 Mill. M. auf rund 3000 Mill. M. und des Reingewinns um 1¼ Mill. M. auf 15½ Mill. M. zu verdanken.

Die übrigen dem Verband angehörigen Genossenschaftsarten (Bau-, Magazin-, Rohstoff-, Produktivgenossenschaften) sind der Zahl nach zu unbedeutend, um eine Darstellung im einzelnen zu lohnen. Wir können den *Allgemeinen Verband* mit dem tröstlichen Bewusstsein seinem Schicksal überlassen, dass von dieser Seite der deutschen Genossenschaftsbewegung kaum noch eine ernstliche Gefahr drohen dürfte.

×

Trust und Genossenschaft

Wir berichteten in unserer vorigen Rundschau (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1906, 2. Bd., pag. 1064) von der Bildung eines englischen Seifentrusts und von dem seitens der Genossenschaften gegen ihn energisch aufgenommenen Kampf. Die Herrlichkeit der Seifenfürsten hat nun ein überraschend schnelles Ende gefunden. Ein einmütiges Protestvorgehen der bedrohten Konsumenten hat sie vom Erdboden weggefegt. Der Trust war nämlich unvorsichtig genug, nicht nur eine Reduzierung des Gewichts der zu den selben Preisen weiter verkauften Seife um $^1/_{16}$ vorzunehmen — angeblich wegen der gestiegenen Rohmaterialpreise —, sondern auch den ganzen englischen Seifenmarkt unter die ihm angeschlossenen Firmen aufzuteilen, dergestalt, dass in jedem Gebiet nur noch eine bestimmte Sorte Trustseife zum Verkauf gelangte. Gegen diesen Zwang, diese Ausbeutung erhob sich ein Sturm der Entrüstung in Presse, Publikum und Geschäftswelt, der zur Folge hatte, dass die Nachfrage nach den Produkten des Trusts, die bei seiner Entstehung 90 % des Gesamtbedarfs des Landes ausgemacht hatte, auf 1 % herunterging. So sah sich der Trust veranlasst, nach 23tägigem Bestehen öffentlich seine Auflösung zu erklären. Wie einige Blätter wissen wollen, soll zwar noch eine geheime Abmachung fortbestehen; aber das beeinträchtigt den Triumph des so elementar zum Ausdruck gekommenen Volkswillens keineswegs.

Die Konsumvereine können sich ein gut Teil des Verdienstes an diesem Ausgange des Kampfes zuschreiben. Sie haben ihr möglichstes zur Aufklärung des Publikums getan, und der Gewinn, der ihnen

aus diesem Vorgehen erwachsen ist, wird kein vorübergehender sein. Zirka 80 Genossenschaften haben während des Kampfes beschlossen, nur noch Seife von den eigenen Fabriken der beiden Grosseinkaufsgesellschaften zu beziehen, deren Aufträge infolgedessen so in die Höhe gegangen sind, dass sie Tag und Nacht arbeiten lassen müssen. Damit dürfte ein ganzer Teil des englischen Seifenkonsums der Privatindustrie für immer entrissen sein. Vor allem aber wird der Vorgang das Vertrauen der Genossenschafter in die eigene Kraft, die vor dem im Seifentrust vereinigten Hunderten von Millionen nicht zurückzuschrecken brauchte, gestärkt haben.

× ×

Basel: *Allgemeiner Konsumverein* Das Schlächtereipersonal des Baseler *A. C. V.* ist am 29. November in den Ausstand getreten, um am 1. Dezember früh die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Ursachen dieses bei den im *A. C. V.* herrschenden guten Arbeitsverhältnissen überraschenden Vorganges waren nicht eigentliche Arbeitsfragen, sondern Kompetenzstreitigkeiten bei der Besetzung von Stellen. Es handelte sich um die von den Schlächtereiarbeitern gewünschte Kandidatur zweier seitheriger Vorarbeiter als Metzgermeister und die Bedingungen ihrer Anstellung. Die Verwaltung hatte diese Bedingungen (Entlassung eines Betriebschefs) nicht erfüllen können und ihrerseits eine andere Person für den fraglichen Posten in Aussicht genommen. Die Arbeiter fassten das als Massregelung auf und legten, ehe noch die vorgesehenen Instanzen Gelegenheit fanden, ihre Beschwerden zu prüfen, die Arbeit nieder. Am nächsten Tage bemühten sich die Sekretäre des Baseler Arbeiterverbandes und des Verbandes des Personals der Lebens- und Genussmittelbranche, die Streikenden auf das Bedenkliche ihres Vorgehens aufmerksam zu machen, und die Folge war die Wiederaufnahme der Arbeit bereits am nächsten Tage zu den von der Verwaltung gestellten Bedingungen.

So die Darstellung des *Schweizerischen Konsumvereins*, nach der das Vorgehen des Schlächtereipersonals allerdings einen bedauerlichen Mangel an sozialem Verantwortlichkeitsgefühl aufweist. Hier müsste die genossenschaftliche Erziehungsarbeit einsetzen, um dem Bewusstsein der Rechte eines jeden für die Gesamtheit Arbeitenden ein eben so intensives Bewusstsein der Pflichten gegen eben diese Gesamtheit beizufügen.

× ×

Kurze Chronik In der Reichstagssitzung vom 11. Dezember wies der neue preussische Landwirtschaftsminister von Arnim-Criewen in seiner Jungfernrede die städtischen Konsumenten auf die genossenschaftliche Selbsthilfe gegenüber der Fleischnot hin. Ob Herr von Arnim-Criewen jetzt wohl auch von den enragierten Mittelstandsfreunden als Vernichter des ehrsamen Fleischergewerbes und damit als Feind der Staats- und Gesellschaftsordnung angegriffen werden wird? × Der Stuttgarter Gemeinderat beschloss mit 18 gegen 6 Stimmen, den dortigen Spar- und Konsumverein von der Warenhaussteuer auszunehmen. × Auf den diesjährigen, in Manchester, London und Bristol abgehaltenen sogenannten *Fruchttagen* der englischen *C. W. S.*, grossen mit Ausstellungen verbundenen Verkaufstagen, wurden für 9½ Mill. M. Südfrüchte, Dörrobst und verschiedene andere Artikel an die Vereine abgesetzt. × Die Einführung eines Ruhegehalts für die Direktoren der schottischen *C. W. S.* wurde auf mehreren Distriktstagen mit ziemlich grosser Mehrheit abgelehnt.

× ×

Literatur Eine von Dr. Hans Müller verfasste Schrift *Der Verband schweizerischer Konsumvereine* gibt in der äusserlich ansprechenden Form, die alle Veröffentlichungen dieses Verbandes auszeichnen, eine interessante Darstellung des Werdens, Wesens und Wirkens der genannten Organisation. Wir verfolgen den Verband, der, wie wohl die meisten seinesgleichen, als Kampforganisation das Licht erblickte, von seiner Gründung im Jahre 1890 durch den Baseler *A. C. V.* und 27 andere Vereine bis zu seiner jetzigen imposanten Stellung in der schweizerischen Konsumgenossenschaftsbewegung, als deren Repräsentanten man ihn mit seinen 230 angeschlossenen Vereinen bezeichnen kann. Selbstverständlich wird auch den verschiedenen Verbandsorganen eine eingehende, durch Lichtbilder unterstützte Schilderung zu teil. Am Schlusse sind interessante Tabellen beigefügt. Das zu einem geringen Preis zu habende Büchlein eignet sich besonders zu Agitationszwecken. × Das berühmte Buch des Begründers der eng-

lischen Gartenstadtbewegung Ebeneza Howard *Garden cities of to-morrow* ist soeben unter dem Titel *Gartenstädte in Sicht* in deutscher Übersetzung im Verlag von Eugen Diederichs in Jena erschienen. Es ist wohl als die umfassendste Orientierungsquelle der Ursachen und Ziele der Gartenstadtbewegung anzusehen und daher allen sich für diese Bestrebungen Interessierenden bestens zu empfehlen. GERTRUD DAVID

Sozialpädagogische Bewegung

Universitätsreform Wir haben an dieser Stelle früher gesagt, dass die nichtsozialistische Kritik des Unterrichtswesens selbst bei bestem Willen und redlichstem Eifer stets in eine Sackgasse geraten muss, und wir haben dies an dem Ideal der Arbeitserziehung dargetan. Auf dem speziellen Gebiete der Hochschulreform begegnen wir einer ähnlichen Erscheinung. Hier ist die dumpfe Unzufriedenheit heftig angeschwollen, und meistens im Namen der Persönlichkeit wird ein richtiger Windmühlenkampf geführt. Die ihm zu grunde liegenden, sehr interessanten Irrtümer sind uns wieder deutlich aus zwei neuen Veröffentlichungen entgegengetreten. In seiner Schrift *Deutsche Universität und deutsche Zukunft* /Dresden, Diederichs/ spricht sich Friedrich von der Leyen ausführlich darüber aus, dass die Universitäten heute nicht Menschen, sondern Staatsbürger heranbilden, dass man auf ihnen nicht »für sich«, sondern auf Kosten seiner Individualität für den Staat erzogen wird. Und August Horneffer findet in seinem *Verfall der Hochschule* /Leipzig, Zeitler/, dass wir auf den Universitäten zwar in den Stand gesetzt werden, uns den Lebensunterhalt zu erwerben, dass wir zu einem Berufe tüchtig gemacht werden, dass aber dadurch das »Interesse eines tieferen Menschen« nicht erschöpft wird. Diese Übereinstimmung der beiden Kritiker über das Leerausgehen des Menschen in uns ist kein Zufall. Mit den Klagen selbst sind sie im Recht, aber aus diesen Schmerzen heraus nichts als die Methode des Hochschulwesens umstürzen wollen, das heisst auf den Sack schlagen, anstatt auf den Esel. Horneffer verlangt von der Universität, »dass in uns die Gefühle erweckt werden, die in der Vergangenheit Grosses schufen ... Sie hat das geistige Leben der Nation zu leiten. Wenn der Staat ihr diesen Platz nicht einräumt, so soll sie ihn erzwingen.« Und von der Leyen sagt, früher sei es anders gewesen, das Ideal war »Ausbildung und Veredelung des einzelnen«. Hier wird der Fehler ganz klar. Die Universitäten haben nämlich zu keiner Zeit solche Individualitätenzucht beabsichtigt, immer haben sie dem Staat gedient. Nur brauchte das früher die Individuen nicht zu behindern, sich auch »für sich« auszubilden, denn in Bezug auf den Gegensatz *Mensch und Staatsbürger* waren sie naiver, als heute. Sie waren so glücklich, ihn nicht zu bemerken, obwohl er in die grauesten Zeiten zurückreicht. Seitdem sind wir erfinderischer und entdeckerischer geworden. Die selbe Generation, die den Sozialismus erfand, entdeckte den Gegensatz *Persönlichkeit und Gegenwartsstaat*, und das Ausbilden von Staatsbürgern wird seitdem antimenschlich empfunden, was es doch in einem vernünftigen Staatswesen nicht sein könnte.

Diese Zusammenhänge entgehen von der Leyen und Horneffer völlig. Der erste stürmt deshalb mit der ziemlich spitzen Lanze seiner Kritik gegen das klassische Erziehungsideal der Hochschule an. Ohne darauf zu kommen, dass es gerade der entfachte, noch nicht durchgekämpfte Zwiespalt zwischen Staat und Individuum ist, der uns das griechisch-römische Vorbild heute so sehr verdunkelt. Dem »Unsegen der Römer und Griechen« stellt er den Segen der deutschen Mystik gegenüber und kündet an Stelle der humanistisch-klassischen die nationale Erziehung, zwar nicht eine Erziehung im Sinne eines »allein seligmachenden Deutschtums«, aber eine solche, deren Höchstes die Erkenntnis des deutschen Wesens aus allen seinen Betätigungen in Geschichte und Kultur bleibt. In diesem Gedanken der nationalen Erziehung konzentriert sich alles Positive der Leyenschen Schrift. Er ist, wie wir sahen, die Begleiterscheinung eines sozialgeschichtlichen Irrtums und im übrigen auch pädagogisch schlecht begründet, denn auch der Klassizismus kann erfrischen und beleben, kann die Zusammenhänge mit dem gesamten Unterricht — sogar mit der Erkenntnis des deutschen Wesens — aufbringen etc. Die Vorschläge Horneffers sind weniger methodisch, aber ansprechend in ihrer Menschlichkeit: Man soll nicht Fächer besetzen, das ist unwürdig, man soll Menschen zum Lehren und Erziehen gewinnen. Man soll das Hauptgewicht nicht auf Überlieferung von Kenntnissen,

Begriffen, Fertigkeiten legen, sondern auf allgemeine menschliche Bildung. Drittens und letztens, der Lehrer soll zugleich Seelsorger sein.

× ×

Wanderbibliotheken In der Absicht, den Parteigenossen in kleinen und kleinsten Orten Gelegenheit zur Fortbildung durch gute Lektüre zu verschaffen, hat Genosse Dr. Südekum in Berlin am 1. Oktober eine, vorerst noch kleine *Freie Wanderbücherei* eingerichtet. Sie besteht aus Abteilungen von je 10 bis 12 Bänden, deren jede in einer Versandkiste untergebracht ist, um an Parteigenossen, die an ihrem Wohnorte nicht über eine Bibliothek verfügen, gratis und unter Beifügung des Rückportos auf je 3 Wochen versandt zu werden. Die Bestellungen müssen mit dem Stempel des für den betreffenden Ort zuständigen Parteivertrauensmannes versehen sein. Bei ihrer Begründung umfasste die Wanderbücherei Werke von Bebel, Büchner, Deutsch, Dodel, Eisner, Engels, Goethe, Grotjahn, Herkner, Issaieff, Jaurès, Kautsky, Kennan, Kropotkin, Lange, Leroy-Beaulieu, Liebknecht, Lindemann, Lissagaray, Marx, Schiller, Schurz, Schweichel, Sinzheimer, Vandervelde und anderen. Zu diesem gut gewählten Bücherbestand haben neben dem Begründer der Parteivorstand durch die *Vorwärts*buchhandlung, einige Parteiverlage und andere beigesteuert. Wie sehr die Schaffung einer Wanderbibliothek für die Parteigenossen an kleinen Orten ein Bedürfnis war, geht aus der lebhaften Inanspruchnahme hervor, deren sie sich seit dem Augenblick ihrer Gründung erfreut.

× ×

Kurze Chronik Die Parteischule zu Berlin wurde am 15. November eröffnet. Das Lehrerkollegium bilden Dr. Hugo Heinemann (Strafrecht, Strafprozess, Strafvollzug), Dr. Rud. Hilferding (Wirtschaftsgeschichte, Nationalökonomie), Simon Katzenstein (Gewerkschaftswesen, Genossenschaftswesen, Kommunalpolitik), Dr. Franz Mehring (Geschichte der politischen Parteien), Dr. Anton Pannekoek (historischer Materialismus, soziale Theorieen), Dr. Curt Rosenfeld (Bürgerliches Recht), Heinrich Schulz (mündlicher und schriftlicher Gedankenausdruck, Zeitungstechnik), Arthur Stadthagen (Arbeiterrecht, gewerblicher Arbeitsvertrag, soziale Gesetzgebung, Gesinderecht, Verfassung). Der Reichstagswahlen wegen hat indessen der Unterricht bereits im Dezember unterbrochen werden müssen. × Die Arbeiterbibliothek in Stockholm, ein Unternehmen der organisierten Arbeiterschaft Schwedens, feierte am 4. Dezember ihr 15jähriges Bestehen. Sie zählt über 17 000 Bände, hält 70 in- und ausländische Zeitungen und hat ausser 2 Hauptlokalen 6 Ausleihestationen. Die Stadt gibt seit 2 Jahren einen Zuschuss von 4000 Kr. zu den Ausgaben, die für 1905 18 000 Kr. betrugen.

× ×

Literatur Im Auftrage des *Volksvereins für das katholische Deutschland* hat Dr. August Pieper ein Schriftchen *Mässigkeitsbestrebungen* verfasst. Er ist der Ansicht, die allgemeine Beseitigung jeden Alkoholgenusses müsse für alle Zeiten Utopie bleiben, und die übereifrigen Abstinenten seien ein Schaden für die Mässigkeitsbestrebungen. Unter den Ursachen des Alkoholismus ist ihm die hauptsächlichste Trinksitte und Trinkzwang. Das Schriftchen ist nur für Katholiken geschrieben, und unter den zum Schluss erwähnten Mässigkeitsvereinen etc. finden sich nur solche, welche die dem katholischen Seelenheil erforderliche Rücksicht innehalten, in erster Reihe die direkt katholischen, deren Mitglieder sich zum Beispiel laut § 2 des Vereinsstatuts »unter Anrufung des am Kreuze vor Durst verschmachtenden Heilandes zur Enthaltung von allen geistigen Getränken verpflichten« und »sich unter den besonderen Schutz des heiligen Johannes des Täufers stellen«. Ein solcher Paragraph im Vereinsstatut ist für manchen Sozialdemokraten ein Kuriosum. Wir wollen aber nicht vergessen, dass gegen den Alkohol etwas im Namen von Jesus und Johannes geschehen muss, solange noch so wenig im Namen von Marx und Engels dagegen geschieht.

FRANZ LINDHEIMER

Frauenbewegung

Wahlrecht Eine Demonstration zu gunsten des Frauenstimmrechts, die von angesehenen Führerinnen der Frauensache in dem Foyer des englischen Unterhauses veranstaltet wurde, begegnete roher Polizeigewalt und endete mit der Verurteilung von 11 Frauen zu 2 Monaten Gefängnis. Nach einer neuerlichen Notiz hat man ihnen die Hälfte der Strafe erlassen. Am 24. November er-

folgte ihre Entlassung, und schon am Abend des folgenden Tages erklärten sie in einer Versammlung, in der sie stürmisch begrüsst wurden, dass sie nun mit doppeltem Eifer wieder an die Arbeit gehen wollten. Fräulein Pankhurst sagte einem Pressevertreter, es würden so viele von ihnen ins Gefängnis zu wandern bereit sein, bis die Regierung die Torheit dieser Art Bekämpfung der Bewegung einsehe.

Die finnischen Frauen beabsichtigen, sich des neu erworbenen Bürgerrechts in vollem Umfange zu bedienen. Unter den 19 Kandidaten, die die schwedische Volkspartei für die im März 1907 stattfindenden Wahlen aufgestellt hat, befinden sich 2 weibliche.

In Deutschland hat, wie bereits früher erwähnt, die Jahresversammlung der demokratischen Partei in München gezeigt, dass die Frauen einstweilen selbst von den bürgerlichen Linksparteien nichts weiter, als platonische Sympathieerklärungen, zu erwarten haben. Eine Ausnahme macht die kleine Gruppe der Nationalsozialen, die auf ihrer Landesversammlung in Baden das allgemeine, direkte, geheime und gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen nach dem Proportionalsystem fordern.

× ×

Bildung und Erziehung Den Städten Frankfurt a. M. und Königsberg hat Herr Studt die Erlaubnis zur Gemeinschaftserziehung in den höheren Knabenschulen respektive zur Errichtung von Mädchengymnasialkursen versagt. Gründe wurden nicht angegeben. In Hamburg hat der Verein *Frauenwohl* eine Petition wegen Anstellung weiblicher Lehrkräfte an den hamburgischen Lehrerinnenseminaren an die Oberschulbehörde gerichtet mit der Begründung, dass der weibliche Einfluss bei der Vorbildung der Lehrerinnen nicht zu entbehren sei. Kattowitz hat durch Ortsstatut den obligatorischen Fortbildungsunterricht auch auf die weiblichen Handelsgehilfen unter 18 Jahren ausgedehnt.

× ×

Eheproblem In Frankreich hat das Ministerium einen im Sinne einer Fortentwickelung der monogamischen Eheform ausserordentlich bemerkenswerten Gesetzentwurf eingebracht. Die Altersgrenze, nach deren Erreichung man sich ohne Zustimmung der Eltern etc. verheiraten kann, soll von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt, die Gütertrennung obligatorisch gemacht, und der Ehefrau die selbe rechtliche Stellung, wie dem Ehemann, zugebilligt werden. Noch wichtiger sind die neu hinzukommenden Scheidungsgründe, unter denen neben Verurteilung wegen Diebstahls, Betrugs, Vertrauensmissbrauchs, zweijährigen Verlassens, Geisteskrankheit, Trunksucht, geschlechtlicher Erkrankung insbesondere die Wiedereinführung der Scheidung auf Grund einfacher Übereinstimmung hervorzuheben ist. Viermal, in Intervallen von je 3 Monaten, sollen die Ehegatten eine entsprechende Erklärung vor dem zuständigen Gericht abgeben. Auch die Unvereinbarkeit der Charaktere soll als Scheidungsgrund gelten können; allerdings erstreckt sich die Scheidungsfrist in diesem Falle über 2 Jahre.

Experimentalehen! /München, Reinhardt/ betitelt sich der Notschrei eines Ungenannten, den man unter Verschweigung des periodischen Wahnsinns seiner Braut in eine verhängnisvolle Ehe zu locken gewusst hatte. Der traurige Fall der einzelnen entbehrt nicht der typischen Züge, die einen mit dem Verfasser wünschen lassen, dass in besonderen Fällen das Schweigeverbot der Ärzte aufzuheben sei, und dass endlich einmal eine menschenwürdige, den modernen Rechts- und Gewissensforderungen angemessene Ehegesetzgebung geschaffen werde.

× ×

Katholischer Frauenbund Der *Katholische Frauenbund* hat auf seiner 2. Generalversammlung, die in München zu Anfang November stattfand, in beachtenswerter Weise Stellung zu verschiedenen Problemen und Aufgaben der Sozialpolitik genommen. So hat man sich mit der Dienstbotenfrage vorwiegend im Sinne der Aufhebung der Gesindeordnungen und des erweiterten Unfall- und Krankenschutzes befasst. Die Charitaskommission will sich an erster Stelle der sittlich gefährdeten Mädchen annehmen und diese, wie das in Dortmund bereits mit gutem Erfolge geschehen ist, vor der sittenpolizeilichen Kontrolle bewahren. Dem Gedanken der Gemeinschaftserziehung gegenüber verhielt man sich völlig ablehnend; auch die anwesenden Lehrerinnen.

× ×

Dienstbotenbewegung Im Laufe des November fand in Frankfurt a. M. eine Reihe von Versammlungen statt, die zur Gründung eines

heute schon etwa 500 Mitglieder umfassenden Vereins führten. Demnächst soll ein paritätischer Arbeitsnachweis ins Leben gerufen und ein Mädchenheim gegründet werden. Auch in Hamburg sind Vorbereitungen zur Schaffung einer Dienstbotenorganisation im Gange. Ein von Stadthagen in Vorschlag gebrachter Dienstvertrag enthält, neben manchen begrüssenswerten und in absehbarer Zeit durchführbaren Forderungen, auch die Ungeheuerlichkeit, dass ein Mädchen berechtigt sein soll, gegen Erlegung eines *Schadensersatzes* von 3 M. den Dienst jederzeit zu verlassen.

×

Kurze Chronik Frau Curie hat zu Anfang November ihr Amt als Dozentin an der *Sorbonne* angetreten. × Am 23. November ist Dr. Anita Augspurg wegen Beleidigung der Hamburger Polizeibehörden zu 200 M. Geldstrafe verurteilt worden. Die moralischen Kosten des Prozesses hat die Hamburger Polizei zu tragen und auch ihr Staatsanwalt, der im Laufe seiner Darlegungen die Frauen als *minderwertige Zeugen* bezeichnete. × Durch das am 1. Oktober in Kraft getretene Gesetz ist in Dänemark die Reglementierung aufgehoben worden. × Die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1904 ergeben eine weitere Zunahme der Zahl der Industriearbeiterinnen; sie betrug 1 119 692. Es handelt sich dabei nur um die der Fabrikaufsicht unterstellten Betriebe. × Vom moralischen, wie vom volkswirtschaftlichen Standpunkt gleicherweise zu verdammen ist die auch in Gmünd geübte Praxis mancher Krankenkassen, ledigen Schwangeren, selbst bei nachfolgender Ehe, die Rückzahlung der Wöchnerinnenunterstützung aufzuerlegen. Hier muss Remedur geschaffen werden.

×

Literatur In seinem Buch *Die Frauenarbeit, ein Problem des Kapitalismus* /Leipzig, Teubner/ behandelt Dr. Robert Wilbrandt von hoher Warte aus, mit einem Blick, der viel umfasst und auch in die Tiefe geht, die Aufgabe, die er sich gestellt hat. Schon die Einleitung, die sich mit der Entstehung der Frauenberufsfrage befasst, lässt den geschulten und selbständigen, über ein reiches Wissen verfügenden Denker erkennen. Die Schrift ist eine prächtige Einführung und Orientierung über vieles Wesentliche der Frauenfrage und zugleich ein bequemes Nachschlagebüchlein für solche, die sich berufsmässig mit der Frauenfrage beschäftigen. Etwas flüchtig behandelt scheint mir im 3. Kapitel die Frage *Beruf und Mutterschaft*. Insbesondere vermisse ich hier ein näheres Eingehen auf die Mutterschaftsversicherung, die meines Erachtens für die nächste Zeit das Problem der Frauenarbeitsfrage bilden wird. Der Kapitalismus hat die Frauenarbeitsfrage in ihrer heutigen Zuspitzung geschaffen, und nur die Überwindung des Kapitalismus kann sie einer harmonischen und allseitig befriedigenden Lösung entgegenführen. Das ist der Schluss, zu dem auch der bürgerliche Sozialpolitiker auf Grund von eingehenden und sachlichen Studien gelangt. Wir können damit zufrieden sein. × Die kleine Schrift Dr. Alice Salomons *Die deutschen Arbeiterinnenschutzgesetze* /Leipzig, Dietrich/ gibt eine knappe und klare Übersicht dieser Schutzgesetze. Sie ist insbesondere den Vertrauenspersonen zu Orientierungszwecken sehr zu empfehlen. Die Ausbauvorschläge gehen in der Richtung des Zehnstundentages, des freien Samstagnachmittags und des Wöchnerinnenschutzes. Sie kennzeichnen die besonnene Sozialpolitikerin, die mit ihren Forderungen innerhalb der Grenzen baldiger Verwirklichungsmöglichkeiten bleibt. × Zur Frage der Mutterschaftsversicherung liegen mehrere Publikationen vor. Lily Braun erörtert im 1. Teil ihrer im *Vorwärts*verlag erschienenen Schrift die an dieser Stelle schon häufiger gewürdigten Gründe der Notwendigkeit des Mutterschutzes für die ausserehelichen und einen grossen Teil der ehelichen Mütter. Die Kritik der Reformvorschläge hebt die Unmöglichkeit hervor, den Krankenkassen die sämtlichen aus einer durchgreifenden Reform erwachsenden Lasten voll aufzubürden.

Einen neuartigen Vorschlag macht Dr. W. Borgius in der Zeitschrift *Mutterschutz*. Neben anderen Erleichterungen (Unentgeltlichkeit der Schulen) sollen den Eltern respektive den Müttern für ein erstes Kind, und zwar bis zum 14. Jahre jährlich, 250 M., ein zweites 200, ein drittes und viertes je 150 M., für weitere Kinder nichts mehr gezahlt werden. Die dazu benötigte Summe soll durch Steuern aller steuerpflichtigen Elemente, einschliesslich der Junggesellen und kinderlosen Eheleute, aufge-

gebracht werden. × Diesen ganz gewiss nicht ohne weiteres von der Hand zu weisenden Vorschlag baut dann Dr. Schmidh in der *Politisch-Anthropologischen Revue* in merkwürdiger Weise aus. Er möchte die Mutterschaftsversicherung als Grundlage einer mutterrechtlich-polygamischen Sexualordnung verwandt wissen. HENRIETTE FÜRTH

WISSENSCHAFT

Philosophie

Weltanschauung Der Berliner Universitätsprofessor Dr. Georg Wobbermin hat im *Evangelischen Bund* einen Vortrag gehalten, der jetzt unter dem Titel *Ernst Haeckel im Kampf gegen die christliche Weltanschauung* /Leipzig, Hinrichs/ erschienen ist. Die Tendenz dieses Vortrags wird vom Verfasser ganz unbefangen dahin bezeichnet: Der »Glaube an einen persönlichen Gott», dessen »Grundwesen« eine »Analogie unseres eigenen geistig-ethischen Personenlebens« ist, bildet das »allbestimmende Zentrum der christlichen Weltanschauung«. Diese Anschauung wissenschaftlich zu vertreten, muss die Theologie sich mit den Gegnern auseinandersetzen. Schon aus diesen Worten sieht man, dass Wobbermin, so viel er auch nachher der Naturwissenschaft zugesteht, doch noch nicht einer der modernsten Theologen ist. Diese erkennen die religiösen Geschichten und Dogmen nur so weit als religios an, als sie Sinnbilder von Innentatsachen sein können; die Frage nach deren objektivem Gehalt überlassen sie indessen restlos der wissenschaftlichen Untersuchung. Er aber behält den dogmatischen Gottesbegriff bei, wenn er ihn auch von etlichen Schlacken säubert; Gott ist ihm »wesenhafte Analogie unseres eigenen geistig-ethischen Personenlebens«. Dass der Begriff *persönlicher Gott* im Grunde eine ebenso sinnleere Wortzusammenstellung ist, wie etwa *dreieckige Unendlichkeit*, bekümmert die Frommen nicht. Sie verbinden mit den Worten einen Gefühlsinhalt und meinen dann, vermöge einer interlektuellen Täuschung, einen wirklichen Gegenstand für einen Begriff zu haben.

Trotz dieser dogmatischen Grundlage hat Wobbermin entschieden Züge philosophischen Verstehens. Er kann, was Haeckel gar nicht vermag, wenigstens in einigem Umfange vom philosophischen Gesichtspunkte aus sehen, wenn auch sein Dogmatismus ihm gleich wieder Streiche spielt. So unterscheidet er richtig die genetische Beurteilung von der Wertbeurteilung, aber er vermengt sofort wieder die mit der Wesensbestimmung. Er kennt sodann den kritischen Gesichtspunkt Kants und stellt daher den Satz in den Vordergrund: »Alles Naturerkennen hat das denkende Bewusstsein zur Voraussetzung». Aber leider sieht auch er, wie die meisten derer, welche erst einmal aus solchem Gesichtspunkte haben sehen lernen, diesen einen Brückenpfeiler am Ufer des Unbekannten als das massgebende Sprungbrett zur Wahrheit an. Den Brückenpfeiler am andern Ufer sieht er nicht, den Satz, dass das denkende Bewusstsein ebenso, wie es sich von dem einen, dem philosophischen, Gesichtspunkte aus als Grundlage ales Erkennens ansehen muss, vom andern Gesichtspunkte, der Naturbetrachtung, aus sich umgekehrt an ein verschwindendes Partikelchen einer unausmessbaren Welt, nämlich an seinen Menschenkopf, gebannt findet. Die Brücke zwischen diesen beiden Pfeilern zu schlagen, hat ja leider weder Kant, noch einer seiner Folger fertig gebracht; und so versuchen denn von Fichte bis Haeckel alle von hüben oder von druben metaphysisch ans andere Ufer zu springen, wobei dann natürlich ein grosser Plumps ins Wasser die unvermeidliche Folge ist. So macht es auch Wobbermin. Er folgert vom philosophischen Pfeiler aus: »Da alles Naturerkennen das denkende Bewusstsein zur Voraussetzung hat, so kann man das hohere geistige Personenleben aus materiellen Bedingungen nicht restlos erklären.« Nun, *erklären* im Sinne von *ableiten* kann man das freilich nicht. Das masst sich aber auch Haeckel nicht an. Ableitend erklären kann der Mensch nur, soweit Mathematik und Experiment reichen. Aber schon, wie Raum und Zeit zusammenkommen, kann man nicht ableitend erklären; hier muss man die letzten Fakta, die man analysieren kann, wie Raum, Zeit, Empfinden, Denken etc., hinnehmen, und *erklären* heisst da bloss die Zusammenhänge aufsuchen, darin sie sich darstellen: eine Arbeit, die zwar fortschreiten, aber nie zu einem letzten Abschluss kommen kann. Solchen Abschluss aber möchte Wobbermin für »unser höheres Personenleben» haben, und so führt er es kurzerhand »restlos und bedingungslos auf Gott zurück« Solche *Ableitung* eines Faktums aus

einem Phantasiegebilde schliesst freilich ab; aber sie ist alles, nur keine Erklärung. Der Nichtdogmatiker wird hier vom philosophischen Gesichtspunkt aus einfach betonen, dass alles, was zu erkennen ist, mittels des denkenden Bewusstseins erkannt werden muss. Er wird sodann vom naturwissenschaftlichen Gesichtspunkt aus sagen: Im Universum muss eine Potenz sein, aus der sich das, was wir als Bewusstsein kennen, entwickeln kann; was und wie die ist, dass wissen wir noch nicht. Von der Entwickelungsgeschichte selbst aber scheint Wobbermin etwas zu verstehen, er nimmt die Deszendenzlehre ohne Vorbehalt an, und erklärt sie »für durchaus vereinbar mit d e r christlichen Weltanschauung«, was freilich besser hiesse *mit m e i n e r christlichen Weltanschauung*. Denn Inspirationslehre, Glaube an den biblischen Schöpfungsbericht und anderes mehr, sind doch noch nicht so ganz ausgestorben, wie Wobbermin meint. Gegen Haeckels naturwissenschaftliche Metaphysik bringt er einige ganz zutreffende Bemerkungen, er behandelt dabei den Gegner mit feinem Anstande und wohltuender Anerkennung. Vor allem aber gibt das kleine Schriftchen — und deshalb haben wir es etwas eingehender behandelt — in knappen und scharfen Zügen ein so deutliches Bild eines gebildeten Dogmatikers, dass es für den, welcher diese Denkweise ohne allzuviel Mühe kennen lernen will, vorzüglich geeignet ist.

Welche Weltanschauung die besten Gründe habe, will J. G. C o r d e s (*Zum Kampf um die Weltanschauung* /München, Beck/) untersuchen, und als brennendste Frage dabei erscheint ihm: »Ist die Welt zu denken als eine Welt mit Gott oder ohne Gott?« Er gibt die Antwort darauf in 4 Vorträgen: *Religion und Naturwissenschaft, Der Sinn des Lebens, Die Gründe des Glaubens an Gott, Christentum und Arbeiterbewegung*. Das Ergebnis ist: »Religion und Naturwissenschaft, Glauben und Wissen ergänzen einander zu einer Gesamtweltanschauung.« »Christentum und Arbeiterbewegung sind nicht Gegensätze«, sondern »fordern einander geradezu«. Christentum aber ist »das Verhältnis eines Menschen zu dem Gott, der ihm in und durch Christus offenbar geworden ist«. Cordes beklagt dabei die Gepflogenheit mancher Sozialisten, über Religion zu höhnen. Es ist nun gewiss nicht zu loben, wenn man verhöhnt, was anderen heilig ist; aber so viele *Gebildete* sind da doch wohl in schlimmerer Verdammnis, denn sie höhnen und schmähen tagtäglich in herzlosester Weise, was vielen Arbeitern Religion ist. Denn das ist ihnen der Sozialismus trotz des Verfassers, der da meint, Religion sei ein »leeres Wort«, wenn es nicht »Verhältnis zu Gott« bedeute. Nun ist aber tatsächlich dem Sozialisten seine Überzeugung ein inniges Verhältnis zu seinem Gott, der Idee der Vollkommenheit, die in einem Bruderreiche herrschen soll und doch wohl das Wesentlichste der Gottidee auch in der Religion der Urchristen war. Oder war es das Wesentliche, dass sie ihn für ein *Wesen* draussen im Himmel hielten und daran *glaubten*? Nun freilich, diese Vorstellung lehnen die meisten Sozialisten ab, und den Zwang, daran glauben zu sollen, hassen alle als Feind schlimmster Art; denn so ist der Glaube von jeher Herrenmittel gewesen, die Gewissen zu gängeln. Von diesem *Glauben* aber steckt Cordes noch etwas im Blute, ohne dass er es merkt. Er will einen Glauben neben die Einsicht stellen. Sobald aber Glauben und Erkennen, die in früherer Entwickelung ungesondert beisammenlagen, sich bewusst trennen, gibt es nur ein *Entweder-oder*. Einen *Glauben* an Gott als ein äusseres *Wesen*, eine »die Welt beherrschende und durchwaltende Macht« kann man nicht neben ein Wissen stellen. Schon die Fragestellung Cordes', ob die Naturerkenntnis und soziale Bewegung solchen Glauben hindre, ist falsch. Inhaltlich kann man ja beide unter Umständen einander anpassen. Aber methodisch geht das nicht an. Da lautet die Frage: Führt die Wissenschaft zu so etwas, wie Erkenntnis von einem äusseren Gott? Kann man ihn als gewiss oder doch als wahrscheinlich behaupten? Oder ist er nur in uns zu erweisen als treibende Idee zum Unendlichen und Vollkommenen, zum Unbekannten, das bekannt werden, zum Ersehnten, das wirklich werden soll? Das wäre freilich erst recht *lebendiger Gott*, den können wir kennen im Wissen, bekennen im Willen. Die Frage ist da nur, ob wir das *Gott* nennen sollen. Aber den draussen? Wenn Erkenntnis ihn als wahr oder wahrscheinlich erweist, dann gut. Aber ein Gläubeln abseits, das geht nicht. Solche metaphysische Glaubensfrage aber ist nötig, wenn man fragen will: Was ist unsere *Lebensbestimmung?* Wozu sind wir auf der Welt? Welchen

Zweck hat das Leben? Weil Cordes diese Frage tut, muss er auch jene stellen. Wie aber, wenn wir wohl nach Zwecken, die das Leben schafft, nicht aber nach des Lebens Zweck mit Vernunft fragen könnten? Letzteres ist für uns theoretisch ebenso sinnvoll, wie die Frage nach der Ursache der Ursächlichkeit. Praktisch aber macht schon die Frage, wozu das Leben sei, das Leben zum Mittel — für welchen Zweck? Jener Grundherr forderte, die Lehrer sollten den Gutskindern sagen, wozu Gott sie aufs Land gestzt. Da hat die Frage Zweck und Bedeutung. Es steckt in ihr selber ein Rest von jenem Gängelmorälchen, das uns als Mittel zu irgendwelch himmlischen oder auch zu sehr irdischen Zwecken verwenden möchte.

Cordes meint es sehr wohl, ganz gewiss; er weiss nicht, welche Krallen hinter seinen Fragen lauern. Aber wenn er nun fragt, ob solche Religion und Naturerkenntnis, ob solches Christentum und Arbeiterbewgung sich ausschliessen, so antworten wir doch: ja, unbedingt. Juristisch und politisch freilich ist sein Glaube *Privatsache*. Wie er fordert. Wenn das aber den Anspruch bedeuten soll, seine Ansichten sollten denen der Wissenschaft als gleichwertig anerkannt werden, so gibt es darauf nur ein kategorisches *Nein*.

× ×

Religion

Ein wenig entwickelter in bezug auf Religion, als Cordes, aber nicht präziser und sozial rückständiger, denkt Karl König *Zwischen Kopf und Seele* /Jena, Diederichs/. Das Buch besteht aus einer Reihe mehr oder minder lose zusammenhängender Aufsätze, die nach dem ersten benannt sind. *Wider den Intellektualismus, Religion, Moral, Indifferenz, Die Religion und die Theologen, Wider den Ästhetizismus, Religiöse Kultur, Realpolitische Konsequenzen* heissen die übrigen. »Wir kommen aus einer Zeit her, in der der Kopf die Seele tyrannisiert hat«, so drückt König die Tatsache aus, dass im kapitalistischem Verkehrszeitalter der Marktwert, nicht der Gebrauchswert, dominiert. Dass der Intellekt im strengen Sinne je Herr gewesen sei, ist uns unbekannt; König will ihn zum Diener machen; dabei gibt er ihm doch auf, es solle ihm alles und jedes zur Aufhellung und Feststellung übergeben werden. Sonderbarer Widerspruch, der sich wohl nur dann löst, wenn wir den kapitalistischen Gegensatz auch auf inteliektuellem Gebiete aufheben und Gebrauchswerte statt der Marktwerte produzieren. Da ist der Intellekt eine Seite der *Seele* selbst, dann wohl Herr und Diener zugleich. Betreffs der Religion fasst König Gott besser, als Cordes, nicht als äusseres Wesen; er will, wenn von seiner *Persönlichkeit* die Rede ist, damit nur das Seelische und Innerste bezeichnen, ohne das die Religion nicht leben könne; er schilt mit Recht weidlich über den Theologen, der »das Innerliche veräusserlicht, das Seelische roh verkörperlicht«, ebenso auch gegen den Ästhetizismus, der das Schauen statt der Tat setzt; aber dann schaukelt der Wagen wieder. Das vertrauensvolle Gehorchen gegenüber dem innersten seelischen Selbst« soll sich »paaren mit ernsten Hineinhorchen in die Dinge und Materialien«, und das ist ihm *Religion*. Sehr schön! Aber warum bloss paaren, warum nicht eins sein? Und welches sind die wesentlichen Materialien? Persönlichkeitskultur soll Voraussetzung der Sachkultur sein. Müssen nicht Sachen kultiviert werden, ehe Persönlichkeit werden kann? Dann heisst es: Ziel der persönlichen Kultur ist nicht die Idee, sondern die Wirklichkeit. Das klingt grausam materialistisch — aber diese Wirklichkeit ist ja die über Kopf und Tat zu sich selbst zurückgekehrte Seele, ein *corpus mysticum*, während wir eine tatkräftige Idee, bedingt durch und bezogen auf natürliche und soziale Wirklichkeit, schon besser begreifen würden. Ja, da ist es nicht zu verwundern, wenn die *realpolitischen Konsequenzen* so ziemlich alle Realität, Politik und Konsequenz vermissen lassen und auf ein Schelten über den die Reaktion scheltenden, aber sie gehen lassenden Liberalismus und die immer noch in die Kinderkrankheit der Pfaffenfresserei zurückfallende Sozialdemokratie, die aber doch nicht aus der Kirche austrete, und auf den positiven Vorschlag, die Kirche von innen aus zu reformieren, hinauslaufen. Für die Bedeutung der sozialen Frage und ihren innigen Zusammenhang mit der religiösen fehlt offenbar alles Verstehen. Ein Erwachender, der sich die Augen zu reiben beginnt, aber das Licht noch aus Träumen deutet.

× ×

Neuausgaben

In der Dürrschen *Philosophischen Bibliothek* ist als Band 26 a eine Übersetzung von René Descartes' philosophischen Werken, 1. *Regeln zur Leitung des*

Geistes, 2. Die Erforschung der Wahrheit durch das natürliche Licht, von dem tüchtigen und unermüdlichen Dr. A. Buchenau erschienen, eine Erstübersetzung dieser beiden wichtigen lateinisch geschriebenen Bruchstücke Descartes'. Dr. A. Ellissen, der verdienstvolle Verfasser der Biographie F. A. Langes, hat in Reclams Verlag Langes *Geschichte des Materialismus* mit kurzem Vorwort neu herausgegeben. Dadurch wird dies immer noch wichtige und vielgelesene Werk weitesten Kreisen für 2,40 M. zugänglich.

× ×

Kurze Chronik Der Vorstand der *Gesellschaft für experimentelle Psychologie* hat ein Institut für angewandte Psychologie und psychologische Sammelforschung am 1. Oktober eröffnet. × Eine Vereinigung für sozialethische Zwecke hat 2000 M. als ersten, 1000 M. als zweiten Preis für eine Arbeit von mindestens 4 Bogen über das Thema *Wie kann die Gesundung unseres sozialen Lebens durch Volkserziehung im Geiste der Humanität gefördert werden?* ausgesetzt. Auskunft gibt der Geschäftsführer des Kollegiums, Professor Dr. Zimmer, Berlin-Zehlendorf.

× ×

Literatur Die Schrift Dr. W. Camerers *Philosophie und Naturwissenschaft* /Stuttgart, Franckh/ ist eine kurze Geschichte der Philosophie vom Standpunkte der exakten Naturwissenschaft, welche darauf hinausläuft, dass zwar der Zusammenhang zwischen Geist und Körper uns ebenso unfasslich ist, wie früheren Gelehrten, dass aber eben ein Zusammenhang besteht und darum ein prinzipieller Gegensatz zwischen Geist und Materie nicht denkbar ist. Auf die Weltanschauung respektive Lebensanschauung hat die Wissenschaft nur geringen Einfluss, wie die Tatsache beweist, dass manche grosse Forscher gläubig, andere ungläubig sind. Die Wissenschaft kann daher nicht Grundlage, wohl aber Hilfsmittel sein. Die Methode dieses Büchleins ist behutsam, ohne phantastische Seitensprünge; sehr anerkennenswert ist, dass er zum Beispiel Kant, auf den er grosse Stücke hält, nüchtern darstellt, wie er wirklich gedacht hat. Dass Camerer den Grund des einheitlichen Entwickelungsganges der Philosophie, sowie der Bildung der Lebensanschauung nicht in der sozialen Entwickelung erkennt, darf ihm leider heute noch nicht als Fehler angerechnet werden, aber es fehlt eben. Davon abgesehen, ist das Büchlein als gemeinverständliche Übersicht über das philosophisch-naturwissenschaftliche Denken sehr zu empfehlen. FRANZ STAUDINGER

Sozialwissenschaften

Moral In seiner lichtvollen Schrift *Wirtschaftliche Grundlagen der Moral* /Darmstadt, Roether/ kommt Professor Franz Staudinger zu dem Resultat: die sozialistische Arbeiterbewegung ist gemeinschaftsbildend, prinzipiell moralisch, die kapitalmonopolistische Entwickelung dagegen gemeinschaftszersetzend und antimoralisch. Staudinger fasst die Wirtschaft nicht als einen rein mechanischen Faktor auf. Das Wirtschaften, die planmässige Anwendung der Technik zur Herstellung von Gebrauchsgütern, begreift komplizierte geistige Prozesse in sich. Das Wirtschaften, als der Vorgang der Produktion unserer äusseren und inneren Gebrauchsgüter umspannt die gesamte menschliche Kultur. Die Wirtschaft bedingt die Beziehungen der menschlichen Handlungen zu einander. Die sich in der Politik aussprechende Ordnung dieser Handlungen hat eine grundsätzliche, moralische Bedeutung; und deshalb ist Staudinger ein entschiedener Widersacher der landläufigen Vorstellung von der äusseren Trennung von Moral und Politik.

Die Menschen beziehen sich zu einander, wie zu Naturobjekten (Sachen), wie zu Verkehrswesen und wie zu zusammenwirkenden Gemeinschaftsgenossen. Nach diesen drei Grundbeziehungen untersucht Staudinger die Entwickelungsphasen der Menschheit. Das menschliche Leben besteht aus einer Mischung dieser drei Grundbeziehungen.

In der Geschichte wurde zuerst die Gemeinschaft über die übrigen Verhältnisse gesetzt. Der Mensch war in der Gentilgenossenschaft vollkommenes Gemeinschaftswesen. Mord, Diebstahl von Stammeseigentum, Lüge sind einfach innerhalb der Gemeinschaft unverständlich. Den Mitgliedern anderer Gemeinschaften gegegenüber herrscht dagegen das reinste Sachverhältnis. Als blosse Sache werden sie behandelt. Und diese Handlungsweise erscheint sich als sittlich aus den wirklichen Zusammenhängen zu ergeben. Man werte zum Beispiel den engen Nahrungsspielraum primitiver Völkerschaften, ihren ständigen Kampf unter einan-

der um Jagd- und Weideplätze. Historisch mildert sich sodann dieser Kampf, aber es schliessen sich nun im Inneren der Gemeinschaft selbst rein sachliche Beziehungen der Menschen zu einander auf, das Sachverhältnis strebt über die Gemeinschaft empor. Es entstehen ausbeutende und ausgebeutete Klassen. Der Ausbeuter behandelt den Ausgebeuteten rein als Objekt, als Sache. Das Gewaltverhältnis ist in der Sklaverei und Hörigkeit der Gemeinschaft übergeordnet. An Stelle der feudal-despotischen Beherrschung tritt die freie Verkehrsgesellschaft und die ihr entsprechende Rechtsordnung. Diese Gesellschaft ist ebenfalls keine Gemeinschaft frei zusammenwirkender Menschen, sondern eine Gesellschaft frei miteinander verkehrender Menschen. Die freie Verkehrsgesellschaft wandelt sich in die Gesellschaft des Kapitalmonopols. Mit dieser Wandlung selbst treten kraftvolle Ansätze zu neuen Gemeinschaftsbildungen hervor, und im heissen Widerspruch zu den sich stark äussernden Herrschaftsverhältnissen wächst eine riesige Bewegung gegen die verbliebenen und neuentstandenen Herrenverhältnisse empor. Die Gemeinschaftsidee des Sozialismus schlägt Wurzeln in der Gesellschaft. »Das Ziel der sozialistischen Gemeinschaftsidee ist, das Sachverhältnis und Verkehrsverhältnis überall da auszuschalten, wo gemeinsame Arbeit möglich ist, und die verbleibende individuelle und gesellschaftliche Tätigkeit der Gemeinschaft unterzuordnen.« Und hier erkürt sich Staudinger in dem Arbeiterphilosophen Dietzgen einen Weggenossen. »Unterordnung der besonderen Gelüste und Interessen unter das allgemeine, kommunale, nationale und internationale Heil« ist genereller Inhalt der Moral (Dietzgen). Bei Dietzgen, so betont Staudinger, ist das oberste Ziel sittlichen Strebens die Herstellung höherer sozialer Gemeinschaft, Beseitigung der Überlagerung des Sachprinzips über der Gemeinschaft und weiterer Ausbau dieser Gemeinschaft.

Staudinger setzt sich mit der religiösen Gemeinschaftsmoral und der philosophischen Gemeinschaftsethik auseinander. Auf die Entwickelung des Christentums zur Gängelmoral durch die Kirche weist er ausdrücklich hin.. Bei aller Würdigung der Verdienste Kants um die Gemeinschaftsethik legt er die Fehler dieser Kantschen Ethik bloss. Der historische Mensch steckt in einem bestimmten Kreis von Sach-, Verkehrs- und Gemeinschaftsbeziehungen. An diesen Menschen ergeht der kategorische Imperativ: Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten kann! Zu Kants Moralgesetz muss nach Staudinger, um es brauchbar zu machen, sein Korrelat hinzukommen, das den Menschen die Gemeinschaft selber als Grundlage zeigt und sagt: Wo Gemeinschaft dich mit anderen Menschen verbindet, da handle nach Kants Imperativ, wo aber noch keine Gemeinschaft ist, da suche, solche zu schaffen«. Nach aussen ist Wahrhaftigkeit der Gemeinschaft und deren Mitarbeitern gegenüber unbedingte Pflicht, aber den Feinden der Gemeinschaft nur in dem Masse, als dadurch Gemeinschaft erhalten und gefördert wird. »Moralisch kann nur heissen, was in irgendeiner Weise die vorhandenen Kräfte zu relativ höherer Gemeinschaft führt.«

Der Aufstieg zu höherer Gemeinschaft geht unter richtiger technischer Benutzung des Bestehenden durch die Zusammenfassung der Massen, die zur Erkenntnis der sachlichen Gegensätze und Zielrichtungen der Entwickelung gebracht sind, durch Kampf, durch Klassenkampf vor sich.

In jeder Zeile atmet die Staudingersche Schrift den Geist des modernen Sozialismus. Der Sozialist, der in sich den Sozialismus zu einer Welt- und Lebensanschauung gestalten will, wird aus dem sorgfältigen Studium dieser Schrift, grosse, seinem Denken Richtung und Ziel gebende Anregungen erhalten.

× ×

Proletariat und Sozialdemokratie

Der Begriff des *Proletariats* umspannt mehr, als die lohnarbeitende Klasse. Es müssen dem Proletariate die Volksbestandteile, die nur über einen Scheinbesitz verfügen und ökonomisch und sozial völlig gebunden sind, hinzugesellt werden. Zu den Habenichtsen zählen viele *selbständige* Landwirte und Gewerbetreibende. Auf Grund der deutschen Berufs- und Gewerbezählung rechnet Werner Sombart in seinem Schriftchen *Das Proletariat* (in der neuen Sammlung *Die Gesellschaft* /Frankfurt a. M., Rütten & Loning/) 35,1 Mill. proletarischer und proletaroider Existenzen in Deutschland zusammen. Das sind 67,5 %, also über zwei Drittel der Gesamtbevölkerung. Diese 35 Mill. proletarischer Existenzen fallen ungefähr mit den Personen zusammen,

die weniger als 900 M. Einkommen beziehen.
Sombart hat in seinem *Proletariat* die Grundzüge der proletarischen Seelenverfassung skizziert. Diese Monotonie der proletarischen Lebensführung erzeugt eine gewisse psychische Stumpfheit und Dumpfheit im Proletarier. Ein Typus des seelisch verödeten Arbeiters ist Karl Fischer, dessen *Denkwürdigkeiten* Paul Göhre hearusgab. Aber auf den Schultern Fischers steht bereits der sozialdemokratische Arbeiter. In dem modernen Arbeiter sind die Verstandesfunktionen besonders geschärft. In Deutschland vertiefte sich unter dem Einfluss eines über den grossen Massen hinausragenden sozialdemokratischen Führertums gerade der theoretische Sinn der Massen. Gerade, weil grosse Gruppen deutscher Proletarier der eintönigen Werkstattsarbeit entrissen wurden und in materiell bessere Stellungen, in denen sie geistig wachsen konnten, einrückten, entstand eine stark theoretisch sozialistische, von Arbeitern geschriebene Tagespresse und ein ausgedehntes sozialistisches, von Arbeitern getragenes Bildungswesen.
Der *Arbeiter in gehobener Lebensstellung*, der seine Situation mit der des Bourgeois messen und sich ein überdurchschnittliches Wissen über die Lebensbedingungen seiner Klasse und der mit ihr kämpfenden Gesellschaftsschichten aneignen konnte, wurde gerade ein machtvoller Förderer des Klassenbewusstseins der noch geistig dahin dämmernden Massen. Eine Gefahr für die Klassenreinheit und Gedankeneinheit der sozialdemokratischen Partei bedeutete dieser *Arbeiter in gehobener Lebensstellung* sicher nicht. Die sozialdemokratische Partei selbst blieb in ihren führenden Mitgliedschaften eine echte Lohnarbeiterpartei. R. Michels, dem das Einrücken der Arbeiterführer in mässigkleinbürgerliche Situationen nicht unbedenklich für die Prinzipienreinheit der Sozialdemokratie erscheint, erbringt in seinen Aufsätzen über die deutsche Sozialdemokratie im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* zahlenmässig den Beweis, dass die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Partei überwiegend proletarisch ist. Die Parteimitgliedschaft Marburgs setzte sich zu 94,7 % aus Lohnarbeitern zusammen, die Frankfurts a. M. zu 94 %, die Offenbachs zu 92 %, die von Leipzig-Stadt zu 91,8 %, die Nürnbergs zu 87,8 %, die Münchens zu 77,4 %. Die sozialdemokratische Wählerschaft hat sich seit 1890 durch den Zusammenbruch der bürgerlichen Demokratie stark verbürgerlicht, die sozialdemokratische Mitgliedschaft nicht. »Die *Arbeiterpartei* ist auch heute noch ihrer Zusammensetzung nach eine Klassenpartei, soweit nur die historische Rolle der Idee die Bildung klasseneinheitlicher Gruppierung zulässt.«

×

Kurze Chronik Das Zeitungswesen nimmt in dem Vorlesungsplan der Universitäten als Unterrichtsgegenstand einen immer breiteren Umfang an. Vor einem Jahrzehnt stand nach Mitteilungen der *Kritischen Blätter für Sozialwissenschaften* Professor Koch in Heidelberg mit seiner Vorlesung *Geschichte, Wesen und Bedeutung der öffentlichen Meinung, der Presse und des Journalismus in Deutschland* und mit seinen *Praktischen Übungen zur Einführung in die Journalistik* allein da. Jetzt besitzt die Universität Zürich einen Lehrstuhl für Zeitungswesen. Dort liest Dr. Wettstein über die Presse in der französischen Revolution und die Technik der Tagespresse, mit Übungen. In Greifswald hält Professor von Wenckstern Vorlesungen über Redaktion und Nachrichtendienst der Zeitungen. Im Sommer lesen regelmässig Professor Bücher in Leipzig und Professor Thiess an der Hochschule Danzig über die Presse. Das Pressrecht behandeln Professor Stein in Halle und Professor Kitzinger in München. An der neuen Berliner Handelshochschule in Berlin sollen regelmässig das Buchwesen und das Zeitungswesen der Unterrichtsfächer in den Lehrplan gestellt werden.

×

Literatur Der Begriff der *Menschheitskultur* erschliesst sich dem denkenden Leser aus dem geistvollen Schriftchen Kurd Lasswitz' *Was ist Kultur?* /Leipzig, Elischer/ klarer und greifbarer, als aus den dicksten kulturhistorischen Werken. Die tiefgehenden Unterschiede in dem Denken, Fühlen und Handeln primitiver und kulturell hochstehender Völkerschaften charakterisiert Lasswitz meisterhaft. Dem Naturmenschen fehlt die Fähigkeit des abstrakten Denkens, es fehlt ihm die Besonnenheit des Handelns. Die Entwickelung schafft die Aktivität des Gedankens und des Willens. »Und der Gesamtgewinn ist eine Überwindung der Gebundenheit alles Lebens durch einen Zustand der Freiheit . . .

Kultur ist Leben und Arbeit um der Würde der Menschheit willen. Soll sie bestehen, so muss der Begriff der *freien Persönlichkeit* vorhanden sein in dem Sinne, dass sie Recht und Ziel jedes Menschen überhaupt bedeutet ohne Unterschied des Stammes, des Geschlechts, der Macht, der Bildung, und dass es nur darauf ankommt, dass der Mensch den Willen zum Guten um seiner Würde willen bewährt, weil er dadurch als Selbstzweck sich erweist.«

In seinem anregenden Aufsatz *Die revisionistische Bewegung in der deutschen Sozialdemokratie* im *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft* kommt Ernst Günther zu dem richtigen Schluss, dass der *Revisionismus* erst den kleinsten Teil seiner Aufgabe durch den Nachweis der Unzulänglichkeit der marxistischen Begründung des Sozialismus vollbracht habe, und dass ihm noch die Lösung der schwierigsten Aufgabe, der Aufbau eines neuen sozialistischen Systems auf ganz anderer Grundlage, bevorstehe. Dem Marxismus ist nach unserer Überzeugung der Gedanke der wachsenden Vergesellschaftung des Produktionssystems sehr wohl zu entnehmen. Die Wandlung des zwangsweisen gesellschaftlichen Produzierens in ein freies genossenschaftliches ist dann vor allem das Werk der bewussten, zielklaren Tätigkeit der wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse. PAUL KAMPFFMEYER

KUNST

Bildende Kunst

Spanische Ausstellung Castelucho und Mezquita sind's, an Jahren jung, für die der Berliner Salon Schulte durch eine umfassende Kollektion zu interessieren suchte. Die Malerei dieser spanischen *Sezessionisten* ist gewandt, aber nicht vertieft, gereift genug, um eine nachhaltige Wirkung zu üben. So verschieden naturgemäss die Temperamente ihre künstlerischen Äusserungen gestalten, erinnert die lose, lockere, nicht selten flüchtige *Aufmachung* der Bilder dieser jüngsten Spanier uns bis zu einem gewissen Grade an das Selbstgenügen der Münchener *Scholle*, deren Mitglieder auch glauben, es käme darauf an, mit möglichst breitem Pinsel, möglichst viel Leinewand, möglichst rasch zuzustreichen. Die jüngsten Franzosen denken ja nicht viel anders: es könnte sich also um eine Art Anschauungsbazillus handeln, den das Tempo unserer Tage in den jungen Gehirnen nisten lässt und züchtet. Der Impressionismus bekommt hier einen barocken Zug. Und des näheren: Wie einst in den Frühlingssturmtagen seiner neuzeitlichen Malerei Frankreich heftige Anregungen von jenseits der Pyrenäen erfuhr, nehmen nun die jungen Spanier weniger wertvolle von den letzten, späten Franzosen zurück, den Besnard, Simon, Cottet, und in einem Grade, dass mit Ausnahme ihrer Autoren alles französisch in diesen Bildern ist. Mezquita ist entschieden der Stärkere von beiden. Sein *Ball*, zu dem blinde Musikanten aufspielen, ist bemerkenswert durch die Wahl und den Ausdruck der Typen. Diese, in sicherem Erfassen, führt er in langem Zuge auf dem Bilde *Meine Freunde* vor, das auch durch malerische Qualitäten einnimmt, aber im Grunde gerade durch sein regelmässiges Vermögen gleichgültig lässt. Dagegen ist Castelucho, im Aufbau skrupelloser, der Kolorist, der durch eine laute Geste belebte Kostüme grell herunterflackert.

× ×

Liebermann Die Kunst Liebermanns scheint phasenweise auf einen Ton gestimmt zu sein. Im vergangenen Sommer schlug er die stärksten Noten seines Kolorismus an — vielleicht ein wenig von van Gogh beeinflusst —, diesmal geht er aufs Dunkel-Tonige, wobei Nuancen zum Vorschein kommen, die ein Grundzug seiner Produktion sind und besonders seine früheren Werke beherrschen; nur sind diese Dunkelheiten diesmal bedeutend verfeinert, geklärt, vertieft und darum reiner, lebenswarmer, voller: im guten Sinne altmeisterlich; man denkt in der Tat an altholländische Landschaften. Wie zum Beispiel auf dem Bilde *Eingang zum Bauernhaus* in dem waldigen Vordergrund die klaren Tiefen angeschlagen werden, das lässt an Hobbema denken, während auf dem *Badestrand* die zarten Lichtheiten in Silber und Blau an Vermeer erinnern. Das *Haus in Nordwijk* zeigt uns altbekannte Liebermanntöne und an einem simplen Motiv, aber es ist hervorragend, wie die graubraune Ziegelwand und die gelben Fensterumrahmungen das stille Licht aufsaugen und so belebt und luftig dastehen, ohne jede koloristische Aufdringlichkeit, schlicht und selbstverständlich, so dass das Haus zu innerem Leben erwacht durch diese meisterhafte Bestimmt-

heit. Von den übrigen Dünenbildern war das mit den Brombeeren suchenden Kindern reizvoll, sowohl, wie die Kinder als lichter und doch warmer Farbenfleck, als, wie sie als Bewegung die Düne beleben und den Ausschnitt konzentrieren. Ein anderes Bild, der *Rundekarren*, wirkte sehr stark als Komposition in der Lebendigkeit der Gruppe — vor allem der Köter unterm Karren —, die ausserordentlich momentan und kraftvoll erfasst war; und wie dann die gelben und braunen Häuserwände in ihrer summarischen Farbenbehandlung gewissermassen das Ganze als Kulisse umrahmten, das liess den Vorgang in der Lebhaftigkeit einer Valottonschen Silhouette erscheinen. Zum Schluss das Porträt des Dr. Wolffson aus Hamburg: es war in seiner frappierenden Charakteristik derartig heruntergehauen, dass hin und wieder das blanke Leinen durchblickte und auch wieder mit Absicht verwendet schien, so zum Weiss des Augapfels. Aber man kam nicht unbedingt zu einem koloristischen Genuss: in seiner scharfen und kalten Belichtung war es keine malerische Komposition, sollte es auch wohl nicht sein, aber darum vielleicht ein wenig grausam nüchtern.

×

Leistikow Die Gegenüberstellung der Werke Liebermanns und Leistikows erinnerte lebhaft an die der Werke Manets und Monets, die wir zu Beginn der Herbstsaison im Salon sahen (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1906, 2. Bd., pag. 1070 ff.), denn je zwei der in Frage stehenden sind verwandte Temperamente, nur das zwischen Leistikow und Monet eine erheblichere Distanz der Begabung klafft, als zwischen Liebermann und Manet. Aber verwandt in ihrer Anlage und ihren Zielen sind die je beiden: Wir sehen in Liebermann, wie in Manet, den Künstler mit rein malerischen Absichten, der nur durchs Auge empfängt und nur durchs Auge genossen sein will, und wir sehen in Leistikow, wie in Monet den Maler, der vom lyrischen Landschaftsempfinden ausgeht. Nur waren Manet und Monet die Bahnbrecher des französischen Impressionismus, zwei Künstler, die sich neben einander behaupten, während Leistikow neben Liebermann zu sehr abfällt. Die kleine Kollektion weist wieder die Mannigfaltigkeit und Geschicklichkeit, zugleich aber auch das Dünne dieser Begabung auf, das stets dann in den Vordergrund tritt, wenn dieser Maler sich nicht durchaus konzentriert, um sein Bestes zu geben. Er malt zu viel. Er bedürfte langer Sammlung, um fleischige Früchte zu reifen: auf der letzten *Sezessions*ausstellung sah man ein solches Bild, die *Liebesinsel*; wie weit ist das Klischeeartige, die *schöne Aussicht* dieser Leinwanden von der Intensität jener entfernt! Und dann: neben der gehaltvollen Malerei Liebermanns dieses unmalerische Kolorit! Der Künstler will ja anders mit ihm wirken, will empfunden, nicht nur durchs Auge genossen sein: aber sein Kolorit ist nicht heiss empfunden, nur oberflächlich gesehen. Der *Scharmützelsee* war vielleicht die beste dieser Landschaften: wie vorn in den dunklen Kiefern die Kühle des Abends steht, und einige Äste und das ferne Ufer der letzte Gruss der Sonne streift, ist schön gefühlt. Im allgemeinen scheint es diesem Künstler zu ergehen, wie manchem andern: was einst erlebt, wird zur Routine.

×

Alte Meister Der Salon Cassirer, in dem sonst nur die extremsten Modernen zu Worte kommen, führte diesmal auch eine kleine Sammlung älterer Gemälde seinen Besuchern vor, unter denen die Holländer des 17. Jahrhunderts die Spitze hielten. Und wirkten eigentümlich beruhigt, selbstverständlich, klar und ausgereift neben der grellen Hast der Modernen; und mehr, als in den Galerieen, merkte man im Gegensatz der Kunstausstellung, wie diese Alten aus dem Vollen schöpften, und wo das der Zeit Unüberwindliche in ihren Bildern steckt. Welch hohen Rang der Porträtkunst repräsentiert zum Beispiel der wenig bekannte Cornelis Ketel, der um 1600 schuf, mit seinem Bilde der Susanna Roels! Von neueren Bildern könnte man dieser überlegenen Kraft allein die Leibls in seiner mittleren Periode ihnen an die Seite stellen, etwa die *Dachauerinnen*, die zwischen seinem frühen, noch unklaren, malerischen und seinem späteren Zeichenstil stehen. Es ist beste Kunst aus erster Hand, und das Ganze, bei einer bis in die Einzelheiten gegenwärtigen Solidität, die in steter Beziehung zum geistigen Zentrum bleibt, zu bildmässiger Wirkung herausgearbeitet. Die Prinzipien solcher Porträtkunst können sich unsere Heutigen gar nicht genug zum Vorbild nehmen; deshalb es doppelt ratsam ist, hin und wieder einige

alte Bilder unter die einer modernen Ausstellung zu mischen, damit sie als ein klar geschliffener Spiegel der Zeit die eigene Schwäche offenbaren und ein Vorbild sind. Neben Cornelis Ketel wären van Helst mit einem Damenporträt und Dirk van Sandvoort gleichfalls mit einem solchen zu nennen. Auch ihre Bilder waren von überzeugender Charakteristik, wenn sie auch malerisch nicht auf der Höhe des Ketel stehen, weil sie kalt und hart im Vortrag sind. An zweiter Stelle beanspruchte wohl Joshua Reynolds unser Interesse für sich. Doch während wir die Kunst der Holländer eine aus erster Hand nannten, können wir dem Engländer, der ein erfahrener Galeriekenner und gewandter Akademiedirektor war, dieses Prädikat leider nicht mehr erteilen: man möchte ihn den Lenbach des 18. Jahrhunderts nennen, wobei sein Wert und Unterschied zu Lenbach durch den Kulturrang der Zeiten natürlich sogleich bestimmt ist. Doch, wie dieser, blieb er in einer Abhängigkeit von seinen Vorbildern, ging er nicht selten von unmalerischen Absichten aus. Von den übrigen Bildern stach nur noch eine *Grablegung* von Tintoretto hervor, und man dachte vor dem Blaurot des düsteren teppichartigen Kolorits dieses geborenen Malers der Inquisition: wie hat doch Feuerbach, bevor er selbständig wurde, den Venetianer studiert! Die Boucher, Watteau und Toqué waren in so schwachen Exemplaren vertreten, dass sie daneben nicht bestehen konnten.

×

Willumsen

Es ist nicht zu leugnen: Die umfangreiche Kollektion von Werken dieses dänischen Malers, Bildhauers, Keramiers machte einen starken Eindruck. Dann erinnerte man sich des nordischen Schriftstellers, der über seine Landsleute aussagte, der skandinavische Künstler der neuen Zeit sei nach Paris gegangen und habe sich über die dortige moderne Kunst hergemacht, wie der Neger, der nach Europa kommt und sich als erstes einen Zylinder anschafft: will sagen, in seinem Werk liegt Raffinement und Barbarismus hart neben einander. Man könnte der Wendung auch diese Fügung geben: Der Urwaldhüne der nordischen Berge assimilierte die Kulturwellen, wie der frühe Germane die Reste der antiken Welt; man glaubt in der Tat, einen Primitiven zu sehen, und möchte angesichts eines solchen Werkes annehmen, am Beginn einer grossen Zeit zu stehen. Das Sehen eines Urmenschen ist in dieser Kunst, der aber nicht zu wissen scheint, wie die Kulturarme einer raffinierten Mitwelt zugleich, mit unsichtbaren Händen, an seinem Bilde formen. Doch weit entfernt ist dieses Raffinement von der archaisierenden Kunst eines Klimt, der byzantinisch, das heisst pervers, denkt. Der Däne Willumsen wurzelt in der Kraft seiner Berge, seiner Heimat und entlehnt der neuen Zeit nur gewisse technische Elemente, die aber durch seine Kraft hindurch gegangen und von dieser umgeformt worden sind. Dafür spricht auch die Einheit seines malerischen, bildnerischen, keramischen Denkens. Es ist unmöglich, den Künstler in diesen knappen Zeilen zu kennzeichnen; doch so viel sei gesagt, dass das Urwüchsige, Ureigene seines Wesens am deutlichsten aus seinen in den Bergen oder am Wasser schreitenden und weilenden Gestalten zu uns spricht, und hier am stärksten aus seinen Mädchen und Kinderköpfen, die ein mythischer Hauch umweht. Mit anderen Worten: Dem Künstler eignet die grosse einfache Geste der Primitiven, die Geste zum Fresko. Man denke an seinen *Sturm!* Und von seinen Keramiken sei die Urne *Trauer* und *Mohn* genannt. Gleichwohl — auch das sei nicht vergessen — ist der Eindruck des Werks kein nachhaltiger, nicht von Dauer, nicht, wie bei den wirklich primitiven Meistern, da er mit zunehmendem Vertiefen steigt.

×

Kurze Chronik

Die grösste Tat auf dem Gebiet des deutschen Ausstellungswesens war die Jahrhundertausstellung. Nun zieht Hugo von Tschudi, ihr hervorragender Arrangeur, die Konsequenz und gibt eine Umgestaltung der Bildersammlung in der *Nationalgalerie*. Es ist erstaunlich: es ist eine neue Galerie, es ist eine Tat. Geht hin und würdigt sie! × Der Generaldirektor Bode engagierte Bruno Paul zum Direktor des Berliner Kunstgewerbemuseums. × Graf Kessler erlag als Museumsleiter in Weimar einer Hofintrige. × Die *Madonna della Torre* Raffaels, die 45 Jahre im Privatbesitz versteckt sass, ist in den Besitz der *National-Sallery* übergegangen. × Das Berliner *Kaiser Friedrich-Museum* erwarb ein Bild des Vlamen Antonis Mor *Herzogin von Parma*.

×

Literatur

Im Verlage von Piper in München erschien *Der Deutsche und seine Kunst*, eine *notgedrungene Streitschrift* von Karl Scheffler. Man geht wohl nicht fehl, wenn man das Büchlein als das Resultat des Streites hinnimmt, den vor Jahresfrist Meier-Graefes Buch *Der Fall Böcklin* hervorrief. Im heissen Kampf des Tages verschieben sich so leicht die Meinungen; es soll unter allen Umständen Farbe bekannt werden, und so schiesst ein jeder leicht übers Ziel hinaus. Der Umstand brachte es auch wohl mit sich, dass sich in Schefflers Büchlein einige Schiefheiten befinden, die sein Autor, der den Mut hat, seine Meinung zu wechseln, wohl in Bälde ausgleichen möchte. Im grossen und ganzen aber will er das Rechte: Es kann in Deutschland gar nicht genug auf den Unwert eines unmalerischen Inhalts und die Kunstbedingung formaler Qualitäten hingewiesen werden. Über diese Momente ist der Deutsche infolge seiner eigentümlichen Charakteranlage sich nicht klar, einer Charakteranlage, die ihn einmal zum Höchsten in der Kunst, und wieder zu Lebenslügen prädestiniert erscheinen lassen, in denen wir gerade heute bis über die Ohren stecken. Deshalb sei Schefflers Buch als ein Fingerzeig empfohlen.

RUDOLF KLEIN

Dichtkunst

Ibsens Nachlass

Nachdem Ibsen gestorben ist, hüten die Freunde seines Lebens mit liebevoller Sorgfalt alles, was den Dichter in den Augen der Welt noch erhöhen könnte, was dazu wirken könnte, den Klang seines Namens noch weiter tönen zu lassen. Eine kleine Zahl von Männern hat sich vereinigt, um das künstlerische Erbe Ibsens zu sichten, um genau die Daten des Lebens aufzuklären, deren Kenntnis vielleicht auch Helligkeit in sein Werk trägt. Otto Brahm und Julius Elias steuerten in dem Dezemberheft der *Neuen Rundschau* die Früchte ihrer Arbeit bei. Vor allem Brahm weist darauf hin, dass Ibsen nicht der kühle, langsam rechnende Ethiker gewesen ist, dass er heiss empfand und litt, dass er sein Leben im Drama formte, dass er eigenen Schmerz, auch eigenen Jubel in den Mund seiner Geschöpfe legte. So gewinnt eine Beichte Ibsens ungeahnte Bedeutung, die er ganz im Goetheschen Sinne niederschrieb: »Alles, was ich dichterisch geschaffen habe, hat seinen Ursprung in einer Stimmung und in einer Lebenssituation. Ich habe nie gedichtet, weil ich, wie man so sagt, ein gutes Sujet gefunden habe.« Diese letzten Worte gerade sind beachtenswert. Dem Dichter ist die Parade des Dramatischen an sich gleichgültig. Er sinnt nicht auf das Spiel in erster Linie, sondern auf das Motiv des Spieles, auf das Ideelle des Spieles, auf das Überendliche und Unbegreifbare des Spieles. Aus solchem Willen ist es zu erklären, dass Ibsen ganz ausführlich, ganz gerecht, wie ein weiser Richter etwa, Charakteristiken seiner Personen entwirft, ehe er sie zu lebendiger Tätigkeit zwingt. Die aus dem Nachlass jetzt hervorgeholten Entwürfe zur *Nora* und zur *Frau vom Meer* zeigen das.

Der Maler Edvard Munch pflegt gern zu erzählen, dass Ibsen im Rausche die tiefsten und gewaltigsten Regungen seines Inneren für Sekunden aufgerissen hat. Und so hat er's im Rausche dem Maler einmal anvertraut: Sein Glaube ist, dass in jedem Menschen ein Dämon wohne, ein Wesen, dessen Sporn und Kraft auch Sokrates in sich verspürt hat. John Paulsen, der eben seine *Erinnerungen an Henrik Ibsen* /Berlin, S. Fischer/ herausgibt, deutet in milder Art diesen Glauben zu einem anständigen Gottesbekenntnis um. Aber nein, das Quietistische eines Glaubens war nicht die Sache Ibsens, sondern das Aufreizende, das zum Umsturz Treibende, das Gefühl der Übermacht, weil einer den *sechsten Sinn* in sich gefunden hat. Er fragt und prüft in der Sehnsucht, seinem Dämon auf den Grund zu kommen. Er lässt sich nicht in stiller Verzücktheit von ihm beherrschen. Sein Gott war das Nichtgöttliche. Abraham, der Sohn Therachs, gelangt zu Gott, weil er auf der Erde alles so klug und gut findet. Ibsen schwingt sich zu ihm auf, weil ihm alles auf der Erde so dumm und schlecht erscheint. Hat man ihn nun wegen seiner Weltanschauung einen Pessimisten im Sinne Schopenhauers geheissen, dann tat man nicht ganz falsch. Nur muss man hinzusetzen, dass Ibsens Pessimismus eine Sittenerfahrung, keine Marotte gewesen ist. Er zeichnet insgeheim die Sentenz auf: »Die Stimmberechtigten unter uns sind in der Minorität. Hat also die Minorität recht?« Man beachte die Tektonik des Satzes. Der erste Teil eine entsetzliche Wahrnehmung, hinter die unbarmherzig ein Punkt gesetzt werden muss. Der Schluss

eine Frage. Sucht man die Gefühle, die dazwischen liegen, dann sind es leidenschaftliche Enttäuschungen, Irrungen und Wirrungen, aus denen kein Weg in die Ruhe leitet. Ein Pessimismus, aus dem Schmerze geboren, aus dem gequälten Herzblut. Folgende schlechte Verse hat 1850 Henrik Ibsen gedichtet:

»Mondlicht flutet bleich und sacht
Durch die stumme Winternacht.
Könnte doch sein sanftes Wellen
Meines Herzens Nacht erhellen!«

Hier ist die gleiche Technik, wie in dem, ein grosses Drama vorbereitenden Aphorismus. Nur steht an Stelle der Rätselfragen das Gebet, das Seufzen, der Wille, eine Befreiung aus der Not zu erlangen. Sie ist ihm oft zu teil geworden durch seine Gattin Susanne Ibsen, geborene Thoresen. Elias und Paulsen berichten Schönes und Wahres von Susanne Thoresen. Sie zerstören den Irrtum, als wenn Ibsen durch sie zur Galligkeit verführt worden sei. Susanne war der Frieden seines Lebens. Sie wusste das und durfte lächeln, wenn ihr mangelndes Verständnis des Gatten nachgesagt wurde. Ihr waren andere Frauen nie gefährlich, auch nicht das flattrige Donauweibchen, das Brandes jüngst zur grossen Persönlichkeit hat erhöhen wollen. Etwas Systematisches, eine durchsichtige Klarheit des geistigen Arbeitens setzt bei allen unbestrittenen Genies in Verwunderung. Den Gedanken drückt Susanne Ibsen so aus: »Der Ibsen war sehr ökonomisch in seinem Schaffen; er brauchte alles, was er machte, für seine Stücke.« Wir müssen den Entschlafenen mit den Augen seiner Gattin sehen.

×

Erzählungen Ibsen ist tot, und Björnson lebt weiter und schreibt weiter mit dem unermüdlichen Fleisse, der schliesslich doch das Beste seiner streitbaren Natur ist. Sein letztes, bei Albert Langen in München erscheinendes Buch ist *Mary*, der Roman einer Frau, die sich an den nichtsnutzigen Mann verliert, während sie doch nach dem Willen des Dichters und der Sterne einem athletischen Übermenschen, einem Helden der Muskeln und der Seele gehören sollte. Aufgabe der Geschichte ist, zu erzählen, wie Mary am Ende ihr gutes Schicksal erreicht. Der Roman ist aufgebaut, wie tausend andere. Zufälle wirken in ihm, die zwar vorbereitet werden, die aber im Geleise der novellistischen Produktion je und je sich begeben. Ergreifend ist in dem Buche allein die Leidensgeschichte eines Hundes, die sehr glücklich in das Handeln der Menschen verflochten wird. Zur Polemik neigt Björnson, eine Frau vor allem mit Sonne bedeckend, die brechen will mit den überkommenen Formen der Moral. Es ist das Gute seiner Erzählung, dass diese Polemik in Empfindungen sich ausspricht und nicht in Überlegungen.

Wäre das durchaus der Fall bei der holländischen Frauenrechtlerin C. de Jong van Beeken Donk! Die Dame hat sich in dem Buche *Frauen, die den Ruf vernommen*, übersetzt von Else Otten /Berlin, *Concordia*/ von einem lohenden Brand ihres Inneren zu lösen. Sie will die geistige und gesellige Gleichberechtigung der Geschlechter erkämpfen, sie will die Kluft überbrücken, die das sogenannte *Proletariat* von den sogenannten *Gebildeten* trennt. Dass sie just auf den Gedanken verfiel, so rühmenswerte Absichten durch einen ganz und gar ungeschickten Roman zu verkünden, muss ihr zum herben Vorwurf gemacht werden an einer Stelle, da vom Künstlerischen allein die Rede ist.

Ob solch ergrübeltes Produkt Roman heisst, oder ob es der Verfasser *Moderne Missionsfahrten* tauft, das ist völlig ohne Belang. Erich Lilienthal, der Verfasser dieser starren Gabe, wollte in *Meyers und Müllers* /Berlin, Schuster & Loeffler/ die Kulturen des faulen Berlin W. gegenüberstellen oder vielmehr die Minderwertigkeit der semitischen und germanischen Unkultur zugleich erweisen. Ach Gott, ein jämmerlicher Dilettantismus bei einem Menschen, der in früheren Arbeiten immerhin Aufmerksamkeit verdiente. Der Wille des Dichters ist nichts ohne das ästhetische Gelingen.

×

Kurze Chronik Die Novelle Georg Hirschfelds *Ein Requiem* /Leipzig, *Inselverlag*/ will in sanften Tönen das Sterben eines jungen, passionierten Liebhabers erzählen. × Unter dem Titel *Eines Esels Kinnbacke* sammelt Roda Roda bei Albert Langen in München seine hübschen Schnurren. × Als *Worte Multatulis* stellt Carl Hagemann für J. C. C. Bruns in Minden ein Brevier des holländischen Dichters zusammen. Es ist ein gefälliger, geschmackvoll ausgestatteter Band. × Sehr viel Anmut und Anschauungskraft besitzen Knut Hamsuns Reiseschilderungen *Unter*

dem Halbmond /München, Langen/. × Ein junger Österreicher, Hermann Blumenthal, sei mit seinem Erstlingsroman *Der Weg der Jugend* /Berlin, Bard/ hier genannt, weil der Verfasser sich mutig an einen fremden Stoff, die Kulturprobleme der polnischen Juden, heranwagte. Er hat allerdings das Beste verfehlt, was dieser Welt zukommt, ihre eigenen Ideen und Reden. Er spricht mehr von sich in die Menschen, als aus dem Gemüte der Menschen, die er beschreibt.

×

Literatur

× Das Leben ihres Vaters, des Dichters und Gelehrten Hermann Kurz, erzählt Isolde Kurz in einem *Beitrag zu seiner Lebensgeschichte* /München, Georg Müller/. Diese Erinnerungsblätter ziert ein schönes, gemessenes Deutsch, eine Weltanschauung, die von dem Trefflichsten alles deutschen und lateinischen Geistes genährt ist. × Moeller van den Bruck hat vor Jahresfrist die Deutschen gezeichnet, die fern vom grossen Strome unserer Kultur sich flüchteten, die Fremdes, gar Brüchiges ins Gemüt und die Logik des Deutschen brachten. Nun begibt er sich zu den *Verschwärmten Deutschen*, das heisst den Herzen und Sinnen der grossen Einsamen, deren Leben sich in Mystik und Dunkelheit entfaltete. Solche sind ihm Meister Eckehart, Paracelsus, Jakob Böhme, Angelus Silesius, Hölderlin, Novalis, Fechner, aber auch — Mombert. Da lohnt sich der Widerspruch nicht. Und dann reckt sich Moeller Bruck an den *Führenden Deutschen* auf, an Hutten, Luther, Schiller und Nietzsche. Der Verfasser redet viel um die Dinge. Und doch bietet seine mehr Kulturvisionen, als Kulturwahrheit, bringende Kritik viel Erfreuliches. Die Bücher sind bei Bruns in Minden erschienen. MAX HOCHDORF

Musik

Reproduzieren

Das Tasten der jungen Zeit, in der wir leben, kann auf dem Gebiete des Schaffens nicht so schnell zu einem festen Zugreifen kommen, wie auf anderen Gebieten, weil erst ein Unterbau da sein muss, auf dem das Werk sich erheben soll. Wir schaffen jetzt noch an dem Unterbau, an dem Milieu, aus dem erst später die Grösse herauswachsen kann. Dies der Standpunkt der jungen Generation: ein starkes Hoffen auf Grund des jetzt noch schwachen Produzierens, während die ältere Generation — so auch Otto Neitzel — in der Schwäche der Jetztzeit nur die Krankheit sieht, an der die Kunst dahinsiecht, ohne oder mit geringem Hoffen auf Gesunden. Ist unsere Schwäche die des Greises oder des Kindes?

Ich glaube, wir haben einen Grund zum Hoffen; ich halte das Schaffen dort, wo wir ohne Voraussetzungen einsetzen können, für ein starkes. So sehe ich im modernen Reproduzieren bereits die Richtung, die wir im Produzieren noch nicht haben. Hier hat das Tasten bereits zu etwas Greifbarem geführt.

Ich sehe in dem modernen Wollen vor allem das Streben nach Vertiefung; wir machen uns von dem frei, was bisher die Vertiefung in die Kunst gehindert hat. Rein äusserlich: wir fühlen, dass ein reines Geniessen nicht möglich ist in den alten Formen. Wir wollen nicht mehr geniessen innerhalb jener schreienden, aufdringlichen Renaissance- und Barockarchitekturen, die für unsere Konzertsäle konventionell geworden sind — auch der neue Berliner *Mozartsaal* ist hierin nicht befriedigend —; wir empfinden, dass Musik uns hier in unreinen Schalen geboten wird. Unser Streben geht darauf, hier zu verfeinern, Stimmung zu geben, und zwar unbewusst durch äusserstes Zurückhalten in Form und Farbe und Licht. Ja, man geht beim Licht noch weiter; selbst bei grösster Dämpfung tönt es noch zu stark; erst die Verfinsterung des Saales, bei gedämpfter Beleuchtung des Podiums, lässt den sensiblen modernen Menschen zum reinen Geniessen kommen. Soll es zur vollen Einheit werden, so macht der Kunstgewerbler hier noch nicht Halt; auch in der äusseren Programmausstattung muss Stimmung liegen, und noch weiter: hier und dort — vorläufig leider noch vereinzelt — wird das Publikum gebeten, nicht durch störendes Klatschen seinen Beifall zu zeigen, wie es bei geistlichen und Kirchenkonzerten bereits allgemein ist. Erfreulich scheinen mir die Versuche, die zumal in den Mittelstädten Westdeutschlands gemacht werden, das Intime des Saales, das für Kammermusik ein Bedürfnis ist, durch Beschränkung im Raum zu verstärken.

Der moderne Künstler bietet aber auch neuen Inhalt in dieser neuen Form. Ich will hier nicht von der grossen Masse der Konzerte im alten Stil sprechen, in denen man die Bachschen Paradestücke voranstellt — für die Kritiker —, um

mit den durchschlagenden Virtuosenstücken zu enden. Ihnen steht eine stets wachsende Anzahl jener Konzerte gegenüber, die nicht dem Publikum eine Unterhaltung bieten, sondern selbst eben Kunst sein wollen; veranstaltet für Hörer, die statt Unterhaltung auch Kunst *haben* wollen. Man vergleiche einen Bach-Abend etwa mit den recht bedenklichen Berliner Elitekonzerten, und man wird deutlich herausfühlen, was man diesem, was jenem Publikum bieten darf. Hier der moderne Mensch, dort der konventionelle. Hier fallen alle Konzessionen, die man dort machen muss. Hier darf man es wagen, einen Abend mit einem einzigen Komponisten auszufüllen: hier darf man die schwerer verdauliche Kost der Sonate geben; hier fühlt man das Stillose in der Zusammenstellung der bisherigen Programme, auf denen die Italiener neben deutschen Romantikern neben der Beethovenschen Sonate — wenn die überhaupt zu finden ist — reichhaltige Abwechselung bieten, das *Interesse* wachhalten. Gerade dieser Zweig der Musik, die Sonate, vielleicht das Grösste in der Musik überhaupt, wird von den ernsten Künstlern eifriger gepflegt; und auf diesem Felde, der Interpretation der Sonate und der Kammermusiksonate (Trios, Quartette), wird auch in der Reproduktion das beste geleistet: das Joachim-Quartett ist nicht mehr das einzige, die Böhmen, Petersburger, Brüsseler, Pariser, das Dessau-Quartett, die Trios von Schumann, Halir, Dechert, das Barth-, das philharmonische, holländische Trio und andere stehen kaum nach. Der Unterschied gegen die konventionelle Musik tritt besonders hervor bei den Solisten — denn konventionelle Kammermusik hat es bisher glücklicherweise noch nicht gegeben. Früher sah man den Zweck der künstlerischen Ausbildung in der Erreichung vollständiger Beherrschung der Mittel. Man glaubte, damit wäre die Möglichkeit reifster Interpretation gegeben, *das übrige* sei ja Sache des Komponisten. Man begeisterte sich an Paderewski, an Carenno, Rosenthal, Herzog, Godowski, der in Technik und Nuancierungsfähigkeit des Anschlags wohl jede mögliche Erwartung erfüllte. Das moderne Publikum aber sieht nicht den Künstler im Können; es will ihn hinter dem Könnenden sehen. Darum haben jene das konventionelle Publikum um sich, die d'Albert, Pachmann, Pauer, Reisenauer, Lamond — um willkürlich bekannte Klavierspieler herauszugreifen — das moderne. Bei diesen habe ich eher das Gefühl, dass ihnen die Kunst ein Heiliges ist, als bei jenen. Bei ihnen sehe ich das Streben, sich dort zu vertiefen, wo sie im Komponisten einen Widerhall ihrer eigenen Persönlichkeit finden oder zu finden glauben. Und selbst, wo sie auf falschen Wegen schreiten, macht Innerlichkeit, Wärme, Miterleben ihr Spiel noch gross. Meist verstehen sie es aber äusserst fein, das zur Interpretation herauszugreifen, worin sie eben sich selbst, und nur sich selbst, wiedergeben können. Und sie müssen ihr Eigenstes hineinlegen in ihr Spiel, weil ihr Innerstes reich ist. Freilich entsteht nicht Vollendetes, wenn etwa Pauer sein Temperament hineinschöpft in Brahms, Reifes aber, wenn in die Romantiker, da Pauer selbst Romantiker ist, Reifes, wenn Joachim die Klassiker, Kleeberg Chopin oder Mozart, Schnabel Schubert, Lamond Beethoven interpretiert. Godowski zwar spielt alles, diese dagegen sind beschränkt, eine Beschränkung aber, die der Kunst zum Nutzen gereicht.

Auf einem verwandten Gebiet hat die Beschränkung zu schönem Fortschritt geführt. Das moderne Gefühl für Stil verlangt äusserste Reinheit in der Interpretation, ein genaues Eingehen auf die Intentionen des Schaffenden. Es häufen sich die Versuche, alte Werke auf alten Instrumenten zu spielen. Und wenn auch noch die entgegengesetzten Experimente gemacht werden, ältere Meister zu *modernisieren*, Schubert in Lisztscher, Bach in Busonischer Bearbeitung zu spielen, vor allem Bachs Orgelwerke für Klavier umzuarbeiten, so scheint es mir doch, als wenn gerade die feinsten Künstler und Hörer sich von dieser Kunst entfernen. Die begeisterte Aufnahme, die kürzlich eine französische Vereinigung zur Pflege älterer Musik damit gefunden hat, uns Werke des 18. Jahrhunderts auf alten Instrumenten vorzutragen, oder der Amsterdamer *a capella*-Chor, vor allem aber das, was die beiden letzten Saisons auf diesem Gebiete ergeben haben, zeugt davon, wie sehr wir für diese Reinigung der Kunst empfänglich sind.

× ×

Kurze Chronik An Novitäten brachten die letzten Monate nichts, was einer gründlicheren Besprechung wert wäre. Interessantes, aber nicht Vollendetes oder Neues boten Schillings (Streichquartett), Reger (Serenade), Kaun (Oktett), verschiedene

Werke Rösslers, Reznicek (Klavierquartett), Adela Maddison (Lieder). Die letztere schafft auf dem Gebiete einer Musik, die sich recht weit von der absoluten entfernt, etwa im Sinne Liszts. × Am 26. August starb Eugen Gura, bedeutend als Balladeninterpret und Darsteller Wagnerscher Gestalten. × Der Nachlass Hugo Wolfs ist von dem nicht mehr bestehenden *Hugo Wolf-Verein* übergegangen an den Wiener *Akademischen Richard Wagner-Verein*, der ihn, vorläufig mit Ausnahme der Briefe, veröffentlichen wird.

×

Literatur

× Zur Wagnerliteratur liegen einige neue Beiträge vor, die die Kunst Wagners interpretieren wollen. Die ästhetisch-technische Seite behandelt in erster Linie Max Chop. Er lässt bei Reclam in den billigen 20 Pf.-Heftchen Erläuterungen zu den einzelnen Musikdramen erscheinen in Form von musikalischen Analysen. Sie sollen zunächst den Laien einführen in die Eigenart des Wagnerschen Schaffens, dadurch, dass sie dessen Gerippe blosslegen. Diese Methode, die Gedanken (Leitmotive) herauszuschälen und in ihrer Entwickelung, ihrer Bestimmung, als Baustein eines Werkes zu dienen, zu verfolgen, ist meiner Meinung nach die beste Art, auf Wagner vorzubereiten. Allerdings kann dieser Weg stets nur eine Einführung in das Verständnis, nicht in den Genuss sein. Aber der Genuss kann ja stets nur auf dem Verständnis basieren. Darum dürften die gelungenen Heftchen Chops als erste Einführung dem Laien viel bieten. × Mehr die kulturgeschichtliche Seite des Wagnerschen Schaffens behandelt der Berliner Historiker Richard Sternfeld (*Richard Wagner und die Bayreuther Festspiele* in der *Deutschen Bücherei* /Berlin, Neelmeyer/). In kurzen Aufsätzen stellt der Verfasser in gedrängtester Form und gleichzeitig populär die wichtigsten Einzelfragen des Wagnerproblems zusammen. Ihre Gesamtheit gibt ein klares Bild von der Tat Wagners und deren Einfluss auf das Musikleben. ERNST AARMANN

Bühnenkunst

Tanz der Saint-Denis

In den Tänzen der Ruth Saint-Denis ist etwas ganz Uneuropäisches. Etwas, das eine fremde Welt aufzeigt. Um dieses eigentümlichen Reizes willen fasziniert sie. Die mystische Schönheit der rätselhaften Kultur Indiens, die so üppig aufblüht und unerschöpflich scheint, enthüllt sich in den eigentümlichen Bewegungen dieser Tänze. Diese Bewegungen sind halb vegetativ, halb tierisch. Sie gleichen den zarten Beugungen einer Pflanze, die im leisen Wind sich wohlig schaukelt, die im Wasser dahintreibt. Es ist die instinktive Sicherheit des Tieres darin, wir spüren den Willen. Über allem steht noch die Intelligenz, die beinahe schöpferische Intelligenz, die bald sanft, bald herb, mit unnachahmlicher Grazie die Bewegungen lenkt. Das ist indischer Geist: das tiefe Wissen von allem und die stille Gebärde, die dieses Wissen anzeigt, die den lauten Lärm, das Betonen verschmäht.

Es liegt nahe, die Duncan und die Madeleine zum Vergleich heranzuziehen. Die Duncan erscheint dagegen wie ein lehrhaftes, europäisches Programm, das mit wenig Geschick und einigem Geschmack durchgeführt ist. Ruth Saint-Denis gibt sich. Sie will keine Schule machen. Das Griechentum der Duncan hatte etwas Oberlehrerhaftes. Die indische Art der Saint-Denis ist Wesensart. Sie ist in ihr. Diese Weichheit und tastende Feinheit der Bewegung, dieses Hingebende und Zurückfliehende, diese elastische Schönheit und Selbstsicherheit, dieses Zurückweichen vor dem zu schroffen Betonen, sie sind ihr Wesen und dem Wesen nach verwandt mit dem tiefen und sanften Charakter der Inder.

Die Schlaftänzerin. Sie war ein amüsantes Experiment. Die Annäherung an krankhafte Zustände sollte ihr eine interessante Folie geben. Es ist gleich, ob das Schwindel oder Echtheit war. Das kommt hier nicht in Betracht. Was wichtiger ist: ob es schön, eigen war. Das war es nicht sehr. Es war im besten Fall interessant. Die Tänze der Ruth Saint-Denis sind nicht nur interessant. Sie sind schön. Sei täuscht nichts vor. Sie ist Kraft, Elastizität, Bewusstheit, Können.

Die Tänzerin ist nicht schön. In dem landläufigen, europäischen Sinn nicht. Sie hat einen hohen, schlanken Körper, der sehr schmiegsam und elastisch ist. Er gehorcht Instinkten, die so fein und unmittelbar sind, dass sie kaum bewusst werden. Die erstaunliche Fertigkeit, den Körper in verhaltener Ekstase zu winden, die Arme zu drehen, als sei der Körper ohne Knochen, mag bewundernswert sein. Im Grunde ist das äusserlich und mechanisch. Das Einzigartige

ist, dass die Tänzerin durch diese starren Exaltationen, die die Monumentalität einer mystischen Formensprache haben, die zartesten und feinsten Dinge sagt, dass sie es ohne Zwang, ohne Klügelei fertig bringt, die Glieder unmittelbar als Ausdrucksmittel zu gebrauchen. Die Tänzerin bringt auch keine vulgäre Schönheit in den Posen. Sie will weder hinreissen, noch verführen. Sie stellt Schöpfungen hin. Schöpfungen, die volle Reife haben und in Kraft dastehen. Auf diese verweist sie. Nicht auf sich. Ihre Tänze haben objektiven Wert.

Vielleicht erinnert man sich der merkwürdigen Bewegungen, die den Indern eigentümlich sind. Dieses Instinktive. Die Geste hat hier eine markante Bedeutung. Sie ist Ausdruck des Innern, sie ist nicht schematisch erstarrt. Die knochigen, langen, braunen Finger haben eine ganz seltsame Lebendigkeit. Die Glieder zeigen eine nervöse Empfindlichkeit. Die samtbraunen Augen schimmern in tiefen Träumen. Und mild lächelt der Mund. Wie wundervoll können die Inder lächeln! Ihre ganze weltüberlegene Philosophie, ihre ganze echte Schönheitskultur ist darin.

All das ist in den Tänzen der Ruth Saint-Denis enthalten. Und noch vie mehr. Denn das sind nur körperlich Geschicklichkeiten. Wenn wir aber an den uralten Kult der Inder, der so massgebend alle Religionen beeinflusst hat. an diese ganz überirdische und doch wieder so lebens- und irdisch glutvolle Mystik denken, die die Erde so tief kennt und so sehnsüchtig hinauslangt zu den Sternen, dann erhalten diese Äusserlichkeiten die innere Bedeutung. Wir stehen am Anfang einer Bewegung, die unsere Beziehungen zu Asien tiefer erkennt, als die Vergangenheit. Wir spüren Entdeckungen auf. Wir streben, die Wahrheit des Ursprungs unserer Religionen und Sagen aufzudecken.

Dies sei nur nebenbei gestreift. Zugleich ist hier für die Tänzerin die Scheidung. Denn sie ist nicht Nachahmerin, sondern Schöpferin. Die Bewegung ist ihr Mittel, einer ganz persönlichen Art Ausdruck zu geben. Sie nimmt nur die Anregungen aus dieser fremden Welt. Sie formt daraus ein ihrem Wesen entsprechendes Kunstwerk. Sie gibt sich nicht auf, sondern gewinnt aus sich die höchste Kraft, sich im Fremden zu betonen. Das ist das Intellektuell-Europäische an ihr. Sie gibt eine Schönheit im künstlerischen Werk, die uns bannt.

Es fehlt jeder Vergleich. Ein unmittelbarer Konnex findet statt. Ohne unser Wissen, ohne unser Zutun. Und wir sind gefangen, ehe unser Intellekt sich klar wird. Denn es ist das Auge, das trunken diesen Bewegungen folgt. Und es folgt sicherer, gläubiger dieser Schönheit, als der Verstand, der erst muhsam zu dem eigentlichen Wesen hintastet Der Verstand bestätigt aber nur, was das Auge schon lange weiss.

× ×

Kurze Chronik In dem von William Muller umgebauten Hause wurden *Kammerspiele* des *Deutschen Theaters* in Berlin eröffnet Als eindrucksvolle Aufführung sind die *Gespenster* zu verzeichnen. Der Theaterraum lehnt sich in seinem Stil an das Empire an, dessen geradlinige, exakte Haltung einem gesammelten Eindruck günstig ist. Die Decke ist in glattem Weiss gehalten. Das Bühnenbild erschien in diesem exquisit schlichten Rahmen wie ein Erlebnis, das man zufällig belauscht. Jede laute Nuance ist vermieden. Die Wahrheit des Lebens wurde zur Kunst erhoben. Die feinen Faden dieses dramatischen Gespinstes verflochten sich in sichtbarer Schönheit. Und das war der bleibende Gewinn: die unvergleichliche subtile Arbeit dieses Gestalters zu erkennen.

× ×

Literatur Die Literatur über die neue Bühnenkunst, die die dekorativen Werte fur das Theater nutzbar macht, ist noch äusserst spärlich. Man wird lange suchen mussen, um in Zeitschriften eine Behandlung dieses Themas ausfindig zu machen. Felix Poppenberg spricht in einer Broschüre *Neue Theaterkultur* von diesem neuen Gebiet, das die Künstler sich eroberten. Die Broschüre gehört der Serie *Flugblätter zur künstlerischen Kultur* /Stuttgart, Strecker & Schroeder/ an. In richtiger Weise betont Poppenberg das Kunstlerische. Dass das Drama dadurch nicht weitergebracht wird, ist selbstverständlich. Man befurchtet dadurch eine Verflachung, ein Wert Legen auf Nebenmomente. Dabei handelt es sich um ästhetisch-sinnliche Werte. Sobald man überhaupt auf die primitive Bühne verzichtet, wird man den Anspruch gerechtfertigt finden mussen, dass die Ausstattung, die man ja verlangt, künstlerisch sei. Und es ist ebenso selbstverständlich, dass die kunstgewerblich-dekorative Bewegung auch auf die

öffentliche Theaterkunst ihren Einfluss ausüben muss. In welcher Art und in welchem Grade, darüber sind die Meinungen und die Erfahrungen freilich noch nicht geklärt. ERNST SCHUR

DIVERSA

Bücher

Hauptmanns *Gesammelte Werke*

Vor 18 Jahren erschien die erste Nummer der *Freien Bühne*: auf miserablem Papier in schlechtem Druck und noch ganz ohne *Ausstattung*. Aber der Inhalt bedeutete für die junge Generation damals ein stürmisches Werden und einen Kampfruf. Aus der *Freien Bühne für modernes Leben* wurde dann die *Freie Bühne für den Entwickelungskampf der Zeit*, dann kam später der Untertitel *Neue Deutsche Rundschau*, der Untertitel wurde zum Haupttitel, die Kämpfer wurden ruhiger, der Inhalt wurde moderiert, aber die äussere Form dekorativ. Und heute ist *Die Neue Rundschau* das anerkannte literarische Organ und auch ein Sammelobjekt für Bibliophilen.

Von dem Grössten der *Freien Bühne* und der grössten Hoffnung jener Generation, von Gerhart Hauptmann, sind jetzt die gesammelten Werke in 6 Bänden erschienen, ediert vom Verlag S. Fischer, der vor 18 Jahren des *Königlich schwedischen Hofbuchhändlers* bedurfte, und der heute durch seinen eigenen Namen Klang in der literarischen Welt hat. Die anderen aus jener Zeit sind gegangen, verdorben oder bescheiden in die zweite Reihe gerückt. Der Stillste unter ihnen, Gerhart Hauptmann, schuf Werk um Werk, und der Chor um ihn wurde mit den Jahren vielleicht etwas zu laut. Und jetzt haben wir seine erste Gesamtausgabe. Da haben wir sie wieder, jene Stücke, von denen damals jedes eine Losung bedeutete: *Vor Sonnenaufgang*, wo die Doktrin brutal und das brutale Leben zart ist, das *Friedensfest*, das aufwühlende *Weber*drama und den *Florian Geyer*, dessen abseits liegende Grösse nicht erfasst werden konnte; dann die beste Komödie der Zeit, den *Biberpelz*, dessen packendste Szene in einem viel beachteten Vorfall unserer Tage eine Nachahmung fand, mit seiner nachdenklichen Fortsetzung, dem *Roten Hahn*, dann die *Einsamen Menschen*, die eigentliche Tragödie der Moderne, die von manchem jener Generation erlebt, von anderen kaum ganz verstanden wurde, den *Michael Kramer*, der die Wende im Dichter selber darstellt, und jenes wunderbare *Hirtenlied*, in dem die Heimat der Erzväter, die junge Natur, die verstreuten Klänge des Alten Testaments zu einem Ganzen zu werden scheinen, um doch Fragment zu bleiben. Auch die *Versunkene Glocke* ist dabei, die Hauptmann dem Theaterpublikum nahe brachte, und die man gut entbehren möchte, die aber in dem Gesamtbild schliesslich nicht fehlen darf, und alles übrige, auch das merkwürdige *Helios*fragment — nur den Anfang, das *Prometheidenlos*, hat man nicht aufgenommen —, alles in der ursprünglichen Gestalt, bloss eine notwendige Konzession in den Dialektstücken und kleine äusserliche Änderungen: die *Handelnden Menschen* der ersten Periode sind *Dramatis personae* geworden, und der schlicht ergreifende erste Titel *Hannele Matterns Himmelfahrt* ist jezt theatralisch zu *Hanneles Himmelfahrt* vereinfacht. Die Einreihung der Werke in die einzelnen Bände ist nicht nach der Zeit ihres Entstehens, sondern nach der *inneren Zusammengehörigkeit* geschehen. Ich weiss nicht, von wem diese Anordnung ausgeht. Es hat etwas Missliches, einen lebenden Dichter in Perioden einzuteilen. Es kommt eine Willkür hinein. Bei dem Künstler selber vielleicht eine Autosuggestion. Man kann es ruhig dem Leser überlassen, sich selber den Zusammenhang zu formen.

Die künstlerische Persönlichkeit Gerhart Hauptmanns wird man in dieser Zeitschrift in einem besonderen Essay zu analysieren versuchen. Hier sei nur das Äussere dieser Ausgabe bemerkt. Drück, Papier und Einband entsprechen hohen Anforderungen unserer Buchkunst. Mir persönlich wäre statt der breitköpfigen Drugulin-Schrift eine einfache, klare *Antiqua* lieber gewesen, und mir schiene sie auch wesensehrlicher — es ist mir bekannt, dass eine vielgeschäftige Feuilletonphantasie die Frage *Fraktur oder Antiqua?* zu einer Frage des Deutschtums machen will —, aber das Ganze hat eine so grosse Schönheit in sich, dass man sich über dessen Gelingen freuen kann. Den Pergamenteinband und die Vignetten hat E. R. Weiss gezeichnet. Das Gesamtwerk ist trotz der Sorgfalt und Kostbarkeit der Herstellung nicht teuer, und man kann dem Verlage nur dankbar sein, dass er dieses prächtige Werk uns zu Weihnachten gegeben hat. JOSEF BLOCH

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION HERMANN REHLÄNDER IN POTSDAM · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. IN BERLIN · DRUCK VON CARL ROSEN IN BERLIN

MAX STIRNER · AUS DER ERINNERUNG GEZEICHNET VON FRIEDRICH ENGELS